

Diabaja, Cornelia [Hrsg.]; Fernandez, Karina [Hrsg.]; Hofmann, Julia [Hrsg.]
**Aktuelle Ungleichheitsforschung. Befunde - Theorien - Praxis. Perspektiven
aus der ÖGS-Sektion Soziale Ungleichheit**

Weinheim ; Basel : Beltz Juventa 2023, 204 S.



Quellenangabe/ Reference:

Diabaja, Cornelia [Hrsg.]; Fernandez, Karina [Hrsg.]; Hofmann, Julia [Hrsg.]: Aktuelle
Ungleichheitsforschung. Befunde - Theorien - Praxis. Perspektiven aus der ÖGS-Sektion Soziale
Ungleichheit. Weinheim ; Basel : Beltz Juventa 2023, 204 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-330924 -
DOI: 10.25656/01:33092; 10.3262/978-3-7799-6828-3

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-330924>

<https://doi.org/10.25656/01:33092>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das
Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten
und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des
Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses
Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden
und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert
werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die
Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en> - You may copy,
distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you
attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are
not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not
allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of
use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft



Cornelia Dlabaja | Karina Fernandez |
Julia Hofmann (Hrsg.)

**Aktuelle Ungleichheits-
forschung.
Befunde – Theorien – Praxis**

Perspektiven aus der ÖGS-Sektion
Soziale Ungleichheit

BELTZ JUVENTA

Cornelia Dlabaja | Karina Fernandez | Julia Hofmann (Hrsg.)
Aktuelle Ungleichheitsforschung. Befunde – Theorien – Praxis

Cornelia Dlabaja | Karina Fernandez |
Julia Hofmann (Hrsg.)

Aktuelle Ungleichheitsforschung. Befunde – Theorien – Praxis

Perspektiven aus der ÖGS-Sektion
Soziale Ungleichheit

BELTZ JUVENTA

Gefördert von der AK Wien und der ÖGS, der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie
Eine Publikation der ÖGS Sektion Soziale Ungleichheit



ÖGS Österreichische
Gesellschaft für
Soziologie



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0) veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>

Verwertung, die den Rahmen der CC BY-NC-ND 4.0 Lizenz überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für die Bearbeitung und Übersetzungen des Werkes. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe / Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-6827-6 Print
ISBN 978-3-7799-6828-3 E-Book (PDF)
DOI 10.3262/978-3-7799-6828-3

1. Auflage 2023

© 2023 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim, service@beltz.de
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Myriam Frericks
Satz: Datagrafix, Berlin
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-100)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Einleitung

<i>Cornelia Dlabaja, Karina Fernandez, Julia Hofmann</i>	7
1. Arbeit und soziale Ungleichheit <i>Carina Altreiter, Roland Atzmüller</i>	15
2. (Sorge-)Arbeit, Geschlecht und soziale Ungleichheit <i>Kristina Binner, Fabienne Décieux</i>	30
3. Politische Teilhabe und soziale Ungleichheit <i>Jakob Hartl</i>	44
4. Sozialpolitik und soziale Ungleichheit <i>Bettina Leibetseder</i>	57
5. Bildung und soziale Ungleichheit <i>Karina Fernandez, Gerlinde Janschitz</i>	72
6. Globale Ungleichheit <i>Karin Fischer</i>	86
7. Aktuelle Armutsforschung in Österreich und soziale Ungleichheit <i>Alban Knecht, Martin Schenk</i>	101
8. Reichtum und soziale Ungleichheit <i>Julia Hofmann</i>	118
9. Stadt und soziale Ungleichheit <i>Cornelia Dlabaja</i>	132
10. Migration und soziale Ungleichheit <i>Clara Holzinger</i>	147
11. Kultur und soziale Ungleichheit <i>Michael Parzer</i>	161
12. Intersektionalität und soziale Ungleichheit <i>Johanna Neuhauser</i>	175
13. Psychologisierung sozialer Ungleichheiten <i>Barbara Rothmüller, Nora Ruck</i>	188
Zu den Autor*innen	202

Einleitung

Cornelia Dlabaja, Karina Fernandez, Julia Hofmann

Soziale Ungleichheit ist einer der zentralsten Schlüsselbegriffe in der Soziologie. Soziale Ungleichheit umfasst „jede Art verschiedener Möglichkeiten der Teilhabe an Gesellschaft bzw. der Verfügung über gesellschaftlich relevante Ressourcen“ das heißt, es geht um die ungleich verteilten Lebenschancen von Menschen (Burzan 2007). Sie wird im globalen Kontext sichtbar entlang des ungleich verteilten Zugangs zu Ressourcen und dem differenzierten Verbrauch selbiger (Fischer 2022; Brand/Wissen 2017). Auf individueller Ebene schreiben sich soziale Ungleichheiten entlang der Ausstattung mit verschiedenen Kapitalsorten, wie inkorporiertem sozialen, kulturellem, symbolischem und ökonomischem Kapital (Bourdieu 1982) ein. Figurationen sozialer Ungleichheiten sind eng mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen und Entwicklungen verknüpft. Mit Bezug zu Henri Lefèbvre bringt jede gesellschaftliche Praxis ihren Raum hervor und formt ihn (Lefèbvre 1991). Daher transformiert sich Ungleichheit mit den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen, aber auch Arbeitsbedingungen und Produktionsmodi in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dies zeigt sich aktuell entlang der Prekarisierung weg von Normarbeitsverhältnissen hin zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen (Castel 2000; Castel/Dörre 2009).

Gegenwärtige Gesellschaften strukturieren sich entlang von globalen Ungleichheiten, Merkmalen wie sozialer und regionaler Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Bildungsniveau, der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen (z.B. Klasse, Schicht, Milieu oder Generation und der Möglichkeit, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen). Diese Merkmale sind oftmals intersektionell verknüpft und in ihren Bedeutungen ständigem Wandel und Aushandlungsprozessen unterworfen. Dabei spielen auch die Sozialwissenschaften eine wichtige Rolle, etwa hinsichtlich der Stabilisierung und Legitimation oder aber auch der Problematisierung sozialer Ungleichheit. Als „Querschnittsmaterie“ kommt der Ungleichheitsforschung in zahlreichen soziologischen Forschungs- und Arbeitsfeldern eine große Bedeutung zu.

Historische Betrachtungen sozialer Ungleichheit(en)

Ungleichheitstheorien beschäftigen sich im Allgemeinen mit Ursachen, Merkmalen und Strukturen sozialer Ungleichheit sowie möglichen Veränderungs- bzw. Wandlungsprozessen und den individuellen wie gesellschaftlichen Folgen. Bis nach dem 2. Weltkrieg waren in der Soziologie Theorien dominant, die die

Rolle sozialer Klassen bzw. sozialer Schichten betonten. Hier wurden vor allem vertikale soziale Ungleichheiten, also Unterschiede zwischen oben und unten bzw. zwischen sozialen Klassen oder Schichten, hervorgehoben. Als die „Mittelschicht“ als dominierend angesehen wurde, trat die Auseinandersetzung mit vertikalen Ungleichheiten vermehrt in den Hinter- und die Beschäftigung mit sogenannten horizontalen Ungleichheiten in den Vordergrund.

Dies lag unter anderem daran, dass der „wirtschaftliche Nachkriegsboom“ und die politisch-ideologischen Kräfteverhältnisse es in den westlichen Gesellschaften nach dem 2. Weltkrieg ermöglichten, große vertikale Ungleichheiten abzufedern, indem Sozialstaaten gut ausgebaut wurden, ein Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft vollzogen wurde und genügend Arbeit für weite Teile der Bevölkerung vorhanden war. Dadurch wurden auch umfangreiche soziale Aufstiege aus den unteren Positionen möglich und es konnte sich eine Wohlstandsgesellschaft mit einer breiten Mitte herausbilden.

Vertikale soziale Ungleichheiten waren zwar nie verschwunden, aber es ging vielen Gesellschaftsgruppen bedeutend besser. Weite Teile der Bevölkerung konnten erstmals ein „gelingendes Leben“ leben, das heißt, sich etwas ansparen, ein Haus bauen, in Urlaub fahren oder den eigenen Hobbies nachgehen. Der Soziologe Ulrich Beck (1986) sprach in diesem Zusammenhang auch vom „Fahrstuhleffekt“: viele gesellschaftliche Gruppen fuhren gemeinsam „nach oben“. Dadurch befanden sie sich nun ein Stück weiter oben als davor, auch wenn es weiterhin jene gab, die in Hinblick auf ihren Lebensstandard noch weiter nach oben gelangten, und jene, die weiter unten blieben. Dementsprechend wurden auch andere Fragen bedeutender, zum Beispiel jene nach unterschiedlichen Lebensstilen, unterschiedlichen kulturellen Zugängen etc. Die Abgrenzungen zwischen den sozialen Schichten wurden eher zu fließenden Übergängen oder Überschneidungen umgedeutet. Kritische Ansätze, die die Rolle sozialer Klassen betonten, gab es zwar weiterhin, sie wurden in der Forschung allerdings eher an den Rand gedrängt bzw. kaum mehr aufgegriffen.

Seit Ende der 1990er Jahre sprechen wir in der Soziologie aber wieder von der „Rückkehr der sozialen Frage“; der Begriff der „Klassengesellschaft“ wird auch wieder öfter in den Mund genommen. Dies liegt daran, dass die vertikale soziale Ungleichheit seit einiger Zeit in den westlichen Gesellschaften wieder sichtbar zunimmt (Piketty 2014). Die Covid-19-Pandemie hat die Entwicklung hin zu mehr sozialer Ungleichheit weiterbefördert (Oxfam 2022).

Zukünftige Entwicklungen und Ausrichtung des Sammelbandes

Anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens möchte die Sektion Soziale Ungleichheit in der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) mit dem vorliegenden Sammelband einen Überblick über aktuelle Themenfelder und Ansätze der

Ungleichheitsforschung mit besonderer Berücksichtigung der österreichischen Forschungslandschaft bieten. Gegenstand der Publikation ist die soziologische Auseinandersetzung mit Phänomenen sozialer Ungleichheit in der Gegenwartsgesellschaft sowie den Möglichkeiten ihrer Analyse und Kritik. Es werden verschiedenste Perspektiven aus den verschiedenen Bereichen der soziologischen Ungleichheitsforschung versammelt. Behandelt werden unter anderem die Themen globale Ungleichheit, Armut und Reichtum, Ungleichheitsrelationen in der Erwerbsgesellschaft und bei der Sorgearbeit, Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat, Bildungsungleichheiten, Ungleichheiten im Kontext von Kultur, Stadt, Migration und politischer Teilhabe sowie feministische Perspektiven auf Ungleichheit, die Psychologisierung von Ungleichheiten und neue Befunde aus der Intersektionalitätsforschung.

Zur Arbeit der Sektion Soziale Ungleichheit

Die Sektion Soziale Ungleichheit wurde 2011 in der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) mit dem Ziel gegründet, die Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses zu Fragen der sozialen Ungleichheit zu stärken. Die anfänglichen Arbeitsschwerpunkte „Stadt und soziale Ungleichheit“, „soziale Ungleichheit und Sozialpolitik“, „epistemologische und methodologische Grundlagen der Ungleichheitsforschung“ sowie „Kulturkonsum und soziale Ungleichheit“ diversifizierten sich mit der Zeit immer weiter aus und wurden unter anderem um die Themen Armut und Reichtum, Arbeit, Bildung oder Migration erweitert.

Gemeinsames Ziel aller Sektionsmitglieder ist die Sichtbarmachung von sozialer Ungleichheit(sforschung) und das Anliegen, die wissenschaftlichen Befunde einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, sowie die Zusammenarbeit mit Organisationen und Netzwerken, die ähnliche Anliegen verfolgen, zu stärken. Hierfür beteiligten sich die Mitglieder der Sektion Soziale Ungleichheit in den zehn Jahren ihres Bestehens nicht nur an der Planung und Durchführung wissenschaftlicher Tagungen (u. a. zur „Gespaltenen Gesellschaft“ mit einer darauf aufbauenden Publikation in der Zeitschrift „Kurswechsel“ zu „40 Jahren ‚Die feinen Unterschiede‘“ oder im Rahmen des zweijährlich stattfindenden Kongresses der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie) und organisierten Ringvorlesungen zum Thema.

Es fanden auch zahlreiche öffentliche Workshops und Veranstaltungen (u. a. zu den Themen „Recht auf Stadt für Alle: Der öffentliche Raum ein umkämpftes Terrain?“ oder „Was machte Corona mit der österreichischen Gesellschaft?“) sowie Filmvorführungen (u. a. „I, Daniel Blake“ von Ken Loach) und Lesungen im öffentlichen Raum (u. a. im Museum für Arbeitswelt in Steyr oder im ehemaligen Vorwärtshaus in Wien) statt. Mitglieder der Sektion engagierten sich auch bei der Kinderuni und im Rahmen der zweijährlich stattfindenden

Armutskonferenz wurde die „Vor!-Konferenz für junge Armutsforscher:innen“ ins Leben gerufen. Auch der regelmäßig stattfindende „Stammtisch“ der Sektion soll dazu beitragen, ungleichheitsrelevante Forschungen niederschwellig diskutieren zu können.

Der vorliegende Sammelband möchte die wissenschaftlichen Arbeiten einiger Sektionsmitglieder und mit der Sektion eng verbundener Forscher*innen in den Mittelpunkt stellen. Er macht nicht nur das breite Themenspektrum sichtbar, in dem unsere Sektionsmitglieder arbeiten, sondern weist auch auf ihre vielfältigen theoretischen wie methodischen Zugänge hin.

Aufbau des Bands und der Beiträge

Die Beiträge dieses Sammelbandes gliedern sich in einen einführenden Teil, der auf historische Entwicklungen, Theorien und Perspektiven des eigenen Subforschungsfeldes Bezug nimmt, und einen Teil, in dem aktuelle Debatten und Fragestellungen (mit besonderer Berücksichtigung von Forschung mit Österreich-bezug) vorgestellt werden. In einigen Beiträgen fließen zudem auch Beispiele aus der eigenen Forschung sowie Überlegungen zur Reduktion von Ungleichheitsstrukturen ein.

Der Band beginnt mit einem grundlegenden Beitrag von *Carina Altreiter* und *Roland Atzmüller* zu den Ungleichheitsrelationen in der Erwerbsarbeitswelt. Der Beitrag bietet einen Einstieg in die Auseinandersetzung mit (Erwerbs-)Arbeit und Ungleichheit. Er schlägt einen großen Bogen von 1945 bis zur Gegenwart und zeigt, wie das fordistische Arbeitsregime mit seiner umfassenden sozialrechtlichen Absicherung ab den 1980er Jahren in die Krise kommt und eine Phase der Erodierung des Normalarbeitsverhältnisses und des Wohlfahrtsstaates einläutet, die zu einer weitreichenden Fragmentierung von Arbeitsverhältnissen und einem Anstieg an Unsicherheit für zunehmend mehr Bevölkerungsgruppen führte. Darauf aufbauend gibt der Beitrag einen Überblick über zentrale Dynamiken der Veränderungen der Arbeitswelt. Der Fokus liegt auf der Erosion des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses, Prozessen der Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung sowie der veränderten Bedeutung der Subjektivität in den Arbeits- und Produktionsprozessen. Diese Entwicklungen haben den Zugriff auf Ungleichheitsrelationen in der Arbeitsforschung verändert, sodass heute die Beschäftigung mit (Erwerbs-)Arbeit und Ungleichheit ein stark ausdifferenziertes Forschungsfeld darstellt. Dies ist sowohl der Veränderung der Arbeitswelt, aber auch einer Perspektivenerweiterungen – von der Klasse hin zu Geschlecht und Ethnizität – innerhalb der Arbeitsforschung geschuldet.

Im nächsten Beitrag betonen *Kristina Binner* und *Fabienne Décieux* insbesondere die Rolle des Geschlechts bei den Betrachtungen von Ungleichheit und (Sorge-)Arbeit. Die Kategorie des Geschlechts stellt noch immer eine der zentralen

Achsen von Ungleichheit dar, wenngleich sich mit Blick auf das Feld Arbeit eine uneindeutige Situation zeigt. Wie Arbeits- und Geschlechterverhältnisse unter den Vorzeichen eines forcierten und sorglosen Kapitalismus in Spannung geraten, zeigen sie an zwei Arbeitsbereichen – der Wissenschaft und der Kinderbetreuung. Binner und Décieux widmen sich eingangs Theorien der deutschsprachigen Geschlechterforschung, um anschließend die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Arbeitsbereiche im Kontext von Sorge(arbeit) zu betrachten. Im Fazit wird neben Ökonomisierung und Sorglosigkeit, die in viele (sozial-) politische Ideen eingeschriebene androzentrische Perspektive, als zentrale Tendenz ausgemacht.

Jakob Hartl beleuchtet in seinem Beitrag das Verhältnis von sozialer Ungleichheit und politischer Teilhabe, mit einem Fokus auf der aktiven Teilhabe an konventionellen Teilhabeformen, vor allem dem Wählen. Dazu werden drei Zugänge zum Verhältnis von Staat(smacht) und Bürger*innen vorgestellt, die für das Verständnis sozialer Ungleichheit wichtig sind: T. H. Marshalls „Citizenship“, Bourdieus Kapitaltheorien im Spiegel staatlicher Herrschaft sowie die „Cleavage“-Theorie von Lipset und Rokkan. Darauf aufbauend werden wichtige Forschungstraditionen und ihre Weiterentwicklungen beschrieben sowie aktuelle Forschung zum Thema präsentiert. Hartls Beitrag plädiert für eine Ausweitung des Wahlrechts und die Demokratisierung aller Lebensbereiche, allen voran der Schule und des Betriebs, um den Nexus von sozialer und politischer Ungleichheit zu schwächen.

Bettina Leibetseder beschreibt in ihrem Beitrag das Verhältnis von Sozialpolitik und sozialer Ungleichheit. Der österreichische Wohlfahrtsstaat verteilt rund 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts um, trotzdem zeigen sich über Jahrzehnte manifeste soziale Ungleichheiten. Der Beitrag erläutert zuerst die theoretischen Stränge, die aus einer funktionalistischen, institutionellen, konflikttheoretischen oder kulturell-ideellen Perspektive den sozialpolitischen Wandel und somit die daraus resultierenden sozialen Ungleichheiten erklären. Im Anschluss werden aktuelle sozialpolitische Forschungen dargelegt, die die gegenwärtige Situation in Österreich erörtern.

Karina Fernandez und *Gerlinde Janschitz* widmen sich in ihrem Beitrag persistierenden Bildungsungleichheiten, wobei sie nach einem kurzen Blick in die Geschichte der Frage nachgehen, welche Ungleichheiten im Bereich der Bildung gemildert werden konnten und welche bis heute Bestand haben. Dabei wird auf Theorien Bezug genommen, die versuchen die Genese und Persistenz dieser zu erklären. Grundlegende Theoriestränge gründen dabei auf dem rational-choice-basierten Ansatz von Boudon und der Kapitalien- und Habitustheorie von Bourdieu und Passeron. Im Anschluss werden zwei aktuelle Herausforderungen aufgegriffen, die bezüglich der Verschärfung von Bildungsungleichheiten kontroversiell diskutiert werden. Zum einen sind dies die Herausforderungen, die sich durch die Covid-19-Pandemie ergeben haben, zum anderen ist dies eine

Veränderung in der Steuerung des Bildungssystems, die von einer zunehmenden Ökonomisierung gekennzeichnet ist.

In ihrem Beitrag rekonstruiert *Karin Fischer* die Genese des Begriffs „globale Ungleichheit“ und skizziert seine theoretische Bearbeitung. Der theoriegeschichtliche Querschnitt beginnt bei frühen marxistischen Beiträgen und führt über die interdisziplinäre Entwicklungsforschung zu aktuellen Ansätzen in der Soziologie, mit einem Schwerpunkt auf der deutschsprachigen Soziologie. Im Anschluss daran wird aktuelle Forschung in drei ausgewählten Bereichen vorgestellt, und zwar zur globalen Einkommensverteilung, zur internationalen Arbeitsteilung und zur sozialökologischen Ungleichheit. Die Befunde zur globalen Ungleichheit werden literaturbasiert mit Gleichheit fördernden Vorschlägen ergänzt. Der Beitrag schließt mit den Grundsätzen, die die Forschung zu globaler Ungleichheit leiten.

Alban Knecht und *Martin Schenk* lenken den Blick anschließend wieder vermehrt auf die Entwicklungen in Österreich. Ihr Artikel stellt einige theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse der Armutsforschung in Österreich vor, die sich unter anderem durch partizipative und praxisnahe Forschung auszeichnet. Es wird nach der subjektiven Bedeutung von Exklusion gefragt, nach der Beschämung und Diskriminierung von Armutsbetroffenen, der Rolle der Medien im Armutsdiskurs wie auch der unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung der Betroffenen. Von praktischer Relevanz sind die Diskussion von Gegenstrategien und Leistungslücken.

Julia Hofmann beschäftigt sich in ihrem Beitrag quasi mit der anderen Seite der Medaille: Dem Thema Reichtum; einem Thema, das, wie sie betont, in der soziologischen Ungleichheitsforschung noch viel zu wenig beforscht wird. Hofmann erklärt sich dies mit Verweis auf die Dominanz ökonomischer Forschung im Bereich der Vermögensverteilung und mit dem „Mittelschichtsbias“ der modernen Soziologie. In ihrem Beitrag zeigt sich im historischen Rückblick und mit Verweis auf aktuelle Forschungen, was einen ökonomischen von einem soziologischen Blick beim Thema Reichtum unterscheidet und wie die Soziologie dabei helfen kann, nicht nur die „Wege zum Reichtum“, sondern auch Fragen der Legitimation und der Stabilität von Ungleichheitsregimen besser zu verstehen.

Der Beitrag von *Cornelia Dlabaja* nimmt historisch dimensioniert Stadt und soziale Ungleichheiten in den Blick und geht der Frage nach, wer im Prozess dieser Ausverhandlung das Recht auf Stadt einfordert und erkämpft. Ihr Artikel arbeitet soziale Ungleichheiten raumtheoretisch fundiert auf, darauf folgt ein Überblick aktueller Debatten der ungleichheitsbezogenen Stadt-, Raum- und Wohnbauforschung. Soziale Ungleichheiten zeigen sich in urbanen Kontexten auf vielfältige Weise, entlang von Wohn- und Arbeitsverhältnissen, aber auch der Möglichkeit, wählen zu gehen. Ungleich verteilt sind auch die Möglichkeiten, sich in Entscheidungsprozesse und die Gestaltung der eigenen städtebaulichen Umwelt einzubringen oder Räume anzueignen, wie der Text aufzeigt. Finalisiert

wird der Beitrag mit dem Blick auf die Gegenwart und Zukunft sozialer Ungleichheiten in der globalen Klimakrise.

Bei der soziologischen Betrachtung von Migration fallen große Unterschiede in Bezug auf die soziale Situation von Menschen auf globaler, nationaler und transnationaler Ebene ins Auge. *Clara Holzinger* nimmt in ihrem Beitrag die Erforschung dieser sozialen Ungleichheiten aus Perspektive der Migrationssoziologie in den Blick. Dazu skizziert sie neben der historischen Entwicklung des Forschungsfeldes ausgewählte Forschungsansätze, Theorien und Themenfelder in der aktuellen Migrationsforschung mit einem besonderen Fokus auf soziale Ungleichheiten. Anhand von Beispielen aus eigenen Forschungsarbeiten wird gezeigt, welche konkreten (sozialen, politischen, kulturellen, ökonomischen ...) Prozesse migrationsbedingte Diversität in Ungleichheit transformieren können und welche möglichen Lösungsansätze es im Kampf gegen soziale Ungleichheiten gäbe.

Michael Parzer widmet sich in seinem Beitrag der kultursoziologischen Betrachtung sozialer Ungleichheit. Ausgehend von einer Begriffsbestimmung, die Kultursoziologie als allgemeine Analyseperspektive versteht, werden in einem ersten Schritt die Grundlagen einer kultursoziologischen Ungleichheitsforschung sowie deren historische Entwicklung dargestellt. Im Zentrum des Beitrags stehen ausgewählte theoretische Ansätze, die in der aktuellen Ungleichheitsforschung Anwendung finden, unter anderem der „symbolic boundary approach“, die „Theorie negativer Klassifikationen“ sowie die subjektorientierte Sozialstrukturanalyse. Anhand von zwei ausgewählten eigenen Forschungsprojekten wird schließlich exemplarisch gezeigt, wie das kultursoziologische Instrumentarium zur Analyse von sozialer Distinktion durch kosmopolitischen Konsum sowie zur Untersuchung von Zuschreibungspraktiken im Kontext von Fluchtmigration genutzt wird. Zum Schluss wird am Beispiel aktueller Forschungen auf die Frage eingegangen, wie kultursoziologische Erkenntnisse zur Überwindung von sozialer Ungleichheit beitragen können.

Für eine Soziologie sozialer Ungleichheit ist eine intersektionale Perspektivierung besonders gewinnbringend, da sie den Blick auf die Mehrdimensionalität und Verwobenheit sozialer Ungleichheitsachsen richtet. Der Beitrag von *Johanna Neuhauser* beginnt mit einer historischen Einführung und einem Überblick über verschiedene Intersektionalitätsansätze. Anschließend werden die Fallstricke intersektionaler Ansätze thematisiert, die vor allem darin bestehen, dass diese theoretisch und methodologisch meist unzureichend ausgearbeitet sind und sich häufig auf sehr unterschiedlichen Analyse- und damit Abstraktionsebenen bewegen. Auf Basis dieser Diskussion wird eine Konzeption von Intersektionalität vorgeschlagen, in der einerseits die gesellschaftliche Arbeitsteilung als Dreh- und Angelpunkt herangezogen wird und andererseits die alltäglichen Erfahrungen gesellschaftlicher Ungleichheit nicht aus dem Blick geraten. Anhand eigener empirischer Forschungen zu migrantischer Arbeit in Spanien und Österreich

wird gezeigt, dass dieser intersektionale Ansatz eine differenzierte Analyse von Arbeitsausbeutung ermöglicht, indem die strukturellen Mechanismen und die subjektive Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungleichheit wechselseitig aufeinander bezogen werden.

Barbara Rothmüller und *Nora Ruck* gehen in ihrem Beitrag schlussendlich der Frage nach, wie psychologische Konzepte und Techniken mit sozialer Ungleichheit in Zusammenhang stehen. In einem historischen Überblick zeichnen sie zunächst den Aufstieg der Psychologie als Disziplin und die daran anschließende Psychologisierung der Ungleichheitsanalyse nach. Im Folgenden werden aktuelle Theorien von Nikolas Rose, Eva Illouz, Angela McRobbie und Sara Ahmed diskutiert, bevor der Fokus auf die Psychologisierung von Geschlechterungleichheiten gelegt wird. Anhand eigener Forschung zur Entwicklung von Wiener Frauen*-Beratungsstellen zeigen Rothmüller und Ruck, dass die Geschichte der Psychologisierung je nach Kontext komplex und oftmals auch widersprüchlich verlaufen ist. Entgegen den Annahmen der Theoretiker*innen treiben feministische Akteur*innen im psychosozialen Feld nicht unreflektiert die Individualisierung sozialer Probleme voran, sondern setzen teilweise sehr präzise Angebote sowohl auf struktureller Ebene als auch auf Ebene individueller psychosozialer Belastungen. Ausgehend von diesem Befund werden abschließend Möglichkeiten diskutiert, wie mit den psychosozialen Bedingungen sozialer Ungleichheit auf eine nicht-individualisierende Art und Weise umgegangen werden kann.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Burzan, Nicole (2007): Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien. Wiesbaden: Springer VS.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Frankfurt am Main: Campus.
- Fischer, Karin/Grandner, Margarete (Hrsg.) (2022): Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Wien: Mandelbaum.
- Lefèbvre, Henri (1991): The Production of Space. Oxford: Blackwell.
- Oxfam (2022): Inequality Kills. The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of Covid-19. www.oxfam.de/system/files/documents/inequality_kills_en_web.pdf (Abfrage: 02.02.2022).
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C. H. Beck.

1. Arbeit und soziale Ungleichheit

Carina Altreiter, Roland Atzmüller

1.1 Einleitung

In Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht (Marx 1972 [1867], S. 49), ist Ungleichheit strukturell in die Arbeits- und Produktionsverhältnisse eingeschrieben. Zentrales Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise, die sich zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert ausgehend von Europa als dominante Gesellschaftsformation ausbreitete, ist die ungleiche Verfügung über Produktionsmittel (Kocka 2013; Flecker 2017). Ein kleiner Teil der Bevölkerung befindet sich im Besitz dieser Ressourcen und ist daher in der Lage, wesentliche Dimensionen der Organisation, Planung und Gestaltung von Arbeits- und Produktionsprozessen in Gang zu setzen und zu kontrollieren und deren Erträge anzueignen. Wie Karl Marx 1867 herausgearbeitet hat, ist dadurch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die nur im Besitz ihrer Arbeitskraft ist, gezwungen, durch Lohnarbeit – also den Verkauf ihrer Arbeitskraft – ihre Existenz zu sichern. Der ungleiche Zugang zu den Produktionsmitteln ist die Grundlage dafür, dass sich einige wenige den Mehrwert, den die (besitzlosen) Lohnabhängigen durch ihre Arbeit produzieren, als Profit aneignen können. Das Prinzip der Lohnarbeit, das in kapitalistischen Gesellschaften weiterhin wesentliche Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit prägt, beruht also auf der Ausbeutung von Arbeitskraft (vgl. Marx 1972; Fischer in diesem Band). Die Stellung der Menschen in den kapitalistischen Arbeits- und Produktionsverhältnissen und auf den Arbeitsmärkten bestimmt allerdings „nicht nur direkt oder indirekt den Lebensunterhalt, sondern auch in einem erheblichen Maß die Positionierung der Menschen in der Gesellschaft“ (Kronauer 2010, S. 30). Karl Marx spricht diesbezüglich von unterschiedlichen Klassenlagen – verschiedenen Gruppen von Arbeitskräften einerseits und verschiedenen Fraktionen des Kapitals (Industrie, Handel, Finanz) andererseits –, die durch gegensätzliche Interessen verknüpft sind. Diese lassen soziale Konflikte entstehen, die Marx als Klassenkampf bezeichnete (1972).

Diese Konflikte betreffen einerseits Fragen der Entlohnung von Arbeit und Regelung der Arbeitszeit. Andererseits haben sie die Organisation der kapitalistischen Arbeits- und Produktionsprozesse, also die Gestaltung und Kontrolle von Arbeitsabläufen und Arbeitsbedingungen, oder die soziale Absicherung, Qualifikationsanforderungen und den Technikeinsatz zum Gegenstand. Sie können aber auch den Zugang zu den (nationalen) Arbeitsmärkten und ihrer (sozial-)politischen Einbettung über das Migrationsregime (z. B. Neuhauser/Birke 2021; Horvath 2014), den Zugang zu bestimmten Ausbildungs- und Qualifikationsniveaus

und ihren konkreten Zuschnitt sowie den unterschiedlichen Zugang zu Erwerbstätigkeit und Sorgetätigkeit (Aulenbacher 2020) und wie diese aufeinander bezogen sind, betreffen. Die hier nicht erschöpfend nennbaren Konfliktfelder haben zwar wesentlich die Gestaltung und Ausprägung der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen sowie den Zugang zu Arbeitsmärkten in kapitalistischen Gesellschaften zum Gegenstand. Sie werfen aber aufgrund der zentralen Bedeutung von Lohnarbeit im Kapitalismus immer wieder auch gesamtgesellschaftliche Fragen auf – etwa wenn es um die Rolle und Position der Wirtschaft (und damit der Arbeit) für die Gesellschaft als Ganzes geht.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind darüber hinaus strukturell an eine Reihe gesellschaftlicher Voraussetzungen gebunden. So verweist beispielsweise Claus Offe (1984) *erstens* auf die Bedeutung staatlicher und anderer regulatorischer Instanzen für die dauerhafte Stabilisierung bzw. konkrete historische und nationale Ausprägung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse und ihrer Entwicklungsdynamiken. Demnach ist der Staat von Anfang an in der Erzeugung der verschiedenen Akteur*innen (Lohnarbeiter*innen, Kapital) des Kapitalismus, insbesondere in den verschiedenen Sozialisationsprozessen, die aus Menschen Arbeitskräfte machen, aber auch in der konkreten Gestaltung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse (Arbeitsbedingungen und -organisation) präsent (Hildebrandt/Jürgens/Oppen 2007).

Diese Aktivitäten staatlicher Institutionen und anderer regulatorischer Instanzen erklären unter anderem die historische wie auch geographische Varianz kapitalistischer Gesellschaften im Hinblick auf die konkrete Ausprägung, Verteilung und Entwicklungsdynamik von Lohn- und Erwerbsarbeit sowie der damit verbundenen Konflikte, Ungleichheiten und Institutionen (Wilkinson/Wood/Deeg 2016). Es gibt nicht *den* Kapitalismus oder *die* kapitalistische Arbeit – sondern geographisch und historisch stets spezifische Ausprägungen dieser Produktionsweise (Sum/Jessop 2015).

Zweitens haben insbesondere feministische Theoretikerinnen darauf hingewiesen, dass die Konstruktion der Ware Arbeitskraft und die Möglichkeit als Lohnarbeiter*innen auf kapitalistischen Arbeitsmärkten zu agieren, eine Reihe von Trennungen voraussetzt (Becker-Schmidt 2014; Aulenbacher 2020). Dazu gehört insbesondere die (strukturelle) Trennung der Lohnarbeit von Tätigkeiten, welche für die Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig sind (Haus- und Betreuungsarbeiten, Zeugung von Nachwuchs, Sexualität und Liebe). Diese wurden traditionell dem Haushalt bzw. der sogenannten Privatsphäre zugeordnet und den als öffentliche Räume markierten Bereichen der Wirtschaft und des Staates gegenübergestellt. Durch diese Trennungsprozesse wird es möglich, dass sich ein Teil der arbeitenden Bevölkerung – historisch bis dato in der Regel der männliche – der Beteiligung an derartigen Aktivitäten tendenziell entziehen kann bzw. muss. Diese Trennungen sind entlang der ungleichen und hierarchischen, geschlechtlichen Arbeitsteilungen organisiert und liegen bis zu

einem gewissen Grad quer zu den in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen konstituierten Klassenverhältnissen (Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015). Wie auch die ethnisierenden und rassifizierenden Beziehungen überschneiden sie sich mit diesen aber in den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern, insbesondere aber auf den Arbeitsmärkten und in den Beschäftigungsverhältnissen, wie dies in intersektionalen Untersuchungen herausgearbeitet wird (vgl. dazu Décieux/Binner und Neuhauser in diesem Band; Aulenbacher et al. 2012).

Der Beitrag bietet einen Einstieg in die Auseinandersetzung mit (Erwerbs-) Arbeit und Ungleichheit. Er schlägt zunächst einen großen Bogen von 1945 bis zur Gegenwart und zeigt, wie das fordistische Arbeitsregime mit seiner umfassenden sozialrechtlichen Absicherung ab den 1980er Jahren in die Krise kommt (Kapitel 1.2). Im nächsten Schritt versuchen wir einen Überblick über zentrale Dynamiken der Veränderungen der Arbeitswelt zu geben. Dieser Abschnitt rückt dabei insbesondere die Erosion des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses, Prozesse der Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung sowie die veränderte Bedeutung der Subjektivität in den Arbeits- und Produktionsprozessen ins Zentrum (Kapitel 1.3).

Abschließend zeigen wir auf, inwiefern diese Veränderungen den Zugriff auf Ungleichheitsrelationen in der Arbeitsforschung verändert haben (Kapitel 1.4).

1.2 Historische Entwicklungen

In den sozialwissenschaftlichen Debatten gibt es einen weitreichenden Konsens, dass die Gesellschaften des globalen Nordens, die lange Zeit als Industriegesellschaften bezeichnet wurden, seit einigen Jahrzehnten von tiefgreifenden Krisen und Veränderungsdynamiken geprägt sind. Diese haben, wenn auch auf unterschiedliche Weise, alle gesellschaftlichen Bereiche und deren Beziehungen zueinander erfasst. Sie können daher nicht durch eine simple Anpassung der vorherrschenden gesellschaftlichen und (wohlfahrts-)staatlichen Einbettungen bearbeitet werden (Atzmüller et al. 2013). Vielmehr ziehen sie weitreichende und umkämpfte Veränderungen nach sich, die in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern sichtbar werden. Wesentliches Moment dieser Krisen und Veränderungen ist die Erosion der während der Nachkriegsjahrzehnte prägenden Erscheinungsform von Erwerbsarbeit, die in der Literatur auch als „Normalarbeitsverhältnis“ (NAV) (Flecker 2017; Bosch 2013) bezeichnet wird.

Das Normalarbeitsverhältnis als ethnisierter Klassen- und Geschlechterkompromiss

Mit dem Begriff Normalarbeitsverhältnis werden unselbstständige, sozialrechtlich abgesicherte Formen von Beschäftigung von Arbeiter*innen oder Angestellten in

einem Betrieb in Vollzeit und mit gewerkschaftlich ausgehandelten Löhnen erfasst. Dieser „Normalfall“ war durch eine spezifische institutionelle, insbesondere (wohlfahrts-)staatliche Einbettung abgesichert und bildete lange Zeit die zentrale Referenzfolie für arbeitsrechtliche Gesetze, sozialpartnerschaftliche Aushandlungsprozesse (etwa von Löhnen und Arbeitszeit) oder sozialrechtliche Bestimmungen (Flecker 2017, S. 78).

Das NAV war Ausdruck eines in den Jahrzehnten nach 1945 hegemonialen, nationalstaatlich organisierten „Klassen- und Geschlechterkompromisses“ (Gottfried/O'Reilly 2000; Nickel 2012), basierte aber auch auf einer ethnischen Segmentation des Arbeitsmarktes. Es beruhte einerseits auf einem weitreichenden gesellschaftlichen Konsens (insbesondere zwischen den Interessensvertretungen der Beschäftigten, wie auch den Unternehmen sowie dem Staat) zur Sicherung von Vollbeschäftigung und der Partizipation breiter Bevölkerungsteile am wachsenden Wohlstand.¹ Andererseits war es am sogenannten männlichen Familiernährer ausgerichtet, dessen Lohn eine (Klein-)Familie ernähren können sollte. Frauen war in diesem Arrangement die Übernahme der Sorge- und Reproduktionsarbeiten zugeordnet. Das NAV und seine Verknüpfung mit einem spezifischen Familienmodell stellte ein wesentliches Element der Stabilisierung nationaler Wachstumsmodelle auf der Basis von Massenkonsum und Massenproduktion dar. Es trug daher zur Durchsetzung einer konsumorientierten Lebensweise in breiten Bevölkerungsschichten bei (Brand/Wissen 2017; Dörre 2019). Trotz der ökologisch problematischen Folgen des sogenannten fossilistischen und extraktivistischen Wachstums- und Konsummodells, das auf der unbegrenzten Ausbeutung von Naturressourcen (z.B. Erdöl, Kohle) beruht, ermöglichte dies der (insbesondere weißen und männlichen) Arbeiter*innenklasse von dieser spezifischen, auf den globalen Norden begrenzten Lösung der sozialen Frage (Castel 2000) zu profitieren und am wachsenden Wohlstand des Wirtschaftsaufschwungs und der sozialstaatlichen Absicherung teilzuhaben. Dies aber macht es in der gegenwärtigen Situation schwierig, die „soziale“ bzw. „Klassenfrage“ mit der „ökologischen Frage“ zu verbinden und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Armut mit dem Widerstand gegen die Naturzerstörung zusammenzubringen (Dörre 2019).

Frauen waren in das Nachkriegswachstumsmodell vor allem über ihren Status als Ehefrauen und als sogenannte „Zuverdienerinnen“ eingebunden, da die Last der notwendigen unbezahlten Haus- und Betreuungsarbeit zur Sicherstellung der (sozialen) Reproduktion vorwiegend ihnen übertragen war. Während etwa in Österreich Mitte der 1950er Jahren die Erwerbsquote von Männern bei über 86 Prozent lag, erreichte sie für Frauen erst 50 Prozent, eine Quote, die bis 1970 erst knapp 53 Prozent und 1985 ca. 57 Prozent erreicht hatte. Gegenwärtig

1 Allerdings profitierte davon insbesondere die weiße, männliche Arbeiterschaft (Rudick 1992; Becker-Schmidt/Krüger 2009; Aulenbacher 2007).

liegt sie bei ca. 71 Prozent, wobei der Anteil an Teilzeitbeschäftigten bei Frauen fast 50 % beträgt (die männliche Erwerbsquote war bis Mitte der 2000er auf ca. 75 Prozent gefallen und erreicht gegenwärtig wieder knapp 83 Prozent).²

Ethnische Minderheiten und Zuwander*innen (im deutschsprachigen Raum nach 1945 zuerst v. a. als sogenannte „Gastarbeiter“) ermöglichten darüber hinaus in der fordistischen Boomphase – in Österreich ab Ende der 1950er Jahre – eine Unterschichtung der Arbeitsmärkte (Atac/Reinprecht 2015; Kraler 2012). Aufgrund ihrer unvollständigen, von Diskriminierung und Benachteiligung bestimmten An- und Einbindung in das fordistische Wachstumsmodell, konnten Arbeitsmigrant*innen in den zyklischen Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklungen als Flexibilitätspuffer des Arbeitskräftebedarfs eingesetzt werden. Dies hatte beispielsweise in der sich abzeichnenden Krise der Nachkriegsmodelle ab Mitte der 1970er Jahre zur Folge, dass Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre auch durch eine Rückführung von „Gastarbeitern“ in ihre Herkunftsländer bearbeitet wurden bzw. Migrant*innen in andere Formen prekärer Beschäftigung in Österreich abwanderten (Dlabaja 2016).

Es waren nicht zuletzt die historisch tradierten geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und Diskriminierungen, aber auch ethnisierenden und rassifizierenden Unterordnungen und Hierarchien, die von den Bewegungen um Gleichberechtigung, Emanzipation und Anti-Rassismus in den Jahrzehnten nach 1968 thematisiert und kritisiert wurden. Sie nahmen unter anderem auch die Zwänge der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft ins Visier und zielten – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der beginnenden Auseinandersetzungen um Umweltzerstörung und Ökologie – auf ihre Zurückdrängung.

Diese Kämpfe gingen daher über den lange in den politischen wie auch wissenschaftlichen Auseinandersetzungen dominanten Bereich der Industriearbeit hinaus. Sie rückten einerseits die Anerkennung (und letztlich Neuverteilung) unbezahlter Versorgungs- und Reproduktionsarbeit im Haushalt ins Zentrum der sozialwissenschaftlichen Debatten um die Entwicklung von Arbeit in modernen Gesellschaften. Die entstehenden feministischen Ansätze in den Sozialwissenschaften (und ihre Verbindungen mit den feministischen Bewegungen) waren dafür von zentraler Bedeutung. Andererseits versuch(t)en die sozialen Bewegungen auch nicht-profit- und wettbewerbsorientierte bzw. nachhaltige und solidarische Arbeits- und Produktionsweisen etwa in der sogenannten Alternativ-, den Commons oder solidarischen Ökonomie (Helfrich 2014; Rätz 2011) zu entwickeln. Darüber hinaus stellten sie dem tayloristischen Produktionsmodell des Fordismus, das auf der Entwertung und Dequalifikation von Arbeit beruhte,

2 Dieser Zuwachs entfällt fast ausschließlich auf Teilzeitbeschäftigung, der Anteil an Vollzeitbeschäftigten Frauen ist seit den 1990er Jahren sogar leicht zurück gegangen (Eurostat 2022).

Ansprüche auf eine Wiederaneignung und Anerkennung der subjektiven Fähigkeiten und Kompetenzen der Lohnabhängigen – wie etwa Kommunikations- und Problemlösefähigkeiten, Kreativität – entgegen (Hardt/Negri 2001). Die Kritik am Taylorismus und der vorherrschenden Organisation der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse und -prozesse führte aber nicht zu einer Emanzipation der Arbeit, sondern trug auch zu ihrer subjektivierenden Reorganisation bei (Nies/Sauer 2012).

Wiederkehr der Krisen und Erosion des Normalarbeitsverhältnisses

Die emanzipatorisch orientierten Konflikte und Bewegungen trafen aber bald auf eine Situation in der die „immerwährende Prosperität“ (Lutz 1984) der Nachkriegsjahrzehnte an ihre Grenzen gelangte. Die seit den 1970er und 80er Jahren wieder zyklisch auftretenden Wirtschaftskrisen (zuletzt, wenn man von den Auswirkungen der Corona-Krise absieht, etwa die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff.) führten zum Anstieg von Arbeitslosigkeit und der Zunahme sozialer Ungleichheit und Verarmung. Diese Entwicklungen brachten ein Ende des gesellschaftlichen Konsenses über Vollbeschäftigung, über die in vielen Ländern heute nur noch in Sonntagsreden gesprochen wird.

Neoliberal orientierte Regierungen versuchten ab den 1980er/1990er Jahren – allen voran unter Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA –, die Wachstumsprobleme kapitalistisch verfasster Ökonomien im Kontext ökonomischer Globalisierungsprozesse durch wettbewerbsorientierte Anpassungen der Beschäftigungs- und Wohlfahrtsregime und damit einer Stärkung der Unternehmensseite zu lösen (Biebricher 2016; Jessop 2016). Kernelemente der neoliberalen Reformprojekte sind Strategien zur Re-Kommodifizierung (von lat. *commodus*: die Ware) der Ware Arbeitskraft (Stelzer-Orthofer/Weidenholzer 2011). Dabei geht es um Maßnahmen zur Stärkung ihrer Marktgängigkeit, etwa durch den Rückbau sozialer Sicherungssysteme und wohlfahrtsstaatlicher Institutionen; die Liberalisierung und Deregulierung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zur Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes; die Schwächung von Gewerkschaften zur Begrenzung der Lohnentwicklung und Arbeitskosten usw. Dies hatte das Wachstum prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeitarbeit, Befristungen, Leiharbeit, neue Selbstständige) in vielen Ländern zu Folge (Castel/Dörre 2009b).

Die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse bedingte zusammen mit den Maßnahmen zur Reduktion sozialpolitischer Absicherungen eine Zunahme sozialer Ungleichheit durch die Schaffung von Niedriglohnsektoren und der Ermöglichung wachsender Lohnspreizungen. Die Benachteiligungen von Frauen wie auch der verschiedenen Gruppen von Migrant*innen auf den Arbeitsmärkten und in den Beschäftigungsverhältnissen wurden von neoliberal orientierten

Reformstrategien genutzt, um die Aushöhlung der NAVs und die Verengung des Zugangs zu unbefristeten und gewerkschaftlich durchgesetzten Vollzeitarbeitsplätzen voranzutreiben. Es ist daher kein Zufall, dass neben niedrigqualifizierten Personen insbesondere Frauen und migrantische Arbeitskräfte in einem hohen Ausmaß in atypischen und prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind.

Wachsende Migrationsdynamiken trieben außerdem die ethnische Unterscheidung der Arbeitsmärkte und ihrer wohlfahrtsstaatlichen Einbettung weiter voran (Atac/Reinprecht 2015). Die in vielen Staaten entstehenden Migrationsregime institutionalisierten zunehmend ausdifferenzierte Systeme der Kontrolle, Steuerung und Begrenzung bzw. Abwehr von Migrationsbewegungen. So wurden beispielsweise in Österreich umfangreiche Regelungen sowie Institutionen geschaffen, die die in den letzten zehn Jahren zunehmend aggressivere Verhinderung von Migration organisieren und umsetzen (Horvath 2014; Perchinig/Valchars 2019). Letztere sind mit dem Aufbau hochgradig selektiver migrationspolitischer („fremdenpolizeilicher“) Strategien und Institutionen verbunden. Sie kontrollieren den hierarchisierten und stets widerrufbaren Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, Aufenthaltsrechten, wohlfahrtsstaatlichen Absicherungen (und im Falle von Einbürgerungsoptionen politischen Teilhabechancen) für Migrant*innen. Der dauerhafte Aufenthalt wird dabei insbesondere an die von ihnen geforderte, ökonomische Nützlichkeit auf den Arbeitsmärkten und ihre Fähigkeit, sich selbst durch Erwerbsarbeit zu versorgen und nicht den „Fleißigen und Anständigen“ auf der Tasche zu liegen, geknüpft (Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2021).

1.3 Aktuelle Debatten und Fragestellungen: Heterogene Arbeitswelten

Die skizzierten ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Krisenprozesse und Veränderungen haben seit den 1970er und 1980er Jahren nicht nur zu einer wachsenden Bedeutung des Finanzsektors und einer zunehmend globalisierten Wirtschaft geführt. Vielmehr kam es auch zu strukturellen Umbrüchen in den Arbeitsverhältnissen und -märkten, der Organisation von Arbeit und den Arbeitsprozessen sowie in der wohlfahrtsstaatlichen Absicherung und Reproduktion der Ware Arbeitskraft (Dörre/Sauer/Wittke 2012).

Drei zentrale Dynamiken können seither festgestellt werden. *Erstens* führte die Erosion des NAV und der damit verbundenen Anerkennungsordnungen zu einer Heterogenisierung und Fragmentierung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen. Dies bedingte *zweitens* eine Polarisierung der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zwischen einem wachsenden prekären Arbeitsmarktsegment und (noch) einigermaßen stabilen Beschäftigungsverhältnissen. Diese Entwicklungen verbanden sich *drittens* mit einer Vertiefung des Zugriffs (der

„realen Subsumtion“ unter das Kapital, Karl Marx) auf die Arbeitskräfte und deren Subjektivität (Lern-, Kooperationsfähigkeiten, Affektivität und Emotionalität etc.).

Erosion des Normalarbeitsverhältnisses

Wesentlich für die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse ist der zunehmend transnationale und globale Charakter der Wirtschaft. So haben Jörg Flecker und Ursula Holtgrewe (2008) in einer EU-weiten Studie festgehalten, dass ab den späten 1980er und beginnenden 1990er Jahren, in vielen Betrieben *Umstrukturierungsprozesse* beobachtet werden konnten. Diese hatten zum Ziel, umfassende Geschäftsbereiche auszulagern. Durch die *Externalisierung* von Tätigkeiten an Zulieferfirmen im In- und Ausland, durch *Outsourcing* oder *Subcontracting* versprachen sich Unternehmen ein höheres Maß an Flexibilität und damit Wettbewerbsvorteile. Diese „vertikalen Desintegration“ von Betrieben (Holst 2017, S. 14; Flecker/Haidinger/Schönauer 2013) führte auf der Seite der Beschäftigten zu Fragmentierungsprozessen und einer Destabilisierung von Arbeitsbeziehungen. Fragmentierung meint dabei eine „Aufspaltung von Belegschaften und [...] [eine] Zunahme der Unterschiede in den Beschäftigungsverhältnissen und -bedingungen“ (Flecker/Holtgrewe 2008, S. 315). Diese kann sowohl innerhalb eines Betriebs als auch entlang von Wertschöpfungsketten auftreten. Die Folge sind eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen von Beschäftigten, die unterschiedliche Arbeitgeber und damit auch unterschiedliche Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen haben. Entsprechend fragmentiert sind Beschäftigte daher auch hinsichtlich ihres Einkommens, der Arbeitszeiten, sozialer Absicherung aber auch sozialem Status. Die Aufspaltung und Fragmentierung der Belegschaft bedeutet einerseits eine Ungleichheitsbehandlung verschiedener Belegschaftsgruppen (vgl. auch Neuhauser in diesem Band). Dabei sind oft Arbeitskräfte mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie etwa Leiharbeit, besonders betroffen, was sich etwa darin äußert, dass sie im Krisenfall früher gekündigt werden (Papouschek/Krenn 2016). Andererseits wird diese Trennung auch als Herrschaftsinstrument genutzt, um Beschäftigte im Betrieb aber auch zwischen verschiedenen Niederlassungen gegeneinander in Stellung zu bringen und Solidarität zu verhindern. Betriebliche Interessenpolitik und gewerkschaftliche Mobilisierungspotenziale werden dadurch deutlich geschwächt (Kraemer 2009; Aust/Pernicka/Feigl-Heihs 2007).

Prekarisierung

Die Prozesse der Neuordnung in der Arbeitswelt seit den 1980er und 1990er Jahren sind darüber hinaus mit einer zunehmenden *Prekarisierung* der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse verknüpft, zu der auch die Etablierung von

Niedriglohnsektoren gehört. Diese Entwicklungen ermöglichten nicht nur die Durchsetzung flexibler, transnational agierender Firmenmodelle, sondern auch die Ausdehnung von Dienstleistungssektoren etwa im Bereich von personen-nahen (Einfach-)DL (haushaltsnahe DL, Betreuung usw.). Diese Arbeitsmarkt-entwicklungen sind eng verbunden mit dem wettbewerbsorientierten Umbau der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme (z. B. Einführung von *workfare*/Aktivierungsprogrammen in der Arbeitsmarktpolitik), der auf eine umfassende Re-Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft abzielt, um Arbeitskräfte zu „erzeugen“, die über die notwendige Beschäftigungsfähigkeit auf flexibilisierten Arbeitsverhältnissen verfügen (Stelzer-Orthofer/Weidenholzer 2011).

Die aus diesen Entwicklungen resultierende Verunsicherung der Lebensla-gen wachsender Teile der Bevölkerung wurde in den letzten Jahren als Rückkehr „massenhafter Verwundbarkeit“ (Castel 2000, S. 336) von Arbeitnehmer*innen, wie sie im fordistische Beschäftigungs- und Wohlfahrtsregime als über-wunden geglaubt wurde, diskutiert. Dies wurde daran festgemacht, das sich am Arbeitsmarkt Segmente ausweiteten, welchen die mit dem NAV verbundenen gesellschaftlich durchgesetzten Standards von Einkommen, sozialer Absiche-rung, sozialer Integration aber auch Anerkennung und Sinnansprüchen deutlich unterschritten. Nach Robert Castel (2000), der diese Entwicklungen bereits in den 1990er Jahren für Frankreich diagnostizierte und damit die Prekarisierungs-forschung im deutschen Sprachraum (Castel/Dörre 2009b) beeinflusste, kommt es zu einer Polarisierung zwischen stabilen und instabilen Zonen des Arbeits-marktes. Auf der einen Seite die „Zone der Integration“ mit (noch) einigermaßen stabilen Beschäftigungs- und Anerkennungsmöglichkeiten, auf der anderen Seite die „Zone der sozialen Verwundbarkeit“, wo sich unsichere Arbeits- und Lebens-verhältnisse verstetigen und die Betroffenen befürchten müssen, in die „Zone der Entkopplung“, also dem völligen Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt und ande-ren Dimensionen sozialer Inklusion, abzugleiten (Castel 2000; Kronauer 2010).³ Diese Destabilisierung betrifft allerdings nicht nur die Prekären, sondern wirkt als Anpassungsdruck auf die integrierten Zonen zurück, in denen Angst vor Ab-stieg und Statusverlust zunehmend spürbar wird (Motakef 2015; Dörre 2009).⁴

3 Übersehen wird dabei allerdings oft, dass auch in der fordistischen Phase wohlfahrtsstaat-licher Absicherung vielen Personengruppen, wie Frauen oder auch migrantischen Arbeits-kräften, der Zugang zu dieser integrativen Zone der nationalen Erwerbsgesellschaft weit-gehend verwehrt geblieben ist (Reinprecht 2008). Kritisiert wird, dass Prekarität erst dann skandalisiert wurde, als sie die Lebensgrundlagen der Normalarbeitsbiografien weißer, männlicher Beschäftigter zu bedrohen begann (ebd.).

4 Die Prekaritätsforschung hat deutlich gemacht, dass es wichtig ist, verschiedene Dimen-sionen von Prekarität zu unterscheiden und in ihrer Wechselwirkung zu untersuchen. Un-sichere Beschäftigungsverhältnisse müssen nicht mit niedriger Entlohnung einhergehen, während schlecht bezahlte Jobs durchaus sozialrechtlich langfristig abgesichert sein kön-nen. Prekäre Jobs werden von Beschäftigten, abhängig von ihrer aktuellen Lebenslage oder Ressourcenausstattung insgesamt, nicht unbedingt als problematisch erfahren.

Studien von Zandonella (2017) verweisen darüber hinaus auf die demokratiepolitischen Implikationen von Prekarität. In der Zone der Verwundbarkeit und Entkopplung ist das Vertrauen in politische Institutionen und die Demokratie brüchig, was sich etwa auf geringere Wahlbeteiligung auswirkt.

Erweiterter Zugriff auf Arbeitsvermögen

Als dritte Tendenz wird in der Arbeitsforschung ein erweiterter Zugriff des Kapitals auf subjektive Potenziale der Arbeitskraft beobachtet (Voswinkel 2012; Kleemann/Voß 2012). Im Kontext der Etablierung post-fordistischer Formen der Arbeitsorganisation geriet das Individuum mit seinen Fähigkeiten und Begabungen zunehmend in den Fokus betrieblicher Wertschöpfung. Eine wachsende Komplexität von Arbeitsprozessen, aber auch neue Formen der Arbeitsorganisation, wie Gruppen- oder Teamarbeit, erfordern nämlich die Mobilisierung subjektiver Potenziale für den Arbeitsprozess über das bisherige Ausmaß. Gemeint sind hiermit weniger die subjektiven Leistungen, die Individuen stets in den Arbeitsprozess einbringen müssen, damit selbst – wie Fritz Böhle et al. (2017) gezeigt haben – hochautomatisierte Prozesse reibungslos ablaufen können. Subjektivität wird nun anders für betriebliche Wertschöpfungsprozesse genutzt, sie wird vom „Störfaktor zur Ressource“ (Nickel 2008, S. 37). Indem klare Organisationsvorgaben in vielen Branchen zunehmend aufgelöst wurden, wird von den Subjekten verlangt, den Arbeitsalltag selbstständig zu gestalten und gleichzeitig auch private Lebenszusammenhänge für die Steigerung der Produktivität des eigenen Humankapitals in Dienst zu nehmen. Die von Foucault inspirierten, gouvernementalitätstheoretischen Arbeiten haben dabei auch auf veränderte „Anrufungen“ und diskursive Zurichtungen von Individuen hingewiesen (Bührmann 2012). Ulrich Bröckling sprach in diesem Zusammenhang von „Subjektivierungsregimen“, in denen das „unternehmerische Selbst“ zum Leitbild wird, woran die Aufforderung geknüpft ist, die gesamte Lebensführung „am Verhaltensmodell der Entrepreneurship“ auszurichten (Bröckling 2007, S. 47). In der Arbeitssoziologie wurde in diesem Zusammenhang die Entstehung eines neuen (Ideal-)Typus von Arbeitskraft, der „Arbeitskraftunternehmer“ (Pongratz/Voß 2003) diskutiert. Mehr und mehr seien vor allem höherqualifizierte Beschäftigte in der gegenwärtigen Arbeitswelt gefordert, zu strategisch handelnden Akteur*innen zu werden, die zielgerichtet Ressourcen wie soziale Netzwerke, Besitz oder Vermögen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft einsetzen und die Fähigkeit besitzen, „die alltägliche Lebensorganisation, sich selbst als Person, die eigene Biographie, die soziale Umgebung usw. aktiv und effizienzorientiert zu steuern“ (ebd., S. 154).⁵

5 Wie Altreiter (2019a) herausgearbeitet hat, bleibt in den Thesen der „Subjektivierung“ von Arbeit allerdings die klassenspezifische Gewordenheit von Subjektivität, die in den Betrieben abgerufen wird, ausgeblendet.

Subjektivierungstendenzen von Arbeit bringen bisherige Regulationsformen des Arbeitsvermögens, wie etwa die in deutschsprachigen Ländern dominante Form des Berufes, unter Druck (Atzmüller 2011, S. 210) da sie in den veränderten Arbeitsverhältnissen als zu starr und rigide gelten. Die Berufsform der Arbeitskraft stabilisierte auf der einen Seite eine spezifische, sozialpartnerschaftlich regulierte Ausprägung der betrieblichen Herrschaftsverhältnisse, bot auf der anderen den Arbeitskräften aber auch ein stabiles Identitätsangebot und einen exklusiven Zugang zu bestimmten Arbeitsaufgaben in den betrieblichen Arbeitsteilungen (Atzmüller 2011; Beck et al. 1982). Durch die skizzierten Veränderungen gerät aber auch die soziale Position der Absolvent*innen von Lehrberufen im Klassengefüge des transformierten Kapitalismus unter Druck. Die Untersuchungen von Altreiter (2019b) verweisen auf die destabilisierende Wirkung einer Prekarisierung der Arbeitsintegration bei jungen Industriearbeiter*innen. Gerade dort, wo nach dem Lehrabschluss ein Wechsel in an- und ungelernte Qualifikationsverhältnisse mit entsprechenden Verschlechterungen im Hinblick auf Absicherung und sozialen Status erfolgen musste, machen Arbeiter*innen drastische Erfahrungen von Entwertung.

1.4 Fazit

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass die sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfe um die Gestaltung, Verteilung und Anerkennung der gesellschaftlichen Arbeiten nicht nur mit weitreichenden gesellschaftlichen Krisenerscheinungen und Transformationsdynamiken verbunden sind und diese vorantreiben. Es hat sich vielmehr auch gezeigt, dass dies auch mit Veränderungen in der sozialwissenschaftlichen Erforschung der gesellschaftlichen Arbeits- und Produktionsverhältnisse bzw. Arbeitsteilungen und Arbeitsprozesse verknüpft ist. Die sozialwissenschaftliche Forschung war lange Zeit auf die Untersuchung der vor allem männlichen Industriearbeit und die sich in diesen Bereichen entfaltenden sozialen Konflikten und Perspektiven fokussiert. Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor bzw. in Branchen, die eher von weiblichen und migrantischen Arbeitskräften dominiert sind, aber auch prekäre und atypische Arbeitsverhältnisse waren für die Arbeitssoziologie lange von eher untergeordneter Bedeutung. Die Veränderungen der Arbeitswelt, die sozialen Auseinandersetzungen um verschiedene Formen von Arbeit bzw. die Gestaltung des Wirtschaftens haben aber zu einer Ausdifferenzierung der Arbeitsforschung geführt. Jedoch haben nicht nur die Impulse einer sich verändernden Arbeitswelt den wissenschaftlichen Zugriff auf die (Erwerbs-)Arbeit verändert. Auch über die Arbeitswelt hinausgehende gesellschaftliche Umwälzungen und Konflikte haben zu einer „Neujustierung“ der Arbeitssoziologie geführt (Mayer-Ahuja 2011, S. 6). Hervorzuheben sind hier insbesondere Impulse aus der feministischen

Frauen- und Geschlechterforschung, aber auch der Migrations- und Rassismusforschung. Diese haben wesentlich zu einer Perspektivenerweiterung der Forschungen geführt, die nun über weiße, männliche Arbeits- und Lebensrealitäten hinausgehen. Dabei ging es zunächst um die (intersektionale, und oft noch nicht weit genug gehende) Ausweitung der Forschung auf verschiedene Beschäftigungsgruppen entlang von Geschlecht, Ethnizität und Klasse (aber auch Alter, Qualifikation etc.). Deutlich wurde dadurch beispielsweise die geschlechtliche und ethische Segmentierung von Arbeitsmärkten, die mit deutlich schlechteren Einkommen, Arbeitsbedingungen und Anerkennungsmöglichkeiten für diese Gruppen verbunden sind. Dieser Eindruck der Zunahme der Ausdifferenzierung hat, wie Mayer-Ahuja (2011) festhält, auch damit zu tun, dass in den Nachkriegsjahrzehnten die Erforschung von „Randbereichen“ der Arbeitswelt kaum im Mainstream der Arbeitsforschung rezipiert wurde; was den Eindruck einer stärker einheitlichen Arbeitswelt förderte.

Die gegenwärtige Arbeitsforschung zeichnet sich eher durch eine Vielfalt an Gegenstandsbereichen und theoretischen Zugängen aus (Böhle/Voß/Wachtler 2012). Diese Pluralisierung der Zugriffe auf Arbeit spiegelt sich unter anderem auch in den verschiedenen soziologischen Subdisziplinen, in denen das Thema aufgegriffen wird. Diese reicht von der Sozialstrukturforschung, über die Organisationssoziologie und die Wirtschaftssoziologie, bis hin zur Frauen- und Geschlechterforschung, Wohlfahrtsstaats- und Sozialpolitikanalyse aber auch Migrationsforschung. Entsprechend unterschiedlich sind auch die theoretischen Zugriffe auf das Verhältnis von Arbeit und Ungleichheit, und zwar danach, welche Ungleichheitsrelationen (z. B. Geschlecht, Klasse, Ethnizität) in den Blick genommen werden und welche ontologische Ebene sie adressieren (Mikro – Meso – Makro).

Die Pluralisierung der Arbeitsrealitäten und die damit verbundene Ausdifferenzierung der Arbeitsforschung im Hinblick auf Forschungsgegenstand und theoretische Bezüge wurde in Anlehnung an Jürgen Habermas auch als „Neue Übersichtlichkeit“ gedeutet, welche die Arbeitsforschung bzw. die Arbeitssoziologie in eine Krise geführt hätten. Mayer-Ahuja (2011) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass wir es trotz heterogenisierter Arbeitsrealitäten mit einer „einzigen Arbeitswelt“ zu tun haben, „die sich ungleichmäßig, aber zusammenhängend entwickelt“ (2011, S. 9). Darum gilt es weiterhin die verschiedenen Arbeitsverhältnisse, Arbeitsformen und Arbeitsregulierungen in ihrer Beziehung zueinander zu untersuchen. Dies ist auch notwendig, da derartige Forschungen nicht nur eine Frage des adäquaten Erkenntnisgewinns sind, sondern immer auch auf die sozialen Konflikte, die sich um die verschiedenen Formen von Arbeit, die in dieser Gesellschaft erbracht werden müssen, drehen, und die damit verbundenen Ungleichheiten und ihre Überwindung entfalten, verweisen. Eine andere Welt, erfordert auch andere Arbeit.

Literatur

- Altreiter, Carina (2019a): Subjekt ohne Klasse? Zur sozialen Genese von Arbeitskraft in aktuellen Debatten um eine Subjektivierung von Arbeit. In: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 12 (1), S. 103–118.
- Altreiter, Carina (2019b): Woher man kommt, wohin man geht. Über die Zugkraft der Klassenherkunft am Beispiel junger IndustriearbeiterInnen. Frankfurt am Main: Campus.
- Atac, Ilker/Reinprecht, Christoph (2015): Europäisierung der Migrationspolitik: Mobilität nach innen, Abschottung nach außen. In: Beigewum (Hrsg.): *Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt*. Wien: Mandelbaum, S. 275–292.
- Atzmüller, Roland/Becker, Joachim/Brand, Ulrich/Oberndorfer, Lukas/Redak, Vanessa/Sablowski, Thomas (Hrsg.) (2013): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban/Bodenstein, Michael (2020): Punishing the Poor and Fighting „Immigration into the Social System“ – Welfare Reforms by the Conservative and Far-right Government in Austria 2017–2019. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 66 (4), S. 525–552.
- Aulenbacher, Brigitte (2020): Auf neuer Stufe vergesellschaftet: Care und soziale Reproduktion im Gegenwartskapitalismus. In: Becker, Karina/Binner, Kristina/Décieux, Fabienne (Hrsg.): *Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 125–148.
- Aulenbacher, Brigitte/Meuser, Michael/Riegraf, Birgit/Nickel, Hildegard M./Nickel, Hildegard M./Riegraf, Birgit (2012): Geschlecht, Ethnie, Klasse im Kapitalismus – Über die Verschränkung sozialer Verhältnisse und hegemonialer Deutungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Geschlecht, Ethnie, Klasse – Perspektiven auf den Gegenwartskapitalismus, Schwerpunkttheft. In: *Berliner Journal für Soziologie* 22 (1), S. 5–27.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (2015): Feministische Kapitalismuskritik. Einsteige in bedeutende Forschungsfelder. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Aust, Andreas/Pernicka, Susanne/Feigl-Heihs, Monika (2007): ‚Moderner Sklavenhandel‘? Gewerkschaftliche Strategien im Umgang mit Leiharbeit. In: Pernicka, Susanne/Aust, Andreas (Hrsg.): *Die Unorganisierten gewinnen: gewerkschaftliche Rekrutierung und Interessenvertretung atypischer Beschäftigter – ein deutsch-österreichischer Vergleich*. Berlin: edition sigma, S. 231–312.
- Becker-Schmidt, Regina (2014): Abstraktionsprozesse in der kapitalistischen Ökonomie – Ausblendungen in der Selbstrepräsentation von Männlichkeit. Theoretische Dunkelfelder in der Kritik der herrschenden Care-Ökonomie. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.): *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Sonderband der Sozialen Welt* 20. Baden-Baden: Nomos, S. 89–105.
- Biebricher, Thomas (Hrsg.) (2016): *Der Staat des Neoliberalismus*. Baden-Baden: Nomos.
- Böhle, Fritz/Bolte, Annegret/Neumer, Judith/Pfeiffer, Sabine/Porschen, Stephanie/Ritter, Tobias/Sauer, Stefan/Wühr, Daniela (2017): Subjektivierendes Arbeitshandeln – „Nice to have“ oder ein gesellschaftskritischer Blick auf „das Andere“ der Verwertung? In: Böhle, Fritz (Hrsg.): *Arbeit als Subjektivierendes Handeln. Handlungsfähigkeit bei Unwägbarkeiten und Ungewissheit*. Wiesbaden: Springer VS, S. 841–848.
- Böhle, Fritz/Voß, G. Günter/Wachtler, Günther (Hrsg.) (2012): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bosch, Gerhard (2013): Normalarbeitsverhältnis. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Minssen, Heiner (Hrsg.): *Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie*. Berlin: edition sigma, S. 376–383.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bührmann, Andrea (2012): Das unternehmerische Selbst: Subjektivierungsform oder Subjektivierungsweise? In: Keller, Reiner (Hrsg.): *Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 145–164.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.

- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009b): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Dlabaja, Cornelia (2016): *Das Wiener Brunnenviertel. Urbane Raumproduktionen – Eine Analyse des Wandels*. Wien: New Academic Press.
- Dörre, Klaus (2009): *Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus*. In: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 35–64.
- Dörre, Klaus (2019): *Risiko, Kapitalismus, Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution*. In: Dörre, Klaus/Rosa, Hartmut/Becker, Karina/Bose, Sophie/Seyd, Benjamin (Hrsg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Wiesbaden: Springer VS, S. 3–34.
- Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Witke, Volker (Hrsg.) (2012): *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Flecker, Jörg (2017): *Arbeit und Beschäftigung. Eine soziologische Einführung*. Wien: UTB.
- Flecker, Jörg/Haidinger, Bettina/Schönauer, Annika (2013): *Divide and Serve: The Labour Process in Service Value Chains and Networks*. In: *Competition & Change* 17 (1), S. 6–23.
- Flecker, Jörg/Holtgrewe, Ursula (2008): *Überbetriebliche Arbeitsteilung: Auslagerung von Unternehmensfunktionen und die Folgen für Arbeit und Beschäftigung*. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 34 (3), S. 307–336.
- Gottfried, Heidi/O'Reilly, Jacqueline (2000): *Der Geschlechtervertrag in Deutschland und Japan: Die Schwäche eines starken Versorgermodells*. WZB discussion paper. FS I 00–207. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2000/i00-207.pdf> (Abfrage: 17.01.2022).
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2001): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Helfrich, Silke (Hrsg.) (2014): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Online-Ausgabe. Bielefeld: Transcript.
- Hildebrandt, Eckart/Jürgens, Ulrich/Oppen, Maria (Hrsg.) (2007): *Arbeitspolitik im Wandel*. Berlin: WZB.
- Holst, Hajo (2017): *Fragmentierte Belegschaften: Problemaufriss und Übersicht*. In: Holst, Hajo (Hrsg.): *Fragmentierte Belegschaften. Leiharbeit, Informalität und Soloselbstständigkeit in globaler Perspektive*. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 9–30.
- Horvath, Kenneth (2014): *Die Logik der Entrechtung. Sicherheits- und Nutzendiskurse im österreichischen Migrationsregime*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jessop, Bob (2016): *Neoliberalismen, kritische politische Ökonomie und neoliberale Staaten*. In: Biebricher, Thomas (Hrsg.): *Der Staat des Neoliberalismus*. Baden-Baden: Nomos, S. 123–152.
- Kleemann, Frank/Voß, G. Günter (2012): *Arbeit und Subjekt*. In: Böhle, Fritz/Voß, G. Günter/Wachtler, Günther (Hrsg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 415–450.
- Kocka, Jürgen (2013): *Geschichte des Kapitalismus*. München: C. H. Beck.
- Kraemer, Klaus (2009): *Prekariisierung – jenseits von Stand und Klasse?* In: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 241–252.
- Kraler, Albert (2012): *The case of Austria*. In: Borkert, Maren/Penninx, Rinus/Zincone, Giovanna (Hrsg.): *Migration Policymaking in Europe. The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present*. Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 22–59.
- Kronauer, Martin (2010): *Exklusion Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Lutz, Burkart (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main, New York: Suhrkamp.
- Marx, Karl (1972 [1867]): *Das Kapital. Marx-Engels-Werke*. Bd. 23. Berlin: Dietz.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2011): *Jenseits der „neuen Unübersichtlichkeit“. Annäherung an Konturen der gegenwärtigen Arbeitswelt*. SOFI Göttingen (SOFI Working Paper, 6). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssao-283042> (Abfrage: 17.08.2022).
- Motakef, Mona (2015): *Prekariisierung*. Berlin, Bielefeld: Transcript.
- Neuhaus, Johanna/Birke, Peter (2021): *Migrantische Arbeit unter Covid-19: Leerstellen in der Arbeitssoziologie*. In: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 14 (2), S. 59–69.

- Nickel, Hildegard Maria (2008): Subjektivierung von Arbeit und Eigensinn der Subjekte. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Frankfurt am Main: Campus, S. 4802–4809.
- Nickel, Hildegard Maria (2012): Arbeit und Genderregime in der Transformation. In: Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.): Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 249–267.
- Nies, Sarah/Sauer, Dieter (2012): Arbeit – mehr als Beschäftigung? Zur arbeitssoziologischen Kapitalismuskritik. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 34–62.
- Offe, Claus (Hrsg.) (1984): „Arbeitsgesellschaft“. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Papouschek, Ulrike/Krenn, Manfred (2016): Gewerkschaftliche Interessenvertretung in der Leiharbeit. Probleme, Bedingungen und erfolgsversprechende Ansätze. Forba Forschungsbericht 2/2016. www.forba.at/wp-content/uploads/2018/11/1184-FB_03_2016.pdf (Abfrage: 23.06.2022).
- Perchinig, Bernhard/Valchars, Gerd (2019): Einwanderungs- und Integrationspolitik. In: Tálos, Emmerich (Hrsg.): Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz. Wien: LIT, S. 387–412.
- Pongratz, Hans J./Voß, G. Günter (2003): Arbeitskraftunternehmer Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin: edition sigma.
- Rätz, Werner (Hrsg.) (2011): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, soziale Rechte, gutes Leben; ein Projekt von Attac. Hamburg: VSA.
- Reinprecht, Christoph (2008): Prekarisierung und die Re-Feudalisierung sozialer Ungleichheit. In: Kurswechsel (1), S. 13–23.
- Ruddick, Susan (1992): Das Gesellschaftliche konstruieren: Armut, Geschlechterverhältnisse und Familie im Goldenen Zeitalter. In: Demirović, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 290–303.
- Stelzer-Orthofer, Christine/Weidenholzer, Josef (Hrsg.) (2011): Aktivierung und Mindestsicherung. Nationale und europäische Strategien gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Linz: Mandelbaum.
- Sum, Ngai-Ling/Jessop, Bob (2015): Towards a cultural political economy. Putting culture in its place in political economy. Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- Voswinkel, Stephan (2012): Arbeit und Subjektivität. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 302–315.
- Wilkinson, Adrian/Wood, Geoffrey/Deeg, Richard Edward (Hrsg.) (2016): The Oxford handbook of employment relations. Comparative employment systems. Oxford: Oxford University Press.
- Zandonella, Martina (2017): Auswirkungen prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich. In: Wirtschaft & Gesellschaft 43 (2), S. 263–296.

2. (Sorge-)Arbeit, Geschlecht und soziale Ungleichheit

Kristina Binner, Fabienne Décieux

2.1 Einleitung

Die Kategorie Geschlecht stellt noch immer eine der zentralen Achsen von Ungleichheit dar, auch wenn sich gegenwärtig mit Blick auf das Feld Arbeit eine vielgestaltige Situation zeigt: einerseits gibt es Befunde für eine abnehmende Bedeutung andererseits für eine Persistenz von geschlechtlicher Ungleichheit (z. B. Aulenbacher et al. 2007; Becker/Binner/Décieux 2020; Gruhlich/Seeliger 2019).

Insbesondere die Frauen- und Geschlechterforschung hat vielfältige Erkenntnisse dazu beigetragen, dass und wie gesellschaftliche Vorstellungen über Geschlechterungleichheit sich in gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen verfestigt haben und geschlechterungleiche Bedingungen im Bereich Arbeit verantworten. Mit der ungleichen Teilhabe der Geschlechter am Arbeitsmarkt sind wiederum noch immer ungleiche Teilhabe- und Lebenschancen an Gesellschaft an sich verbunden, wie zum Beispiel Debatten über weibliche Altersarmut zeigen. Insbesondere die Frauen- und Geschlechterforschung hat das Thema der Geschlechterungleichheit im Bereich Arbeit nicht nur anhand von Einzelphänomenen behandelt, sondern dieses mit gesamtgesellschaftlichen Analysen verbunden.¹ Daher beschäftigt sich der *erste Teil* unseres Beitrags mit jenen historisch bedeutsamen Schlüsselkonzepten, die den Zusammenhang von geschlechtlicher und gesellschaftlicher Arbeitsteilung in den Blick nehmen und dabei gegenwärtige (kapitalistische) Gesellschaftsformationen berücksichtigen. Hierbei werden unter anderem die Fragen beantwortet, was unter Arbeit verstanden wird, wie Arbeit geschlechterungleich zugewiesen und bewertet wird und was das mit der Organisation von gegenwartskapitalistischen Gesellschaften zu tun hat. Dabei beschränken wir uns in diesem ersten, wie auch den folgenden Teilen vor allem darauf, darzustellen, wie die Debatten in der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung geführt worden sind und verweisen schlaglichtartig auf internationale Bezüge.

1 Für einen guten Überblick über verschiedenste Debattenbeiträge der deutschsprachigen Arbeitssoziologie und Frauen- und Geschlechterforschung im Bereich Geschlecht und Arbeit siehe: Aulenbacher 2017. Hier werden auch einzelne bekannte Konzepte wie zum Beispiel Entgrenzung oder Subjektivierung vorgestellt.

Im Zusammenhang der Fragen nach geschlechtlicher und gesellschaftlicher Arbeitsteilung ist die geleistete Arbeit – aufgeteilt in privat und öffentlich, in Produktion und Reproduktion sowie in bezahlt und unbezahlt – historisch und aktuell von besonderer Bedeutung (u. a. Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015; Becker-Schmidt 2019; Chorus 2013; Haubner 2017; Haug 2008; Hausen 1977; Jürgens 2006; Dalla Costa/James 2017). Exemplarisch für diese Teilung und die hier entstehenden Ungleichheits- und Spannungsfelder widmen wir uns im *zweiten Teil* des Beitrages der Organisation von Sorge und Sorgearbeit, als ein durch Ungleichheitsstrukturen geprägtes und durch diese konstituiertes Feld. Wie hier Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Gegenwartskapitalismus in Spannung geraten, möchten wir mit Blick auf die *Sorge für Andere* und *Sorge für sich* in den Bereichen der Wissenschaft und Kinderbetreuung im *dritten Teil* illustrieren. Hierbei greifen wir auf zuvor eingeführte Konzepte zurück, um aktuelle Entwicklungen greifbar zu machen. Der Beitrag endet mit einem Fazit.

2.2 Theoretische Schlüsselkonzepte

In der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung ist die gesellschaftliche Organisation von Arbeit und sozialer Ungleichheit bzw. Geschlechterungleichheit ein wichtiges und viel beachtetes Thema. Wir fokussieren an dieser Stelle auf drei Perspektiven: Zum einen zeigen wir, dass und wie sich Gesellschaft, in unserem Falle westliche, kapitalistische Gesellschaften unter Rückgriff auf soziale Differenzen, nämlich der Geschlechterungleichheit, organisiert haben und dies wiederum gesellschaftliche Ordnung prägt. Zum zweiten erläutern wir ein androzentrisches Verständnis vom Zusammenhang von Erwerbsarbeit und sozialer Ungleichheit, und machen auf die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen aufmerksam bzw. thematisieren die Entwicklung eines erweiterten Arbeitsverständnisses. Zum dritten legen wir dar, dass und wie Geschlechterungleichheiten im Bereich Arbeit unter Rückgriff auf gesellschaftliche Gendervorstellungen und -bewertungen reproduziert bzw. auch erst hervorgebracht werden.

Geschlechtliche und gesellschaftliche Arbeitsteilung

Geschlechterungleichheiten erweisen sich auch deshalb als hartnäckig, weil sie eine lange Geschichte haben, die mit der Genese und Entwicklung zu heutiger, kapitalistischer Gesellschaft verbunden ist. Die Historikerin Karin Hausen (1977) arbeitete heraus, dass sich im Zuge der Industrialisierung Arbeits- und Lebensbereiche (also Produktions- und Reproduktionssphäre) als voneinander getrennte Sphären entwickelt haben, wobei Frauen auf die sogenannte *Reproduktionssphäre* und Männer auf die sogenannte *Produktionssphäre* verwiesen wurden. Das

Private, die Reproduktionssphäre, wurde als Raum konzipiert, in dem die Folgen der Industriearbeit aufgefangen werden sollten: finanziert über den Lohn des Ehemannes, gingen die Ehefrauen in ihren „privaten“ Haushalten den gesellschaftlich wichtigen und für den Kapitalismus unerlässlichen, aber unbezahlten reproduktiven Tätigkeiten wie Haushaltsführung, Kinderbetreuung etc. nach.

Der Zusammenhang von geschlechtlicher Arbeitsteilung und gesellschaftlicher Organisation wurde im Weiteren unter anderem von Regina Becker-Schmidt (1983) vertieft. Ähnlich wie Karin Hausen geht auch sie davon aus, dass im Rahmen eines historischen Trennungsprozesses Bereiche wie die Haus- und Erwerbsphäre voneinander abgekoppelt und als dichotom konstruiert werden. Verdeckt wird dabei jedoch, dass sowohl Produktions- wie auch Reproduktions-sphären und -tätigkeiten aufeinander bezogen sind und beide notwendig sind, um Gesellschaft zu reproduzieren.

Die Bearbeitung dieses verdeckten gesellschaftlichen Strukturproblems wird jedoch vor allem den Frauen angelastet, indem sie doppelt auf beide Bereiche, nämlich auf den Arbeitsmarkt und auf die Familien bezogen sind, was Regina Becker-Schmidt (1983; 1991) in ihrer Begrifflichkeit der *doppelten Vergesellschaftung* zum Ausdruck bringt. Die von Regina Becker-Schmidt (1983) rekonstruierte Doppelorientierung auf Arbeitsmarkt und Familie führt zu einer doppelten Diskriminierung, indem die Integration auf dem Arbeitsmarkt durch die unbezahlten Arbeiten, die Frauen im Privaten verrichten, erschwert wird, und diese zumeist geringer bewertet werden. Die geschlechtliche Arbeitsteilung, die im vermeintlich Privaten ihren Anfang nimmt, schreibt sich so in weiteren Institutionen wie Arbeitsmarkt und Systemen sozialer Sicherung fort. Geschlecht ist damit kein „individuelles“ Merkmal, sondern *Geschlechterverhältnisse* strukturieren und prägen soziale Positionierungen und damit verbundene Lebensbedingungen und -chancen innerhalb der Gesellschaft.

Die dahinterstehenden Geschlechtervorstellungen dieser sich ausbildenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung lassen sich wiederum in einem gesellschaftlich getragenen Normensystem verorten, das von der Vormachtstellung von Männern ausgeht und als *patriarchal* bezeichnet werden kann. Anschließend an Karl Marx formuliert Ursula Beer (1983; 2010) in ihrem Konzept des *Sekundärpatriarchalismus*, dass durch die Etablierung der bürgerlichen Ehe eine spezifische Form der Macht- und Herrschaftsstrukturen im Privaten – unter anderem durch die Zuweisung der unbezahlten Arbeit in Haushalt und Familie – die berufliche Ungleichheit der Geschlechter nach sich zieht (Beer 1990).

Erweitertes Arbeitsverständnis und Arbeitsarrangements

In Kritik an einem androzentrisch geprägten Verständnis des Zusammenhangs von Erwerbsarbeit und Ungleichheit entwickelten sich Ansätze, welche die

Vielfalt von Arbeitsformen und -tätigkeiten, die von Frauen verrichtet werden, in den Fokus rückten.

In der deutschsprachigen Frauenforschung und Bewegung gilt der Vortrag der Historikerinnen Gisela Bock und Barbara Duden (1977) auf der Berliner Sommeruniversität als wichtiger Meilenstein in der Debatte um *unbezahlte und unsichtbare Arbeit*. Sie arbeiteten heraus, dass und wie Hausarbeit historisch gesehen zu einer unbezahlten Liebestätigkeit wurde, und stießen damit die sogenannte *Hausarbeitsdebatte* an (zentral Beer 1983 und von Werlhof 1983), in deren Rahmen der Zusammenhang von unentlohnter Hausarbeit und kapitalistischer Ökonomie analysiert wurde.

Nach Regina Becker-Schmidt (2007) gehören zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit unbezahlte und bezahlte Formen der Arbeit wie: Erwerbstätigkeiten, Hausarbeit, Care Work, ehrenamtliche Tätigkeiten und Beschäftigungen für den Eigenbedarf wie Reparaturen oder auch Subsistenzarbeit. Eine solche Konzeption erlaubt, die verschiedenen Arbeitsformen für sich und im Verhältnis zu analysieren bzw. zu erklären, wie und von wem diese in alltäglichen Vollzügen arrangiert werden. Wie Regina Becker-Schmidt in ihrer Forschung verdeutlicht hat, sind es die Subjekte, und hier die Frauen, die vor allem strukturell unvereinbare, ambivalente Anforderungen zusammenbringen müssen. Dieses Konzept ist eng mit Debatten, die unter dem Begriff *Vereinbarkeit* (z.B. Hochschild 2006)² geführt werden, verwandt, geht aber darüber hinaus.

In der Debatte rund um dem Arbeitsbegriff bringt Gisela Notz (1987; 2010) den Arbeitsbegriff mit ähnlichen Kategorien wie Regina Becker-Schmidt ins Feld, um die Umfänglichkeit fassbar zu machen. Sie fordert eine *Verallgemeinerung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit* als eine Lösung für die ungleiche geschlechtliche Arbeitsteilung auf gesellschaftlicher Ebene (Notz 2011). Es reiche nicht, schlicht die Sorgearbeit zur Arbeit hinzuzuzählen, sondern es müsse die Arbeitswelt so umgestaltet werden, dass die verschiedensten anfallenden Tätigkeiten geschlechtergleich verteilt werden (Notz 2013).

Geschlechtliche Zuweisung und Bewertung von Arbeit

Fast parallel aber inhaltlich konträr zu den Debatten um die gesellschaftliche Arbeitsteilung und um ein erweitertes Arbeitsverständnis entwickelten Elisabeth Beck-Gernsheim und Ilona Ostner das Konzept des *weiblichen Arbeitsvermögens* (Überblick: Ostner 1991), das sich aus einer anderen Perspektive mit dem Thema der geschlechterungleichen Arbeitsteilung auseinandersetzt. Die Autorinnen folgen einem *differenztheoretischen Ansatz* und gehen davon aus, dass vermeintlich

2 International bekannt wurden beispielsweise die Arbeiten von Arlie Russell Hochschild (2006), die herausgearbeitet hat, dass US-amerikanische Angestellte bestehende Vereinbarkeitskonflikte zugunsten der Arbeitswelt „auflösen“ und dieser mehr Bedeutung als der Familienzeit zusprachen.

weibliche Fähigkeiten wie Fürsorge, Geduld unter anderem innerhalb der weiblichen Sozialisation erworben würden und die Berufswahl von Frauen dahingehend beeinflussen, dass diese Berufe wählen, die ihren mutmaßlichen spezifischen weiblichen Fähigkeiten nahe sind (z. B. Krankenpflege, Altenpflege) – also Berufe, die relativ schlecht entlohnt sind. In Kritik auf diese geschlechtliche Zuweisung von Arbeitstätigkeiten und Berufsfeldern von und für Frauen sind indes vor allem sogenannte *sozialkonstruktivistische Ansätze* entstanden, die im US-amerikanischen Diskursraum entstanden sind und teilweise deutlich verspätet in der deutschsprachigen Forschung aufgenommen worden sind (Gildemeister/Wetterer 1992). Gayle Rubin (1975) inspirierte viele nachfolgende Studien mit der Annahme, dass die Arbeitsteilung der Geschlechter nicht an einer scheinbar bestehenden Geschlechterdifferenz ansetzt, sondern im Umkehrschluss diese im Medium Arbeit erst hervorgebracht wird.

In Anschluss daran beschäftigten sich Regine Gildemeister und Angelika Wetterer (1992) in ihren Studien mit *geschlechterungleichen Professionsentwicklungen* und damit verbundener ungleicher *Bewertung der Tätigkeiten und Berufe*: Es lassen sich sowohl Geschlechtswechsel konstatieren, wie zum Beispiel der Friseur oder Stewardberuf, welche zunächst Männern vorbehalten waren, als auch Neuformierungen von geschlechtlichen Trennlinien in sich etablierenden Berufsfeldern beobachten (Wetterer 1992).

In ihrer Studie über die Arbeitsteilung im Gesundheitswesen rekonstruiert Angelika Wetterer (2002/2008) dementsprechend, wie die polare Geschlechterkonstruktion sich im Berufswesen der Medizin widerspiegelt. Analogien von Weiblichkeit und Männlichkeit und den Tätigkeitsbereichen sind strukturbildend für die Aufspaltung des Berufes und intraberufliche Bereiche. Geschlecht wird funktionalisiert und erleichtert die Verteilung von Arbeits- und Tätigkeitsgebieten. Die geschlechterhierarchischen Implikationen zeigen sich insofern, dass die Maskulinisierung eines Berufes oder Arbeitsbereiches in der Regel mit Aufwertung und Prestigegewinn einhergeht, während die Feminisierung eines Berufes mit Abwertung einhergeht.

2.3 Aktuelle Diskussionen um Sorge(arbeit)

Insbesondere die Diskussionen um einen *erweiterten Arbeitsbegriff*, die von der Frauenbewegung aber auch Forscherinnen angestoßen wurden, bilden die Basis für gegenwärtige Debatten um Sorgearbeit. Mit Blick auf *Sorgegefährdungen und -lücken* hat die Forschung um *Sorge* und *Sorgearbeit* im Nachgang der Finanzkrise 2008 ff. an Aufmerksamkeit gewonnen. Konzeptionell entscheidend sind dabei angloamerikanische moralphilosophische Diskussionen, aber auch feministische marxistische und kapitalismuskritische Denktraditionen (Aulenbacher 2020).

Nach einem erweiterten Verständnis umfasst Care-Arbeit verschiedene Bereiche wie Pflege und Betreuung aber auch zum Beispiel Erziehung und Bildung: „Care-Arbeit zielt auf den Erhalt und die Förderung der körperlichen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten von Personen, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse unter jeweils besonderen Bedingungen und in (etwa nach Lebensalter, Gesundheitszustand) variierenden Konstellationen“ (Artus et al. 2017a). Ihren gesellschaftlichen Ausgangspunkt nimmt die Sorge(arbeit) in der generellen Schutz- und Fürsorgebedürftigkeit von Menschen (Klinger 2013), wodurch diese als unhintergebar für alle Gesellschaften, spätestens mit der Corona-Pandemie (z. B. Kupfer/Stutz 2022; Lichtenberger/Wöhl 2020), sichtbar und anerkannt werden muss.

Sorgebedarf wurde und wird in einer geschlechtlichen und funktionalen Arbeitsteilung in bezahlter und unbezahlter, formeller und informeller Art und Weise gedeckt. Wie, ist sozialräumlich und historisch spezifisch, jedoch kann grundlegend diagnostiziert werden, dass sie vornehmlich durch Frauen und wenn bezahlt, in der Regel unter prekären bis widrigen Bedingungen geleistet wurde und wird (z. B. Appelt/Fleischer 2014; Bachinger 2010; Haidinger 2015; Haubner 2017; Jansen 2012; Lutz 2010; Aulenbacher/Dammayr/Décieux 2015).

Die internationale Care-Soziologie identifiziert im Zuge des Neoliberalismus drei zentrale, miteinander verwobene, teilweise gegenläufige Tendenzen, welche die gesellschaftliche Organisation der Sorge und Sorgearbeit prägen und in ihrer forcierten *Ökonomisierung* vorantreiben: die *Transformation des Wohlfahrtsstaates*, *neue Formen der Governance* und die *Transnationalisierung von Arbeit und Politik*³ (z. B. Aulenbacher/Riegraf/Theobald 2014; Anderson/Shutes 2014; Klenk/Pavolini 2015; Kofman/Raghuram 2015; Mahon/Robinson 2011; Schwiter/Steiner 2020).

Zentrale Analyseperspektiven richten sich daher auf die gesellschaftliche Organisation von Sorge(arbeit) in ihrer spezifischen Funktions- und Arbeitsteilung unter gegenwartskapitalistischen Verhältnissen und die Frage, inwiefern soziale Ungleichheitsstrukturen nach *race/class/gender* (aus)genutzt werden, die inhärent sind.

Wissenschaft

In der Wissenschaft zeigen sich geschlechterungleiche Konsequenzen im Zusammenspiel von wissenschaftlicher Arbeit und Sorge für Andere wie für sich selbst

3 In diesem Zusammenhang nehmen Fragen rund um die Tendenz der Digitalisierung von Sorge und Sorgearbeit eine immer größere Bedeutung in der Ausgestaltung der Sorgeregime ein (z. B. Folbre 2006; Kastein/Weber i. E. 2022; Pekkarinen et al. 2020). Jedoch befinden sich hier die Entwicklungen für einen weitreichenden Einsatz im Bereich der Sorge an sich noch in einem frühen Stadium, weswegen sie in dieser Gegenwartsdiagnose keine tiefere Betrachtung findet.

(Binner 2017). Die traditionell männliche Profession ist noch immer durch zahlreiche Geschlechterungleichheiten gekennzeichnet: Grundsätzlich zeigen sich länderübergreifend vor allem vertikale Segregationen, was bedeutet, dass der Anteil von Frauen mit ansteigender Karrierestufe schrumpft (European Commission, Directorate-General for Research and Innovation 2021). An österreichischen Universitäten ist das Phänomen der sogenannten „gläsernen Decke“ besonders sichtbar: Im Studienjahr 2019/2020 sind an den öffentlichen Universitäten nur 26 Prozent Frauen als Professorinnen tätig und damit auf der hierarchiehöchsten Ebene im Universitätsbetrieb noch immer deutlich unterrepräsentiert (Statistik Austria 2022b).⁴ Daneben treten auch sogenannte horizontale Segregationen auf, was sich auf die Verteilung der Geschlechter auf Fächer aber auch Tätigkeitsbereiche bezieht. Insbesondere in den gegenwärtig als gesellschaftlich relevant und als exzellent erachteten MINT-Fächern sind Frauen unterrepräsentiert.⁵

Zudem ist länderübergreifend gegenwärtig zu beobachten, dass wissenschaftlich Beschäftigte vor dem Hintergrund von Umstrukturierungsprozessen, die das Wissenschaftssystem und das damit verbundene Beschäftigungssystem betreffen, von einer Intensivierung und Kontrolle ihrer Leistungen bzw. ihres wissenschaftlichen Outputs betroffen sind (Binner/Weber 2019). Unter den Rahmenbedingungen einer *Leistungspolitik*, die unter dem Dachbegriff der *Exzellenz* zunehmend Leistungen erwartet, die ‚contra the job‘, also an Abenden, Wochenenden et cetera, erbracht werden, gewinnt die Reproduktionssphäre und die dort praktizierten Arbeitsteilungen der Wissenschaftler*innen jedoch in neuer Weise an Bedeutung, die geschlechtsspezifisch variiert.

Es sind vor allem die Frauen, die als Familienmanagerinnen die verschiedenen Arbeitstätigkeiten in Familie und Wissenschaft organisieren und arrangieren und einen Umgang mit widersprüchlichen, ambivalenten Anforderungen von Erwerbs- und Familienleben finden müssen. Sie sind es, die ihre Karriere unterbrechen, in Elternzeit gehen und nach dem Wiedereinstieg häufig in Teilzeit arbeiten, und ihre erwerbsarbeitlichen Anforderungen an familiäre Belange anpassen (Binner 2017). Am Exzellenzkriterium der Mobilität zeigt sich beispielsweise, wie geschlechterungleich die Möglichkeiten sind, diesem zu entsprechen. Einerseits dürfte es Frauen, die Mütter sind, schwerer fallen, den Anforderungen nach Mobilität nachzukommen. Andererseits, haben nicht alle Frauen in der Wissenschaft Betreuungsverpflichtungen, jedoch werden ihnen diese bereits im vornehinein zugesprochen und damit *Geschlechterdifferenzen und -hierarchien* reproduziert (Costas/Camus/Michalczyk 2013).

4 Dies steht zu einem krassen Missverhältnis zu Studienabschlussquoten, bei denen Frauen mittlerweile Männer übertreffen. Im Studienjahr 2018/2019 schlossen 55,4 Prozent Frauen ihr Studium erfolgreich ab (Statistik Austria 2021).

5 Sind Frauen im Studienjahr 2018/2019 zum Beispiel in den Geisteswissenschaften mit 76,2 Prozent deutlich überrepräsentiert, sind sie zum Beispiel in der reputationsstarken Technik mit 25,9 Prozent deutlich unterrepräsentiert (Statistik Austria 2021).

Probleme für die Wissenschaftler*innen zeigen sich nicht nur im Zusammenspiel der wissenschaftlichen Arbeit und der Sorgearbeit für Andere, sondern auch bei der Sorge um sich selbst. In Interviews mit Wissenschaftler*innen werden gesundheitliche Probleme, Schlafprobleme, keine Zeit für sich selbst und/oder für Freunde u. ä. thematisiert: „Zeit? Ich für mich selbst? (...) Nein, leider nicht. Ich glaube, das ist auch das große, das große Minus, ahm dass das immer als Erstes wegfällt“ (Aulenbacher/Binner/Kubicek 2013, S. 23).⁶

Mit der verstärkten Orientierung an Exzellenz und damit verbundenen Forschungs-, Publikations- und auch Mobilitätserwartungen werden unter dem *Mythos der Meritokratie* bzw. *Leistungsgerechtigkeit* tief historisch verwurzelte Geschlechterungleichheiten neu zementiert. Dies geschieht vor allem im Zusammenspiel mit Sorgebedürfnissen von Anderen und sich selbst gegenüber. Exzellenzdiskurse, die eine vermeintliche Leistungsgerechtigkeit suggerieren, verdecken diese Zusammenhänge jedoch und machen die Thematisierung der damit verbundenen Ungleichheit sogar noch schwerer.

Kinderbetreuung

Wie in allen Bereichen der Sorgearbeit zeichnet sich auch die Kinderbetreuung als traditionell *feminisierte Profession* durch einen mehr als überdurchschnittlichen Anteil an weiblichen Beschäftigten aus. Mit über 98 Prozent (Statistik Austria 2022a) kann von einer Überrepräsentation gesprochen werden, die auch dadurch miterklärt werden kann, dass selbst die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin in Österreich lange nicht für Männer geöffnet wurde, sondern auch hier an der Zuweisung der Sorgetätigkeit an Frauen festgehalten wurde.

Wie in feminisierten Arbeitsbereichen recht üblich, ist die Bezahlung ebenso wie das gesellschaftliche Ansehen der Arbeit in der Elementarpädagogik verhältnismäßig gering. Selbst auf EU-Ebene werden die „poor working conditions“ immer wieder betont. Österreich wie viele andere OECD-Staaten haben zwar viel Geld in den Ausbau der Kleinkinderbetreuung und -bildung investiert, hinken aber weit hinter den Empfehlungen her (Décieux/Becker/Kutlu 2019).

Die Aufwertung des Arbeitsbereiches in den vergangenen zwei Dekaden geht mit einer inhaltlichen Umdeutung einher, die die pädagogischen Aspekte in der frühkindlichen Phase betont (Décieux/Becker/Kutlu 2019). Hierdurch wird der Ruf nach dem Ausbau von ‚qualitätsvoller‘ Kleinkinderbetreuung und -bildung

6 Die Interviewzitate stammen aus den im Rahmen der Dissertation „Wissenschaft im Wohlfahrtsstaat: Wandel der universitären Wissenschaft und Arbeitsarrangements von Wissenschaftler*innen in Großbritannien, Österreich und Schweden“ erhobenen Daten von Kristina Binner.

und einer *Professionalisierung über Tertiarisierung* lauter, wodurch auch eine Attraktivierung des Arbeitsfeldes für Männer erhofft wird.

Die Betonung von Bildung und der pädagogischen Tätigkeiten, auch durch die Pädagoginnen selbst, soll das Bild der Elementarbildung und -betreuung als „Kinderspiel“ (BP2021) und der „Kindergartentante“ (BP2021)⁷, die dieses übernimmt, durch Professionsansprüche verdrängen und die eigene Arbeit gesellschaftlich aufwerten. In diesem Zusammenhang werden genuin sorgende Tätigkeiten tendenziell weniger sichtbar gemacht oder gar abgewertet – als ein Instrument, um die Arbeit der Elementarpädagogik vermeintlich qualitativ pädagogisch zu gestalten (Décieux 2020).

Diese Reformen finden vor dem Hintergrund des kapitalistischen Wandels vom *Fordismus* zum *Postfordismus* und dem damit zusammenhängenden Wandel der wohlfahrtsstaatlichen Paradigmen zusammen, die die Wettbewerbsfähigkeit des ersten unter anderem sicherstellen sollen. Hierbei wird international und auch in Österreich den Paradigmen von *workfare* und Aktivierung sowie der *Sozialinvestition* gefolgt (Atzmüller/Knecht 2017). Diese zielen auf die Integration der Frau in den Erwerbsarbeitsmarkt ab, zur Realisierung des *adult-worker-models*, das den *male breadwinner* ablösen soll (Lewis 2001).

In der Kinderbetreuung ist die Idee der Sozialinvestition neben der Freistellung der weiblichen Arbeitskraft von Sorgetätigkeiten auch auf Ebene der sozialen Ungleichheit im Zusammenhang mit Klasse sowie Ethnizität relevant (u. a. Morel/Palier/Palme 2012; Lessenich 2004). So verspricht der Ausbau der Kinderbetreuung durch eine möglichst frühe Förderung außerhalb der Familie vermeintlich mehr soziale Gleichheit, indem die Kinder dem Einfluss eben dieser entzogen und staatlich strukturiert anhand eines Lehrkonzeptes gefördert werden. Außerdem würde durch die steigende Möglichkeit der Müttererwerbsbeteiligung Armutsgefahr durch das zweite Einkommen reduziert (exemplarisch: Décieux 2020; Ostner 2004; van Lancker 2013). In der Realität arbeiten aber die Mütter auch aufgrund der in Österreich nach wie vor unzureichenden Betreuungsstrukturen vielfach in unfreiwilliger Teilzeit (Statistik Austria 2022c) und Armutsvermeidung ist somit weiterhin nur in Abhängigkeit vom zweiten Elternteil möglich.

Aufgrund der vermehrten Aufmerksamkeit auf die frühe kindliche Phase hat außerdem eine umfassende *Aktivierung von Eltern* stattgefunden, die gepaart mit Krisen und *gefühlter Prekarisierung* zu einer vermehrten Investition sozioökonomisch Bessergestellter in die frühe Bildung führt und somit die Ungleichheiten verfestigt (van Lancker 2013)

7 Neben der Literatur wird sich auf Befunde des Dissertationsprojektes „Anforderungen und Ansprüche an und in der Kleinkinderbetreuung im städtischen Raum“ von Fabienne Décieux sowie auf Daten die im Rahmen des Lehrforschungsprojektes „Mapping Domestic Work in Vienna“, das von Almut Bachinger und Fabienne Décieux geleitet wurde, gestützt.

Bei der Kinderbetreuung handelt es sich um einen Bereich, der aktuell eine *diskursive* und *symbolische Aufwertung* erfährt (Décieux/Becker/Kutlu 2019; Kerber-Clasen 2017) jedoch durch die *Sorglosigkeit des Kapitalismus* an sich strukturiert ist (Aulenbacher 2020) und weiterhin klassische Eigenschaften eines feminisierten Arbeitsbereiches aufweist.

2.4 Fazit

Die anhand der Wissenschaft und der Kinderbetreuung exemplarisch beschriebenen Prozesse der *Ökonomisierung* und *Sorglosigkeit* sind jeweils spezifisch in ihrer Ausprägung. In beiden Fällen sind Anspruchsverletzungen der Beschäftigten auf verschiedenen Ebenen sichtbar, die geschlechtsspezifische Dimensionen aufweisen. Die Erfüllung der beruflichen und außerberuflichen Anforderungen sind teilweise nur unter einer Überverausgabung der Kräfte möglich.

Kindergartenpädagoginnen, wie andere Sorgearbeiterinnen, orientieren sich, trotz widriger Arbeitsumstände, stark am Ethos guter Sorge(arbeit). Auch durch diesen galt Kinderbetreuung als klassisch feminisierter Bereich, lange Zeit als nicht interessenspolitisch organisierbar. Es kommt jedoch angesichts der zunehmenden Kluft von Ansprüchen und Arbeitsrealität und darin erfolgten Prozessen der Anspruchsverletzungen und ausbleibenden Legitimationen vermehrt zu Streiks und Protesten (exemplarisch: Artus et al. 2017b), wie sich auch in den aktuellen Protesten im Bereich der Elementarpädagogik zeigt.

In der Wissenschaft sind zwar ebenfalls kleinere Protestinitiativen angesichts der zunehmenden Ambivalenzen innerhalb der wissenschaftlichen Arbeit und den Sorgebedürfnissen zu registrieren, aber es bleibt ein Bereich, der für kollektive Interessenorganisation schwer zu erreichen bleibt (Pernicka et al. 2018). Erschwert wird dies durch den starken Glauben an Meritokratie und Leistungsgerechtigkeit, wie Diskurse um Exzellenz zeigen. Gespiegelt wird hier ein Glaube an individuelle Leistungsgerechtigkeit und Objektivität der Zurechnungsprozesse jenseits von sozialen Merkmalen wie Geschlecht. Dies hat auch zur Folge, dass die Betroffenen vor allem individuelle Alltagslösungen suchen, anstatt kollektive Deutungen und Bearbeitungen zu wählen. Ob die aufkommenden Auseinandersetzungen in feminisierten Bereichen, wie der Kinderbetreuung, auf ein Aufbrechen oder ein Verharren hindeuten, ist nicht eindeutig, hierüber werden jedoch persistente Spannungen in den Geschlechter- und Arbeitsverhältnissen deutlich, die auch weiterhin Aufmerksamkeit bedürfen.

Auch wenn die beschriebenen Prozesse in den Beispielfeldern Wissenschaft und Kinderbetreuung ihre je spezifischen Ausprägungen und Dynamiken erfahren, ist zu betonen, dass diese auf einen gemeinsamen Nenner zurückzuführen sind, mit dem erhebliche Geschlechterimplikationen verbunden sind. Hintergrundfolie für die beschriebenen Prozesse bildet ein gesellschafts- und

sozialpolitisches Leitbild des *adult workers*, das die Individuen als implizit sorgfähige und versorgte Individuen konstruiert und damit zutiefst androzentrisch geprägt ist (Riegraf 2013).

Dies führt dazu, dass die gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit und hier eben auch Sorgearbeit, die zu leisten ist, um den Bestand von Gesellschaften zu garantieren, ignoriert wird. Ausdruck davon sind massive *Sorgelücken*, oder dass profitträchtige Bereiche der Sorge unter der Ausnutzung inner- und zwischengesellschaftlicher Ungleichheiten vermarktet werden, für die, die es sich leisten können, während unprofitable Bereiche vielfach weiterhin im Bereich des Privaten individualisiert bearbeitet werden müssen (Aulenbacher 2020). Was Arrangements von schlecht bis unbezahlt geleisteter informell und formell organisierter Sorgearbeit zur Folge hat, die nach wie vor in der Regel durch Frauen geleistet wird.

Literatur

- Anderson, Bridget/Shutes, Isabel (2014): Migration and care labour. Theory, policy and politics. London: Palgrave Macmillan.
- Appelt, Erna/Fleischer, Eva (2014): Familiäre Sorgearbeit in Österreich. Modernisierung eines konservativen Care-Regimes? In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: work, relations, regimes. Baden-Baden: Nomos, S. 397–418.
- Artus, Ingrid/Birke, Peter/Kerber-Clasen, Stefan/Menz, Wolfgang (2017a): Die aktuellen Kämpfe um Sorge-Arbeit. In: Artus, Ingrid/Birke, Peter/Kerber-Clasen, Stefan/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen. Hamburg: VSA, S. 7–31.
- Artus, Ingrid/Birke, Peter/Kerber-Clasen, Stefan/Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2017b): Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen. Hamburg: VSA.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban (2017): Die Legitimation von Aktivierung und social investment und die Pathologisierung jugendlicher Subjektivität. Ausbildungspolitik und Beschäftigungsförderung für ‚benachteiligte‘ Jugendliche in der Krise. In: Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria/Dörre, Klaus/Menz, Wolfgang/Riegraf, Birgit/Wolf, Harald (Hrsg.): Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 118–135.
- Aulenbacher, Brigitte (2020): Auf neuer Stufe vergesellschaftet: Care und soziale Reproduktion im Gegenwartskapitalismus. In: Becker, Karina/Binner, Kristina/Décieux, Fabienne (Hrsg.): Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 125–147.
- Aulenbacher, Brigitte/Binner, Kristina/Kubicek, Bettina (2013): Sicherheit durch Leistung ... und die Frage der Geschlechtergleichheit. AssistenzprofessorInnen im Wandel der österreichischen Universitäten und als GrenzmanagerInnen zwischen Wissenschaft und Familie. In: Binner, Kristina/Kubicek, Bettina/Rozwandowicz, Anja/Weber, Lena (Hrsg.): Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 171–194.
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria/Décieux, Fabienne (2015): Prekäre Sorge, Sorgearbeit und Sorgeproteste. Über die Sorglosigkeit des Kapitalismus und eine sorgsame Gesellschaft. In: Völker, Susanne/Amacker, Michèle (Hrsg.): Prekarisierungen. Arbeit, Sorge, Politik. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 59–74.
- Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen, Heike/Völker, Susanne (Hrsg.) (2007): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden: Springer VS.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.) (2014): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: work, relations, regimes. Baden-Baden: Nomos.

- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (2015): Feministische Kapitalismuskritik. Einsteige in bedeutende Forschungsfelder mit einem Interview mit Ariel Salleh. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bachinger, Almut (2010): 24-Stunden-Betreuung. Gelungenes Legalisierungsprojekt oder prekäre Arbeitsmarktintegration? In: SWS-Rundschau 50 (4), S. 399–413.
- Becker, Karina/Binner, Kristina/Décieux, Fabienne (Hrsg.) (2020): Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus. Wiesbaden: Springer VS.
- Becker-Schmidt, Regina (1983): Widerspruch und Ambivalenz. Theoretische Überlegungen. Methodische Umsetzungen. Erste Ergebnisse zum Projekt „Probleme lohnabhängig arbeitender Mütter“. In: Becker-Schmidt, Regina/Brandes-Erlhoff, Uta/Rumpf, Mechthild (Hrsg.): Arbeitsleben, Lebensarbeit. Konflikte und Erfahrungen von Fabrikarbeiterinnen. Bonn: Neue Gesellschaft, S. 13–43.
- Becker-Schmidt, Regina (1991): Individuum, Klasse und Geschlecht aus der Perspektive der Kritischen Theorie. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt am Main: Campus, S. 383–394.
- Becker-Schmidt, Regina (2007): Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse in Bewegung. In: Aulenbacher/Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen, Heike/Völker, Susanne (Hrsg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden: Springer VS, S. 250–268.
- Becker-Schmidt, Regina (2019): Produktion – Reproduktion: kontroverse Zugänge in der Geschlechterforschung zu einem verwickelten Begriffspaar. In: Kortendiek, Beate/Riegraf, Birgit/Sabisch, Katja (Hrsg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 65–75.
- Beer, Ursula (1983): Marx auf die Füße gestellt? In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 13 (50), S. 22–37.
- Beer, Ursula (1990): Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses. Frankfurt am Main: Campus.
- Beer, Ursula (2010): Sekundärpatriarchalismus. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: Springer VS, S. 59–64.
- Binner, Kristina (2017): „Exzellenz“ und Sorge als alltägliche Bewährungsprobe von Postdoc-Wissenschaftler/-innen in Großbritannien und Österreich. In: Löther, Andrea/Riegraf, Birgit (Hrsg.): Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. Veränderte Governance und Geschlechterarrangements in der Wissenschaft. Leverkusen: Barbara Budrich, S. 39–58.
- Binner, Kristina/Weber, Lena (2019): Zwischen „Exzellenz“ und Existenz: Wissenschaftskarriere, Arbeits- und Geschlechterarrangements in Deutschland und Österreich. In: Gender – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 11 (1), S. 31–46.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.): Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Berlin: Courage, S. 118–199.
- Chorus, Silke (2013): Care-Ökonomie im Postfordismus. Perspektiven einer integralen Ökonomie-Theorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Costas, Ilse/Camus, Celine/Michalczyk, Stephanie (2013): The Mobility Discourse as a New Public Management Strategy. Gender Impacts on Academics in Germany and France. In: Binner, Kristina/Kubicek, Bettina/Rozwandowicz, Anja/Weber, Lena (Hrsg.): Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 137–152.
- Dalla Costa, Mariarosaria/James, Selma (2017): The Power of Women and the Subversion of the Community. In: Aronowitz, Stanley/Roberts, Michael J. (Hrsg.): Class. Chichester, UK: John Wiley & Sons Ltd, S. 79–86.
- Décieux, Fabienne (2020): Sorgearbeit und zukünftige zeitgemäße Arbeitskraft in Gesellschaften im Gegenwartskapitalismus. In: Becker, Karina/Binner, Kristina/Décieux, Fabienne (Hrsg.): Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 191–212.
- Décieux, Fabienne/Becker, Karina/Kutlu, Yalcin (2019): Permanenter Notstand und der Kampf um gute Sorge(arbeit). Polanyi'sche Bewegungen und Gegenbewegungen in der Marktgesellschaft. In: Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management (4), S. 386–406.

- European Commission, Directorate-General for Research and Innovation (2021): She figures 2021. Gender in research and innovation: statistics and indicators. <https://data.europa.eu/doi/10.2777/06090> (Abfrage: 10.06.2022).
- Folbre, Nancy (2006): Nursebots to the rescue? Immigration, automation, and care. In: *Globalizations* 3 (3), S. 349–360.
- Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hrsg.): *TraditionenBrüche. Entwicklungen feministischer Theorie*. Freiburg im Breisgau: Kore, S. 201–254.
- Grulich, Julia/Seeliger, Martin (Hrsg.) (2019): *Intersektionalität, Arbeit und Organisation*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Haidinger, Bettina (2015): Wenn das Geld fehlt. Reproduktionsarbeit als Krisenarbeit. In: Weiss, Alexandra (Hrsg.): *Die Krise verstehen und politisch handeln*. Wien: ÖGB, S. 65–81.
- Haubner, Tine (2017): *Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus.
- Haug, Frigga (2008): *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*. Hamburg: Argument.
- Hausen, Karin (1977): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hrsg.): *Sozialgeschichte der Familie der Neuzeit Europas. Neue Forschungen*. Stuttgart: Klett, S. 363–393.
- Hochschild, Arlie R. (2006): *Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*. Wiesbaden: Springer VS.
- Jansen, Mechtild M./Brückner, Margrit/Göttert, Margit/Schmidbaur, Marianne (Hrsg.) (2012): *Selbstsorge als Thema in der (un)bezahlten Arbeit*. Wiesbaden: Dinges & Frick.
- Jürgens, Kerstin (2006): *Reproduktion von Arbeits- und Lebenskraft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kastein, Mara/Weber, Lena (Hrsg.) (i. E. 2022): *Care-Arbeit und Gender in der digitalen Transformation*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Klenk, Tanja/Pavolini, Emmanuele (Hrsg.) (2015): *Restructuring Welfare Governance*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Klinger, Cornelia (2013): Krise war immer ... Lebenssorge und geschlechtliche Arbeitsteilung in sozialphilosophischer und kapitalismuskritischer Perspektive. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 81–104.
- Kofman, Eleonore/Raghuram, Parvati (2015): *Gendered migrations and global social reproduction*. London: Palgrave Macmillan.
- Kupfer, Antonia/Stutz, Constanze (Hrsg.) (2022): *Covid, Crisis, Care, and Change? International Gender Perspectives on Re/Production, State and Feminist Transitions*. Leverkusen: Barbara Budrich.
- Lancker, Wim van (2013): Putting the child-centred investment strategy to the test. Evidence for the EU27. In: *European Journal of Social Security* 15 (1), S. 4–27.
- Lessenich, Stephan (2004): Ökonomismus zum Wohlfühlen. Gøsta Esping-Andersen und die neue Architektur des Sozialstaats. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 34 (136), S. 469–476.
- Lewis, Jane (2001): The Decline of the Male Breadwinner Model. Implications for Work and Care. In: *Social Politics. International Studies in Gender, State & Society* 8 (2), S. 152–169.
- Lichtenberger, Hanna/Wöhl, Stefanie (2020): Strukturelle Sorglosigkeit: die 24-Stunden-Betreuung in der Covid-19-Krise. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 29 (2), S. 133–134.
- Lutz, Helma (2010): Unsichtbar und unproduktiv? Haushaltsarbeit und Care Work – die Rückseite der Arbeitsgesellschaft. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 35 (2), S. 23–37.
- Mahon, Rianne/Robinson, Fiona (Hrsg.) (2011): *Feminist ethics and social policy. Towards a new global political economy of care*. Vancouver: UBC Press.
- Morel, Nathalie/Palier, Bruno/Palme, Joakim (Hrsg.) (2012): *Towards a Social Investment Welfare State? Ideas, Policies and Challenges. Policy*. Bristol: Bristol University Press, Policy Press.
- Notz, Gisela (1987): *Arbeit ohne Geld und Ehre. Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS.

- Notz, Gisela (2010): Bürgergesellschaftliches Engagement im „aktivierenden Sozialstaat“: Geschlechtersymmetrien oder -hierarchien im und durch das „Ehrenamt“? In: Schäfer, Reinhild/Dackweiler, Regina-Maria (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 168–189.
- Notz, Gisela (2011): Zum Begriff der Arbeit aus feministischer Perspektive. In: Emanzipation 1 (1), S. 84–96.
- Notz, Gisela (2013): Gesellschaftliches Potential der Haus- und Betreuungsarbeit. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 17 (62), S. 105–119.
- Ostner, Ilona (1991): „Weibliches Arbeitsvermögen“ und soziale Differenzierung. In: Leviathan 19 (2), S. 192–207.
- Ostner, Ilona (2004): Frauen und Kinder zuerst!? Ein Review-Essay. In: Zeitschrift für Sozialreform 50 (1–2), S. 211–217.
- Pekkarinen, Satu/Hennala, Lea/Tuisku, Outi/Gustafsson, Christine/Johansson-Pajala, Rose-Marie/Thommes, Kirsten/Hoppe, Julia A./Melkas, Helinä (2020): Embedding care robots into society and practice: Socio-technical considerations. In: Futures 122, 102593, S. 1–15.
- Pernicka, Susanne/Lasofsky-Blahut, Anja/Kofranek, Manfred/Reichel, Astrid (2018): Wissensarbeiter organisieren. Perspektiven kollektiver Interessenvertretung. Baden-Baden: Nomos.
- Riegraf, Birgit (2013): New Public Management, die Ökonomisierung des Sozialen und (Geschlechter)Gerechtigkeit. Entwicklungen in der Fürsorge im internationalen Vergleich. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 127–143.
- Rubin, Gayle (1975): The Traffic in Women. Notes on the ‚Political Economy‘ of Sex. In: Reiter, Rayna R. (Hrsg.): Toward an Anthropology of Women. New York: Monthly Review Press, S. 157–210.
- Schwiter, Karin/Steiner, Jennifer (2020): Geographies of care work: The commodification of care, digital care futures and alternative caring visions. In: Geography Compass 14 (12), S. 1–16.
- Statistik Austria (2021) „Bildung“. www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/ (Abfrage: 17.08.2022).
- Statistik Austria (2022a): „Erwerbstätigkeit“. www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/erwerbstaetigkeit/index.html (Abfrage: 01.08.2019).
- Statistik Austria (2022b): „Lehrpersonen an Hochschulen“. www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/hochschulen/lehrpersonen/index.html (Abfrage: 19.01.2022).
- Statistik Austria (2022c): „Kindertagesheimstatistik 2020/21“. www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/kindertagesheime_kinderbetreuung/021639.html (Abfrage: 31.03.2022).
- Werlhof, Claudia von (1983): Die Frauen und die Peripherie: der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie. Bielefeld: Universitätsschwerpunkt Lateinamerikaforschung.
- Wetterer, Angelika (1992): Theoretische Konzepte zur Analyse der Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. In: Wetterer, Angelika (Hrsg.): Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. Frankfurt am Main: Campus, S. 3–39.
- Wetterer, Angelika (2008/2002): Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. „Gender at work“ in theoretischer und historischer Perspektive. Konstanz: UVK.

3. Politische Teilhabe und soziale Ungleichheit¹

Jakob Hartl

3.1 Einleitung und Eingrenzung des Themas

Soziale Ungleichheit berührt Fragen der politischen Teilhabe in einer Vielzahl von Wegen. Das liegt zuvorderst am Begriff der politischen Teilhabe selbst: Im historischen Raum des modernen Europas betraf dieser, beginnend bei den bürgerlichen Revolutionen des 17. bis 19. Jahrhunderts in England und Frankreich, primär Fragen der Repräsentation *bestimmter* sozialer Klassen in den gesetzgebenden Körperschaften, die teils auf feudale Strukturen zurückgingen, teils neu geschaffen wurden. Damit einher ging die Frage, wer für diese Körperschaften aktiv wie passiv wahlberechtigt ist, was meist „klassisch“ im Sinne eines Wahlrechts für Männer (zu Beginn ergänzt durch Auflagen wie Eigentum) gelöst wurde. Zugleich zeigten sich schon damals die Probleme dieser Form von repräsentativer Wahldemokratie, da die Wahlbeteiligung im revolutionären Frankreich oft marginal war. Auf der anderen Seite waren Massenproteste wie der Marsch der Frauen aus den arbeitenden Klassen – die in Frankreich erst 1944 das Wahlrecht erhielten – auf Versailles höchstsignifikante politische Willensbekundungen.²

Damit sind drei Segmente in den Soziologien der sozialen Ungleichheit und politischen Teilhabe identifiziert: Forschungen in diesem Feld befassen sich a) mit unterschiedlichen Formen politischer Teilhabe, b) dem Einfluss sozialer Ungleichheit auf die Teilhabechance an diesen unterschiedlichen Formen und c) der Repräsentativität der Protagonist*innen dieser unterschiedlichen Teilhabeformen. Zum ersten Punkt werden vereinfacht institutionelle oder konventionelle versus „neue“ oder unkonventionelle Formen politischer Teilhabe unterschieden, also etwa Wählen versus Demonstrieren; zweiteres betrifft die Frage, welche Klassenzugehörigkeit oder Ressourcen- oder Kapitalausstattungen notwendig sind, um an diesen jeweiligen Politikformen teilzuhaben, also damit, wer wählen oder demonstrieren geht; der dritte Fragenkomplex dreht sich um die Frage, wie

1 Danke an die Herausgeber:innen für wertvolle Hinweise sowie Iris Schwarzenbacher für Feedback auf frühere Versionen dieses Beitrags.

2 Es mag als schlechtes Omen für die repräsentative Wahldemokratie gelten, dass die erste demokratische Wahl in Frankreich mit weitreichendem Wahlrecht (d. h. für alle erwachsenen Männer) und einer qualifizierten Wahlbeteiligung von über 75 Prozent im Dezember 1848 jene von Louis Bonaparte, dem späteren Napoleon III. war (vgl. Marx's „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“).

repräsentativ zum Beispiel demokratisch gewählte Gremien wie Parlamente sind, also damit, wer zur Wahl steht, oder auch, wer Proteste anführt und welche Stimmen sich etwa auf Demonstrationen Gehör verschaffen.

Für diesen Beitrag steht die Frage der aktiven Teilhabe an konventionellen Teilhabeformen, vor allem Wählen, im Mittelpunkt. „Neue“ politische Ausdrucksformen haben nicht zuletzt wegen der Bedeutung sozialer Netzwerke zweifelsohne an transformativer Kraft gewonnen; die Parlamente und Regierungen haben aber deshalb nicht an Macht eingebüßt, die Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern oder zu verschlechtern. Darum ist ungleiche Beteiligung an demokratischen Prozessen Teil der sozialen Frage. Die Frage der Repräsentativität demokratischer Körperschaften ist zugleich ebenfalls intrinsisch mit jener der Teilhabe verbunden, wie der langwierige Weg der Arbeiter*innenbewegung und Frauen* in die Parlamente zeigt. Wenngleich also der Fokus hier auf dem kleinen Ausschnitt der sozialen Ungleichheit in der Beteiligung an institutionalisierten demokratischen Prozessen liegt, sind die aufgestellten Thesen und Überlegungen über diese hinaus relevant.

Der Beitrag beginnt mit T.H. Marshalls Verständnis von „*Citizenship*“, Bourdieus Vorlesungen über den Staat und den *cleavages* von Seymour Lipset und Stein Rokkan, um zentrale Überlegungen zum Verhältnis von Bürger*innen zum Staat zu präsentieren.³ An diese Ideengeschichte anschließend werden die soziologischen Forschungszugänge der Gruppe um Paul F. Lazarsfeld einerseits und jener um Angus Campbell andererseits präsentiert, um einen forschungsgeschichtlichen Überblick zu geben und die zentralen Begriffe der *internen* und *externen politischen Wirksamkeit* einzuführen. Darauf folgt ein Überblick über die Weiterentwicklungen dieser Forschungsansätze mit Fokus auf Rückbindungen an die konzeptionellen Überlegungen, bevor in einem Schlussabschnitt aktuelle Forschungen und Strategien gegen die Übersetzung von sozialer in politische Ungleichheit besprochen werden.

3.2 Konzeptionelle Überlegungen

Marshalls (1950) Text „*Citizenship and Social Class*“ ist ein zentraler Text für das Verständnis des Verhältnisses von Bürger*innen zum Staat. Historisch-evolutionär aufgebaut beschreibt er, wie sich die Bürger*innenrechte in und mit dem modernen Staat entwickelt haben und bis heute unser Verständnis von Bürger*innenschaft prägen. Marshall identifiziert drei Aspekte bzw. Elemente von

3 Eine umfassende Staatstheorie für die folgenden Überlegungen darzulegen, würde den Rahmen dieses Beitrags weit übersteigen. Wenn im Folgenden daher von „Staat“ die Rede ist, beschränkt sich dies auf liberale, kapitalistische, repräsentativ-demokratische Gesellschaftsordnungen des globalen Nordens.

Bürger*innenschaft, die historisch aufeinander folgten, für unsere Frage zu sozialer Ungleichheit und politischer Teilhabe aber simultan zu betrachten sind: *civil*, *political*, und *social citizenship*. Die zivile Bürger*innenschaft ging aus den Revolutionen des 18. Jahrhunderts hervor und meint die zentralen Freiheitsrechte wie Meinungs-, Religions- und Redefreiheit, aber auch Eigentums- und Vertragsrechte – selbstverständlich nur für eine ausgewählte Gruppe *weißer* Männer. Diese Rechte waren die Voraussetzung für die politischen Rechte, die im 19. Jahrhundert für die anspruchsberechtigte Gruppe hinzukamen und die sich vereinfacht gesprochen im aktiven und passiven Wahlrecht für *weiße* Männer niederschlugen. Die sozialen Rechte schließlich, die nach Marshall erst im 20. Jahrhundert errungen wurden, erweitern *citizenship* um das Anspruchsrecht auf ein „life of a civilised being according to the standards prevailing in the society“ (1950, S. 11). Mit jeder Form von *citizenship* verbindet Marshall Institutionen, die mit deren Etablierung und Absicherung verknüpft sind: Gerichte für das *civil citizenship*, Parlamente für das *political citizenship*, und schließlich Sozialstaats-, allen voran Bildungsinstitutionen, für das *social citizenship*. In etwa demselben Zeitenlauf wie zivile und politische Rechte entwickelte sich auch die kapitalistische Produktionsweise und mit ihr die Klassengesellschaft. Marshall fragt daher, wie die postulierte demokratische Gleichheit von Bürger*innen mit einer ungleichen Klassengesellschaft vereinbar ist. Zugleich beobachtet er, wie mit der Erweiterung oder Ergänzung von *citizenship* um die Komponente des Sozialen in Europa post-45 ein notwendiger Ausweg aus diesem Dilemma gesucht wird. Damit einher geht die Erkenntnis, dass zivile und politische Bürger*innenrechte im Kapitalismus nicht ausreichen, um demokratische Verhältnisse herzustellen, weil die bestehenden sozialen Ungleichheiten diese Rechte unterminieren. Wenngleich also in der historischen Entwicklung die sozialen Bürger*innenrechte *de iure* am Ende standen, sind sie heute *de facto* Vorbedingung für das Wahrnehmen politischer Rechte.

In Bourdieus Überlegungen über den Staat sind ebenfalls die (sozial-)staatlichen Institutionen zentral dafür, Herrschaft im Staat zu etablieren und zu festigen. Dabei entwickelt er, ebenfalls genealogisch vorgehend, eine Theorie des Staates als „Zentralbank der Kapitalformen“ (Bourdieu 2014). In der Soziologie Bourdieus gehören die Kapitalien (neben Habitus und Feld) zu den zentralen Begriffen. Er unterscheidet hierbei drei grundständige Arten des Kapitals, die für die Position im Sozialen Raum entscheidend sind: das ökonomische, das kulturelle sowie das soziale Kapital (Bourdieu 1983; siehe auch der Beitrag von Michael Parzer in diesem Band). Ökonomisches Kapital ist vor allem Kapital im landläufigen Sinn; kulturelles Kapital dagegen meint zum Beispiel Bildungstitel; soziales Kapital schließlich bezeichnet Beziehungen. Drei Aspekte sind für Bourdieus Verständnis von Kapital zentral. Erstens lassen sich die Kapitale ineinander konvertieren: Reiche Eltern können zum Beispiel mehr in die Bildung ihrer Kinder investieren und aus höherer Bildung resultiert wiederum höheres Einkommen. Zweitens nehmen die Kapitale drei verschiedenen Formen an: Wer

etwa ein Studium absolviert hat, hat sich Wissen angeeignet – Bourdieu nennt dies *inkorporiertes* Kapital. Zugleich erhält sie*er ein offizielles Zeugnis von einer Hochschule und hält damit eine *institutionalisierte* Form dieses Kapitals in Händen. Diese beiden Formen des Kapitals verlieren ihren Wert mit dem Ableben der*des Träger*in. Wer jedoch studiert hat, hat meist Bücher oder auch Musik und Kunstwerke, die für sich Ausdruck des höheren kulturellen Kapitals in *objektivierter* Form sind und auch so an Erb*innen weitergegeben werden können. Drittens ist aber für die Frage der staatlichen Herrschaft und der politischen Teilhabe zu beachten, dass wir Kapitalformen nicht schlicht als Ressourcen verstehen dürfen (Atkinson 2016, S. 3 f.). Jedes Kapital in jeder Form ist abhängig von Anerkennung, mit der die Anerkennung der Kapitaleigner*innen einhergeht – was wir an Kapital besitzen, wertet uns nur auf, sofern dieses Kapital auch von anderen anerkannt wird. Zugleich ist diese Anerkennung von Beziehungen abhängig, stellt diese aber zugleich her und strukturiert sie – wenn wir von einem Kapital weniger besitzen als andere, setzt uns dies in Beziehung mit jenen, die davon mehr besitzen, und stellt zugleich Ungleichheiten zwischen uns erst her. Die Wirkmächtigkeit dieser Ungleichheiten, die jeder Klassengesellschaft inhärent sind, beruht schließlich auf der Verschleierung ihrer historischen Genese, weshalb sie uns auf Grundlage der aktuellen Gesellschaftsordnung als „rational“, nachgerade „objektiv“ oder gar „natürlich“ erscheinen.

In seiner Staatstheorie (und -kritik) greift Bourdieu diese Genese der Kapitalformen und ihrer Bedeutung für staatliche Herrschaft nun auf und an: Ausgehend vom Gewaltmonopol und dem gewaltförmigen Zugriff des Staates auf die Menschen im Staatsgebiet entwickelte der Staat Monopole auf die Wertung von verschiedenen Kapitalien, allen voran durch das Drucken von Geld- (ökonomisches Kapital) und Bildungsscheinen (kulturelles Kapital). Gemeinsam mit dem Gewaltmonopol ist die Anerkennung dieser Kapitaltitel grundlegend für die Integration der Bürger*innen in den und im Staat. Daher kommt den sie produzierenden und simultan distribuierenden Institutionen eine zentrale Rolle zu, insbesondere den Bildungsinstitutionen. Hier beobachtet Bourdieu nun, im Gegensatz zu Marshall, dass diese Integration zwei Gesichter hat: Sie stellt, im Sinne einer *civil citizenship* eine Gleichheit her, es kommt zu einer „universalisierenden Integration“ (Bourdieu 2014, S. 399). Zugleich kommt es aber zu einer „entfremdenden Integration als Bedingung von Herrschaft, Unterwerfung, Enteignung“ (ebd.). Wo also Marshall ausschließlich die Ungleichheiten ausgleichende Wirkung des Staates fokussiert, weist Bourdieu darauf hin, dass der Staat durch die Allokation von Leistungen auch Menschen im sozialen Raum verortet: Ein vereinheitlichtes Bildungssystem stellt zwar eine Grundausstattung mit kulturellem Kapital für alle her, ordnet aber zugleich die Wertigkeiten dieses Kapitals und die Menschen wiederum entsprechend dieser Bewertungen. Ebenso kam es durch die Vereinigung und Vereinheitlichung von Territorien im Zuge der Entstehung moderner Nationalstaaten (v.a. im 19. Jahrhundert) zu einer Hierarchisierung von Räumen

und der Menschen, die in ihnen leben. In einer kleinräumig strukturierten Gesellschaft sind lokale Kontexte für Anerkennung wichtig; in einer nationalstaatlich organisierten Gesellschaft dagegen führt die allgemeine Orientierung an (haupt-) städtischer Kultur zur Abwertung ländlicher Lebensweisen (Bourdieu 2008).^{4,5}

Diese vereinheitlichten Räume und Institutionen waren andererseits Voraussetzung für die Herausbildung von gesamtgesellschaftlichen Konfliktlinien, entlang derer sich Interessengruppen und in der Folge Parteien entwickelten. Nach Lipset und Rokkan (Lipset/Rokkan 1967) sind diese Konfliktlinien, die *cleavages*, großteils im 19. Jahrhundert entstanden und wirksam für das Verständnis von Werten und Wähler*innen. In geteilten Räumen können Ähnlichkeiten der Lebensführung und -umstände über die unmittelbar erlebte Nähe hinaus empfunden, formuliert und mobilisiert werden. Eines der zentralen *cleavages* in der Theorie von Lipset und Rokkan ist folglich der Gegensatz von Zentrum und Peripherie, gemeinsam mit den Gegensätzen Staat–Kirche, Stadt–Land und schließlich Kapital(ist*innen)–Arbeit(er*innen). Für Lipset und Rokkan war der letztgenannte Konflikt letztlich am wirkmächtigsten für das zeitgenössische Parteiensystem und die Wähler*innenmobilisierung, die Idee von Wahlen als *democratic class struggle* (Lipset 1983 [1959], S. 230) war dabei durchaus forschungsleitend (siehe unten). Die *cleavages* von Lipset und Rokkan argumentierten mit langfristigen Entwicklungen der letzten 200 Jahre, doch in der politischen Soziologie werden aktuell auch neue *cleavages* identifiziert. Dabei werden sozioökonomische oder auch räumliche Fragen mit Werthaltungen verbunden wie zum Beispiel das *communitarians versus cosmopolitans cleavage*. In dieser Perspektive werden Gefühle des Abgehängt- und Marginalisiertseins von Menschen in gesellschaftlichen und räumlichen Randlagen (siehe oben) mit einer Wiederkehr traditionalistischer (bis autoritärer) Werte verbunden. Diesen stehen Lebensrealitäten der Vernetztheit und Weltoffenheit gegenüber, die Menschen in den globalen (aber auch lokalen) Zentren prägen (Merkel 2017).

3.3 Historischer Abriss

Die empirische soziologische Forschung zu politischer Teilhabe in den Demokratien des globalen Nordens nach 1945 geht vor allem auf Paul F. Lazarsfeld und seine Forschungsgruppe an der Columbia University zurück, die den Grundstein für das

4 Der Zusammenhang mit den Kapitalformen ist im französischen Original (oder auch der englischen Übersetzung) offensichtlich: *capital* ist zugleich Kapital wie Hauptstadt.

5 Bourdieus Analysen beziehen sich auf das besonders zentralistische Frankreich, doch räumliche Ungleichheiten haben sich gerade in jüngster Vergangenheit als politisch problematisch und mobilisierbar erwiesen, denken wir etwa an Trump und den Mittleren Westen in den USA, Brexit und Johnson und den Fall der Red Wall im deindustrialisierten Nordengland, oder die anhaltende Stärke der AfD in den „neuen“ Bundesländern Deutschlands.

Sozioökonomische-Status-Modell (socio-economic status, SES) politischer Partizipation legte (Lazarsfeld 1944; Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1993 [1948]). Diese Forscher*innengruppe ging dabei von *class politics* aus, also im Sinne Lipsets davon, dass auch repräsentativdemokratische Wahlen eine Arena des Klassenkampfes sind. Daraus folgert, dass sich in den Wahlmöglichkeiten Klasseninteressen entgegenstehen, also Kapital gegen Arbeit, und dass politische Parteien Ausdruck dieser unterschiedlichen Klasseninteressen sind. Zugleich erkannten sie, dass neben dem SES auch Religionszugehörigkeit und der Wohnort (urban/rural) wichtige Faktoren für die Voraussage oder Bestimmung sowohl der Parteipräferenz wie auch der Teilhabe an sich darstellen. Damit ist das SES-Modell auf der Individualebene komplementär zur Cleavage-Theorie. Für sich aber verbleibt das SES-Modell auf einer deskriptiven Ebene und liefert keine kohärente Analyse für Wahlverhalten: Es beschreibt, dass Menschen mit niedrigerem SES seltener wählen, aber erklärt nicht *warum*. Noch problematischer an diesem Ansatz von *class politics* aber war, dass angesichts der rapiden Veränderungen von Klassenlagen und einsetzender Individualisierungsprozesse eine Theoretisierung von politischer Teilhabe auf Grundlage einer kollektiven Klassenidentität nicht mehr adäquat erschien, weshalb das Modell in jüngerer Vergangenheit neu theoretisiert wurde (siehe unten).

Ein alternativer Zugang der Forschungsgruppe um den Sozialpsychologen Angus Campbell stellte folglich individuelle Faktoren in den Mittelpunkt ihres Modells zur Erklärung von politischer Teilhabe (Campbell/Gurin/Miller 1953; Campbell/Gurin/Miller 1954). Neben der Idee von Parteipräferenz als Ausdruck eines Sozialisationsprozesses brachten sie ein wichtiges Begriffspaar in die Diskussion ein: *internal* und *external political efficacy*. Ersteres bezeichnet die empfundene Befähigung zur politischen Teilhabe, weil etwa das notwendige Wissen bzw. kulturelle Kapital vorhanden ist, um an politischen Entscheidungsprozessen informiert teilzuhaben, also etwa eine Stimme abzugeben. Externe politische Wirkmächtigkeit dagegen bezeichnet das begründete Vertrauen, dass diese Stimme auch gehört wird, man sich Gehör verschaffen kann. Wo also Lazarsfeld und Kolleg*innen von kollektiven Interessen ausgingen, setzten Campbell und Kollegen auf das individuelle Vermögen und eröffnen damit eine weitere Ebene, auf der soziale Ungleichheit relevant wird denn politische Selbstwirksamkeit ist in hohem Maß abhängig vom Besitz (inkorporierten) kulturellen Kapitals. Während dies bezüglich der internen Wirksamkeit offenkundig erscheint, gilt dies fortgeführt auch für die externe Wirksamkeit, da das Vertrauen auf die Responsivität politischer Entscheider*innen wiederum mit der eigenen Position im Sozialen Raum zusammenhängt. Daran schließt an, dass Campbell und Kollegen ihr *efficacy*-Konzept zwar als Begriffspaar anlegten, aber beide Formen stets miteinander beobachteten. Die Verwerfungen seit dem Ende des goldenen Zeitalters des Kapitalismus dagegen zeigten wiederholt das Auseinanderfallen dieser Subdimensionen auf. Klassische Beispiele hierfür sind die Studierendenproteste 1968 oder auch die großen Miners Strikes in Großbritannien in den 1980er Jahren:

Studierende wie Bergarbeiter*innen verfügten über ein hohes Maß an internem Wirksamkeitsempfinden ohne aber greifbare Erfolge zu erzielen, also externe Wirkung zu entfalten (Craig/Niemi/Silver 1990; Bright 2012).

Soziologische Forschung zu politischer Teilhabe lässt sich en gros auf die präsentierten Grundlagen aus Theorie und Forschung zusammenführen: Forschung in der theoretischen Tradition von Lipset und Rokkan fragt nach den Konfliktlinien innerhalb von Gesellschaften und geht davon aus, dass (ähnliche) Lebens- und Klassenlagen politische Repräsentation suchen und erfahren. Daraus folgt, dass Politik als Klassenpolitik verstanden und mit Lazarsfeld auch so erforscht werden kann. Mit Bourdieu können wir diese Klassen- und Lebenslagen komplexer konzeptualisieren und mehrdimensional im sozialen Raum betrachten, und zugleich nach der staatlichen Formung dieser Klassenlagen durch etwa das Bildungssystem fragen. Auf der anderen Seite können wir eben diese Positionierungen im sozialen Raum zum Ausgangspunkt nehmen, um die mit diesen Positionen verbundene politische Wirksamkeit zu untersuchen. Im Hintergrund aber steht die soziale Frage des Verhältnisses des Staats zu seinen Bürger*innen bzw. den Menschen, die in seinem Territorium leben. Mit Marshall lässt sich etwa an der Frage des Wahlrechts für Ausländer*innen das Auseinanderfallen von unterschiedlichen Dimensionen von *citizenship* beschreiben, die wiederum den Spalt zwischen interner und externer politischer Wirksamkeit aufmachen, während sie (intersektional) stets auch sozioökonomische Aspekte hat.

3.4 Weiterentwicklungen und Fragestellungen

Im folgenden Abschnitt werden einige Weiterentwicklungen der vorgestellten Ansätze vorgestellt und mit aktuellen Fragestellungen verbunden. Dabei spielen zwei soziologische Strömungen eine zentrale Rolle: Rational-Choice-Ansätze (RC) sowie Individualisierungstheorien. In der Soziologie politischer Teilhabe nahmen RC-Soziolog*innen die vermeintliche Theorieschwäche des SES-Modells zum Ausgangspunkt ihres Ressourcenmodells. Für die Lazarsfeld-Schule waren die SES-Variablen (v. a. Beruf und Bildung) Indikatoren für eine Klassenlage und ein damit verbundenes Klassenbewusstsein; in der Theorie der rationalen Wahl aber sollte auch die Frage der politischen Teilhabe als Kosten-Nutzen-Rechnung kalkulierbar sein. Während der antizipierte Nutzen politischer Teilhabe als Verbesserung der jeweiligen kollektiven Lebensverhältnisse im SES-Modell umfassend abgebildet wäre, zielten die RC-Soziolog*innen auf die Modellierung der individuellen Kosten politischer Teilhabe. Verba und Kolleg*innen (1995) verwerfen in der Folge Variablen, die bei Lazarsfeld Klassenlagen anzeigten und verwenden stattdessen Resultate dieser Klassenlagen für ihre Gleichungen: Anstatt des Berufsstatus wurden Einkommen bzw. Spenden an Parteien und andere politische Organisationen betrachtet und statt Bildung wurden konkrete Fähigkeiten und

deren Einbringen in Kampagnenarbeit untersucht. Somit konnte politische Teilhabe als Frage von Ressourcen und Investitionen verstanden werden: Wer ausreichend Geld und relevante Fähigkeiten (und Zeit) hat, kann diese in eine politische Kampagne investieren; wer diese Ressourcen nicht hat, nimmt nicht an politischen Teilhabeprozessen teil. Die Gruppe um Verba entwickelte ihr Modell weiter zum *civic voluntarism model* (2018, S. 50), das, obgleich RC-basiert, anschlussfähige Fragen in seinem Mittelpunkt hat. Die Gründe für politische Nicht-Teilhabe („Why don't people take part in politics?“) sind demnach: „They can't“ – worauf das Ressourcenmodell eine direkte Antwort bietet –, aber auch „They don't want to“ und „Nobody asked“ (ebd.). Auch für die beiden letzteren Gründe sind Ressourcen relevant sowie einerseits Wirksamkeitsüberlegungen zentral. Andererseits aber weisen sie bereits in ihrer Fragestellung auf eine Individualisierung von politischer Teilhabe hin.⁶

Auch in der Soziologie der politischen Teilhabe hinterließen die Theoretiker*innen der Individualisierung, allen voran Beck (1983; 1986) und Giddens (1991; 1994) tiefe Spuren. Da laut Beck „[j]enseits von Stand und Klasse“ soziale Ungleichheiten „den Charakter von statistischen Verteilungsungleichheiten [annehmen], die immer weniger lebensweltlich interpretierbar“ (1983, S. 68) seien, wandle sich auch die an diesen Lebenswelten orientierte Politik von *class politics* zu *life politics*, „a politics of identity as well as of choice“ (Giddens 1994, S. 9). In der politischen Soziologie fand dieser Zugang angesichts der Pluralisierung und Diversifizierung von Bevölkerungen und Teilhabeformen Anklang. An die Stelle großer Gesellschaftsentwürfe vor dem Hintergrund des kalten Krieges träten im Zuge des Wertewandels im globalen Norden (Inglehart 2008) die Anliegen und Ansprüche bislang unterrepräsentierter Gruppen, die sich nicht mehr entlang binärer *cleavages* organisieren ließen; an die Stelle der großen Widersprüche träten „micro politics“ und „cause politics“, die auf konkrete, kurzfristige Veränderungen abzielten (Norris 1999). Damit einhergingen Veränderungen der Teilhabeformen, was an den rückläufigen Mitgliederzahlen von Parteien und Gewerkschaften, aber auch der Wahlbeteiligung vor allem junger und Erstwähler*innen abzulesen war. Dieser Rückgang an politischer Organisation und Mobilisierbarkeit hängt dabei auch mit den verlängerten (Aus-)Bildungszeiten zusammen, da immer weniger Menschen vor ihrer ersten Parlamentswahl mit Interessenvertretungen, etwa in Form von Betriebsräten oder Gewerkschaften, in Kontakt kommen (Hackett 2004). In Verbindung mit neuen Kommunikations- und

6 Neben der Nähe zu Individualisierungsnarrativen (und damit verbunden) ist an RC-Ansätzen ihre Begründung im Methodologischen Individualismus aus Ungleichheitsperspektive zu kritisieren. (Weldes 1989) Dieser lenkt den Blick nicht nur zu stark von gesellschaftlichen Strukturfragen ab, sondern trägt darüber hinaus zur Verschleierung der Genese von *constraints* bei: In dem die Einschränkungen der „rationalen“ Handlungsfreiheit als ausschließlich individuell verstanden werden, geraten ihrer gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen aus dem Blick (siehe oben).

Organisationsformen entwickelten sich dagegen Teilhabeformen wie die weltweite Fridays For Future-Kampagne (FFF; siehe auch der Beitrag von Cornelia Dlabaja in diesem Band): Gegründet von einer minderjährigen, nicht-wahlberechtigten Schülerin (d.h. nicht über vollständiges *citizenship* verfügend) ist FFF beispielhaft dafür, wie die Veränderung des Handlungsrepertoires etwa junger Menschen politische Teilhabe verändert (O'Toole 2015). Wenngleich die Protestform des Streiks und der Demonstration seit jeher Praxis sozialer Bewegungen ist, wird durch die globale Vernetzung junger Menschen, die von anderen Teilhabeformen ausgeschlossen sind, politische Partizipation erweitert. Umgekehrt ist FFF aber auch ein Beispiel für die Reproduktion sozialer Ungleichheiten in diesen neuen Formen, da sich die Teilnehmer*innen überwiegend aus den oberen Klassen rekrutieren (Sommer et al. 2019, S. 11 ff.; für Wien: Daniel/Deutschmann 2020, S. 12).

Die Teilhabehindernisse nach Schlozman, Brady und Verba (2018) wieder aufnehmend, korrespondieren die Zugänge der Individualisierungstheorien vor allem mit dem Nicht-Wollen. Zugleich ist die Frage des Nicht-gefragt-Werdens in pluralen Gesellschaften ebenfalls von wachsender Bedeutung: In Metropolen wie Wien leben immer mehr Menschen, die mangels passender Staatsbürger*innenschaft von Wahlen der Körperschaften, die sehr direkt über ihre Lebensbedingungen bestimmen (Gemeinderat, Parlament), ausgeschlossen werden – in Österreich betrifft das aktuell über eine Million Menschen (Ertl/Hofmann/Schnitzer 2020). Migrantische Bevölkerungen, die häufig auch Angehörige der dominierten Klassen sind, sind freilich nicht gleichverteilt über eine Großstadt (Ehs/Zandonella 2021). Folglich kommt es im Zuge von demokratischen Prozessen zu ungleichen Mobilisierungsbemühungen politischer Parteien und zur Konzentration politischer Werbung in Stadtteilen mit höherer Wahlbeteiligung, wobei diese mit Bildung und Einkommen (und Vermögen) korreliert (Roßteutscher/Schäfer 2016). Hier zeigt sich das Paradoxon asymmetrischer Mobilisierung: Diejenigen Menschen, die das meiste Interesse an einem Politikwechsel haben sollten, zeigen die geringste Beteiligung an politischen Prozessen und ihre Anliegen werden in den Parlamenten am wenigsten berücksichtigt (Elsässer/Hense/Schäfer 2017; Schnitzer 2021).

Während also in den dominierenden Klassen tatsächlich eine Mobilisierung jenseits von Klassenpolitik zu beobachten war und ist, erscheint unter den dominierten Klassen Demobilisierung als „The New Politics of Class“ (Evans/Tilley 2017). Dabei kam und kommt es zu einem verstärkenden Effekt von Segregation innerhalb von Städten, aber auch ganzer Landesteile, insofern Stadtteile oder Landkreise, die überwiegend von Menschen niedriger Klassen bewohnt werden, sich kaum noch repräsentiert sehen, weshalb jene Menschen, die diese Kontexte verlassen können, dies auch tun. Zandonella und Hacker (2016) konnten für Österreich auch zeigen, dass das Maß der sozialen Ungleichheit das Ausmaß politischer Ungleichheit verstärkt: In lokalen Gesellschaften mit einer ungleichen Einkommensverteilung wirken sich beteiligungsverhindernde Faktoren wie

Arbeitslosigkeit noch stärker aus. Diese politische Repräsentationslücke konnte zuletzt vor allem von rechtspopulistischer Demagogie als ebensolche adressiert und mobilisiert werden (Geilen/Mullis 2021; Dilling/Kiess 2021).

3.5 Aktuelle Forschung und Strategien

Die zuletzt thematisierten Effekte sozialer Ungleichheit auf politische Teilhabe bzw. die Kausalkette Ungleichheit–Entfremdung–Rechtspopulismus findet ihren Niederschlag zum Beispiel auch in aktueller Forschung zur Entwicklung der Covid-19-Pandemie. Dabei wurde etwa in räumlicher Betrachtung gezeigt, wie die Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland (AfD) mit dem Infektionsgeschehen korrelieren, wobei letzteres als Resultat von Maßnahmenverweigerung aufgrund mangelnden Politikvertrauens verstanden wird (Richter et al. 2021). Im Zuge der Pandemiebekämpfung rückten auch Fragen zu den Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Jobs kurzfristig ins öffentliche Interesse (siehe auch die Beiträge von Carina Altreiter und Roland Atzmüller sowie von Johanna Neuhauser in diesem Band). Hierzu zeigen Zandonella, Mayerl und Holzer (2020), wie Prekarisierung als ein Treiber von politischem Disengagement auch in Österreich wirkt. Diese Befunde laufen darauf hinaus, dass nicht nur *keine* Lohnarbeit (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975), sondern auch *schlechte* Lohnarbeit (Jahoda 1982) politischer Teilhabe zuwiderläuft. Diese Befunde können wiederum mit Bourdieu und der ambivalenten Integration durch und in den Staat verstanden werden. Prekarisierung findet folglich in verschiedenen institutionellen Rahmen statt und ist als Prozess zu verstehen, der nicht erst mit dem Eintritt in den Arbeitsmarkt beginnt (Hartl 2020). Ökonomischer (Leidens-)Druck – erlebt als Aufstiegs-, Anerkennungs- oder Existenzkampf (Flecker et al. 2005) – ist gleichwohl ein zentraler Verstärker von politischen Entfremdungsgefühlen, der neben der Wahlenthaltung auch den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien erklären kann.

Die Wirkmacht von sozialer Ungleichheit auf politische Teilhabe bzw. auf die vermittelnden Faktoren, wie politisches Institutionenvertrauen, ist darüber hinaus auch intersektional, was international gut darstellbar ist (Flesken/Hartl 2020). So konnte für multiethnische Staaten gezeigt werden, wie sozioökonomische Faktoren auf das Institutionenvertrauen unter ethnischen Minderheiten dahingehend wirken, dass mit dem Wohlstand das Vertrauen steigt. Umgekehrt heißt dies gleichwohl, dass soziale Ungleichheit ethnische Ungleichheiten verstärkt und ohnehin schwaches Vertrauen in demokratische Prozesse weiter schwächt – was wiederum der politischen Teilhabe dieser Gruppen abträglich ist. Im deutschsprachigen Raum wurde dies bislang allerdings wenig untersucht. Diese Forschungslücke liegt zum Teil an der Exklusivität nationaler Narrative (Hartl/Mahlberg 2022), die die wachsende Heterogenität von Gesellschaften nicht anerkennen und Ausschlüsse erzeugen.

Ungleichheit in der politischen Teilhabe ist ein zentraler Teilaspekt sozialer Ungleichheit; politische und soziale Ungleichheit verstärken einander wechselseitig, weshalb ein Abbau letzterer mehr Gleichheit in der politischen Teilhabe zeitigen sollte. Unter den Bedingungen des real existierenden Kapitalismus erscheint die wichtigste Strategie gegen den negativen Einfluss von sozialer Ungleichheit auf die politische Teilhabe in einer umfassenden politischen Integration zu liegen, die Teilhabe früh und in verschiedenen Lebensbereichen (Schule, Betrieb, Universität) üben lässt, sodass sie habituell wird. Der erwähnte Beitrag von Zandonella und Kolleg*innen (2020) verweist auf die Bedeutung von innerbetrieblicher Teilhabe in Form von Betriebsräten und Gewerkschaften für das Demokratievertrauen wie für das Gefühl politischer Selbstwirksamkeit. Zeglovits und Zandonella (2013) zeigen darüber hinaus ermutigende Evidenzen für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, was längerfristig ebenfalls den Einfluss von sozialer auf politische Ungleichheit verringern könnte (Amnå 2012). Damit einhergehen sollten Reformen des Staatsbürger*innenschaftsrechts oder Wahlrechtsreformen, die Menschen ohne Staatsbürger*innenschaft des Territoriums, in dem sie leben, den Zugang zu politischen Teilhabeprozessen ermöglichen. Soziale Ungleichheit nimmt verschiedenste Formen an, sie ist ökonomisch und kulturell, vergeschlechtlicht und rassifiziert. In jedem Fall aber ist sie politisch und politisch wirkmächtig. Und somit ist auch eine Soziologie der sozialen Ungleichheit immer eine politische Soziologie.

Literatur

- Amnå, Erik (2012): How is civic engagement developed over time? Emerging answers from a multidisciplinary field. In: *Journal of adolescence* 35 (3), S. 611–627.
- Atkinson, Will (2016): *Beyond Bourdieu. From genetic structuralism to relational phenomenology.* Cambridge UK, Malden, MA: Polity Press.
- Beck, Ulrich (1983): *Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten.* In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten.* Göttingen: Otto Schwartz & Co., S. 35–74.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1983): *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital.* In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten.* Göttingen: Otto Schwartz & Co., S. 183–198.
- Bourdieu, Pierre (2008): *The bachelors' ball. The crisis of peasant society in Béarn.* Cambridge: Polity Press.
- Bourdieu, Pierre (2014): *Über den Staat. Vorlesungen am Collège de France 1989–1992.* Berlin: Suhrkamp.
- Brady, Henry E./Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman (1995): *Beyond SES. A Resource Model of Political Participation.* In: *American Political Science Review* 89 (2), S. 271–294.
- Bright, N. Geoffrey (2012): *A Practice of Concrete Utopia? Informal Youth Support and the Possibility of 'Redemptive Remembering' in a UK Coal-Mining Area.* In: *Power and Education* 4 (3), S. 315–326.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E. (1953): *Political Issues and the Vote: November 1952.* In: *The American Political Science Review* 47 (2), S. 359–385.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E. (1954): *The voter decides.* Westport, Conn.: Greenwood Press.

- Craig, Stephen C./Niemi, Richard G./Silver, Glenn E. (1990): Political efficacy and trust: A report on the NES pilot study items. In: *Political Behavior* 12 (3), S. 289–314.
- Daniel, Antje/Deuschmann, Anna (2020): Umweltbewegung revisited? Fridays for Future in Wien: Profil und Einstellungen einer neuen Protestbewegung. Institut für Internationale Entwicklung (IE), Working Paper No. 9.
- Dilling, Marius/Kiess, Johannes (2021): Die Landtagswahlen 2019 in Sachsen im Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur auf Gemeindeebene. Else-Frenkel-Brunswick-Institut (EFBI), Policy Paper No. 3.
- Ehs, Tamara/Zandonella, Martina (2021): Different Class Citizens: Understanding the Relationship between Socio-economic Inequality and Voting Abstention. In: *Politics in Central Europe* 17 (3), S. 525–540.
- Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27 (2), S. 161–180.
- Ertl, Michael/Hofmann, Julia/Schnetzer, Matthias. „NichtwählerInnen – eine Frage der Klasse“. <https://awblog.at/nichtwaehlerinnen-eine-frage-der-klasse> (Abfrage: 28.02.2022).
- Evans, Geoffrey/Tilley, James (2017): *The New Politics of Class*. Oxford: Oxford University Press.
- Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine/Krenn, Manfred/Papouschek, Ulrike (2005): Leistung, Unsicherheit und Ohnmacht. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 30 (3), S. 3–27.
- Flesken, Anaïd/Hartl, Jakob (2020): Ethnicity, inequality, and perceived electoral fairness. In: *Social science research* 85. www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0049089X18308275 (Abfrage: 28.02.2022).
- Geilen, Jan Lucas/Mullis, Daniel (2021): Polariserte Städte: Die AfD im urbanen Kontext. Eine Analyse von Wahl- und Sozialdaten in sechzehn deutschen Städten. In: *Geographica Helvetica* 76 (2), S. 129–141.
- Giddens, Anthony (1991): *Modernity and self-identity. Self and society in the late modern age*. Cambridge: Polity Press.
- Giddens, Anthony (1994): *Beyond left and right. The future of radical politics*. Cambridge: Polity Press.
- Hackett, Claire (2004): Young people and Political Participation. In: Roche, Jeremy/Tucker, Stan/Flynn, Ronny/Thomson, Rachel (Hrsg.): *Youth in society. Contemporary theory, policy and practice*. London: Sage, S. 74–80.
- Hartl, Jakob (2020): *Precarious choices. On the influence of young people's precarity on abstention from elections*. Doctoral Thesis. Bristol, UK.
- Hartl, Jakob/Mahlberg, Maria (2022): Eine Woche im Herbst – Erinnerungspolitik als Zivilreligion am Beispiel der medialen Bearbeitung des Attentats von Halle (Saale). In: *ZReX – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2 (2), S. 3–21.
- Inglehart, Ronald F. (2008): Changing Values among Western Publics from 1970 to 2006. In: *West European Politics* 31 (1–2), S. 130–146.
- Jahoda, Marie (1982): *Employment and unemployment. A social-psychological analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F./Zeisel, Hans (1975): *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lazarsfeld, Paul F. (1944): The Election Is Over. In: *The Public Opinion Quarterly* 8 (3), S. 317–330.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard R./Gaudet, Hasel (1993/1948): *The people's choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. New York: Columbia University Press.
- Lipset, Seymour M. (1983/1959): *Political man. The social bases of politics*. Expanded edition. London: Heinemann.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, S. (Hrsg.) (1967): *Party systems and voter alignments: cross-national perspectives*. New York: Free Press.
- Marshall, Thomas H. (1950): *Citizenship and social class, and other essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): *Parties, governments and elites*. Berlin, Heidelberg, New York, NY: Springer, S. 9–23.
- Norris, Pippa (1999): *Critical Citizens*. Oxford: Oxford University Press.

- O'Toole, Therese (2015): Beyond Crisis Narratives: Changing Modes and Repertoires of Political Participation Among Young People. In: Kallio, Kirsi/Mills, Sarah/Skelton, Tracey (Hrsg.): *Politics, Citizenship and Rights*. Singapore: Springer Singapore, S. 1–15.
- Richter, Christoph/Wächter, Maximilian/Reinecke, Jost/Salheiser, Axel/Quent, Matthias/Wjst, Matthias (2021): Politische Raumkultur als Verstärker der Corona-Pandemie? Einflussfaktoren auf die regionale Inzidenzentwicklung in Deutschland in der ersten und zweiten Pandemiewelle 2020. In: *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 1 (2), S. 191–211.
- Roßteutscher, Sigrid/Schäfer, Armin (2016): Asymmetrische Mobilisierung: Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung. In: *Politische Vierteljahresschrift* 57 (3), S. 455–483.
- Schlozman, Kay/Brady, Henry/Verba, Sidney (2018): *Unequal and Unrepresented*. Princeton: Princeton University Press.
- Schnetzer, Matthias (2021): „Wie Ungleichheit die Demokratie untergräbt“. <https://awblog.at/wie-ungleichheit-die-demokratie-untergraebt> (Abfrage: 28.02.2022).
- Sommer, Moritz/Rucht, Dieter/Haunss, Sebastian/Zajak, Sabrina (2019): *Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*. Berlin: ipb working paper series.
- Weldes, Jutta (1989): Marxism and methodological individualism. In: *Theory and Society* 18 (3), S. 353–386.
- Zandonella, Martina/Hacker, Evelyn (2016): Schadet Ungleichheit der Demokratie? Die Auswirkungen von lokaler Einkommensungleichheit auf das Nichtwählen in Österreich am Beispiel der Nationalratswahl 2013. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 42 (2), S. 303–323.
- Zandonella, Martina/Mayerl, Corinna/Holzer, Andreas (2020): Wie soziale Ungleichheit und die Prekarisierung von Arbeit das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie zerstört. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 46 (1), S. 41–62.
- Zeglovits, Eva/Zandonella, Martina (2013): Political interest of adolescents before and after lowering the voting age. The case of Austria. In: *Journal of Youth Studies* 16 (8), S. 1084–1104.

4. Sozialpolitik und soziale Ungleichheit

Bettina Leibetseder

4.1 Einleitung

Oftmals wird davon ausgegangen, dass Sozialpolitik darauf ausgerichtet ist, die „wirtschaftliche und soziale Situation von benachteiligten Personengruppen [...] zu verbessern“ (Badelt/Österle 2001, S. 1), oder dass soziale Rechte die Abschaffung der Klassenunterschiede verfolgen (Marshall 1950). Dabei weist schon Hans Aichinger (1958) auf differenzierte sozialpolitische Wirkungen auf die Gesellschaftsstruktur hin. Noch explizierter wird Gøsta Esping-Andersen (1990, S. 23), der den Wohlfahrtsstaat als „active force in the ordering of social relations“ definiert.

Somit werden nicht unbedingt soziale Ungleichheiten beseitigt, sondern sozialpolitisches staatliches Handeln funktioniert als wesentliche gesellschaftliche Ordnungsinstanz, die mithilfe der Sozialpolitik einerseits die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Gruppen prägt, andererseits die individuellen, kollektiven und korporativen Akteure positioniert (Lessenich 2012). Dabei weist Lessenich (2008, S. 138) darauf hin, dass es Aufgabe der Soziologie ist, die „gesellschaftlichen Wertbezüge sozialpolitischen Handelns offenzulegen, ohne einfach die entsprechenden Selbstdeutungen der sozialpolitischen Praxis zu reproduzieren“.

Zentral funktioniert die Platzierung über Kommodifizierung: Sozialpolitik bestimmt, wer dem Arbeitsmarkt unter welchen Bedingungen zur Verfügung stehen muss und wer durch soziale Leistungen ausreichend abgesichert ist, um dem Arbeitsmarkt fernzubleiben (Esping-Andersen 1990). Schon frühzeitig kam es zu einer noch immer prägenden Spaltung zwischen der Arbeiter- und Armenfrage (Castel 2000). Wurde in Österreich die soziale Lage der Lohnabhängigen mit dem Ausbau vom arbeits- und sozialrechtlichen Schutz über lange Perioden größtenteils verbessert, verblieb die Absicherung der Armen in einem paternalistischen und kommunalen Setting (Melinz 1989; Tálos 2005).

In diesem Beitrag werden zuerst die theoretischen Stränge erläutert, die aus einer funktionalistischen, institutionellen, konflikttheoretischen oder kulturell-ideellen Perspektive den sozialpolitischen Wandel und somit auch die daraus resultierenden sozialen Ungleichheiten erklären. Dabei wird auf die Phase nach dem „goldenen Zeitalter“ der wohlfahrtsstaatlichen Expansion fokussiert, die nach dem 2. Weltkrieg mit dem Ausbau sozialer Sicherungssysteme in den westlichen Staaten begann und bis in die 1970er Jahre (in Österreich sogar bis in die 1980er Jahre) dauerte (Flora 1986; Tálos 2005), wobei sich die bisherigen

theoretischen Erklärungen veränderten (Häusermann/Enggist/Pinggera 2019). Im dritten Teil werden aktuelle Forschungen in Österreich in Bezug zu den theoretischen Erläuterungen gesetzt, um zuletzt einen Ausblick zu geben.

4.2 Theoretische Erklärungen

Funktionalistischer Strang

Ursprünglich erklärte eine funktionalistische Perspektive eine Expansion von Sozialleistungen mit einem wachsenden Bedarf in Verbindung mit einem Wirtschaftswachstum (Wilensky/Lebeaux 1958). Neuere funktionalistische Erklärungen stellen die höheren Kosten aufgrund eines etablierten sozialen Sicherungssystems und einer alternden Gesellschaft den gleichzeitig geringeren Einnahmenezuwächsen aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation gegenüber. Sie fokussieren dabei auf durch den ökonomischen oder sozialen Wandel hervorgerufene soziale Risiken, die durch bestehende Sicherungsstrukturen nicht mehr ausreichend gedeckt und zu allgemein stärkeren und zudem sogenannten „neuen“ Ungleichheiten führen.

Auf ökonomischer Seite wird hier vor allem das Anwachsen des Dienstleistungssektors, zunehmende Digitalisierung und Globalisierung thematisiert. Wachsende Kosten werden mit geringen Automatisierungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten im expandierenden Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich verknüpft, was zu steigenden Sozialausgaben führt. Zudem zeigen sich eine verstärkte Lohnspreizung und ein Jobzuwachs in Niedriglohnbranchen, die einer gesteigerten sekundären Umverteilung bedürfen (Emmenegger et al. 2012; Iversen/Wren 1998).

Weitere „neue“ sozialen Risiken entstanden durch gesellschaftliche Veränderungen: Dazu zählen etwa die erhöhte Erwerbstätigkeit von Frauen und familiäre Strukturen abseits der traditionellen Vater-Mutter-Kind-Konstellation sowie die gesellschaftliche Alterung. Des Weiteren bedingt der Strukturwandel eine Anpassung der Qualifikationen, um langfristiger Arbeitslosigkeit zu verhindern. Um diese sozialen Risiken abzudecken, werden vor allem soziale Dienste benötigt (Armingeon/Bonoli 2006; Esping-Andersen 1999).

Aus sozialpolitischer Perspektive wurde mit dem Sozialinvestitionsparadigma eine funktionalistische Antwort auf das Dilemma von steigenden Bedarfen und geringeren finanziellen Zuwächsen gefunden. Eine auf Sozialinvestition ausgerichtete Politik fokussiert auf soziale und ökonomische Aspekte gleichzeitig, die Maßnahmen sollen sich wechselseitig verstärken und so soziale Ungleichheit reduzieren (Esping-Andersen et al. 2002; Morel/Palier/Palme 2012). Laut Hemerijck (2017) soll das Humankapital verbessert werden, um ausreichende Fachkräfte zur Verfügung zu haben, die wirtschaftliches Wachstum ermöglichen.

Durch Flexicurity soll die Arbeitsmarktpartizipation erhöht werden und ein rascher Wechsel von Arbeitslosigkeit in Arbeit ermöglicht werden. Aufgrund adäquater Systeme sozialer Sicherung kann auf der Makroebene der private Konsum erhalten bleiben und ist im Falle von im Lebensverlauf auftretenden Risiken auf der Mikroebene eine hohe Absicherung vorhanden.

Institutioneller Strang

Grundsätzlich haben institutionelle Stränge Erklärungspotenzial in Bezug zum Status quo sozialer Ungleichheit und weniger in Bezug zu Veränderungen. Institutionen stellen dabei stabile Kontexte dar, die das Handeln der Akteur*innen, seien es Parteien, Unternehmen und Arbeitnehmer*innen, regulieren (Campbell 1998). Institutionelle Ansätze erklären den Zusammenhang zwischen Individuum und Struktur bei kollektiven Entscheidungen ganz unterschiedlich, wobei zwischen drei Richtungen unterschieden wird: Der soziologische Strang definiert Institutionalismus als sich aus Normen und Regeln kulturell zusammensetzend, der das individuelle Verhalten formt. Rational-Choice-Ansätze sehen Institutionen als Aggregat von Anreizen und Beiträgen, die das individuelle Handeln beeinflussen. Der historische Institutionalismus beschäftigt sich mit dem Fortbestehen von Institutionen, die sich nur unter einem Wandel von Ideen verändern (Hall/Taylor 1996).

Unter dem Motto „[b]ringing the state back in“ (Skocpol/Amenta 1986) stellt die institutionelle Ausgestaltung einen zentralen Faktor dar. Die politische Struktur, die durch Regierungsform und Wahlsystem geprägt ist, beeinflusst mögliche Reformwege. Etwa forcieren Verhältniswahlsysteme Umverteilung stärker als Mehrheitswahlsysteme (Iversen/Soskice 2006). Veto-Punkte, wie etwa eine föderale Struktur, ein Zweikammersystem im Parlament oder eine starke Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative, können Reformen verlangsamen oder sogar verhindern (Immergut 2008; Myles/Quadagno 2002).

Unter Policy-Feedback wird die Determination von Reformen aufgrund von bestehenden institutionellen Ausformungen beschrieben. So schränken gegenwärtige Sicherungssysteme das Denkmögliche ein, sie determinieren institutionelle Fähigkeiten und ein Systemwechsel erzeugt Kosten. Somit sind die Optionen sowohl für Politik wie für Verwaltung eingeschränkt (Pierson 1993). Darüber hinaus bestimmen bestehende Institutionen die Interessen und Einstellungen der Wähler*innen (Campbell 2012), wie in den konflikttheoretischen Erklärungen vertiefend dargelegt wird.

Vertreter eines starken Institutionalismus gehen grundsätzlich davon aus, dass vorangegangene Entscheidungen Veränderungen unwahrscheinlich machen und zu einem Lock-In-Effekt führen. Im Gegensatz dazu sieht ein schwächerer Institutionalismus eine starke Prägung aufgrund vorangegangener Entscheidungen

(Pierson 2004). Diese Pfadabhängigkeit (*path dependency*) klärt sich in Zeiten von „critical junctures“, wo kontingente sozialpolitische Entscheidungen getroffen werden (Pierson 2000). Veränderungen finden meistens inkrementell statt (Mahoney/Thelen 2010).

Heclo (1974; 2009) wies schon früh auf die Bedeutung von wechselseitigem Lernen auf administrativer, politischer wie wissenschaftlicher Ebene hin. „Policy learning“ illustriert, wie trotz struktureller Barrieren ein Wandel möglich ist (Stone 2012). In der Europäischen Union werde dies durch „soft governance“ gefördert (Wallace/Reh 2015), deren Veränderungspotenzial als gering bewertet wird. Im Zuge der Bewältigung der Finanzkrise wurde aber zuletzt institutionell eine fiskalpolitische Steuerung geschaffen, die eine erweiterte Umverteilung auf nationaler Ebene beschränkt (De la Porte 2021).

Hall und Soskice (2001) prägen neuere institutionelle Ansätze. Sie unterscheiden zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften. Während liberale Marktwirtschaften in einer starken Wettbewerbssituation über den Markt mit Lohn- und Preisanpassungen über Angebot und Nachfrage bestimmen, entscheiden in koordinierten Marktwirtschaften kollektive oder korporative Akteure, die dann für Arbeitgeber*innen wie Arbeitnehmer*innen verbindlich sind. Beide Regime bilden somit auf der Makro- wie auf der Mikroebene unterschiedliche institutionelle Typen, die andere Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitiken zur Folge haben.

Für koordinierte Marktwirtschaften wird in den letzten Jahren eine mögliche Dualisierung debattiert, wo es zu einer stärkeren Differenzierung zwischen In- und Outsidern am Arbeitsmarkt kommt. Outsider befinden sich zunehmend in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit geringen Aufstiegschancen. Darüber hinaus werden Outsider nicht mehr über das Sozialversicherungssystem ausreichend abgesichert, sondern erhalten primär bedarfsgeprüfte Leistungen. So wirkt neben der Primär- auch die Sekundärverteilung stärker spaltend (Emmenegger et al. 2012).

Konflikttheoretischer Strang

Interessens- und konflikttheoretische Erklärungen debattierten zuerst den Einfluss von demokratiepolitischen Entwicklungen auf soziale Rechte (Marshall 1950), die Machtressourcen der Arbeiter*innen (Korpi 1983) sowie die Zusammensetzung der jeweiligen Parlamente und Regierungen in Bezug zur Aufteilung zwischen linken und rechten Parteien in der klassischen Parteiendifferenzhypothese (Schmidt 1982). Vielfach war die Mittelklasse ausschlaggebend: Bildete die Mittelklasse eine Allianz mit der Arbeiterklasse, kam es zu einem Ausbau, wohingegen eine Zusammenarbeit der Mittelklasse mit der Oberklasse eine geringere Umverteilung zur Folge hatte (Esping-Andersen 1990). Der starke

Einfluss der christlich-sozialen Gewerkschaften führte in Mitteleuropa zu einer statussichernden Sozialpolitik, die zudem das Subsidiaritätsprinzip fortsetzte (Kersbergen/Kalyvas 2010).

Was passiert aber bei einem Rückbau? Paul Pierson (2001) konstatiert, dass ein „race-to-the-bottom“ nicht möglich ist, weil der Wohlfahrtsstaat institutionell wie politisch gefestigt sei. Parteien würden kaum bestehende Leistungen kürzen können, ohne bei den nächsten Wahlen zu verlieren. Ein Rückbau wäre nur unter ganz spezifischen Bedingungen möglich. Mit einer Strategie des „blame avoidance“ (Weaver 1986) kann der Rückbau verschleiert werden, am Beginn einer Legislaturperiode angesetzt sein oder wahlstrategisch unbedeutende Gruppen betreffen (Pierson 1994). Eine Strategie des „drift“ führt mithilfe der Untätigkeit zu einem de facto Rückbau aufgrund von sozio-ökonomischen Veränderungen (Hacker 2004).

In Dänemark und den Niederlanden schaffte es die Sozialdemokratie in den 1990er Jahren, die Wählerschaft von der wirtschaftlichen Notwendigkeit größeren Einschnitten zu überzeugen (Green-Pedersen 2002). Carsten Jensen (2014) sieht hingegen wenige Möglichkeiten für mitterechts Parteien, ohne größere Wahlverluste lebensrisikoabdeckende Sozialleistungen abzubauen. Ansprüche im Alter, bei Krankheit oder Elternschaft schützen die gesamte Bevölkerung unabhängig von der individuellen Einkommenssituation. Bei Reduktionen würden hier die Wähler*innen regierende mitterechts Parteien abstrafen. Dagegen würden Leistungskürzungen, die Risiken des Arbeitsmarktes betreffen, eher von den mitterechts Wähler*innen goutiert, da sich diese weniger von Arbeitslosigkeit und somit von den Kürzungen betroffen sehen. Diese würde gleichzeitig soziale Ungleichheit verstärken.

Jüngere Forschungen bestätigen, dass sich mitterechts oder rechte Parteien in Regierungen im Gegensatz zu linken eher negativ auf Sozialausgaben auswirken und dass stärkere Gewerkschaften eine positive Rolle spielen (Schmitt/Zohlnhöfer 2019). In Bezug zu den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften attestieren King und Rueda (2008) eine Spaltung ihrer Klientel in- und Outsider, deren Interessen nicht deckungsgleich sind. Insider haben gute Voraussetzungen am Arbeitsmarkt und möchten ihre eigene soziale Situation absichern, ohne für die Kosten von anderen Gruppen aufzukommen. Outsider hingegen haben eine schwache erwerbsbezogene Anbindung und benötigen umfassende umverteilungswirksame soziale Sicherungen. Sozialdemokratische Parteien vertreten eher die Interessen von Insidern, insbesondere wenn die Outsider eine wahlstrategisch unbedeutende Gruppe sind (Bonoli 2007) oder wenn sich sozialdemokratische Parteien im Wettbewerb mit mitterechts Parteien befinden (Iversen/Soskice 2009). Stehen sozialdemokratische Parteien in Konkurrenz zu anderen mittelinks Parteien, werden sie sich eher für die Interessen der Outsider einsetzen (Anderson/Beramendi 2012). Gewerkschaften hingegen können sich dann erfolgreich für Outsider einsetzen, wenn die Regierung an sich schwach

ist. Wenn ideologisch konträre Parteien koalieren oder es eine Minderheitsregierung gibt, können so Gewerkschaften die Reformunfähigkeit der Regierung ausnützen und ihre gestärkte Position für die Interessen von Outsider nützen (Rathgeb 2018).

Die politische Parteienkonstellation veränderte sich durch radikale Rechtsparteien, die eine Spaltung zwischen würdigen und unwürdigen sozialen Gruppen propagieren, wo oftmals leistende „Einheimische“ mit arbeitsunwilligen „Zugewanderten“ kontrastiert werden (Rathgeb 2021). Ein „exkludierender Populismus“ (Kaltwasser/Zanotti 2021) arbeitet mit „blame generating“, wo jedwede Sozialpolitik als verfehlt und Inhalte, Bezieher*innen oder politische Vertreter*innen negativ dargestellt werden (Béland/Waddan 2021). Solch exkludierenden Schuldzuweisungen folgen oftmals wohlfahrtschauvinistischen Sozialreformen, die die Leistungen für Zugewanderte verschlechtern (Greve 2019).

Drei Aspekte zeigen sich in der neueren Forschung als zentral: Erstens wird stärker auf das Handeln der einzelnen Parteien in den spezifischen nationalen Konstellationen fokussiert, wo die Parteien um Stimmen konkurrieren (Häusermann 2010). Zweitens sind gegenwärtig Konflikte der zweiten Dimension oftmals erklärungsrelevant, also nicht nur der Grad der sozialen Umverteilung zwischen sozialen Gruppen, sondern die Auseinandersetzung über kulturelle Identität (Häusermann/Kriesi 2015; Manow 2018). Drittens gewinnt somit neben der schon angesprochenen Verknüpfung von institutionellen und interessenbezogenen Faktoren die Integration von kulturell-ideellen Erklärungen an Bedeutung.

Kulturell-ideeller Strang

Béland und Cox (2011) definieren Ideen als „kausale Vorstellungen“. Diese sind abhängig von der Wahrnehmung, bedingen das Herstellen eines Zusammenhangs und stellen auch die Grundlage dar, um Handlungen zum Lösen eines Problems setzen zu können. Ähnlich sieht Pfau-Effinger (2009, S. 6) den kulturellen Einfluss, wobei Wohlfahrtskultur eine „ideationale Umgebung, auf die sich die relevanten sozialen Akteure, die Institutionen des Wohlfahrtsstaates und konkrete Politiken beziehen“, bezeichnet.

Esping-Andersens (1990) Unterteilung in liberale, konservative und sozialdemokratische Regime kann man als drei unterschiedliche Wohlfahrtskulturen verstehen, die verschiedene Traditionen aufzeigen, von wem, wie und in welchem Ausmaß soziale Unterstützung geleistet wird. Insbesondere die Aufteilung von Erwerbs- und Versorgungsarbeit zwischen Frauen und Männern sowie der Ausbau sozialer Dienste wurde im Anschluss diskutiert, wo neben (sub-)nationalen Unterschieden der Wandel betrachtet wurde (Chung 2018; Pfau-Effinger 2009).

Veränderungen sind oftmals mit einem ideellen Wandel verknüpft. Ein solcher Paradigmenwechsel kann bei politischen Eliten stattfinden, die etwa von

einem keynesianischen zu einem monetaristischen Weltbild in Großbritannien der 1980er Jahre umschwenkten (Hall 1993). Ebenso können breite gesellschaftliche Schichten ihre Leitbilder, wie etwa bei der Frauenerwerbstätigkeit, neu ausrichten (Pfau-Effinger 2009).

Sozialpolitisch relevante kulturelle Wertvorstellungen, wie etwa zu Gleichheits-, Leistungs-, Bedarfs- und Anrechtsprinzip, zeigen stabil unterschiedliche Wertvorstellung im Vergleich von sozialen Klassen und Wohlfahrtsstaaten (Roosma 2021; Svallfors 2012). Starke Differenzen treten in Bezug zur Würdigkeit verschiedener Gruppen, etwa ältere Menschen, Arbeitslose und Zugewanderte, auf (Meuleman/Roosma/Oorschot 2017).

Außerdem tragen auf soziale Gleichheit und Zufriedenheit abzielende Wohlfahrtsstaaten dazu bei, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und Gleichheit als Wertvorstellung gestärkt wird (Albrekt/Larsen 2013; Rothstein/Uslaner 2005). Stärkeres Vertrauen in Politik und Demokratie wird ebenso in einem kausalen Zusammenhang zu gut funktionierenden, umverteilenden Wohlfahrtsstaaten gesetzt (Svallfors 2012), wobei lange Krisen politisches Vertrauen schwächen (Kumlin/Stadelmann-Steffen/Haugsgjerd 2018).

4.3 Aktuelle österreichische Forschungen zur Sozialpolitik und sozialer Ungleichheit in Österreich

Grundsätzlich beschäftigt sich die österreichische Forschung weniger mit den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen, die erklären möchten, warum sich die Ausgestaltung von Sozialpolitik in Bezug zu den Einwirkungen auf die gesellschaftliche Stratifizierung verändert. Primär behandelt die gegenwärtige Forschung die Frage, ob und wie sozialpolitisches Handeln soziale Ungleichheit verändert und mit welchen Maßnahmen dem entgegengesteuert werden kann.

Ein „race-to-the-bottom“, von dem in den 2000er Jahren aufgrund des EU-Beitritts und des Wechsels von einer SPÖ-ÖVP Regierung zu einer mitterechts Regierung von ÖVP-FPÖ ausgegangen wurde (Tálos 2005), fand nicht statt. So liegt der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt bei – von den Auswirkungen größerer Krisen abgesehen – bei rund drei Zehntel (BSGPK 2021). Trotz der erhöhten Einkommensschere zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommensgruppen blieb die Armutsgefährdung in etwa gleich und der Wohlfahrtsstaat trägt zur Nivellierung der Einkommensunterschiede bei (Rocha-Akis et al. 2016).

Kulturell-ideell betrachtet, wird Österreich dem konservativen Typus eines Wohlfahrtsstaates zugerechnet (Arts/Gelissen 2010). Kennzeichnend für diesen Typus ist, dass soziale Sicherung mit Erwerbstätigkeit verknüpft ist, was eine begrenzte Absicherung von Arbeitsmarktrisiken zur Folge hat. So wird eine Umverteilung primär innerhalb von Statusgruppen und somit horizontal und

nicht vertikal angestrebt (Esping-Andersen 1990). Diese statussichernde Ausrichtung ist dem österreichischen Sozialsystem weiterhin immanent (Obinger/Tálos 2020). Die Sozialversicherung und damit einhergehend die Anbindung der sozialen Sicherung an die Erwerbstätigkeit ist das bestimmende Merkmal (Österle/Heitzmann 2019). Die sozialpolitische Stratifizierung führt dazu, dass dauerhafte Armut stark an die Klassenlage gebunden ist (Angel 2012).

In der österreichischen Bevölkerung wird eine solche Form der sozialen Ungleichheit durch den hohen Stellenwert von Leistungsgerechtigkeit unterstützt. Bei einkommensschwächeren Gruppen zeigt sich aber eine höhere Zustimmung zum Gleichheitsprinzip (Grausgruber 2019; Hofmann/Marterbauer/Schnetzer 2020). In Bezug zur Würdigkeit wird eine starke Differenzierung ersichtlich. Erfährt eine Absicherung im Alter breiten gesellschaftlichen Konsens, sieht nur ein Viertel der österreichischen Bevölkerung die Lebensstandardsicherung von Arbeitslosen als staatliche Aufgabe (Grausgruber 2019). Starke Unwürdigkeit und geringe Solidarität sind gleichfalls mit Menschen mit Migrationshintergrund verbunden (Aichholzer/Friesl/Rohs 2019).

Prägend für den konservativen Wohlfahrtsstaat war das Bild des männlichen Ernährers und der weiblichen Betreuerin. Ein solches Modell der Versorgungsehe wird aber seit den 2000er Jahren nicht mehr von breiten Bevölkerungsgruppen getragen, ebenso gibt es eine zunehmende Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften (Berghammer/Schmidt 2019). Noch immer zeigt sich aber, dass durchwegs Kinderbetreuung in Kombination mit Teilzeitarbeit als Frauenaufgabe gesehen wird, die verstärkte Übernahme von Carearbeit in Kombination mit einer Reduktion der Erwerbstätigkeit für Männer wird wenig praktiziert und zu wenig von der Sozialpolitik unterstützt (Kapella et al. 2022; Leibetseder 2013; 2014; Schmidt 2021). Die mangelnde Absicherung vor Armut von Alleinerziehenden und Familien mit mehr als zwei Kindern wurde zudem in der Corona-Krise verschärft (Steiber/Siebert 2021).

Einschnitte in der Sozialpolitik und damit vergrößerte soziale Ungleichheit ist zumeist differenziert zu betrachten. Die Pensionsreform 2000 hatte große Reduktionen für zukünftige Pensionist*innen zur Folge (Österle/Heitzmann 2019), gleichzeitig wurde die Pensionshöhe für Ausgleichszulagenbezieher*innen (mit langer Beschäftigungsdauer) sukzessive erhöht. Die Auswirkungen auf das Leistungsniveau der Krankenversicherung aufgrund der Strukturreform (Österle/Heitzmann 2019) einhergehend mit einer Schwächung der Arbeitnehmer*innenvertretung werden sich erst langfristig zeigen. Das Sozialsystem hat schon vor Corona nur ungenügend der sozialen Determiniertheit von Krankheit entgegengewirkt (Klimont/Prammer-Waldhör 2020). Zwar wurden mit dem Pflege- und beim Kinderbetreuungsgeld universelle Leistungen in den letzten Jahrzehnten eingeführt. Gleichzeitig zeigt sich, dass bedarfs- und bedürfnisorientierte Leistungen oftmals nach Einführung aufgrund seltener und geringer Anhebungen

weniger umverteilungswirksam sind und somit versteckt abgebaut werden (Hanzl 2022).

In Bezug zur koordinierten Marktwirtschaft können drei Aspekte für Österreich vorgehoben werden. Erstens ist seit des EU-Beitritts 1995 der fiskalpolitische Spielraum für wohlfahrtsstaatliche Leistungen eingeschränkt, die Interessen der Arbeitnehmer*innen verloren aufgrund der verstärkten Wettbewerbsorientierung an Gewicht und arbeits- und sozialpolitische Entscheidungen werden nun zum Teil auf europäischer Ebene getroffen (Tálos 2005). Zweitens kann unter anderem wegen des hohen Anteils von Beschäftigten mit Tarifbindung davon ausgegangen werden, dass der Neokorporatismus noch immer gelebt wird (Tálos/Hinterseer 2019). Drittens sind atypisch Beschäftigte in vielen Bereichen in die Sozialversicherung voll- oder zumindest teilweise integriert, was Kündigungsschutz und Entgeltbindung betrifft, gibt es noch größere Lücken (Obinger/Tálos 2020). So konnte zu Teilen die Spaltung zwischen In- und Outsidern wieder reduziert werden, was sich in der Stärke der Arbeitnehmervertretung und den ideologisch konträren Regierungen begründet (Rathgeb 2018).

Das Sozialinvestitionssparadigma, das breite soziale Dienstleistungen und gute Arbeitsmarktintegration zum Ziel hat, wurde nur teilweise umgesetzt, was bestehende Ungleichheiten verstärkt. So wurde der Ausbau der Kinderbetreuung nicht konsequent verfolgt, die Langzeitpflege nach der Einführung der universellen Pflegeversicherung trotz Abbau der Regresspflicht und einer dürtigen Integration der 24-Stunden-Kräfte nicht reformiert, die Gruppe der jugendlichen Inaktiven nicht breiter unterstützt, die Aktivierung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfebezieher*innen wieder vom AMS zu den Bundesländern verschoben (Fink/Leibetseder 2019; Heitzmann/Matzinger 2021; Österle/Heitzmann 2019; Tamesberger/Bacher 2014).

Beeinflussend in Österreich waren sicherlich neoliberale Ideen in der Sozialpolitik (Atzmüller 2009; Hammer/Österle 2001). Eine Entwicklung, die sich ebenso in den Grundsatzprogrammatiken der Parteien niederschlug, wo ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne stärker auf eine Wettbewerbsorientierung setzten (Grimm 2018). Betrachtet man den Wandel im Parteiprogramm der ÖVP, sticht ein zusätzlicher Punkt hervor: die prominente Platzierung von Leistungsgerechtigkeit und das Abgehen von der Konsensbildung in der Sozialpartnerschaft (Leibetseder 2021). Dieser Wandel innerhalb der ÖVP als führende Partei auf nationaler wie regionaler Ebene erschwert eine mögliche Koalitionsbildung mit SPÖ und einen Erhalt der Sozialpartnerschaft.

War der sozialpolitische Ausbau in den 1970er Jahren von den Erfolgen der SPÖ und einer Ausrichtung der ÖVP an der Mitte geprägt, sind mitterechts und radikalrechte Parteien seit Mitte der 1980er im Parlament gestärkt. Damit hat die ÖVP realiter mehr Möglichkeiten bei einer Koalitionsbildung im Vergleich zur größten mittelinks Partei SPÖ. In Kontrast zur den mitterechts Koalitionen unter

Schüssel war der sozialpolitische Abbau unter der Kurzzeit mitterechts Koalition unter Kurz weniger prononciert. Für ÖVP wie FPÖ hatten die Pensions- und Arbeitsrechtsreformen zu Beginn der 2000er Jahre einen Einbruch in der Wählergunst zur Folge (Afonso 2014). Im Relaunch wirkte im Hintergrund die wahlstrategische Optimierung der ÖVP (2015), die sich im aktualisierten Grundsatzprogramm explizit auf eine Versorgung von Lebensrisiken zurückzog. Wie schon Anfang der 2000er Jahre konnten arbeitsrechtliche Verschlechterungen durchgesetzt werden (Obinger/Tálos 2020), für eine Abschaffung der Notstandshilfe blieb aber aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen und der divergenten Interessen von ÖVP und FPÖ keine Zeit.

Spezifisch für Österreich erweist sich die Ausbreitung wohlfahrtschauvinistischer Argumentationslinien von radikalrechten auf mitterechts Parteien, was sich nicht nur in den sozialpolitischen Einschnitten in Bezug zur Familienbeihilfe und Mindestsicherung der letzten mitterechts Regierung, sondern auch in den letzten Wahlprogrammen der ÖVP manifestierte (Fink/Leibetseder 2019; Leibetseder 2021).

4.4 Schluss

Die Sozialpolitik in Österreich ist geprägt von einer statussichernden Ausrichtung, die durch die lange Zeit konservativer Mehrheiten erhalten bleibt, und nur teilweise modernisierte Geschlechterverhältnisse unterstützt. Der Erhalt und dessen breite gesellschaftliche Unterstützung bedürfen einer tiefergehenden Analyse, wo der Zusammenhang von gesellschaftlichen Leitbildern, politischen Mehrheitsverhältnissen und sozialpolitischen Reformen in Bezug zu den Institutionen betrachtet wird. Kazepovs und Verwiebes (2021) Forschung zu den Veränderungen, die Wien in den letzten 30 Jahren geprägt haben, markiert eine solche Verknüpfung und setzt zudem zentral auf eine nachhaltige Sozialpolitik.

Neben dem Aspekt der Ökologisierung der Sozialpolitik und der Berücksichtigung differenzierter sozialer Auswirkungen soll es in Bezug zu den verschiedenen Sozialleistungen eine Auseinandersetzung mit dem Design und den damit verbundenen gesellschaftlichen Wertebezügen geben. Bei den Geldleistungen sollen Ausgrenzungstendenzen und Eingliederungsmöglichkeiten in einer stark auf Aktivierung abzielenden Ausrichtung und deren mögliche Alternativen fokussiert werden (Fuchs 2009; Knecht/Atzmüller 2018; siehe auch den Beitrag von Alban Knecht und Martin Schenk in diesem Band). Nicht zuletzt soll den stratifizierenden Auswirkungen des Steuersystems (siehe auch den Beitrag von Julia Hofmann in diesem Band) und sozialer Dienste (Pennerstorfer/Pennerstorfer 2020) nachgegangen werden.

Literatur

- Afonso, Alexandre (2014): Choosing whom to betray: populist right-wing parties, welfare state reforms and the trade-off between office and votes. In: *European Political Science Review* 7 (2), S. 271–292.
- Aichholzer, Julian/Friesl, Christian/Rohs, Patrick (2019): Wertewandel in Österreich. Ein Blick auf 30 Jahre. In: Aichholzer, Julian/Friesl, Christian/Hajdinjak, Sanja/Kritzinger, Sylvia (Hrsg.): *Quo vadis Österreich? Wertewandel zwischen 1990 und 2018*. Wien: Czernin, S. 242–273.
- Aichinger, Hans (1958): *Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Albrekt Larsen, Christian (2013): *The rise and fall of social cohesion: the construction and deconstruction of social trust in the US, UK, Sweden and Denmark*. Oxford: Oxford University Press.
- Anderson, Christopher J./Beramendi, Pablo (2012): Left Parties, Poor Voters, and Electoral Participation in Advanced Industrial Societies. In: *Comparative Political Studies* 45 (6), S. 714–746.
- Angel, Stefan (2012): Der Zusammenhang von sozialer Klassenzugehörigkeit und dauerhaften Armutslagen in Österreich 1996 bis 2008. In: *Kurswechsel* (3), S. 30–39.
- Armingeon, Klaus/Bonoli, Giuliano (Hrsg.) (2006): *The politics of post-industrial welfare states. Adapting post-war social policies to new social risks*. London: Routledge.
- Arts, Wil A./Gelissen, John (2010): Models of the Welfare State. In: Pierson, Christopher/Obinger, Herbert/Lewis, Jane/Leibfried, Stephan/Castles, Francis G. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford: Oxford University Press, S. 569–584.
- Atzmüller, Roland (2009): Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik. In: *Kurswechsel* 4 (4), S. 24–34.
- Badelt, Christoph/Österle, August (2001): *Grundzüge der Sozialpolitik. Allgemeiner Teil: Sozioökonomische Grundlagen*. Wien: Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.
- Beland, Daniel/Cox, Robert H. (2011): Introduction: Ideas and Politics. In: Beland, Daniel/Cox, Robert H. (Hrsg.): *Ideas and Politics in Social Science Research*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Béland, Daniel/Waddan, Alex (2021): Austerity, populism and the politics of blame: an ideational perspective. In: Greve, Bent (Hrsg.): *Handbook on Austerity, Populism and the Welfare State*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 94–109.
- Berghammer, Caroline/Schmidt, Eva-Maria (2019): Familie, Partnerschaft und Geschlechterrollen. Alles im Wandel? In: Aichholzer, Julian/Friesl, Christian/Hajdinjak, Sanja/Kritzinger, Sylvia (Hrsg.): *Quo vadis Österreich? Wertewandel zwischen 1990 und 2018*. Wien: Czernin, S. 57–88.
- Bonoli, Giuliano (2007): Time Matters: Postindustrialization, New Social Risks, and Welfare State Adaptation in Advanced Industrial Democracies. In: *Comparative Political Studies* 40 (5), S. 495–520.
- BSGPK (2021): *Sozialschutz 1990–2020: Ergebnistabellen für Österreich*. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.
- Campbell, Andrea L. (2012): Policy Makes Mass Politics. In: *Annual Review of Political Science* 15 (1), S. 333–351.
- Campbell, John L. (1998): Institutional Analysis and the Role of Ideas in Political Economy. In: *Theory and Society* 27 (3), S. 377–409.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Chung, Heejung (2018): Dualization and the access to occupational family-friendly working-time arrangements across Europe. In: *Social Policy & Administration* 52 (2), S. 491–507.
- De la Porte, Caroline (2021): The Future of EU Social and Labour Market Policy: Between a European Social Union and an EU Regulatory Welfare State? In: Damro, Chad/Heins, Elke/Scott, Drew (Hrsg.): *European Futures: Challenges and Crossroads for the European Union of 2050*. Abingdon: Routledge, S. 58–73.
- Emmenegger, Peter/Häusermann, Silja/Palier, Bruno/Seeleib-Kaiser, Martin (Hrsg.) (2012): *The Age of Dualization: The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies*. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gösta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.

- Esping-Andersen, Gøsta/Gallie, Duncan/Hemerijck, Anton/Myles, John (Hrsg.) (2002): *Why We Need a New Welfare State*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Fallend, Franz/Habersack, Fabian/Heinisch, Reinhard (2018): Rechtspopulismus in Österreich. Zur Entwicklung der FPÖ. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 68 (34–35), S. 33–40.
- Fink, Marcel/Leibetseder, Bettina (2019): Mindestsicherungsreform in Österreich: Von der Armuts- zur Arbeitsmarktpolitik. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 48 (1), S. 19–36.
- Flora, Peter (1986): Introduction. In: Flora, Peter (Hrsg.): *The Western European Welfare States Since World War II*. Volume 1. Sweden, Norway, Finland, Denmark. Berlin, New York: de Gruyter, S. XI–XXXVI.
- Fuchs, Michael (2009): Nicht-Inanspruchnahme von Sozialleistungen am Beispiel der Sozialhilfe. In: Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (Hrsg.): *Handbuch Armut in Österreich*. Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag, S. 290–301.
- Grausgruber, Alfred (2019): Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Österreich. In: Bacher, Johann/Grausgruber, Alfred/Haller, Max/Höllinger, Franz/Prandner, Dimitri/Verwiebe, Roland (Hrsg.): *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich: Trends 1986–2016*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 457–481.
- Green-Pedersen, Christoffer (2002): *The Politics of Justification. Party Competition and Welfare-State Retrenchment in Denmark and the Netherlands from 1982–1995*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Greve, Bent (2019): *Welfare, Populism and Welfare Chauvinism*. Bristol: Policy Press.
- Grimm, Christian (2018): Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf: Die Ausgestaltung österreichischer Parteiprogrammatiken hinsichtlich neoliberalen Gedankenguts. In: *Momentum Quarterly* 7 (3), S. 136–154.
- Hacker, Jacob S. (2004): Privatizing Risk without Privatizing the Welfare State: The Hidden Politics of Social Policy Retrenchment in the United States. In: *American Political Science Review* 98 (2), S. 243–260.
- Hall, Peter A. (1993): Policy Paradigms, Social Learning, and the State: The Case of Economic Policy-making in Britain. In: *Comparative Politics* 25 (3), S. 275–296.
- Hall, Peter A./Soskice, David (2001): *Varieties of capitalism: The institutional foundations of comparative advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hall, Peter A./Taylor, Rosemary C. R. (1996): Political science and the three new institutionalisms. In: *Political Studies* 44 (4), S. 936–957.
- Hammer, Elisabeth/Österle, August (2001): Neoliberale Gouvernamentalität im österreichischen Wohlfahrtsstaat. In: *Kurswechsel* 16 (4), S. 60–69.
- Hanzl, Lisa (2022): 7.000 Euro zu wenig Familienbeihilfe: Wie die Inflation Sozialleistungen frisst. www.momentum-institut.at/news/7000-euro-zu-wenig-familienbeihilfe-wie-die-inflation-sozialleistungen-frisst (Abfrage: 13.06.2022).
- Häusermann, Silja (2010): *The Politics of Welfare State Reform in Continental Europe: Modernization in Hard Times*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Häusermann, Silja/Enggist, Matthias/Pinggera, Michael (2019): Sozialpolitik in Hard Times. In: Obinger, Herbert/Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): *Handbuch Sozialpolitik*. Wiesbaden: Springer, S. 33–54.
- Häusermann, Silja/Kriesi, Hanspeter (2015): What Do Voters Want? Dimensions and Configurations in Individual-Level Preferences and Party Choice. In: Kriesi, Hanspeter/Kitschelt, Herbert/Beramendi, Pablo/Häusermann, Silja (Hrsg.): *The Politics of Advanced Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 202–230.
- Hecl, Hugh (1974/2009): *Modern Social Politics in Britain and Sweden. From Relief to Income Maintenance*. Colchester: ecpr.
- Heitzmann, Karin/Matzinger, Sandra (2021): The (changing) consideration of social investment in the design of welfare benefits: The case of poverty relief in Austria. In: *Social Policy & Administration* 55 (4), S. 573–588.
- Hemerijck, Anton (2017): Social investment and its critics. In: Hemerijck, Anton (Hrsg.): *The uses of social investment*. Oxford: Oxford University Press, S. 3–39.
- Hermann, Christoph (2015): *Strukturelle Reformen in Europa: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Eine Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien*. Wien: Forba.

- Hofmann, Julia/Marterbauer, Markus/Schnetzer, Markus (2020): Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Neue Erkenntnisse aus dem European Social Survey (ESS). In: *Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft* 201. www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/wirtschaftkompakt/vermoegensverteilung/W-St_PolicyBrief_Gerechtigkeit-Check_Oktober2020_PRINT.pdf (Abfrage: 02.02.2022).
- Immergut, Ellen M. (2008): Institutional Constraints on Policy. In: Goodin, Robert E./Rein, Martin/Moran, Michael (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Public Policy*. Oxford: Oxford University Press, S. 557–571.
- Iversen, Torben/Soskice, David (2006): Electoral Institutions and the Politics of Coalitions: Why Some Democracies Redistribute More than Others. In: *The American Political Science Review* 100 (2), S. 165–181.
- Iversen, Torben/Soskice, David (2009): Dualism and political coalitions: Inclusionary versus exclusionary reforms in an age of rising inequality. Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Toronto.
- Iversen, Torben/Wren, Anne (1998): Equality, Employment, and Budgetary Restraint: The Trilemma of the Service Economy. In: *World Politics* 50 (4), S. 507–546.
- Jensen, Carsten (2014): *The right and the welfare state*. Oxford: Oxford University Press.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira/Zanotti, Lisa (2021): Populism and the welfare state. In: Greve, Bent (Hrsg.): *Handbook on Austerity, Populism and the Welfare State*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 41–53.
- Kapella, Olaf/Lorenz, Theresa/Rille-Pfeiffer, Christiane/Schmidt, Eva-Maria/Wernhart, Georg (2022): Evaluierung des neuen Kinderbetreuungsgeldkontos und der Familienzeit, ÖIF Working Paper Wien: ÖIF.
- Kersbergen, Kees van/Kalyvas, Stathis N. (2010): Christian Democracy. In: *Annual Reviews of Political Science* 13, S. 183–209.
- King, Desmond/Rueda, David (2008): Cheap labor: The new politics of „bread and roses“ in industrial democracies. In: *Perspectives on Politics* 6 (2), S. 279–297.
- Klimont, Jeannette/Prammer-Waldhör, Michaela (2020): Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit. Auswertungen der Daten der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2019. Wien: BMSGPK.
- Knecht, Alban/Atzmüller, Roland (2018): Transformation of Work and Welfare – Apprentices under Neoliberalism. In: *Social Work & Society* 16 (2).
- Korpi, Walter (1983): *The Democratic Class Struggle*. Boston: Routledge & Kegan Paul.
- Kumlin, Staffan/Stadelmann-Steffen, Isabelle/Haugsgjerd, Atle (2018): Trust and the welfare state. In: Uslaner, Eric M. (Hrsg.): *The Oxford Book of Social and Political Trust*. Oxford: Oxford University Press.
- Leibetseder, Bettina (2014): Gender und Sozialpolitik: Ein Transformationsansatz. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 39 (1), S. 23–41.
- Leibetseder, Bettina (2021): From Christian Democracy to Populist Neo-Conservatism: An Inherent Contradiction of the „New“ Austrian People's Party. Paper presented at the Espanet Conference 2021, Leuven.
- Lessenich, Stephan (2008): Wohlfahrtsstaat. In: Baur, Nina/Korte, Hermann/Löw, Martina/Schroer, Markus (Hrsg.): *Handbuch Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lessenich, Stephan (2012): *Theorien des Sozialstaats. Zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Mahoney, James/Thelen, Kathleen (Hrsg.) (2010): *A theory of gradual institutional change*. New York: Cambridge University Press.
- Manow, Philip (2018): *Die politische Ökonomie des Populismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marshall, Thomas H. (1950): *Citizenship and Social Class. And other Essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Melinz, Gerhard (1989): Von der Armenfürsorge zur Sozialhilfe. In: AK Wien (Hrsg.): *Sozialhilfe. Strukturen, Mängel, Vorschläge*. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, S. 9–32.
- Meuleman, Bart/Roosma, Femke/Oorschot, Wim van (2017): Evaluating the Fruitfulness of Deservingness Theory. In: Oorschot, Wim van/Roosma, Femke/Meuleman, Bart/Reeskens, Tim (Hrsg.): *The social legitimacy of targeted welfare. Attitudes of welfare deservingness*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 335–351.

- Morel, Nathalie/Palier, Bruno/Palme, Joakim (2012): Social investment: a paradigm in search of a new economic model and political mobilisation. In: Morel, Nathalie/Palier, Bruno/Palme, Joakim (Hrsg.): *Towards a Social Investment Welfare State? Ideas, Policies and Challenges*. Bristol: Policy Press, S. 353–376.
- Myles, John/Quadagno, Jill (2002): Political Theories of the Welfare State. In: *Social Service Review* 76 (1), S. 34–57.
- Obinger, Herbert (2002): Veto Players, Political Parties, and Welfare-State Retrenchment in Austria. In: *International Journal of Political Economy* 32 (2), S. 44–66.
- Obinger, Herbert/Tálos, Emmerich (2020): *Sozialstaat in Österreich (1945–2020). Entwicklungen – Maßnahmen – internationale Verortung*. Innsbruck, Wien: Studienverlag.
- Österle, August/Heitzmann, Karin (2019): Austrification in welfare system change? An analysis of welfare system developments in Austria between 1998 and 2018. In: Blum, Sonja/Kuhlmann, Johanna/Schubert, Klaus (Hrsg.): *Routledge Handbook of European Welfare Systems*. London: Routledge, S. 21–37.
- Pennerstorfer, Astrid/Pennerstorfer, Dieter (2020): Inequalities in Spatial Accessibility of Childcare: The Role of Non-profit Providers. In: *Journal of Social Policy* 50, S. 1–26.
- Pfau-Effinger, Birgit (2009): Wohlfahrtsstaatliche Politiken und ihre kulturellen Grundlagen. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 34 (3), S. 3–21.
- Pierson, P. (2004): *Politics in time: history, institutions, and social analysis*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Pierson, Paul (1993): When Effect Becomes Cause: Policy Feedback and Political Change. In: *World Politics* 45 (4), S. 595–628.
- Pierson, Paul (2000): Increasing returns, path dependence, and the study of politics. In: *American political science review* 94 (2), S. 251–267.
- Pierson, Paul (2001): Coping with Permanent Austerity: Welfare State Restructuring in Affluent Democracies. In: Pierson, Paul (Hrsg.): *The new politics of the welfare state*. Oxford, New York: Oxford University Press: S. 410–456.
- Rathgeb, Philip (2018): Strong Governments, Precarious Workers: Labor Market Policy in the Era of Liberalization. Ithaca: Cornell University Press.
- Rathgeb, Philip (2021): Makers against takers: the socio-economic ideology and policy of the Austrian Freedom Party. In: *West European Politics* 44 (3), S. 635–660.
- Rocha-Akis, Silvia/Bierbaumer-Polly, Jürgen/Einsiedl, Martina/Guger, Alois/Klien, Micheal/Leoni, Thomas/Mayrhuber, Christine (2016): *Umverteilung durch den Staat in Österreich*. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Roosma, Femke (2021): The social legitimacy of European welfare states after „the age of austerity“. In: Greve, Bent (Hrsg.): *Handbook on Austerity, Populism and the Welfare State*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 112–129.
- Rothstein, Bo/Uslander, Eric M. (2005): All for all. Equality, corruption, and social trust. In: *World Politics* 58 (1), S. 41–72.
- Schmidt, Eva-Maria (2021): Flexible working for all? How collective constructions by Austrian employers and employees perpetuate gendered inequalities. In: *Journal of Family Research*.
- Schmidt, Manfred G. (1982): *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Schmitt, Carina/Zohlnhöfer, Reimut (2019): Partisan differences and the interventionist state in advanced democracies. In: *Socio-Economic Review* 17 (4), S. 969–992.
- Skocpol, Theda/Amenta, Edwin (1986): States and Social Policies. In: *Annual Review of Sociology* (12), S. 131–157.
- Steiber, Nadia/Siegert, Christina (2021): Die Auswirkungen der Frühphase der Covid-19-Pandemie auf die Erwerbssituation und die finanzielle Lage von Familien in Österreich. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 46 (4), S. 429–442.
- Stone, Diane (1999): Learning Lessons and Transferring Policy across Time, Space and Disciplines. In: *Politics* 19 (1), S. 51–59.
- Svallfors, Stefan (2012): Government quality, egalitarianism, and attitudes to taxes and social spending: a European comparison. In: *European Political Science Review* 5 (3), S. 363–380.
- Tálos, Emmerich (2005): *Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945–2005*. Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag.

- Tálos, Emmerich/Hinterseer, Tobias (2019): Sozialpartnerschaft: Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor der Zweiten Republik am Ende? Innsbruck: Studienverlag.
- Tamesberger, Dennis/Bacher, Johann (2014): NEET youth in Austria: a typology including socio-demography, labour market behaviour and permanence. In: *Journal of Youth Studies* 17 (9), S. 1239–1259.
- Wallace, Helen/Reh, Christine (2015): An Institutional Anatomy and Five Policy Modes. In: Wallace, Helen/Pollack, Mark A./Young, Alasdair R. (Hrsg.): *Policy-Making in the European Union*. 7. Auflage. Oxford: Oxford University Press, S. 72–114.
- Weaver, R. Kent (1986): The Politics of Blame Avoidance. In: *Journal of Public Policy* 6 (4), S. 371–398.
- Wilensky, Harold L./Lebeaux, Charles N. (1958): *Industrial society and social welfare: the impact of industrialization on the supply and organization of social welfare services in the United States*. New York: The Free Press.

5. Bildung und soziale Ungleichheit

Karina Fernandez, Gerlinde Janschitz

5.1 Einleitung

Bildung stellt eine zentrale Ressource für die individuellen Lebenschancen dar. Ein hohes Qualifikationsniveau ist eine wichtige Voraussetzung für gute Chancen auf beruflichen Erfolg, Lebensstandard, soziale Sicherheit und Gesundheit sowie auf Selbstbestimmung und Freiheit. Gleiche Bildungschancen gehören daher zu den Fundamenten von Chancengleichheit. Eine Vielzahl an Studien belegt jedoch seit Jahrzehnten, dass vor allem die soziale Herkunft eine entscheidende Rolle dafür spielt, welche Bildungsabschlüsse Kinder und junge Erwachsene in Österreich erzielen. Da schulische Bildungsprozesse stark von der Herkunftsfamilie und ihrem ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital geprägt werden, aber auch die Strukturen des Bildungssystems ungleiche Startbedingungen nur mangelhaft ausgleichen, muss Chancengleichheit in Bezug auf Bildung in Österreich nach wie vor als „Illusion“ (Bourdieu/Passeron 1971) bezeichnet werden, was nicht zuletzt der aktuell veröffentlichte österreichische Bildungsbericht 2021 wieder aufzeigt (BMBWF 2021).

Betrachtet man die Verteilung von Bildungsressourcen und Bildungschancen global, zeigen sich starke Disparitäten zwischen unterschiedlichen Weltregionen. Zwar ist der Anteil an Kindern und Jugendlichen, die Schulen besuchen und auch Personen, die einer tertiären Ausbildung nachgehen, weltweit betrachtet so hoch wie nie zuvor. Dennoch zeigen Daten der UNESCO, dass weiterhin rund 17 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Grundschul- und Sekundarstufenalter weltweit keine Schule besuchen, wobei die Verteilung sehr unterschiedlich ausfällt. Während der Anteil in Europa und Nordamerika bei 3 Prozent liegt, sind Zentral- und Südamerika mit 21 Prozent und die Länder Subsahara Afrikas mit 31 Prozent deutlich über dem Durchschnitt aller Länder zu verorten (UNESCO 2017). Obgleich in einer internationalen Perspektive Europa und Nordamerika vergleichsweise geringe Disparitäten innerhalb ihrer Bevölkerungen aufweisen, ist die Varianz zwischen diesen Ländern, wie beispielsweise die PISA-Studie regelmäßig aufzeigt (OECD 2019), dennoch beträchtlich. Österreich und Deutschland, die über vergleichsweise ähnliche Schulsysteme verfügen, schneiden sowohl bei der sozioökonomischen Chancengleichheit als auch der Chancengleichheit im Hinblick auf Schüler*innen mit Migrationshintergrund schlechter ab als der OECD-Durchschnitt. Um die Bedingungen und Verflechtungen, die zu diesen Ungleichheiten führen, zu verstehen, bedarf es eines genauen Blicks auf die Systeme und Voraussetzungen der einzelnen Länder. Im Folgenden werden in einem

historischen Abriss die Entwicklungslinien der Diskussionen um das Thema Bildungsungleichheit mit einem Schwerpunkt auf die österreichische Diskussion nachgezeichnet, bevor auf Theorien zur Erklärung von Bildungsungleichheiten sowie aktuelle Diskussionen und Befunde eingegangen wird.

5.2 Historischer Abriss

Ungleichheiten im Zugang zu Bildung sind in einer historischen Betrachtung viel eher die Regel als die Ausnahme. Sei es das auch nach Einführung der Schulpflicht durch Maria Theresia nur unzureichend ausgebaute Schulsystem im ländlichen Raum oder der systematische Ausschluss von Mädchen und Frauen von höherer Bildung seit Beginn der Neuzeit: Große Gruppen der Bevölkerung wurden insbesondere von höherer Bildung über weite Teile der österreichischen Geschichte systematisch ausgeschlossen (zu einer Übersicht über das österreichische Bildungssystem siehe: Engelbrecht 1982–1988 sowie Scheipl/Seel 1987; 1988). Während in vormodernen Gesellschaftsformen Ungleichheiten als naturgegeben oder gottgewollt argumentiert wurden, werden sie in den heutigen Industrienationen häufig über das meritokratische Prinzip legitimiert. Dieses verspricht allen Gesellschaftsmitgliedern, sich „im freien Leistungswettbewerb einen angemessenen Platz in der Bildungs- und Berufshierarchie erarbeiten zu können“ (Vester 2014, S. 243). Voraussetzung für eine Auslese durch Leistung ist, dass bei ähnlichen Begabungen keine Unterschiede nach Herkunft auftreten (Fend 2009), dass also Bildungsbeteiligung, der Erwerb von Kompetenzen, Leistungsbewertungen und Bildungsabschlüssen nicht von der sozioökonomischen Stellung der Eltern, ihrem kulturellen und sozialen Kapital oder dem ethnischen Hintergrund abhängen. Unterschiede, die aufgrund der sozialen Herkunft entstehen, werden folglich als illegitim betrachtet und kompensatorische bzw. neutralisierende Maßnahmen werden gefordert (Giesinger 2007). Neben dieser gerechtigkeitstheoretischen Begründung für Chancengleichheit lässt sich diese auch funktionalistisch begründen. So werden sowohl für das Individuum als auch die Gesellschaft negative Konsequenzen aufgrund von Bildungsungleichheiten erwartet wie etwa die mangelnde Ausschöpfung von Begabungsreserven, was bei zugleich sinkenden Geburtenraten einen globalen Wettbewerbsnachteil des Staates bedeutet oder die Gefährdung der Demokratie und des sozialen Zusammenhalts aufgrund eines erhöhten Armutsrisikos, geringerer politischer Partizipation und weniger Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen vonseiten Personen mit geringerer Bildung (zusammenfassend siehe: Bruneforth/Weber/Bacher 2012). Als dritte Legitimationsgrundlage für die Forderung nach Chancengleichheit kann die normativ-legistische Begründung genannt werden, die für Österreich in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Schule soll laut Art. 14 (B-VG i. d. g. F.) „der gesamten Bevölkerung, unabhängig von Herkunft, sozialer

Lage und finanziellem Hintergrund, unter steter Sicherung und Weiterentwicklung bestmöglicher Qualität ein höchstmögliches Bildungsniveau“ sichern. Zudem soll jede*r Jugendliche „befähigt werden, am Kultur- und Wirtschaftsleben Österreichs, Europas und der Welt teilzunehmen“ (Art. 14 B-VG i. d. F. BGBl. I Nr. 31/2005).

In Österreich führten die Debatten um Chancengleichheit ab den 1960er Jahren zu strukturellen Veränderungen und einem systematischen Aufbau des Bildungssystems (Haller 2008), was im Einklang mit der gesamteuropäisch beobachtbaren Bildungsexpansion steht (Müller/Steinmann/Schneider 1997). Während zunächst unter ÖVP-geführten Regierungen höhere Schulen in Form von Gymnasien sowie Universitätsstandorte gegründet wurden, wurde unter Kreisky insbesondere der Ausbau der berufsbildenden höheren Schulen forciert (Hannisch 1994). Auch in den Jahren danach wurde der Ausbau fortgesetzt, wobei auf eine regionale Streuung Wert gelegt wurde, um regionale Ungleichheiten und damit auch regional bedingte soziale Ungleichheiten abzubauen (Bacher 2003). Der Ausbau des Schulwesens, der zur Folge hat, dass immer mehr Menschen immer längere Zeit in Bildungseinrichtungen verbleiben, zeigt sich bei der Entwicklung des Bildungsstandes: Seit den 1970er Jahren lässt sich ein deutlicher Anstieg des allgemeinen Bildungsniveaus feststellen. Während im Jahr 1971 noch 57,8 Prozent der Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren nur einen Pflichtschulabschluss besaßen, waren es im Jahr 2019 lediglich 17,6 Prozent. Demgegenüber stieg die Anzahl von Personen, die eine höhere Schule oder Akademie abgeschlossen haben von 6 Prozent auf 18,2 Prozent. Der Ausbau der tertiären Bildung findet seinen Niederschlag in einer Verfünffachung der Personen mit Hochschulabschluss: Besaßen 1971 2,8 Prozent der österreichischen Wohnbevölkerung einen Hochschulabschluss, waren es 2019 16,5 Prozent (Statistik Austria 2018).

Zu den wichtigsten Zielen der in den 1960er Jahren eingeleiteten Bildungsreformen gehörte der Abbau schichttypischer Chancenungleichheiten. Im Zuge des massiven Ausbaus des Bildungssystems und mit den steigenden Zahlen von Personen mit Matura und Universitätsabschluss kam es in den deutschsprachigen Ländern zu einem Abflauen der Diskussionen rund um die Herstellung von Chancengleichheit, obwohl sich an den zugrunde liegenden Ungleichheiten kaum etwas verändert hatte. Laut Rainer Geißler verschwand die Diskussion über schichtspezifische Ungleichheiten beinahe 25 Jahre aus dem öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Diskurs, da sich die Illusion der Chancengleichheit über weite Teile der Bildungsforschung und Bildungssoziologie ausgebreitet hatte (Geißler 2005, S. 72).

Dass diese neue Sicht auf Gesellschaft nicht zur Gänze der Realität entsprach, wurde durch die großen international vergleichenden Studien, allen voran der PISA-Studie, Anfang der 2000er Jahre nachdrücklich aufgezeigt. Ebenso wie der Sputnik-Schock rüttelte der PISA-Schock sowohl Wissenschaftler*innen als auch Politiker*innen in Deutschland wie auch in Österreich auf. Zum einen zeigte sich,

dass beide Länder trotz vergleichsweise hoher Bildungsausgaben mittelmäßige Plätze im internationalen Ranking einnahmen. Zum anderen konnte aufgezeigt werden, dass die Leistungen der Schüler*innen in starkem Ausmaß von der elterlichen Herkunft abhängen. Trotz Bildungsexpansion war es somit nicht zu einem weitreichenden Abbau von Bildungsungleichheit in den deutschsprachigen Ländern gekommen, jedoch hatten sich die Ungleichheitsdimensionen verändert. Während insbesondere junge Frauen von der Bildungsexpansion profitiert haben – sie stellen beispielsweise mittlerweile den größeren Teil der ordentlichen Studierenden der österreichischen Hochschulen (Unger et al. 2019) – sind Ungleichheiten nach sozialer Schicht weiter bestehen geblieben (Bacher 2003; Bruneforth et al. 2016; Bacher/Moosbrugger 2019; BMBWF 2021). Hinzu kommen Ungleichheiten nach Migrationshintergrund bzw. nicht-deutscher Erstsprache, wobei sich hier oftmals eine starke Verflechtung mit sozialer Schicht zeigt. Wird diese kontrolliert, sind die Unterschiede als gesamtes häufig nur noch schwach ausgeprägt. Für einzelne Herkunftsländer wie etwa die Türkei können Unterschiede jedoch auch stark ausfallen. So haben Schüler*innen mit türkischem Hintergrund eine dreimal geringere Chance, eine AHS-Oberstufe oder BHS zu besuchen, als Kinder ohne Migrationshintergrund (Bacher 2011, S. 10ff.). Unterschiede nach Region (für einen Überblick siehe: Zehetner/Janschitz/Fernandez 2021) haben sich auch dank des gut ausgebauten berufsbildenden Schulwesens, das bestehende Ungleichheiten bei der Schulwahl der Sekundarstufe 1 kompensiert, großteils aufgelöst (Fassmann 2002). Es bleiben jedoch Ungleichheiten, was etwa Schulweglängen und damit verbundene Schulentscheidungen betrifft (Sixt 2013). Aktuell stark diskutiert wird der Niederschlag städtischer Segregation in den Schulen, die vor allem in größeren Städten zu sozialer Entmischung an Volks- und Mittelschulen einiger Bezirke und damit zu starken Belastungen einzelner Standorte führt, die unter dem Terminus ‚Brennpunktschule‘ diskutiert werden (Fölker/Hertel/Pfaff 2015).

5.3 Aktuelle Theorien und Fragestellungen

Zwei der wichtigsten theoretischen Ansätze zur Erklärung von Bildungsungleichheiten sind der rational-choice-basierte Ansatz von Boudon (1974) und die Kapitalien- und Habitus-theorie von Bourdieu (2014 [1982]; 1983) sowie von Bourdieu und Passeron (1971; 1973). Boudon (1974) unterscheidet zwischen primären und sekundären Effekten der sozialen Herkunft. Primäre Herkunftseffekte bezeichnen Unterschiede in den Schulleistungen, die herkunftsspezifisch variieren. Schüler*innen aus höheren sozialen Schichten zeichnen sich im Vergleich zu Schüler*innen aus niedrigeren sozialen Schichten folglich durch einen höheren Bildungserwerb aus. Hinzu kommen sekundäre Herkunftseffekte, die in Form von Bildungsentscheidungen relevant werden und ebenfalls von der sozialen

Schichtzugehörigkeit abhängen. Welcher Wert schulischer Bildung beigemessen wird, welche Erfolgswahrscheinlichkeiten bestimmten Bildungsgängen zugeschrieben werden sowie allgemeine Kosten- und Nutzenabwägungen von unterschiedlichen Bildungsoptionen sind Boudon zufolge vor dem Hintergrund der Schichtzugehörigkeit zu interpretieren. So sind es im Boudon'schen Ansatz weniger die primären Herkunftseffekte in Form von Leistungsunterschieden, die zu einem Fortbestehen von Bildungsungleichheiten führen, sondern vielmehr die sozialschichtspezifischen Bildungsentscheidungen, die an den zentralen Übergangsstellen des Bildungssystems zu treffen sind, die sich als schichtspezifische Ungleichheiten im Bildungssystem fortschreiben.

Dieser Ansatz wird insbesondere in der quantitativen Bildungsforschung zur Erklärung von Bildungsungleichheiten herangezogen (Maaz/Baumert/Trautwein 2011, S. 70–80). Das ist dem Umstand geschuldet, dass sekundäre Herkunftseffekte als Bildungsentscheidungen häufig als rationale Entscheidungen ausgelegt werden (Erikson/Jonsson 1996; Esser 1999), die sich gut theoretisieren, operationalisieren und modellieren lassen (zur kritischen Auseinandersetzung mit der Boudon'schen Theorie siehe Kraus 2014 sowie Kramer 2011).

Die Bourdieusche Theorie setzt hingegen vorwiegend beim Herkunftsmilieu und der familialen Sozialisation an, um Reproduktionsmechanismen klassenspezifischer Bildungsungleichheiten zu erklären. Schüler*innen, die aus einem Elternhaus mit hohem kulturellem Kapital stammen, können auf (elterliche) Bildungsressourcen zurückgreifen, die ihnen für den eigenen Bildungsweg dienlich sind. Hohe (zumeist tertiäre) Bildungsabschlüsse (institutionalisiertes Kulturkapital), eine gute Ausstattung mit kulturellen Gütern wie Büchern, Bildern oder Musikinstrumenten (objektiviertes Kulturkapital) sowie das akkumulierte Wissen und die durch Bildung erworbenen Fähigkeiten (inkorporiertes Kulturkapital) zeichnen Bourdieu zufolge in besonderem Maße verantwortlich für die Vererbung von Bildung und Perpetuierung schichtspezifischer (Bildungs-)Ungleichheiten. Aber auch ökonomisches Kapital, das beispielsweise den Besuch prestigeträchtiger Privatschulen oder die Finanzierung eines Studiums ermöglicht, und soziales Kapital als ‚Vitamin B‘ stellen wichtige Eckpfeiler der Reproduktion sozialer (Bildungs-)Ungleichheit dar.

Bourdieu verknüpft die Kapitalien- und Habitus-theorie mit einer Kritik des Bildungssystems. Schule sei eine „Mittelschichtinstitution, die einen Habitus verlangt und honoriert, wie er im Normalfall in Mittelschichtfamilien ausgebildet wird“ (Baumert/Maaz 2006, S. 22). Zu sogenannten „Passungsproblemen“ (Bourdieu/Passeron 1973, S. 58) kommt es, wenn der wesentlich durch das Herkunftsmilieu geprägte primäre Habitus in einem Spannungsverhältnis zum schulisch geforderten sekundären Habitus steht. Kinder aus Elternhäusern der unteren sozioökonomischen Schichten werden demnach nicht nur über eine geringere Ressourcenausstattung im Schulsystem benachteiligt, sondern zeigen sich auch im Hinblick auf ihren schichtspezifischen Habitus weniger „passfähig“ zu den

Mittelschichtswerten der Schule als Kinder aus bildungsnahen Haushalten (Schnell/Rothmüller 2021, S. 95 f.). Insbesondere in qualitativen Forschungsansätzen wird auf die Bourdieusche Theorie zurückgegriffen, um Reproduktionsmechanismen, die in Schulen wirksam werden, aufzuzeigen (Helsper/Kramer/Thiersch 2014; Hummrich/Kramer 2017; Kramer/Helsper 2011).

Neben den einflussreichen Theorien von Boudon und Bourdieu gibt es zur Erklärung von Bildungsungleichheiten noch eine Vielzahl weiterer Ansätze. Diese lassen sich (1) entlang der Analyseebene in Makro-, Meso- und Mikro-Ansätze ordnen (Brüsemeister 2008) oder (2) thematisch entlang wesentlicher Forschungsfelder und Einflussfaktoren (Becker/Lauterbach 2016; Krüger et al. 2011).

(1) Der Verortung von Ursachen von Bildungsungleichheiten entlang der drei Analyseebenen Makro, Meso und Mikro liegt die Annahme zugrunde, dass Bildungsungleichheiten multifaktoriell sind und sich nicht monokausal erklären lassen, sondern dass vielmehr auf den unterschiedlichen Ebenen unterschiedliche Erklärungsansätze zum Tragen kommen. Auf der Makroebene spielen beispielsweise die Ausgestaltung des Sozialstaates sowie die Bildungsausgaben eine Rolle, die maßgeblich Einfluss auf das Bildungssystem eines Landes nehmen. Das Bildungssystem ist wiederum auf der Mesebene angesiedelt. Im Fokus stehen die unterschiedlichen Bildungsinstitutionen (z. B. Kindergarten, Schule, Hochschule) sowie die Selektivität bzw. Durchlässigkeit des Bildungssystems und ihre Schulkultur. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass eine frühe Selektion (engl.: *tracking*) der Schüler*innen auf unterschiedliche Bildungsgänge zu einer Verfestigung von herkunftsbedingten sozialen Ungleichheiten führen kann (Becker 2017, S. 131–134; Hadjar/Gross 2016; Bacher 2010; Schnell/Rothmüller 2021).

Österreich wie auch Deutschland nehmen diese Selektion im Alter von zehn Jahren vor und machen daher international vergleichend besonders frühe Bildungswegentscheidungen erforderlich. Neben den sekundären Effekten sozialer Herkunft, denen bei dieser frühen Selektion besondere Bedeutung zukommt – so wechseln Kinder aus Akademikerfamilien bei gleicher Mathematikkompetenz (Österreichschnitt 533 Punkte bei der Bildungsstandardüberprüfung) mehr als doppelt so oft auf ein Gymnasium (64 Prozent) als Kinder, deren Eltern maximal Pflichtschulabschluss aufweisen (24 Prozent) (Bruneforth et al. 2016, S. 124 f.) –, zeigen Studien, dass die Entwicklung von Schüler*innen mit denselben Eingangsvoraussetzungen je nach Schultyp unterschiedlich verläuft. Im dreigliedrigen deutschen Schulsystem (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) zeigt sich, dass sich Schüler*innen am Gymnasium besser entwickeln als jene, die nach der Grundschule in die Realschule gewechselt haben, und diese wiederum besser als jene, die an eine Hauptschule übergetreten sind (Baumert/Trautwein/Artelt 2003, S. 286 f.). Grund dafür ist den Autor*innen zufolge, dass die Schüler*innen je nach Schultyp unterschiedlich stark gefördert werden, wobei die Förderung

insbesondere von der Zugehörigkeit zum jeweiligen Schultyp abhängt, während die soziale Herkunft der Schüler*innen kaum eine Rolle spielt.

Die elterlichen Bildungsentscheidungen sowie soziale Herkunftseffekte sind wiederum auf der Mikroebene angesiedelt. So konnte nachgewiesen werden, dass Bildungsaspirationen mit dem sozialen Hintergrund zusammenhängen und folglich die Schulwahl je nach sozialer Schichtzugehörigkeit anhand unterschiedlicher Faktoren getroffen wird. Für Personen mit hohem Bildungsniveau spielen das Schulprofil, die Leistungsanforderungen sowie der Ruf der Schule eine zentrale Rolle, während die Nähe zum Wohnort für Personen mit niedrigem Bildungsniveau ein wichtiger Entscheidungsfaktor ist (Clausen 2006; Leitgöb et al. 2014).

(2) Die Aufbereitung aktueller Forschungsbefunde entlang von Forschungsfeldern und wichtigen Einflussfaktoren auf das Fortbestehen von Bildungsungleichheiten ermöglicht eine andere Perspektive auf bildungssoziologische Fragestellungen. So identifizieren beispielsweise Deppe und Hadjar (2021) sechs zentrale Faktoren, die bei der Beforschung sozialer Ungleichheit im Bildungskontext häufig im Mittelpunkt stehen. Neben den individuellen Schülermerkmalen sind dies das Lehrerverhalten, das Elternhaus, schulkulturelle Dimensionen, die Zusammensetzung der Schüler*innen sowie institutionelle Vorgaben des Bildungssystems. Exemplarisch soll hier das Merkmal der Schüler*innenkomposition kurz beschrieben werden, welches vor allem im Rahmen der quantitativen Kompositionseffektforschung analysiert wird.

Von Kompositionseffekten wird gesprochen, wenn nicht nur individuelle Merkmale einen Einfluss auf schulische Leistungen haben, sondern zugleich ein Effekt der aggregierten Individualmerkmale der Mitschüler*innen festzustellen ist – wenn etwa „zwei Schüler/innen mit gleichem individuellem Sozialstatus unterschiedliche Leistungen erzielen, je nachdem ob sie eine Schule mit einem hohen oder einem geringen durchschnittlichen Sozialstatus besuchen“ (Biedermann et al. 2016, S. 135). Dies wird auch als „institutionalisierter Matthäus-Effekt“ (Baumert/Stanat/Watermann 2006, S. 101) bezeichnet. Kompositionseffekte lassen sich nicht nur auf Schul-, sondern auch auf Klassenebene finden. Biedermann et al. (2016) können für Österreich insbesondere für die 8. Schulstufe sehr starke Kompositionseffekte des Sozialstatus nachweisen: „Schüler/innen mit gleichen individuellen Voraussetzungen (d.h. gleichem Geschlecht, gleichem sozialem Status, gleicher Familiensprache) zeigen in Klassen mit einem hohen durchschnittlichen Sozialstatus bzw. geringerem Anteil an Schülerinnen/Schülern mit nicht-deutscher Familiensprache deutlich bessere Mathematikleistungen als in Klassen mit einem geringen durchschnittlichen Sozialstatus bzw. hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit nicht-deutscher Familiensprache“ (Biedermann et al. 2016, S. 154). Ungünstige Kompositionen sind folglich zumeist einer Häufung individuell ungünstiger Voraussetzungen geschuldet, die mit ähnlich ungünstigen aggregierten Merkmalen kumulieren.

Verbindendes Element der hier vorgestellten Theorien, Themen und Befunde der bildungsbedingten Ungleichheitsforschung ist, dass Bildungsungleichheiten, die auf askriptive Merkmale wie Geschlecht, soziale und ethnische Herkunft zurückzuführen sind, dem meritokratischen Bildungsideal diametral gegenüberstehen und als solche zu kritisieren sind (Solga 2005). Insbesondere in Bildungssystemen mit vermeintlich leistungsbasierter Selektion der Schüler*innen auf unterschiedliche Bildungsgänge wie in Österreich und Deutschland besteht die Gefahr, dass ungleich verteilte Bildungschancen durch das Schulsystem legitimiert, naturalisiert und reproduziert werden. So zeigen Befunde für Österreich, dass soziale Ungleichheiten bei der Schulwahl der Sekundarstufe I – also bei der Entscheidung zwischen Hauptschule und Gymnasium – nur zu einem Drittel durch tatsächliche Leistungsunterschiede erklärbar sind und somit im Vergleich zur sozialen Herkunft der Schüler*innen weitaus weniger stark bei der Schulwahl ins Gewicht fallen (Mayrhofer et al. 2019, S. 146). In diesem Sinne hat sich „Schule nicht nur zu einer Bildungsanstalt, sondern auch zu einem Berechtigungswesen entwickelt, das Bildungschancen zuweist, die zentrale Voraussetzungen sind für den späteren Berufserwerb, Status, Einkommen“ (Deppe/Hadjar 2021, S. 3). So werden über die Reproduktionsfunktion der Schule soziale Ungleichheiten in Form von Bildungsungleichheiten fortgeschrieben und erlangen darüber hinaus als reproduzierte gesellschaftliche Hierarchien Bedeutung: Die Schüler*innen treten nicht nur mit ungleichen Bildungschancen in die Schule ein, sondern verlassen die Schule auch mit ungleichen Chancen (Deppe/Hadjar 2021, S. 3).

5.4 Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen

Seit dem Frühjahr 2020 wird im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covid-19-Pandemie intensiv diskutiert, ob es zu einer Verschärfung von Bildungsungleichheiten gekommen ist. In Österreich kam es während der Pandemie zu mehreren Schulschließungen, wobei Schüler*innen unterschiedlicher Schulstufen und Schultypen unterschiedlich lange Perioden von zuhause aus lernten. Dabei griffen viele Schulen auf digitale Kanäle zurück, wobei diese im Verlauf der Pandemie immer häufiger zur Anwendung kamen (Steiner et al. 2021, S. 33 ff.). Eben diese zunehmende Nutzung digitaler Angebote im Fernunterricht wird im Hinblick auf eine mögliche Verschärfung von Bildungsungleichheiten kritisch diskutiert (Anger/Plünnecke 2021; Hammerstein et al. 2021; Huebener et al. 2021). Von Bedeutung sind dabei unterschiedliche Faktoren: nicht nur die technische Ausstattung, sondern auch die digitalen Kompetenzen der Schüler*innen und ihrer Eltern sowie allgemein die elterlichen Unterstützungsleistungen, die unter anderem mit dem sozioökonomischen Status der Familie zusammenhängen. Zeigt sich auf den ersten Blick für Österreich eine gute technische Ausstattung der Schüler*innen – so verfügen über 95 Prozent der Schüler*innen zuhause über

einen Computer, den sie für schulische Tätigkeiten verwenden können (OECD 2020) – dürften sich während Phasen des Distance Learning die technischen Anforderungen erhöhen, da mehrere Personen im Haushalt auf technische Geräte zurückgreifen mussten, wodurch es besonders in weniger privilegierten Familien zu Limitationen kam (Pessl/Steiner 2021, S. 187). Dies bestätigt sich in einer Umfrage von Schober et al. (2020), die zeigen konnten, dass während des ersten Lockdowns ein Anteil von 16 Prozent der Schüler*innen keinen eigenen Computer, Laptop oder ein Tablet zur Verfügung hatte, wobei dies vor allem Kinder aus nicht-akademischen Haushalten betraf.

Die Ergebnisse eines von uns in der Steiermark durchgeführten Forschungsprojektes, in dessen Rahmen qualitative Interviews mit ca. 100 Lehrpersonen, Schulleitungen, Mitarbeiter*innen des psychosozialen Unterstützungssystems sowie Schüler*innen durchgeführt wurden, zeigen, dass die Pandemie durchaus zu einer schrittweisen Konsolidierung und Einübung von Formen digitalen Unterrichtens und Lernens führte. Gleichzeitig zeigen unsere Ergebnisse auch, dass sich jene Faktoren, die bereits vor der Pandemie für die tiefgreifenden Ungleichheiten im österreichischen Bildungssystem ausschlaggebend waren – sozioökonomischer Status, Bildungsstand der Eltern und kulturelles Kapital –, auch im Bereich digitalen Lernens weiter fortschreiben. Angesichts dessen scheint es wichtig, die im Zuge der Pandemie erreichten ‚Fortschritte‘ im Bereich der Digitalisierung in der Schule weiterhin kritisch zu überprüfen und strukturelle Benachteiligungen zu berücksichtigen, sodass sich diese nicht weiter verschärfen (Janschitz/Zehetner/Fernandez 2022).

Eine weitere Entwicklung, die vor der Pandemie begann und weiterhin von Bedeutung sein wird, ist die Veränderung der Steuerung des Bildungswesens, die mit dem Begriff der „Neuen Steuerung“ (in Anlehnung an das New Public Management, das sich im Bereich der Verwaltung schon zuvor etabliert hatte) gefasst wird und eine Ökonomisierung von Bildung nach sich zieht (Bellmann/Weiß 2009; Weiß 2001). Das zeigt sich unter anderem in einer verstärkten Autonomie der Einzelschule bei gleichzeitiger Vorgabe zentraler Standards und dem Ausbau normierter Leistungstests, die schulische Effektivität im Sinne von Leistungoutput der Schüler*innen messen sollen, sowie einer Zunahme an internen als auch externen Evaluationsmaßnahmen, die zur kontinuierlichen Überprüfung und Weiterentwicklung der Schulen in schulischen Qualitätsmanagementsystemen bildungspolitisch vorgegeben werden (für einen Überblick siehe: Alt-richter/Maag Merki 2016). Das Verhältnis zwischen den Diskursen rund um die „Neue Steuerung“ und den Diskursen um Bildungsungleichheiten ist weitgehend ungeklärt bzw. nur in Ansätzen vorhanden (für einen Überblick siehe: Dietrich/Heinrich/Thieme 2011). Während im deutschsprachigen Raum, in dem sich die Instrumente neuer Steuerung noch in der Etablierungsphase befinden, zum Teil Hoffnungen bestehen, dass durch Qualitätsmanagement und Evaluation auf Ebene der Einzelschule Ungleichheiten ausgeglichen werden können (Böttcher et al.

2022), zeigen Studien zur Situation im angloamerikanischen Raum, in dem sich die Prinzipien der neuen Steuerung schon seit längerem durchgesetzt haben, dass durch den Wettbewerb der Einzelschulen und die Konzentration auf eine möglichst positive Selbstdarstellung und Optimierung von Benchmarks Ungleichheiten eher verstärkt werden (Gewirtz/Ball/Bowe 1995; Munín 2001). Dies ist sogar dann der Fall, wenn, wie es in England der Fall war, die Wettbewerbsorientierung explizit mit Programmen zur Förderung von Chancengleichheit verknüpft wird (Heise 2009). Insbesondere durch die Verschärfung des Wettbewerbs um Schüler*innen und dementsprechende Profilbildungen kann es zu verstärkten Segregationseffekten (Ackeren 2006, S. 303; Tomlinson 2006) und zur Entstehung homogener sozialer Milieus (Heinrich/Altrichter/Soukup-Altrichter 2011) kommen.

Literatur

- Ackeren, Isabell van (2006): Freie Wahl der Grundschule? Zur Aufhebung fester Schulbezirke und deren Folgen. In: *Die Deutsche Schule* 98 (3), S. 301–310.
- Altrichter, Herbert/Maag Merki, Katharina (Hrsg.) (2016): *Handbuch Neue Steuerung im Schulsystem*. Wiesbaden: Springer VS.
- Anger, Christina/Plünnecke, Axel (2021): Bildungsgerechtigkeit. Herausforderungen für das deutsche Bildungssystem. IW-Analysen 140. www.iwkoeln.de/studien/christina-anger-axel-pluennecke-herausforderung-fuer-das-deutsche-bildungssystem.html (Abfrage: 02.06.2022).
- Bacher, Johann (2003): Soziale Ungleichheit und Bildungspartizipation im weiterführenden Schulsystem Österreichs. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 28 (3), S. 3–33.
- Bacher, Johann (2007): Auswirkungen früher Bildungsentscheidungen und differenzierter Schulsysteme auf Testleistungen und Chancengleichheit. Wien: Österreichische Armutskonferenz.
- Bacher, Johann (2011): Forschungslage zu Bildungsungleichheiten in Österreich. In: Herzog-Punzenberger, Barbara (Hrsg.): *Bildungsbenachteiligung in Österreich und im internationalen Vergleich*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Bacher, Johann/Moosbrugger, Robert (2019): Bildungsabschlüsse, Bildungsmobilität und Bildungsrenditen: Entwicklungen. In: Bacher, Johann/Grausgruber, Alfred/Haller, Max/Höllinger, Franz/Prandner, Dimitri/Verwiebe, Roland (Hrsg.): *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich*. Wiesbaden: Springer VS.
- Baumert, Jürgen/Maaz, Kai (2006): Das theoretische und methodische Konzept von PISA zur Erfassung sozialer und kultureller Ressourcen der Herkunftsfamilie. In: Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Waltermann, Rainer (Hrsg.): *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 11–24.
- Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Waltermann, Rainer (2006): Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lern- und Entwicklungsmilieus. In: Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Waltermann, Rainer (Hrsg.): *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 95–188.
- Baumert, Jürgen/Trautwein, Ulrich/Artelt, Cordula (2003): Schulumwelten – institutionelle Bedingungen des Lehrens und Lernens. In: *Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000*. Wiesbaden: Springer VS, S. 261–331.
- Becker, Rolf (2017a): Bildungssoziologie – Was sie ist, was sie will, was sie kann. In: Becker, Rolf (Hrsg.): *Lehrbuch der Bildungssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–32.
- Becker, Rolf (2017b): Entstehung und Reproduktion dauerhafter Bildungsungleichheiten. In: Becker, Rolf (Hrsg.): *Lehrbuch der Bildungssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 89–150.
- Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) (2016): *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS.

- Bellmann, Johannes/Weiß, Manfred (2009): Risiken und Nebenwirkungen Neuer Steuerung im Schulsystem. Theoretische Konzeptualisierungen und Erklärungsmodelle. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 55 (2), S. 286–308.
- Biedermann, Horst/Weber, Christoph/Herzog-Punzenberger, Barbara/Nagel, Arvid (2016): Auf die Mitschüler/innen kommt es an? Schulische Segregation – Effekte der Schul- und Klassenzusammensetzung in der Primarstufe und der Sekundarstufe I. In: Bruneforth, Michael/Eder, Ferdinand/Krainer, Konrad/Schreiner, Claudia/Seel, Andrea/Spiel, Christiane (Hrsg.): *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015. Bd. 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen*. Graz: Leykam, S. 133–173.
- BMBW (Hrsg.) (2021): *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2021*. www.bmbwf.gv.at/dam/jcr:09d0d609-e889-447f-a9f0-47334cd67d89/nbb2021.pdf (Abfrage: 09.06.2022).
- Böttcher, Wolfgang/Brockmann, Lilo/Meierjohann, Tabea/Wiesweg, Johannes (2022): Was brauchen Schulen. Studie im Auftrag des Netzwerk Bildung. www.library.fes.de/pdf-files/a-p-b/19077.pdf (Abfrage: 09.06.2022).
- Boudon, Raymond (1974): *Education, Opportunity, and Social Inequality. Changing Prospects in Western Society*. New York: John Wiley & Sons.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. Soziale Welt. Göttingen: Schwartz, S. 183–198.
- Bourdieu, Pierre (2014 [1982]): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude (1971): *Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs*. Stuttgart: Ernst Klett.
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude (1973): Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt. In: Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude (Hrsg.): *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7–88.
- Bruneforth, Michael/Weber, Christoph/Bacher, Johann (2012): Chancengleichheit und garantiertes Bildungsminimum in Österreich. In: Herzog-Punzenberger, Barbara (Hrsg.): *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012. Bd. 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen*. Graz: Leykam, S. 189–227.
- Bruneforth, Michal/Vogtenhuber, Stefan/Lassnigg, Lorenz/Oberwimmer, Konrad/Gumpoldsberger, Harald/Feyerer, Ewald/Siegle, Thilo/Toferer, Bettina/Thaler, Bianca/Peterbauer, Jakob/Herzog-Punzenberger, Barbara (2016): C: Prozessfaktoren. In: Bruneforth, Michael/Lassnigg, Lorenz/Vogtenhuber, Stefan/Schreiner, Claudia/Breit, Simone (Hrsg.): *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015. Bd. 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren*. Graz: Leykam, S. 71–128.
- Brüsemeister, Thomas (2008): *Bildungssoziologie. Einführung in Perspektiven und Probleme*. Wiesbaden: Springer VS.
- Clausen, Marten (2006): Warum wählen Sie genau diese Schule? Eine inhaltsanalytische Untersuchung elterlicher Begründungen der Wahl der Einzelschule innerhalb eines Bildungsgangs. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 52 (1), S. 69–90.
- Deppe, Ulrike/Hadjar, Andreas (2021): Schule und soziale Ungleichheit. In: Hascher, Tina/Idel Till-Sebastian/Helsper, Werner (Hrsg.): *Handbuch Schulforschung*. Wiesbaden: Springer VS. www.link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-24734-8_36-1 (Abfrage: 09.06.2022).
- Dietrich, Fabian/Heinrich, Martin/Thieme, Nina (Hrsg.): *Neue Steuerung – alte Ungleichheiten? Steuerung und Entwicklung im Bildungssystem*. Münster: Waxmann, S. 271–289.
- Engelbrecht, Helmut (1982–1988): *Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Bd. I–V*. Wien: Österreichischer Bundesverlag.
- Erikson, Robert/Jonsson, Jan O. (1996): Explaining class inequality in education: the Swedish test case. In: Erikson, Robert/Jonsson, Jan O. (Hrsg.): *Can Education be Equalized? The Swedish Case in Comparative Perspective*. Stockholm: Westview Press, S. 1–63.
- Esser, Hartmut (1999): *Soziologie – Spezielle Grundlagen. Bd. 1: Situationslogik und Handeln*. Frankfurt am Main: Campus.
- Fassmann, Heinz (2002): *Räumliche Disparitäten im österreichischen Schulsystem. Strukturen, Trends und politische Implikationen*. Wien: Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz 2002.

- Fend, Helmut (2009): Chancengleichheit im Lebenslauf – Kurz- und Langzeitwirkungen von Schulstrukturen. In: Fend, Helmut/Berger, Fred/Grob, Urs (Hrsg.): Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der LiFE-Studie. Wiesbaden: Springer VS, S. 37–72.
- Fölker, Laura/Hertel, Thorsten/Pfaff, Nicole (2015): Schule „im Brennpunkt“ – Einleitung. In: Fölker, Laura/Hertel, Thorsten/Pfaff, Nicole (Hrsg.): Brennpunkt(-)Schule. Zum Verhältnis von Schule, Bildung und urbaner Segregation. Opladen: Barbara Budrich, S. 9–26.
- Geißler, Rainer (2005): Die Metamorphose der Arbeitertochter zum Migrantensohn. Zum Wandel der Chancenstruktur im Bildungssystem nach Schicht, Geschlecht, Ethnie und deren Verknüpfungen. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hrsg.): Institutionalisierte Ungleichheiten: Wie das Bildungswesen Chancen blockiert. Weinheim, München: Juventa, S. 71–100.
- Gewirtz, Sharon/Ball, Stephen/Bowe, Richard (1995): Markets, choice and equity in education. Buckingham: Open University Press.
- Giesinger, Johannes (2007): Was heißt Bildungsgerechtigkeit? In: Zeitschrift für Pädagogik 53 (3), S. 362–381.
- Gräsel, Cornelia (2015): Was ist Empirische Bildungsforschung? In: Reinders, Heinz/Ditton, Harmut/Gräsel, Cornelia/Gniewosz, Burkhard (Hrsg.): Empirische Bildungsforschung. Strukturen und Methoden. Wiesbaden: Springer VS, S. 15–30.
- Hadjar, Andreas/Becker, Rolf (2006): Politisches Interesse und politische Partizipation. In: Hadjar, Andreas/Becker, Rolf (Hrsg.): Die Bildungsexpansion. Wiesbaden: Springer VS.
- Hadjar, Andreas/Gross, Christiane (Hrsg.) (2016): Education Systems and Inequalities. International Comparisons. Bristol: Policy Press.
- Haller, Max (2008): Die österreichische Gesellschaft: Sozialstruktur und sozialer Wandel. Frankfurt: Campus.
- Hammerstein, Svenja/König, Christoph/Dreisörner, Thomas/Frey, Andreas (2021): Effects of Covid-19-Related School Closures on Student Achievement. A Systematic Review. In: Frontiers in Psychology 12, 746289. [www.doi.org/10.3389/fpsyg.2021.746289](https://doi.org/10.3389/fpsyg.2021.746289) (Abfrage: 09.06.2022).
- Hanisch, Ernst (1994): Der lange Schatten des Staates. Wien: Ueberreuter.
- Heinrich, Martin/Altrichter, Herbert/Soukup-Altrichter, Katharina (2011): Neue Ungleichheiten durch Schulprofilierung? Autonomie, Wettbewerb und Selektion in profilorientierten Schulentwicklungsprozessen. In: Dietrich, Fabian/Heinrich, Martin/Thieme, Nina (Hrsg.): Neue Steuerung – alte Ungleichheiten? Steuerung und Entwicklung im Bildungssystem. Münster: Waxmann, S. 271–289.
- Heise, Hannes (2009): Chancengleichheit und neue Steuerung: Zwölf Jahre New Labour in England. In: Tertium comparationis 15 (2), S. 122–143.
- Helsper, Werner/Kramer, Rolf-Torsten/Thiersch, Sven (Hrsg.) (2014): Schülerhabitus. Theoretische und empirische Analysen zum Bourdieuschen Theorem der kulturellen Passung. Wiesbaden: Springer VS.
- Huebener, Mathias/Schmitz, Laura/Spiess, Katharina C./Zinn, Sabine (2021): Familiäre, individuelle und institutionelle Einflussfaktoren auf Bildungsungleichheiten. In: Dohmen, Dieter/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 165–186.
- Hummrich, Merle/Kramer, Rolf-Torsten (2017): Schulische Sozialisation. Wiesbaden: Springer VS.
- Janschitz, Gerlinde/Zehetner, Elisabeth/Fernandez, Karina (2022 i.D.): „Digitalisierung mit der Brechstange“? Auswirkungen der Pandemie auf Digitalisierungsprozesse und digitale Ungleichheiten an österreichischen Schulen. In: Zeitschrift für Bildungsforschung.
- Krais, Beate (2014): Bildungssoziologie. In: Fickermann, Detlef/Fuchs Hans-Werner (Hrsg.): Bildungsforschung – disziplinäre Zugänge. Fragestellungen, Methoden und Ergebnisse. Münster: Waxmann, S. 264–290.
- Kramer, Rolf-Torsten (2011): Abschied von Bourdieu? Perspektiven ungleichheitsbezogener Bildungsforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kramer, Rolf-Torsten/Helsper, Werner (2010): Kulturelle Passung und Bildungsungleichheit – Potenziale einer an Bourdieu orientierten Analyse der Bildungsungleichheit. In: Krüger, Heinz-Hermann/Rabe-Kleberg, Ursula/Kramer, Rolf-Torsten/Budde, Jürgen (Hrsg.): Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule. Wiesbaden: Springer VS, S. 103–125.

- Krüger, Heinz-Hermann/Rabe-Kleberg, Ursula/Kramer, Rolf-Torsten/Budde, Jürgen (Hrsg.) (2010): *Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kupfer, Antonia (2011): *Bildungssoziologie. Theorien – Institutionen – Debatten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Leitgöb, Heinz/Bacher, Johann/Bruneforth, Michael/Weber, Christoph (2014): Primäre und sekundäre Ungleichheitseffekte in maturaführenden Schulen in Österreich. In: *Erziehung & Unterricht* (1–2), S. 48–57.
- Maaz, Kai/Baumert, Jürgen/Trautwein, Ulrich (2011): Genese sozialer Ungleichheit im institutionellen Kontext der Schule: Wo entsteht und vergrößert sich soziale Ungleichheit? In: Krüger, Heinz-Hermann/Rabe-Kleberg, Ursula/Kramer, Rolf-Torsten/Budde, Jürgen (Hrsg.) (2011): *Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule*. Wiesbaden: Springer VS, S. 69–102.
- Mayrhofer, Lisa/Oberwimmer, Konrad/Toferer, Bettina/Neubacher, Maria/Freunberger, Roman/Vogtenhuber, Stefan/Baumegger, David (2019): C: Prozesse des Schulsystems. In: Oberwimmer, Konrad/Vogtenhuber, Stefan/Lassnigg, Lorenz/Schreiner, Claudia (Hrsg.): *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2018. Bd. I: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren*. Graz: Leykam, S. 123–196.
- Müller, Walter/Steinmann, Susanne/Schneider, Reinhard (1997): Bildung in Europa. In: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hrsg.): *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich, S. 177–246.
- Munin, Helena (2001): *Schulautonomie. Diskurse, Maßnahmen und Effekte im internationalen Vergleich, insbesondere in Deutschland*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- OECD (2005): *School Factors Related to Quality and Equity. Results from PISA 2000*. www.oecd.org/education/school/programme-for-international-student-assessment/pisa/34668095.pdf (Abfrage: 09.06.2022).
- OECD (2019): *PISA 2018 Results (Volume II): Where All Students Can Succeed*. Paris: OECD Publishing.
- OECD (2020): *Learning remotely when schools close: How well are students and schools prepared? Insights from PISA*. www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/learning-remotely-when-schools-close-how-well-are-students-and-schools-prepared-insights-from-pisa-3bfda1f7 (Abfrage: 02.06.2022).
- Pessl, Gabriele/Steiner, Mario (2021): Covid-19 und Distance-Schooling: Folgt aus der Gesundheitsnunft auch eine Bildungskrise? In: Sandner, Günther/Ginner, Günther (Hrsg.): *Emanzipatorische Bildung. Wege aus der sozialen Ungleichheit*. Wien, Berlin: Mandelbaum, S. 180–196.
- Picht, Georg (1964): *Die deutsche Bildungskatastrophe*. Olten: Walter.
- Refle, Jan-Erik/Voorpostel, Marieke/Lebert, Florence/Kuhn, Ursula/Klaas, Hannah S./Ryser, Valérie-Anne/Dasoki, Nora/Monsch, Gian-Andrea/Antal, Erika/Tillmann, Robin (2020): *First results of the Swiss Household Panel. Covid-19 Study*. www.forscenter.ch/working-papers/first-results-of-the-swiss-household-panel-covid-19-study (Abfrage: 13.05.2022).
- Scheipl, Josef/Seel Helmut (1988): *Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens in der Zweiten Republik 1945–1987*. Graz: Leykam.
- Scheipl, Josef/Seel, Helmut (1987): *Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens von 1750–1938*. Graz: Leykam.
- Schober, Barbara/Lüftenegger, Marko/Spiel, Christiane (2020): *Lernen unter Covid-19 Bedingungen. Erste Ergebnisse – Schüler*innen*. www.lernencovid19.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_lernencovid19/Zwischenergebnisse_Schueler_innen.pdf (Abfrage: 02.06.2022).
- Sixt, Michaela (2013): Wohnort, Region und Bildungserfolg. Die strukturelle Dimension bei der Erklärung von regionaler Bildungsungleichheit. In: Becker, Rolf/Schulze, Alexander (Hrsg.): *Bildungskontexte*. Wiesbaden: Springer VS, S. 457–481.
- Solga, Heike (2005): Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen. In: Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hrsg.): *Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert*. Weinheim, München: Juventa, S. 19–38.
- Statistik Austria (2022): *Überblick: Bildungsstand der Bevölkerung (25 bis 64 Jahre) 1971–2019*. www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/bildungsstand-der-bevoelkerung (Abfrage: 03.06.2022).

- Steiner, Mario/Köpping, Maria/Leitner, Andrea/Pessl, Gabriele/Lassnigg, Lorenz (2021): Lehren und Lernen unter Pandemiebedingungen. Was tun, damit aus der Gesundheits- nicht auch eine Bildungskrise wird? www.irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5873 (Abfrage: 02.06.2022).
- Stošić, Patricia (2015): Horizontale Segregation im deutschen Schulsystem. In: Fölker, Laura/Hertel, Thorsten/Pfaff, Nicole (Hrsg.): Brennpunkt(-)Schule. Zum Verhältnis von Schule, Bildung und urbaner Segregation. Opladen: Barbara Budrich, S. 29–48.
- Tomlinson, Sally (2000): Wie wirken sich Bildungsmärkte auf ethnische Minderheiten aus? In: Radtke, Frank-Olfa/Weiß, Manfred (Hrsg.): Schulautonomie, Wohlfahrtsstaat und Chancengleichheit. Ein Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich, S. 201–221.
- UNESCO (2017): Global Education Monitoring Report. www.unesco.at/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Publikations-Dokumente/2017_18_GEMR_Full_Report.pdf (Abfrage: 02.06.2022).
- Unger, Martin/Binder, David/Dibiasi, Anna/Engleder, Judith/Schubert, Nina/Terzieva, Berta/Thaler, Bianca/Zaussinger, Sarah/Zucha, Vlasta (2020): Studierenden-Sozialerhebung 2019 Kernbericht. www.irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5383/1/2020-ihs-report-unger-studierenden-sozialerhebung-2019.pdf (Abfrage: 02.06.2022).
- Vester, Michael (2014): Bildungsprivilegien unter Druck. Die ständische Bildungsordnung und ihre Herausforderung durch aktivere Bildungsstrategien der Milieus. In: Bauer, Ulrich/Bolder, Axel/Bremer, Helmut/Dobischat, Rolf/Kutscha, Günter (Hrsg.): Expansive Bildungspolitik – Expansive Bildung? Wiesbaden: Springer VS, S. 243–267.
- Weiß, Manfred (2001): Quasi-Märkte im Schulbereich. Eine ökonomische Analyse. In: Oelkers, Jürgen (Hrsg.): Zukunftsfragen der Bildung. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 69–87.
- Zehetner, Elisabeth/Janschitz, Gerlinde/Fernandez, Karina (2021): Bildung zwischen Stadt und Land. Der Mythos Stadt-Land im Spiegel aktueller Forschungsbefunde. In: Zeitschrift für Bildungsforschung. www.link.springer.com/article/10.1007/s35834-021-00327-1 (Abfrage: 03.06.2022).

6. Globale Ungleichheit

Karin Fischer

6.1 Einleitung

Globale Ungleichheit ist für die Soziologie kein selbstverständliches Thema. Und das, obwohl soziale Ungleichheit für die Soziologie als akademisches Fach geradezu konstitutiv ist. Dass sich die Soziologie erst in jüngerer Zeit mit globaler Ungleichheit beschäftigt, liegt an ihrer Entstehungsgeschichte als Disziplin im 19. Jahrhundert. Ihr Gegenstand war die soziale Frage, die mit dem Übergang zur Industriegesellschaft entbrannte. Das Terrain sozialer Kämpfe aber war der nationale Raum, der Adressat für politische Forderungen der Nationalstaat. Ungleichheit wurde mit nationalstaatlicher Ungleichheit gleichgesetzt, und die Soziologie behielt in ihrer Auseinandersetzung mit Schichtung und Klassen, Verteilungskämpfen und sozialer Mobilität ihre nationale Perspektive. Das gilt insbesondere für die deutsche Fachgeschichte (Neef 2012).

In dem Beitrag wird die Genese des Begriffs „globale Ungleichheit“ rekonstruiert und seine theoretische Bearbeitung skizziert. Der theoriegeschichtliche Querschnitt beginnt bei frühen marxistischen Beiträgen und führt über die interdisziplinäre Entwicklungsforschung zu aktuellen Ansätzen in der Soziologie. Im Anschluss daran stelle ich in drei ausgewählten Bereichen aktuelle Forschung vor, und zwar im Bereich der globalen Einkommensverteilung, der internationalen Arbeitsteilung und der sozialökologischen Ungleichheit. Die Fragestellungen und empirischen Befunde werden mit Gleichheit fördernden Vorschlägen ergänzt. Der Beitrag schließt mit den Grundsätzen, die die Forschung zu globaler Ungleichheit leiten.

6.2 Historische Entwicklung

Betrachtungen sozialer Ungleichheiten zwischen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen in verschiedenen Teilen der Welt datieren selbstredend weiter zurück. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit globaler Ungleichheit als solcher – zunächst im Sinne einer international vergleichenden Perspektive – ist allerdings eine Angelegenheit der Nachkriegszeit. Sie hat viel mit dem weltumspannenden Versprechen einer nachholenden Entwicklung, ob innerhalb des kapitalistischen oder sowjetsozialistischen Modells, zu tun. Die Thematisierung von Ungleichheit im Weltmaßstab ist auch verbunden mit der Gründung internationaler Organisationen, unter dem Dach der Vereinten Nationen und darüber hinaus, die sich

mit Armut, Ernährung, Wachstum und verwandten Fragen beschäftigen und die begannen, weltweite Daten darüber bereitzustellen. Dass globale Ungleichheit zum Thema wurde, hat mit Wissen und Visionen über die Welt zu tun, aber auch mit der Verfügbarkeit von Daten (Ramos Pinto/Paidipaty 2020). Auch die 1948 verabschiedete Menschenrechtscharta, in der das Prinzip universeller Gleichheit neu formuliert wurde, und die transnational vernetzten Kämpfe für mehr Gleichheit – von den Bürgerrechtsbewegungen über die antikolonialen Befreiungsbewegungen bis zur Blockfreienbewegung der „Dritten Welt“ und ihrer Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung – adressierten Ungleichheiten zwischen Ländern, Weltregionen, Bevölkerungsgruppen und Menschen in der *einen Welt*. In der Philosophie entstanden folgerichtig Anfang der 1970er Jahre erste Überlegungen zu globaler (Verteilungs-)Gerechtigkeit, etwa von Charles R. Beitz und Peter Singer (Beitz 1975; Ramos Pinto 2016; Christiansen/Jensen 2019, S. 16–17).

Christiansen und Jensen (2019, S. 6 f.) datieren das erstmalige Auftauchen des Begriffspaares „globale Ungleichheit“ auf die Ernährungskrise Anfang der 1970er Jahre. Im Allgemeinen war eher von „internationaler Ungleichheit“ die Rede. Globale Ungleichheit wurde erst in den späten 1990er Jahren zu einem weithin genutzten Vokabular. Das hat sicherlich damit zu tun, dass in diesem Jahrzehnt „Globalisierung“ zu einem Megathema wurde und große wissenschaftliche Aufmerksamkeit erhielt. Nicht unerheblich dürfte sein, dass Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Menschenrechte und Entwicklung den Begriff „popularisierten“. Die internationale NGO Oxfam etwa gibt seit 15 Jahren im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums in Davos einen Bericht heraus, in dem sie die Ungleichverteilung des weltweiten Vermögens dokumentiert und der routinemäßig von Medien aufgegriffen wird (Oxfam 2022).

6.3 Theorien und Fragestellungen

In den 1990er Jahren erregte der Soziologe Ulrich Beck mit seiner Kritik am „methodologischen Nationalismus“ Aufsehen (Beck 1997, S. 51). Methodologischer Nationalismus bedeutet, dass Problemstellungen, Theoriebildung und Empirie an den Bezugsrahmen Nationalstaat gebunden sind. Beck ging mit seiner Disziplin hart ins Gericht: Mit dem nationalen Blick auf Ungleichheit würden innergesellschaftliche Ungleichheiten in der Wahrnehmung vergrößert und zur einzig relevanten Frage erhoben. Globale Ungleichheiten würden hingegen ausgeblendet, mit einem solcher Art „institutionalisiertem Wegsehen“ sogar legitimiert (Beck/Poferl 2010, S. 12).

Bereits Anfang der 1980er Jahre hinterfragte Reinhard Kreckel die Annahme, dass der theoretische und empirische Rahmen für die Analyse von Ungleichheitsstrukturen ganz selbstverständlich die nationalstaatlich verfasste Gesellschaft

wäre. Die soziologische Ungleichheitsforschung verfüge, so seine Diagnose, über „kein eigenes theoretisches Wahrnehmungsorgan für weltweite Zusammenhänge“ (Kreckel 2004, S. 322). Dabei könne soziale Ungleichheit heute nur noch im übergreifenden weltweiten Zusammenhang angemessen analysiert werden. Denn das Postulat von der Gleichbehandlung der Menschen, der gerechten Verteilung von Gütern und Lebenschancen, sei längst nicht mehr an den Nationalstaat gebunden. Sein Appell blieb allerdings noch für einige Zeit folgenlos.

Autor*innen aus dem Feld der interdisziplinären Entwicklungsforschung, allen voran die aus Lateinamerika, vereinzelt auch aus Indien und Nordafrika stammenden Dependenztheoretiker*innen haben schon früher, nämlich ab den 1960er Jahren, den Blick über den nationalstaatlichen Rand hinaus gerichtet. Die Arbeiten von Samir Amin, F.H. Cardoso, Celso Furtado und vielen anderen verdeutlichen, dass die Auseinandersetzung über globale Ungleichheit zunächst vor allem im Zusammenhang von „Entwicklung und Unterentwicklung“ im kapitalistischen Weltsystem (Fischer/Leubolt 2022) stattgefunden hat – und nicht aus Europa oder den USA kam.

Die Dependenztheoretiker*innen haben zwar nicht durchwegs die nationale oder national vergleichende Perspektive verlassen, aber der Bezugsrahmen für ihre Fragestellungen war ein globaler. Ihre Analysen kreisten um die strukturelle Abhängigkeit der Peripherie (oder des globalen Südens, wie wir heute sagen), die sie als eine Folge von Kolonialismus und imperialistischer Beherrschung betrachteten. Strukturelle Abhängigkeit beruht auf der Fähigkeit der Zentren, die fortgeschrittensten Sektoren der Ökonomie zu kontrollieren und auf die eigenen Bedürfnisse auszurichten, sei es durch direkte koloniale Beherrschung, Handelsmonopole, multinationale Konzerne oder die Verfügung über Kapital, Technologie und Patente (für einen Überblick Fischer 2013). Eine durch den Kolonialismus aufgezwungene ungleiche internationale Arbeitsteilung hat zunächst die Peripherien zu Rohstofflieferanten degradiert und dann als Standorte für multinationale Konzerne und Absatzmärkte in untergeordneter Position in die Weltwirtschaft integriert. Auch der verwandte Weltsystemansatz geht nicht vom einzelnen Nationalstaat, sondern von der Existenz eines kapitalistischen Weltsystems aus, dessen Funktionsweise auf dem Zusammenspiel von Zentrenbildung und Peripherisierung im Nord-Süd-Maßstab beruht. In einer einzigen, übergreifenden internationalen Arbeitsteilung, so Immanuel Wallerstein und Giovanni Arrighi, sind es die Zentren der Weltwirtschaft und die dort beheimateten transnationalen Konzerne, die die profitträchtigsten, innovativsten Aktivitäten in globalen Warenketten kontrollieren. Eine von den Zentren dominierte Institutionenordnung legt fest, wie die Spielregeln der Handels-, Investitions- und Industriepolitik aussehen, wer sie durchsetzt und wer für Verstöße dagegen bestraft wird. Ungleich verbundene Entwicklung gilt beiden Theorieströmungen als Strukturmerkmal des kapitalistischen Weltsystems (für einen Überblick Schmalz 2022).

Die Erwähnung von Imperialismus und ungleich verbundener Entwicklung verweist auf ältere Ansätze, nämlich auf die klassischen Imperialismustheorien. Allerdings beschäftigten sich die frühen Kritiker*innen des Imperialismus wie John Hobson und Lenin vor allem mit seinen negativen Auswirkungen in den „Mutterländern“. Etwas anders gewichteten Rosa Luxemburg und Leo Trotzki ihre Analysen, deren Denkfiguren deshalb auch in heutigen Überlegungen zu globaler Ungleichheit anzutreffen sind. Nach Luxemburg braucht der Kapitalismus zu seinem „Überleben“ beständig „nicht-kapitalistische Weltmilieus“; er verwandelt laufend Regionen und ihre Bevölkerung in Akkumulationsgebiete und Absatzmärkte. Diese Überlegungen finden sich unter dem Begriff „kapitalistische Landnahme“ in den Arbeiten von Klaus Dörre (2009) und, stärker global orientiert, in David Harveys Theorem von der „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2005). Damit beschreiben Vertreter*innen einer kapitalismuskritischen Soziologie und der radikalen Geografie global ausgreifende Prozesse kapitalistischer Inwertsetzung und Entwertung von Land, Arbeit, Natur und Wissen, insbesondere seit den 1970er Jahren.

Die bisher genannten Ansätze rücken polit-ökonomische Ungleichheitsstrukturen ins Zentrum der Analyse. Ein zweiter Theoriestrang, nämlich post- oder dekoloniale Theorie, fokussiert auf kulturelle Faktoren der Ungleichheitsproduktion: „Rasse“ wird hier zur vorrangigen, kulturell konstruierten Differenzbeschreibung im globalen Maßstab. Der europäische Kolonialismus liefert auch hier den Bezugspunkt. Nach dem peruanischen Soziologen Anibal Quijano (2016) entstand die Idee der Rasse als global diffundierende Ideologie mit dem Kolonialismus, um die Herrschaftsbeziehungen zwischen Eroberern und Eroberten als „natürlich“ darzustellen. Binäre Zuschreibungen wie weiß/schwarz, entwickelt/unterentwickelt, rational/irrational sind kolonial geprägte Ordnungsmuster, die bis heute als „kognitive Landkarten“ fortwirken und globale Ungleichheit „naturalisieren“ und soziale Hierarchien legitimieren (Hall 1989). Dass Ungleichheit als „natürlich“ wahrgenommen wird, dafür sorgen Prozesse des „Fremdmachens“, ein Begriff, der von den Kulturtheoretiker*innen Gayatri C. Spivak und Edward Said geprägt wurde. „Othering“ bezeichnet Akte permanenter Grenzziehung, bei der Menschen zu „Anderen“ gemacht werden. „Die Anderen“ werden dabei als nicht-zugehörig, inferior und abweichend abgewertet und ausgegrenzt, während man sich gleichzeitig der eigenen Überlegenheit versichert (Spivak 1985; Said 2009). Eine solche Naturalisierung von Dominanz und „Weltmachen“ (im Original *worlding the world*) nach den Interessen der Kolonisierenden ist laut Spivak (1985) möglich, weil die Geschichte des Imperialismus ignoriert, verleugnet oder in eine entfernte und abgeschlossene Vergangenheit verabschiedet wird.

Keine Theorie, aber eine sinnvolle Heuristik für die Analyse globaler Ungleichheiten legte der aus Schweden stammende Soziologe Göran Therborn vor. Therborn (2013) identifiziert vier relationale Mechanismen, die Ungleichheit hervorbringen und reproduzieren: Entfernung bzw. Abstandsvergrößerung

(Matthäus-Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben“), Ausschluss (vom Zugang zu oder von der Nutzung einer Ressource und damit einhergehende Diskriminierungen und Stigmatisierungen), Hierarchiebildung (die mit unterschiedlichen Rechten oder der Verweigerung von Rechten verknüpft ist) und Ausbeutung (der Ressourcen und der Arbeit anderer und der ungleich verteilte Nutzen, der daraus gezogen wird). Diese vier Mechanismen verweisen nicht nur auf nationale Ungleichheitsrelationen, sie werden auch von nationalstaatsübergreifenden Ungleichheitsdynamiken bestimmt, wie zum Beispiel einer ungleichen Weltwirtschaftsordnung und supranationalen Rechtsordnungen, rassistischen Stereotypen und ethnisch segmentierten transnationalen Arbeitsmärkten oder liberalisierten Kapitalmärkten und internationaler Steuerpolitik. Die Wirkweise dieser abstrakt gefassten Mechanismen ist jeweils empirisch konkret und kontextabhängig zu erforschen. Der Charme der Therborn'schen Ungleichheitsmechanismen besteht darin, dass ihre Wirkung auf mehreren Achsen und räumlichen Ebenen untersucht werden kann: auf der Mikroebene zwischen Personen und wie immer definierten sozialen Gruppen, auf der Mesoebene wie etwa Unternehmen oder Organisationen, und auf der Makroebene der Weltgesellschaft oder dem Nord-Süd-Zusammenhang.

Mittlerweile gibt es auch in der deutschen Gegenwartssoziologie Ansätze, globale Ungleichheit zu theoretisieren, am prominentesten von Anja Weiß (2017). Weiß geht vom Individuum aus. Der Wert seiner Ressourcen – Kapital, Bildung, berufliche Qualifikationen, Beziehungen und Netzwerke – ist abhängig davon, in welchen Kontexten sich die Person bewegt und ihre Ressourcen einsetzt. Ihr Startpunkt ist die These „Ungleichheit ist kontextabhängig“ – und Kontexte, die Ungleichheit strukturieren, gibt es viele, nicht nur den Nationalstaat. Dazu zählen unter anderen die weltweite Arbeitsteilung, internationale Handelsabkommen und Rechtssysteme, Bildungsmärkte und Migrationsregime; auch die supranationale Institutionenordnung, Immobilien- und Finanzmärkte beeinflussen soziale Ungleichheit. Sie alle sind neben lokalen und nationalen Komponenten wesentlich durch globale Verflechtungen und Dynamiken gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund wird „sozialräumliche Autonomie“ zur Schlüsselkategorie: Ob eine Person ihren Kontext auf Wunsch wechseln und diesen im eigenen Interesse gestalten kann oder auf benachteiligte und benachteiligende Kontexte verwiesen bleibt, entscheidet maßgeblich über ihre Lebenschancen. Eine wesentliche Schaltstelle für die Zuweisung von Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten im globalen Kontext ist demzufolge der Nationalstaat. Pass und Visum hat zuvor bereits Reinhard Kreckel (2008) zu den wichtigsten Institutionen sozialer Ungleichheit in der Weltgesellschaft erklärt. In anderen Worten: Die durch den Zufall der Geburt erworbene und vererbte Staatsangehörigkeit bestimmt die Stellung eines Individuums in der globalen Ungleichheitsstruktur (siehe auch Mau 2010; Boatcă 2017).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass politökonomische Ansätze (Imperialismustheorien, Dependenzschule, Weltsystemansatz) ihr Hauptaugenmerk

auf sozioökonomische Ungleichverteilung richten (und Geschlecht und Ethnizität nachrangig behandeln). Post- und dekoloniale Theorie fokussiert hingegen vorrangig auf kulturell konstruierte Differenzzuschreibungen und mithin auf die kulturelle Dimension der Ungleichheitsproduktion. Während de- und postkoloniale Theoretiker*innen mehrere Ungleichheitsachsen (Geschlecht, Klasse, „Rasse“, Nation/Ethnie; siehe auch der Beitrag von Johanna Neuhauser in diesem Band) erkennen, gebrauchen sozioökonomische Makro- oder Strukturtheorien „Ungleichheit“ in der Einzahl: Ungleichheit ist der ungleichzeitigen und ungleichmäßigen Entwicklungsdynamik im kapitalistischen Weltsystem geschuldet und sie wird stark „verräumlicht“ (Nord/Süd, Zentrum/Semiperipherie/Peripherie). Der politische Handlungsspielraum eines Staates, einer Gruppe oder Klasse ist wesentlich durch die jeweilige Position in der kapitalistischen Weltwirtschaft bestimmt. Demgegenüber setzt Anja Weiß bei den konkreten Lebensbedingungen von Menschen an. Sie denkt Ungleichheit von der Person her, ergänzt diese Sichtweise allerdings mit systemtheoretischen Ansätzen (Wallerstein, Luhmann): Personen können nur in Relation zu Funktionssystemen ihre Ressourcen geltend machen (oder eben nicht). Ungleichheit tritt notwendigerweise in der Mehrzahl auf: Es gibt eine Vielzahl von ungleichheitsrelevanten Kontexten, in denen sich Menschen bewegen und die ihre Verwirklichungschancen bestimmen.

Keiner der hier vorgestellten Ansätze beansprucht, eine Sozialtheorie globaler Ungleichheit vorzulegen. Das wäre angesichts der Komplexität der Thematik überzogen. Sie liefern jeder für sich Bausteine für eine notwendige Erweiterung der Forschungsperspektive, nämlich in welthistorisch informierter Weise lokale, nationale und globale Ungleichheitsverhältnisse in ihrer Verwobenheit wahrzunehmen. Eine kreative Verbindung von Theoriefragmenten oder Therborns Heuristik schafft dafür einen Denkraum und bietet Anhaltspunkte für die empirische Forschung.

6.4 Ausgewählte Forschungsfelder globaler Ungleichheit

Globale Einkommensungleichheit

Die empirisch ausgerichtete ökonomische Ungleichheitsforschung profitiert davon, dass in jüngster Zeit große Anstrengungen unternommen wurden, Einkommensdaten weltweit zu erfassen und international vergleichbar zu machen. So können Vergleiche zwischen Ländern, Ländergruppen bzw. Weltregionen auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (nach Bevölkerungszahlen gewichtet oder nicht) erstellt werden. Entropiemaße, wie die Mittlere Logarithmische Abweichung, ermöglichen Antworten auf die Frage, wie viel der weltweiten Einkommensungleichheit innerhalb der Gesellschaften besteht und wie viel zwischen ihnen: Sie sind in eine nationale und internationale Komponente zerlegbar, was sie für

die globale Einkommensforschung besonders interessant macht. Diese ist nicht mehr auf den Vergleich nationaler Durchschnittswerte wie Pro-Kopf-Einkommen oder BIP angewiesen: Haushaltspanels ermöglichen es, weltweite Vergleiche zwischen Haushalten anzustellen (Milanović 2016). Darüber hinaus verfügen wir dank verdienter Wirtschaftshistoriker*innen über historische Zeitreihen (Bolt et al. 2018).

Aus globalhistorischer Sicht fällt auf, dass seit Mitte des 19. Jahrhunderts, dem Anbruch des modernen Kolonialismus und der industriellen Revolution, die globale Einkommensungleichheit enorm angestiegen ist. Bedeutsam ist aber nicht nur ihr Anstieg, sondern die tiefgreifende Veränderung ihrer Zusammensetzung: Im frühen 19. Jahrhundert waren, je nach Berechnungsart, etwa 70 bis 87 Prozent der globalen Einkommensungleichheit auf Einkommensdisparitäten innerhalb der Gesellschaften zurückzuführen; der kleine Rest entfiel auf zwischenstaatliche Unterschiede. Danach hat sich das Verhältnis umgekehrt: Die zwischenstaatliche Einkommensungleichheit ist enorm angewachsen, während die Binnenkomponente stetig kleiner wurde. Das heißt: Wo wir geboren sind, ist entscheidender für die Höhe unseres erwartbaren Einkommens als wo wir hineingeboren sind. Das gilt bis heute (Milanović 2016).

Um die „große Kluft“ (*Great Divergence*) zu erklären, verweisen die Beiträge der historischen Soziologie, der Globalgeschichte und Entwicklungsforschung darauf, dass die industrielle Revolution kein lokales, rein innereuropäisches Ereignis war, sondern ein globales. Die Gewinne aus dem Versklavungshandel und der Plantagenwirtschaft haben die Industrialisierung der Kolonialmächte kräftig angeschoben. Zwar gilt es als tendenziell widerlegt, dass die Kolonialherrschaft allein für den Aufstieg des Westens entscheidend war; sie ist allerdings verantwortlich dafür, dass die kolonisierten Länder arm geblieben sind und ab einem bestimmten Zeitpunkt sogar noch ärmer wurden. Überlegene Manufakturgebiete wie Indien wurden von der Kolonialmacht mit dem Verbot der Weiterverarbeitung belegt und zu Rohstofflieferanten degradiert; auch in anderen kolonisierten Gebieten kam es zu vorzeitiger Deindustrialisierung oder verhinderter Industrialisierung (Sumner 2018). Die Kolonien lieferten fortan Rohstoffe für die Weiterverarbeitung und Nahrungsmittel für die entstehende Industriearbeiter*innenschaft im Zentrum. Später wurden die Kolonien Abnehmerinnen für die Produkte, die im Zentrum produziert wurden – nicht freiwillig, sondern erzwungenermaßen, nachdem die einheimische Produktion zerstört worden war (Komlosy 2022).

Ein zweiter, aktueller Befund zeigt, dass die Einkommenszuwächse seit den 1980er Jahren unverhältnismäßig stark den obersten 10 Prozent der Weltbevölkerung, insbesondere dem reichsten Prozent, zugeflossen sind (Alvaredo et al. 2018; siehe auch der Beitrag von Julia Hofmann in diesem Band). Ökonomische und soziale Praktiken der Reichtumsvermehrung sind per se transnational. Analysen dazu verweisen auf die Rolle von Schattenfinanzzentren (Zucman 2014)

und dem komplexen, wechselseitigen Wirkungszusammenhang zwischen Einkommensungleichheit (das heißt auch Arbeit und Produktion) und Finanzialisierung, die die globale Kapitalakkumulation bestimmt (Kapeller/Schütz/Ferschli 2022). Die steigende Bedeutung finanzwirtschaftlicher Aktivitäten und Institutionen wurde politisch durchgesetzt, etwa mit der Deregulierung der Finanzmärkte und einer Politik, die Steuern auf Vermögen und Erbschaft absenkt und Kapitaleinkommen entlastet. Soziologische und politikwissenschaftliche Forschung widmet sich den unterschiedlichen Aspekten der „neoliberalen Wende“, die mit Blick auf zentrale Akteure und Strategien ebenfalls eine globale Dimension hat (Fischer 2016).

Ein dritter Befund verweist auf Auf- und Abstiege in der jüngeren Vergangenheit, und zwar auf Haushaltsebene, denn die Fortschritte in der Datenerhebung machen es möglich, einen Vergleich von Personen bzw. Haushalten und ihren Einkommen in der Welt anzustellen. Der ehemalige Weltbank-Ökonom Branko Milanović (2016, S. 40) zeigt in der sogenannten „Elefantenkurve“, wer in der Welt zwischen 1988 und 2011 relative Einkommensgewinne erzielen konnte. Von einer Gewinnerfraktion war bereits oben die Rede, dem obersten Prozent der Weltbevölkerung. Ihr Abstand zu den nachfolgenden Einkommensgruppen hat sich beträchtlich vergrößert. Dazugewonnen hat aber auch die „globale Mitte“. Insbesondere Haushalte aus China sind aus dem globalen Armenhaus – also von einem extrem niedrigen Ausgangsniveau – in die globale Mitte aufgestiegen. Dazu kommen Haushalte aus Thailand, Vietnam und Indonesien, aus Ost- und Südosteuropa (jene, die sich nach dem wirtschaftlichen Einbruch der 1990er Jahre wieder erholt haben) sowie stabile, also nicht mehr armutsgefährdete Haushalte aus lateinamerikanischen Ländern, zum Beispiel aus Chile, Brasilien oder Argentinien.

Von einer neuen „globalen Mittelschicht“ sollte man mit Blick auf diese heterogene Gruppe nicht sprechen. Der Begriff verfehlt nicht nur soziokulturelle Eigenschaften, die dieser gesellschaftlichen Gruppe im soziologischen Sinn zugeschrieben werden, wie Bildungsstand, Berufsposition oder Konsum- und Freizeitverhalten, sondern auch die materiellen Merkmale: Haushalte mit einem jährlichen Realeinkommen von 4.000 bis 5.000 US-Dollar (kaufkraftbereinigt) landen bereits in der „guten“ globalen Mitte – im Vergleich mit Mittelschichtshaushalten in Ländern mit höherem Lebensstandard würden wir sie als arm oder sehr arm klassifizieren (Fischer 2022).

Zu den relativen Verlierern zählen Haushalte in Europa, Nordamerika und Japan, die dort den unteren Teil der Mittelschicht bilden. In Österreich und Deutschland handelt es sich dabei um jenes Mittelschichtsegment, das über wenig Ersparnisse und keine nennenswerten Erbschaften verfügt. Im Weltmaßstab ist diese Verlierergruppe immer noch sehr weit oben in der Einkommenspyramide. Aber sie ist mit ökonomischer Unsicherheit konfrontiert und fürchtet den sozialen Abstieg.

Während sich ein Teil der soziologischen Ungleichheitsforschung diesen deklarierten Mittel- und Arbeiterschichten und ihren politischen Reaktionen – Stichwort „Rechtspopulismus“ – in den Nationalstaaten zuwendet (z. B. Becker et al. 2018), legt eine global orientierte Klassenanalyse nahe, deren Interessenlage und politische Position unter dem Gesichtspunkt ihrer strukturellen Position in der Weltwirtschaft zu betrachten (Wallerstein 1983). In dieser Sicht hat es zunächst viel mit historisch ungleich verbundener Entwicklung im Weltmaßstab zu tun, wie arbeitende Klassen sich im nationalen Raum zusammensetzen und welche „Statusgruppenidentität“ oder welches Klassenbewusstsein sie entwickeln. Klassenbezogenes, politisches Handeln adressiert zwar den Nationalstaat, der Handlungsspielraum von Klassen oder gesellschaftlichen Gruppen ist allerdings durch ihre Rolle in der Weltökonomie maßgeblich bestimmt. Das hat Auswirkungen auf die Solidarität. Organisierte Arbeiter*innen im Zentrum suchen ihr Heil oftmals im nationalen Protektionismus. Gleichzeitig heizt eine solche Politik die zwischenstaatliche Konkurrenz an; sie verschiebt den Wettbewerbsdruck auf Arbeitende anderswo, vor allem im globalen Süden, und verschärft die globale Ungleichheit (Silver/Arrighi 2001). Gerade jene Globalisierungsverlierer*innen im globalen Norden, die tendenziell gegen offene Grenzen und von starker nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit abhängig sind, verkennen, dass die ökonomische Stärke ihres Staates von der Dominanz in der internationalen Arbeitsteilung und Institutionenordnung abhängt. Unterschichten hierzulande profitieren von der zentralen Stellung ihrer Nationalstaaten, den weltweiten, abgestuften Statusordnungen und der billigen Arbeit anderer im globalen Ausbeutungszusammenhang (Weiß 2018, S. 396 ff.; Schmalz 2018). Politische Bruchlinien unserer Zeit lassen sich demgemäß nur verstehen, wenn man berücksichtigt, dass hinter den sozialen Konflikten, die im Nationalstaat sichtbar werden, ein grenzüberschreitendes Ringen um sozial-räumliche Autonomie steht (Weiß 2018, S. 398).

Globale Warenketten und ungleiche internationale Arbeitsteilung

Ein zweiter Bereich, in dem Ungleichheit in globaler Perspektive adressiert wird, ist die Forschung über globale Warenketten und internationale Arbeitsteilung. Sie analysiert die fragmentierten, global gestreuten Produktionsprozesse und rekonstruiert den Weg einer Ware von der Rohstoffextraktion bis zur Entsorgung oder zum Recycling. An jedem Ort wird durch die Kombination von Ressourceneinsatz, menschlicher und nicht-menschlicher Arbeit ein Produkt erstellt oder eine Dienstleistung erbracht, die selbst wiederum ein Input für weitere Produktionsschritte ist. Viele Güter werden heutzutage in solchen globalen Produktionsnetzwerken hergestellt, von Pharmaprodukten über Nahrungsmittel bis hin zu Elektronik, Kleidung und Autos.

In der kritischen Entwicklungsforschung geht es darum herauszufinden, wie Kosten, Risiken und Profite entlang einer globalen Warenkette verteilt sind. In anderen Worten: die ungleiche Verteilung von Marktmacht, Wertschöpfung und Wertaneignung zu verdeutlichen (Fischer et al. 2021). Viele Branchen werden von wenigen großen Unternehmen dominiert, sind also von oligopolistischen Strukturen geprägt, während zwischen den Zulieferern und unter den Arbeitskräften, also am „unteren Ende“ von Warenketten, starker Konkurrenzdruck besteht. Es sind überwiegend transnationale Konzerne mit Stammsitz im globalen Norden, die Produktionsnetzwerke steuern und darüber bestimmen, was, wann, wohin und von wem in welcher Qualität und Menge geliefert werden soll.

Ein weiteres Ungleichheitsmerkmal betrifft die Auslagerungsstrategien der Konzerne. Sie lagern Aktivitäten mit geringer Wertschöpfung – das ist die unmittelbare, materielle Produktion, also die Ernte, die Weiterverarbeitung, die Endmontage etc. – in „Billiglohnländer“ aus und behalten sich in ihren Produktionsstätten im globalen Norden und in ihren „Headquarters“ Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung, in denen hohe Profite erzielt werden, vor. So zeigt etwa eine Studie zur Wertaneignung in der iPhone-Kette, dass die Arbeitskosten in den chinesischen Zulieferfabriken lediglich 1,8 Prozent des Ladenverkaufspreises ausmachen, während sich das Markenunternehmen Apple fast 60 Prozent davon aneignet, vor allem durch Forschung und Entwicklung, Branding und Patentrechte (Kraemer et al. 2011). Feministische und soziologische Arbeitsforschung zeigt, auf welcher vielfältigen Weise Arbeit in globalen Warenketten ausgebeutet wird, aber auch, welche Formen der grenzüberschreitenden Gegenmacht Arbeitende entwickeln (für einen Überblick Fischer et al. 2022). Soziale Ungleichheit wird über Unterschiede in der Entlohnung, bei Arbeitsrechten, Beschäftigungsverhältnissen und der sozialpolitischen Regulierung an den Orten des globalen Produktionsnetzwerks vermittelt. Gerade die Kombination unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse entlang einer Warenkette macht diese Form der Produktion für die Leitunternehmen profitabel. Prekäre Arbeit dominiert tendenziell in den extraktiven Industrien und Produktionsstätten wie der Textilindustrie und in der Elektronikindustrie im globalen Süden. Die kritische Entwicklungsforschung spricht von „Überausbeutung“, weil Arbeit mit vergleichbarer Produktivität niedriger entlohnt wird. Das gilt etwa für die Lohnfertigung in der Textilindustrie und Elektronikindustrie (Stichwort *high tech/low wage*) (Schmalz 2018; Fischer 2020). Die Ungleichheiten zwischen Weltregionen und beteiligten Akteuren beruhen auf historisch gewachsenen, asymmetrischen Machtstrukturen und können diese weiter verstärken.

Globale sozialökologische Ungleichheit

So wie Menschen und (Welt-)Regionen unterschiedlich in den Produktions- und Reproduktionsprozess des globalen Kapitalismus eingebunden sind, sind auch

deren Ressourcenverbrauch und die daraus entstehenden Umweltschäden sehr ungleich verteilt. Der deutsche Soziologe Stephan Lessenich (2018) spricht von der „globalisierten Externalisierungsgesellschaft“: Die einen leben über die Verhältnisse der anderen, auf deren Kosten und zu deren Lasten. „Externalisierung“ ist die zentrale Dimension zum Verständnis von Ungleichheitsmustern im kapitalistischen Weltsystem. Lessenich stützt sich auf den Weltsystemansatz und reichert ihn soziologisch mit der Analyse von Prozessdynamiken und sozialen Praktiken – Einstellungen und Handlungsorientierungen – an. Externalisierung gründet auf strukturellen Machtasymmetrien und mehrdimensionalen, globalisierten Ausbeutungsmechanismen und operiert alltagspraktisch in Form eines „Externalisierungshabitus“. Dieser manifestiert zum Beispiel als Verdrängung oder Schuldumkehr. Andere Arbeiten verdeutlichen mit Rekurs auf das Konzept des „ökologisch ungleichen Tauschs“ die Ungleichheit, die durch die Aneignung oder Beanspruchung von Land, Rohstoffen, Wasser, Senken etc. zwischen konsumierenden und extrahierenden Regionen und ihren Bevölkerungen entsteht. Diese Ungleichheit vergrößert den ökologischen Handlungsspielraum für die wirtschaftliche Entwicklung der einen und engt ihn für die anderen ein (was oft gleichbedeutend mit der Zerstörung von Lebensgrundlagen ist) (Schaffartzik/Kusche 2020).

Um ungleichen Ressourcenverbrauch empirisch darzustellen, gibt es mittlerweile ein breites Spektrum an Indikatoren und Messverfahren, die die Umweltwissenschaften bereitstellen. Besonders populär sind die Indikatoren der „Fußabdruck-Familie“. Sie zeigen, welche Menge an Treibhausgasemissionen (Kohlenstoff-Fußabdruck), Energie (*energy footprint*), Wasser (*water footprint*) oder materiellen Ressourcen (*material footprint*) für die Bereitstellung von Gütern aufgebracht werden mussten, um den Endkonsum zu befriedigen. Für die Importe bzw. den Endkonsum in den durchschnittlich reicheren Ländern, wie auch Österreich, werden in der Regel in den durchschnittlich ärmeren und auch in den schnell wachsenden Ökonomien wie China hohe Emissionen erzeugt. Eine eingängige Darstellung auf Basis länderbezogener Fußabdruck- und Biokapazitätsdaten liefert der „Erdüberlastungstag“ (*Earth Overshoot Day*). Das ist jener Tag, an dem die menschliche Nachfrage nach Ressourcen die Kapazität der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen übersteigt. Österreich hat diesen im Jahr 2022 bereits am 6. April erreicht: Ab diesem Tag lebt die österreichische Bevölkerung auf Kosten nachfolgender Generationen und ärmerer Länder. Viele Länder am afrikanischen Kontinent und bevölkerungsreiche Staaten wie Indien, Bangladesch und Nigeria haben überhaupt keinen Erderschöpfungstag, das heißt deren Pro-Kopf-Verbrauch liegt unter den maximal zu verbrauchenden Werten (Global Footprint Network 2022).

Neben einer räumlichen Perspektive kann auch eine „vertikale“ Ungleichheitsperspektive zwischen unten und oben, zwischen armen und reichen

Bevölkerungsschichten auf dem Globus, eingenommen werden. So waren nach Kartha et al. (2020) die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung für die Hälfte der konsumbasierten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich, die zwischen 1990 und 2015 emittiert wurden. Die untersten 50 Prozent produzierten hingegen nur 12 Prozent der Gesamtemissionen. Die jährlichen Emissionen sind zwischen 1990 und 2015 um 60 Prozent gestiegen. Das global reichste Prozent war für ein Fünftel dieses Emissionswachstums verantwortlich, die reichsten zehn Prozent für fast die Hälfte.

Wie bei Einkommensungleichheit ist es auch hier wichtig, zwischen verschiedenen räumlichen Analyseebenen (*scales*) und sozialen Einheiten zu navigieren, um ein vollständigeres Bild von sozialökologischer Ungleichheit zu erlangen. Die Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen, Emissionen etc. zwischen Ländern, Ländergruppen und Weltregionen ist zu kombinieren mit jener zwischen verschiedenen sozialen Gruppen auf globaler Ebene sowie innerhalb einer jeden Gesellschaft.

6.5 Lösungsansätze

Wenn man ernst nimmt, dass Ungleichheiten wesentlich globalen oder jedenfalls grenzüberschreitenden Dynamiken unterliegen, ja, dass der Nationalstaat selbst in globaler Perspektive ein „Agent der Exklusion“ (Weiß 2018) ist, müssen gleichheitsfördernde Politiken ebenfalls auf mehreren Ebenen (*scales*) gedacht und umgesetzt werden. Für jede der hier adressierten Ungleichheiten gibt es eine Fülle von Vorschlägen. Die Trockenlegung von Schattenfinanzzentren und eine andere Steuerpolitik zielen auf die Bekämpfung von Einkommens- und Vermögensungleichheit (Saez/Zucman 2020). Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Löhne gibt es Kampagnen von globalen Gewerkschaftsföderationen und Lieferketteninitiativen, die lokale Arbeitskämpfe stärken. Beispielhaft genannt sei die *Asia Floor Wage Campaign*, in der seit 2009 zahlreiche NGOs, Gewerkschaften und Wissenschaftler*innen das Ziel verfolgen, das Lohnniveau in der Bekleidungsindustrie für ganz Asien anzuheben. Eine andere Möglichkeit sind globale Rahmenabkommen, die globale Gewerkschaftsföderationen mit dem Management von transnationalen Konzernen abschließen. Am erfolgreichsten ist dabei die globale Industriegewerkschaft IndustriALL. Solche Rahmenabkommen sollen die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) an allen Standorten garantieren (Fischer et al. 2022). Ein Lieferkettengesetz, das eine rechtsverbindliche Sanktionierung von umweltschädigendem und menschenrechtswidrigem Unternehmensverhalten vorsieht, wird auf UN- und EU-Ebene verhandelt; nationale Gesetze dieser Art gibt es bislang in Frankreich und in Deutschland.

Um ökologische Ungleichheit im Weltmaßstab zu reduzieren, reichen die Vorschläge für den globalen Norden von Steuer- und Preispolitik (Stichwort ökosoziale Steuerreform) über kreislauforientierte und innovationsgetriebene Neuerungen, die Produktionsprozesse klimafreundlich verändern sollen, bis hin zu Ansätzen, die auf einer grundlegenden Abkehr vom ökonomischen Wachstumsimperativ beharren und eine Überwindung der modernen Expansionsgesellschaft anstreben. Aus dem globalen Süden kommen Bewegungen für Umweltgerechtigkeit und Forderungen nach Wiedergutmachung ökologischer Schuld, wobei gerade afrikanische Staatengemeinschaften auf einem Recht auf Entwicklung beharren und Kompensation verlangen, sollen Rohstoffe im Boden bleiben (Schmelzer/Vetter 2021). Ungleichheitsforschung findet in den Fragen einer sozial gerechten sozialökologischen Transformation („Just Transition“), die innernationale und globale Ungleichheiten gleichermaßen adressiert, ein weites Forschungsfeld.

6.6 Zum Schluss

Welche Grundsätze können für eine global orientierte Ungleichheitsforschung formuliert werden? Sie ist erstens theoriegeleitet und bezieht unterschiedliche Denktraditionen – auch von außerhalb der Zentren der Wissensproduktion – mit ein. Sie ist zweitens historisch orientiert. Nicht nur können wir die Gegenwart erst verstehen, wenn wir ihre Geschichte kennen. Es gilt auch, historische Prozesse nachzuvollziehen, die zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen und sozialen Entwicklungen (Arbeitsregime, Industrialisierung etc.) in Nord und Süd geführt haben. Das heißt auch, dass es keine „universellen“ Faktoren gibt, die Ungleichheit schaffen und reproduzieren. Genauso wie eine auf den Nationalstaat verengte Perspektive vermieden wird, gilt es drittens, eine Blickverengung auf vertikale Ungleichheiten (oben/unten, Einkommen, Bildungsabschlüsse, Berufsstatus) zu vermeiden und horizontale Ungleichheiten („Rasse“, Gender, Ethnie, Nationalität) miteinzubeziehen. Viertens braucht es einen Arbeitsbegriff, der nicht nur das globale Minderheitenmodell einer Erwerbsarbeitsgesellschaft vor Augen hat. Eine global orientierte Ungleichheitsforschung nimmt die vielfältigen Formen von Arbeit, die weltweit für das Kapital geleistet werden, wahr und vergisst auch nicht auf Haushaltsstrukturen und Reproduktionsarbeit, also auf Arbeit außerhalb des Lohnnexus. Fünftens, und das zeigt dieser kurze Rundblick, ist globale Ungleichheitsforschung ein interdisziplinäres Projekt. Genauso wie Ungleichheit viele Dimensionen hat (und nicht nur eine ökonomische), wirken verschiedene Disziplinen zusammen, um das komplexe Phänomen und seine unterschiedlichen Kontexte zu ergründen. Schließlich ist Ungleichheit in erster Linie ein Machtverhältnis. Die Analyse von ungleichen Machtverhältnissen bildet den Kern jeder Ungleichheitsforschung, so auch der globalen (Kreckel 2004; Francis et al. 2020).

Literatur

- Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emanuel/Zucman, Gabriel (Hrsg.) (2018): Die weltweite Ungleichheit. Der World Inequality Report 2018. München: C. H. Beck.
- Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich/Poferl, Angelika (2010): Einleitung. In: Beck, Ulrich/Poferl, Angelika (Hrsg.): Große Armut, großer Reichtum. Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9–22.
- Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.) (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Frankfurt am Main: Campus.
- Beitz, Charles R. (1975): Justice and International Relations. In: *Philosophy & Public Affairs* 4 (4), S. 360–389.
- Boatcă, Manuela (2017): Staatsbürgerschaft und die globale Strukturierung des Nationalen. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag, S. 330–342.
- Bolt, Jutta/Inkelaar, Robert/Jong, Herman de/Zanden, Jan L. van (2018): Rebasings 'Maddison': New income comparisons and the shape of long-run economic development. GGDC Research Memorandum 174. University of Groningen: Groningen Growth and Development Centre.
- Christiansen, Christian O./Jensen, Steven L. B. (2019): Histories of Global Inequality: Introduction. In: Christiansen, Christian O./Jensen, Steven L. B. (Hrsg.): Histories of Global Inequality. New Perspectives. Cham: Springer, Palgrave Macmillan, S. 1–32.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hrsg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 21–86.
- Fischer, Karin (2013): Peripherisierung, Industrialisierung und Abhängigkeit. Die Frage nach den Hemmnissen gelungener Entwicklung. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 29 (3), S. 9–33.
- Fischer, Karin (2016): Was ist Neoliberalismus? Geschichte, Grundüberzeugungen und Strategien des neoliberalen Denkkollektivs. In: *SWS-Rundschau* 56 (1), S. 6–26.
- Fischer, Karin (2020): Dependenz trifft Güterketten. Zur Überausbeutung von Arbeit im Globalen Süden. In: *Prokla* 50 (198), S. 33–51.
- Fischer, Karin (2022): Die Weltkarte der Einkommensungleichheit. In: Fischer, Karin/Grandner, Margarete (Hrsg.): Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Wien: Mandelbaum, S. 215–234.
- Fischer, Karin/Leubolt, Bernhard (2022): Theorien globaler Ungleichheit. In: Fischer, Karin/Grandner, Margarete (Hrsg.): Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Wien: Mandelbaum, S. 143–169.
- Fischer, Karin/Reiner, Christian/Staritz, Cornelia (Hrsg.) (2021): Globale Warenketten und ungleiche Entwicklung. Arbeit, Kapital, Natur, Konsum. Wien: Mandelbaum.
- Fischer, Karin/Staritz, Cornelia/Moe, Signe (2022): Scaling Up? On the Possibilities and Limits of Transnational Labour Organising in Globalised Production. In: *Journal für Entwicklungspolitik* XXXVIII (1–2), S. 8–37. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-38-2-8>. (Abfrage 15.11.2022)
- Francis, David/Webster, Edward/Valodia, Imraan (2020): Conclusion. In: Francis, David/Valodia, Imraan/Webster, Edward (Hrsg.): *Inequality Studies from the Global South*. London, New York: Routledge, S. 257–261.
- Global Footprint Network (2022): Country Overshoot Days. www.overshootday.org/newsroom/country-overshoot-days (Abfrage: 22.04.2022).
- Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: *Das Argument* 30 (178), S. 913–921.
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg: VSA.
- Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Ferschli, Benjamin (2022): Finanzialisierung und globale Ungleichheit. In: Fischer, Karin/Grandner, Margarete (Hrsg.): Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Wien: Mandelbaum, S. 240–267.
- Kartha, Sivan/Kemp-Benedict, Eric/Ghosh, Emily/Nazareth, Anisha/Gore, Tim (2020): The Carbon Inequality Era: An assessment of the global distribution of consumption emissions among individuals from 1990 to 2015 and beyond. Stockholm Environment Institute and Oxfam International. <https://cdn.sei.org/wp-content/uploads/2020/09/research-report-carbon-inequality-era.pdf> (Abfrage: 31.05.2022).

- Komlosy, Andrea (2022): Die Entstehung der „Dritten Welt“: Geschichte der globalen Ungleichheit. In: Fischer, Karin/Grandner, Margarete (Hrsg.): Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Wien: Mandelbaum, S. 58–82.
- Kraemer, Kenneth L./Linden, Greg/Dedrick, Jason (2011): Capturing Value in Global Networks: Apple's iPad and iPhone. Mimeo. https://webzoom.freewebs.com/phsworldhistory/AP%20WH%20Unit%20V/Value_iPad_iPhone.pdf (Abfrage: 31.05.2022).
- Kreckel, Reinhard (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Kreckel, Reinhard (2008): Soziologie der sozialen Ungleichheit im globalen Kontext. In: Bayer, Michael/Mordt, Gabriele/Terpe, Sylvia (Hrsg.): Transnationale Ungleichheitsforschung. Eine neue Herausforderung für die Soziologie. Frankfurt am Main: Campus, S. 23–69.
- Lessenich, Stephan (2018): Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben. München: Piper.
- Mau, Steffen (2010): Mobility Citizenship, Inequality, and the Liberal State: The Case of Visa Policies. In: International Political Sociology 4 (4), S. 339–361.
- Milanović, Branko (2016): Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Neef, Katharina (2012): Die Entstehung der Soziologie aus der Sozialreform. Eine Fachgeschichte. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Oxfam (2022): Inequality Kills. Oxfam Briefing Paper, January 2022. <https://oxfamlibrary.open-repository.com/bitstream/handle/10546/621341/bp-inequality-kills-170122-en.pdf> (Abfrage: 31.05.2022).
- Quijano, Aníbal (2016): Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika. Wien: Turia + Kant.
- Ramos Pinto, Pedro (2016): The Inequality Debate: Why Now, Why like This? In: Items – Insights from the Social Sciences. <https://items.ssrc.org/what-is-inequality/the-inequality-debate-why-now-why-like-this> (Abfrage: 10.11.2021).
- Ramos Pinto, Pedro/Paidipaty, Poornima (2020): Introduction: Measuring Matters. In: History of Political Economy 52 (3), S. 413–434.
- Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2020): Der Triumph der Ungerechtigkeit. Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Said, Edward (2009): Orientalismus. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Schaffartzik, Anke/Kusche, Franziska (2020): Ökologisch ungleicher Tauch. Über global ungleiche Material- und Geldflüsse. In: Prokla 50 (1), S. 53–67.
- Schmalz, Stefan (2018): Das weltweite Industrieproletariat – ein Gespenst von gestern? Anmerkungen zur internationalen Arbeitsteilung und zum Aufstieg Chinas. In: Haubner, Tine/Reitz, Tilman (Hrsg.): Marxismus und Soziologie. Klassenherrschaft, Ideologie und kapitalistische Krisendynamik. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 39–49.
- Schmalz, Stefan (2022): Weltsystemansatz. In: Fischer, Karin/Hauck, Gerhard/Boatcă, Manuela (Hrsg.): Handbuch Entwicklungsforschung. Wiesbaden: Springer.
- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2021): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Silver, Beverly J./Arrighi, Giovanni (2001): Workers North and South. In: Socialist Register 37, S. 53–76.
- Spivak, Gayatri C. (1985): The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives. In: History and Theory 24 (3), S. 247–272.
- Sumner, Andy (2018): What is premature deindustrialisation and does it matter? The ESRC Global Poverty and Inequality Dynamics (GPID) Research Network, Briefing Paper 9. https://gpid.univie.ac.at/wp-content/uploads/2018/03/Brief_9.pdf (Abfrage: 31.05.2022).
- Therborn, Göran (2013): The Killing Fields of Inequality. Cambridge: Polity Press.
- Wallerstein, Immanuel (1983): Klassenanalyse und Weltsystemanalyse. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Otto Schwartz & Co, S. 301–320.
- Weiß, Anja (2017): Soziologie globaler Ungleichheiten. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Weiß, Anja (2018): Globale Ungleichheiten und das Schließen und Öffnen nationaler Grenzen. In: WSI Mitteilungen 71 (5), S. 392–400.
- Zucman, Gabriel (2014): Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Berlin: Suhrkamp.

7. Aktuelle Armutsforschung in Österreich und soziale Ungleichheit

Alban Knecht, Martin Schenk

7.1 Einführung

Seit Beginn der Armutserhebungen der Statistik Austria Mitte der 1990er Jahre hat sich ein wachsendes Interesse an quantitativer wie qualitativer Forschung zum Thema Armut in Österreich etabliert. Zum Thema Armut wird vor allem geforscht an den soziologischen, sozialpolitischen und wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der Universitäten, an einigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), dem Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), dem Internationalen Forschungszentrum für soziale und ethische Fragen (ifz) sowie im Rahmen des Österreichischen Netzwerks gegen Armut und soziale Ausgrenzung (Die Armutskonferenz), dem das Netzwerk von Betroffenen, die „Plattform Sichtbar Werden“ angeschlossen ist. Durch die enge Vernetzung von Forschung, Praxis und Betroffenen, der auch die alle zwei Jahre stattfindende Tagung namens „Armutskonferenz“ dient, sind die Realisierung von partizipativen Projekten und an die „action research“ angelehnte Projekte möglich. Im Rahmen einer breiten Zusammenarbeit entstanden Publikationen wie ein Handbuch zum Thema Armut (Dimmel/Schenk/Stelzer-Orthofer 2014), eines zum Thema Reichtum (Dimmel/Hofmann/Schürz 2017) und zum Beispiel ein Buch zur klimasozialen Politik (Beigewum/Attac/Die Armutskonferenz 2021), die jeweils den aktuellen Forschungsstand für eine breitere Leser*innenschaft darstellen. In diesem Artikel werden einige zentrale theoretische Ansätze (wie die Ressourcen- und die Exklusionstheorie sowie Ansätze zur Beschämung und Diskriminierung) und empirischen Ergebnisse der Armutsforschung in Österreich zusammengefasst und ein Blick auf neue Fragestellungen und Herangehensweisen geworfen.

7.2 Von den Einkommenskonzepten zu Prekarisierung und Capability Approach

In Österreich spielen die EU-SILC-Daten (Community Statistics on Income and Living Conditions) eine herausragende Rolle in der offiziellen Beschreibung von Armut – anders als in Deutschland, wo es alternative Datensätze wie das SOEP

(Sozio-oekonomische Panel) gibt. Im Rahmen des EU-SILC werden drei Ansätze zur Beschreibung von Armut verfolgt. Zum einen wird Armutsgefährdung angenommen, wenn das gemeinsame Einkommen von Menschen eines Haushalts unter dem Schwellenwert von 60 Prozent des mittleren, an die Haushaltsgröße angepassten (= äquivalisierten) Einkommens liegt. In Österreich lebten 2021 nach diesem Kriterium 1,3 Millionen Menschen (15 Prozent der Bevölkerung) unter der Armutsschwelle, die für Einpersonenhaushalt bei 16.457 Euro und für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern bei 34.560 Euro liegt (Statistik Austria 2022). 320.000 Kinder (inkl. Jugendliche) sind betroffen. Eltern-Haushalte sind mit 36 Prozent (86.000) ebenso überdurchschnittlich betroffen wie Familien mit mindestens drei Kindern (29 Prozent, 246.000) und alleinlebende Frauen – mit und ohne Pensionsbezug (24 Prozent, Statistik Austria 2022). Ein zweites Armutskriterium, das im Rahmen von EU-SILC erhoben wird, ist die multiple Deprivation. Sie beschreibt ein niedriges Konsumniveau und wird dann angenommen, wenn bestimmte Güter, wie zum Beispiel Auto, Handy, eine teure Mahlzeit oder ein Urlaub nicht leistbar sind. Ein drittes Kriterium stellt eine niedrige Erwerbstätigkeit im Haushalt dar. Dieses gilt als erfüllt, wenn die Haushaltsmitglieder im erwerbsfähigen Altern (15–64 Jahre) im Durchschnitt weniger als sieben Stunden pro Woche arbeiten; 2020 betraf dies 469.000 Menschen (Statistik Austria 2022).

Allerdings kann im Umkehrschluss nicht davon ausgegangen werden, dass keine Armutsgefährdung besteht, wenn eine weitergehende Erwerbstätigkeit erfüllt ist. 297.000 Menschen leben in Haushalten, in denen das Einkommen trotz Arbeit nicht reicht, um die Existenz des eigenen Haushaltes zu sichern („working poor“) (Statistik Austria 2022). Im Konzept der Prekarisierung wird davon ausgegangen, dass Menschen in zunehmendem Maße von Armut betroffen oder bedroht sind, weil ihre Arbeitsverhältnisse prekär sind (siehe auch den Beitrag von Carina Altreiter und Roland Atzmüller in diesem Band). Tatsächlich wird zunehmend in Teilzeit (2008: 805.900; 2018: 1.088.000), befristet (2008: 179.500; 2018: 236.400) oder in Leih-/Zeitarbeits-Beschäftigungsverhältnissen (2008: 69.000; 2018: 90.000) gearbeitet (Knittler 2019). Die Quote der Niedriglohn-Arbeitsverhältnisse beträgt ca. 15 Prozent, sie blieb jedoch weitgehend konstant (Geisberger 2021; Verwiebe/Fritsch 2018). Robert Castel und Klaus Dörre (2009) schlagen daher vor, nicht allein nach arm und nicht arm zu unterscheiden, sondern drei Zonen zu unterscheiden: die Zone des stabilen Wohlstandes, die Zone der Prekarität und die Zone der Abgekoppelten. Eine daran anschließende Untersuchung von Zandonella (2017, S. 279) sieht in Österreich 48 Prozent der Bevölkerung in stabilem Wohlstand („Zone der Integration“), 39 Prozent in prekären Verhältnissen (Zone der Verwundbarkeit) und 14 Prozent abgekoppelt.

Neben den verschiedenen Ansätzen, die vor allem die monetäre Situation in den Vordergrund stellen, kann Armut auch vielschichtiger beschrieben werden. Beispielsweise schließen mehrdimensionale Ansätze wie der Lebenslagenansatz

(z. B. Richter 2019) Variablen zum Wohnen, Leben, Arbeiten, subjektives Wohlbefinden etc. mit ein, bieten aber kein theoretisches Modell für die Zusammenhänge bzw. das Ineinandergreifen dieser unterschiedlichen Dimensionen. Der Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer (Schultheiß et al. 2021) thematisiert vor allem Bereiche, die als Ursachen von sozialer Ungleichheit und Armut gesehen werden können (z. B. Umwelt, ökonomische (In-)Stabilität oder Beschäftigung), fokussiert aber nicht speziell auf Armut. Er orientiert sich an den Zielen der nachhaltigen Entwicklung, den Sustainable Development Goals, der Vereinten Nationen, der unter anderem im Capability Approach von Amartya Sen gründet. In diesem auch in Österreich viel diskutierten Ansatz (für Österreich z. B. Beham-Rabanser/Zartler 2016; Graf/Kapferer/Sedmak 2013; Sedmak et al. 2011), werden unter Capabilities „Handlungsspielräume“ verstanden, die mehrdimensional gedacht werden.

Während Sen formal von einer Darstellung in mehrdimensionalen Matrizen spricht (Knecht 2010), wurde bei dem Human Development Index der Vereinten Nationen, an dessen Erstellung Sen beteiligt war, pragmatischer vorgegangen: Für diesen Index, mit dem der Stand der Entwicklung und der Wohlstand von Nationen beschrieben werden sollen, werden die Durchschnitte von Brutto-sozialprodukt, Lebenserwartung (als Beschreibung von Gesundheit) und eines Bildungsindikators miteinander verbunden (siehe die jährlich erscheinenden Human Development Reports). In seinen philosophisch orientierten Schriften zu Armut, Gerechtigkeit und Freiheit versucht Sen die politischen Faktoren, die die Entstehung von Wohlstand und die Reduktion von Armut befördern, zu systematisieren. Er beschreibt fünf Grundfreiheiten, die auf gesellschaftlicher Ebene zentral sind. Dazu zählen die Meinungsfreiheit, der Zugang zu Märkten, soziale Institutionen wie zum Beispiel Bildungsinstitutionen, die Chancengleichheit befördern und gesellschaftliche Transparenz, Vertrauen und Korruptionsbekämpfung (Sen 2000). Diese demokratischen Grundpfeiler stellen für ihn die Ausgangsbasis für qualitativen Wohlstand und für die Bekämpfung von Armut dar. Allerdings diskutiert er in seinem eher allgemein gehaltenen Ansatz weder konkrete institutionellen Umsetzungen noch die Frage, welche Auswirkungen die Verteilung und Umverteilung von Einkommen und Vermögen konkret hat. Pickett und Wilkinson (2009) füllen mit ihren Betrachtungen der Folgen von Ungleichheit, zum Beispiel im Bereich Gesundheit und der Gesellschaft (zum Beispiel bezüglich Kriminalität), diese Lücke. Im Rahmen der Berechnung des Human Development Index spielen hingegen nur die Durchschnitte, nicht aber die Verteilungen von Lebenszeit, Brutto-sozialprodukt und Bildung eine Rolle, auch wenn im Rahmen des Reports Gini-Koeffizienten zur Beschreibung der Einkommensverteilung verschiedener Staaten angegeben werden. Die Frage, wie auf gesellschaftlicher Ebene Armut und Ungleichheit vermieden oder auch erzeugt wird, bleibt aber – unter anderem durch die Ausblendung der institutionellen Ebene, auf der die Verteilung von Einkommen, aber auch von Bildung

und Gesundheit organisiert wird – unterbelichtet (Knecht 2010). Diese Lücke versucht die Ressourcentheorie zu füllen.

7.3 Armut im multidimensionalen Mehrebenen-Modell der Ressourcentheorie

Ressourcen sind als Potenziale zu verstehen, deren Wert sich in Hinblick auf eine bestimmte Zielsetzung ergibt. Sie können inkorporiert sein, einer Person zugeschrieben sein (z. B. Eigentum) oder in der (weiteren) Umwelt einer Person liegen (Knecht/Schubert 2020, S. 314). Da Ressourcen individuelle Handlungsspielräume eröffnen, kann die Ausstattung mit Ressourcen als Indikator für Handlungsfähigkeit verwendet werden. Die Grundidee dieser Ressourcentheorien ähnelt damit dem Capability Approach.

Die interdisziplinäre, mehrdimensionale, transformationsbezogene Mehrebenen-Ressourcentheorie, die als Ressourcentheorie (IMTM) bezeichnet wird, beschreibt die Bedeutung mehrerer Ressourcen für das Individuum wie auch die Zuteilung bzw. Verteilung von Ressourcen in politischen Prozessen. Individuelle Handlungsspielräume können besser erfasst werden, wenn ein größeres Spektrum von Ressourcen berücksichtigt wird. Mit Bezug auf die Kapitaltheorie von Bourdieu und auf psychologische Ressourcentheorien werden zumindest Einkommen, Bildung, soziale Ressourcen, Gesundheit und psychische Ressourcen betrachtet (Knecht/Schubert 2012; 2020). Auch Zeit und Raum können als Ressourcen betrachtet werden, erweitert doch die Verfügbarkeit über Zeit Handlungsspielräume (Muckenhuber 2014; Klammer 2012) – und sind doch mit dem Bewohnen oder Aufenthalt in bestimmten Räumen (Stadtvierteln, Wohnräume oder Länder) bestimmte Privilegien oder Belastungen verbunden.

Gegenüber dem von Bourdieu (1992) verwendeten Begriff der Kapitalsorten (ökonomisches Kapital, soziales Kapital, kulturelles Kapital) steht weniger die individuelle, strategische Verwendung von Ressourcen zur Erzeugung „feiner Unterschiede“ im Vordergrund, noch der mit den Ressourcen einhergehender Habitus als vielmehr das in Ressourcen verborgene – und sozial ungleich verteilte – Handlungspotenzial. Insofern stellt die Ressourcentheorie eine mehrdimensionale Theorie sozialer Ungleichheit dar (Knecht 2010; Knecht 2011; Knecht/Schubert 2020). Eine gute Ausstattung mit Ressourcen führt häufig zur Ausstattung mit weiteren bzw. anderen Ressourcen, was tendenziell zur Stabilität der Sozial- bzw. Ungleichheitsstruktur führt. Als Ungleichheitstheorie steht die Ressourcentheorie in einer Linie mit ressourcenorientierten soziologischen Arbeiten von Bourdieu (1992), Giddens (1995), Kreckel (2004; 1982) und Therborn (2013) (siehe auch Knecht/Schubert 2020).

Neben der Bedeutung jeder einzelnen Ressource nimmt die Ressourcentheorie insbesondere die Transformationen von Ressourcen in andere Ressourcen

in den Blick, die auf sehr unterschiedlichen Ungleichheitsmechanismen basieren (Knecht 2012; Knecht 2011). So gehen mit höherer Bildung statistisch gesehen auch ein höheres Einkommen und bessere Gesundheit einher (siehe zu den Mechanismen: Knecht 2012, S. 53 f.; Knecht 2011, S. 591). Umgekehrt führt ein schlechter Gesundheitszustand zu geringerem Einkommen (siehe ebd.). Der Zusammenhang von psychischen Ressourcen und Gesundheit wird unter anderem im Rahmen des Salutogenese-Ansatzes diskutiert (Knecht 2012, S. 58). Der Ansatz des sozialen Copings zeigt, wie soziale Ressourcen auf die Gesundheit wirken (siehe zur Transformation: Knecht/Schubert 2020, S. 314; Knecht 2012, S. 165 f.; Knecht 2010). Mit der Fokussierung der Transformation von Ressourcen fungiert die hier vorgestellte Ressourcentheorie daher als eine Art Dachtheorie von Ungleichheitsmechanismen.

Im Mehrebenenansatz nimmt die Ressourcentheorie (IMTM) in den Blick, wie die verschiedenen Arten von Ressourcen durch Prozesse auf institutioneller Ebene und struktureller Ebene zugeteilt werden und wie sie dadurch auf individueller Ebene verteilt sind. So wird deutlich, wie die Ungleichverteilung der Ressourcen von (sozial-)politischen Makro-Faktoren abhängt. In politischen Prozessen werden Gerechtigkeits- und Legitimationsvorstellungen durch Gesetze und Erlasse „in Form gegossen“, die die institutionelle Ausgestaltung bzw. die Fortentwicklung von Institutionen bestimmen. Öffentliche Diskurse und Diskurse der politischen Sphäre spielen eine zentrale Rolle, wenn es um politische Verteilungswettkämpfe geht. In einem Kampf um Deutungsmacht, zum Beispiel über die Entstehung von Armut oder die Bedeutung des Missbrauchs von Sozialleistungen (siehe auch Wogawa 2000; Knecht 2010), werden Regelungen, zum Beispiel durch die Gesetzgebung, festgeschrieben und institutionalisiert – um dann, im Rahmen (sozial-)politischer Maßnahmen („policy“), also zum Beispiel in Form der Erbringung sozialer Dienstleistungen, konkretisiert zu werden. Damit werden Ressourcen zugeteilt bzw. die Ausstattung mit Ressourcen festgelegt.

7.4 Armut als Exklusion und fehlende politische Teilhabe an der Gesellschaft

Der aus der Systemtheorie stammende Begriff der „sozialen Inklusion“ hat in den 1990er Jahren großen Einfluss auf die wissenschaftliche und politische Debatte genommen. Auf Ebene der EU wurden Aktionspläne gegen Armut unter den Titel der „sozialen Inklusion“ gestellt. In Österreich nannte eine Expert*innengruppe des Sozialministeriums ihren Bericht „Einbinden statt ausgrenzen“ (1999), quasi die übersetzte Version von „Inkludieren statt Exkludieren“.

Dass Inklusion „gut“ und Exklusion „schlecht“ sei, ist aber keine ausgemachte Sache. Besonders an den Nahtstellen von Arbeitsmarkt und Sozialhilfe wird das Mischungsverhältnis zwischen staatlicher Hilfe und Zwangsmaßnahme

besonders für „schwer Vermittelbare“ brisant (Globisch/Madlung 2017). Für die Betroffenen kann „Ausschluss“ positive Seiten haben (insbesondere dann, wenn die vorgesehene staatliche Verhaltensregulierung nicht angemessen erscheint), während bestimmte Formen der Inklusion als massiv freiheitsbegrenzend abgelehnt werden. Will man die Dynamik von Inklusions- und Exklusionsprozessen verstehen, so muss man die subjektive Sichtweise berücksichtigen und sich auf die Erforschung der akteurseigenen Potenziale konzentrieren:

„Die Akteure aktivieren diese Potentiale, um an die Inklusions- und Exklusionsprozesse, die sie als ‚gut‘ erachten, Anschluss zu finden und um jenen Exklusions- und Inklusionsprozessen, die sie als ‚schlecht‘ ansehen, zu widerstehen“ (Vobruba 2000, S. 117).

Denn Armutsbetroffene suchen nach den guten Diensten und den materiellen Mitteln, die ihnen auch bei eingeschränkter Handlungsfähigkeit „begrenzte Autonomiegewinne“ (Vobruba 2000) ermöglichen. Ob etwas gut oder schlecht, hilfreich oder nicht ist, beurteilen die Betroffenen danach, ob es ein „weniger abhängiges Leben“ (Steinert/Pilgram 2003) ermöglicht. Martin Kronauer fordert daher:

„Statt als Ausgrenzung aus der Gesellschaft muss Exklusion als Ausgrenzung in der Gesellschaft verstanden werden. Erst dann werden die Ausgeschlossenen wieder in den Verhältnissen sichtbar, die sie ausschließen und mit denen sie sich auseinandersetzen. Die Ausgegrenzten sind Teil der Gesellschaft, auch wenn sie nicht an ihren Möglichkeiten teilhaben“ (Kronauer 2006, S. 44).

Stärker als der Begriff der Inklusion betonen die Begriffe Teilhabe und Partizipation die Mitbestimmung und die Handlungsressourcen, die Benachteiligten ein gutes Leben ermöglichen. Diese Begriffe stellen den Menschen als Akteur in den Blick. Neben „guter Inklusion“ und Teilhabe geht es immer auch um Aneignung: „Selbstorganisation“ bedeutet dem gemeinsamen Handeln eigenständige – und selbst verwaltete – Strukturen zu geben, um marginalisierte Interessen vorwärtszubringen oder ein Netzwerk gegenseitiger Unterstützung zu etablieren. Unterschiedliche Formen von „Community Organizing“ greifen wiederum gezielt in Machtverhältnisse ein und versuchen auf einer breiteren thematischen wie taktischen Ebene Gegendruck aufzubauen (Moser/Schenk 2014).

Mit dem einer Person zur Verfügung stehenden soziökonomischen Ressourcen steigt die Wahrscheinlichkeit politischer Partizipation. Der Anteil der Personen, die sich an Demokratie und Politik über Wahl und hinaus beteiligen, beträgt beim ökonomisch schwächsten Drittel nur 55 Prozent, beim stärksten aber rund 80 Prozent (Zandonella 2020). Für eine aktive Beteiligung am politischen Geschehen sind Ressourcen wie verfügbare Zeit, Wissen und Information und

finanzielle Ressourcen notwendig. Personen, die ihre materielle Absicherung für die Zukunft als schlecht einschätzen, partizipieren sehr viel seltener als solche, die sich als gut materiell abgesichert empfinden. Dieses Bild einer „Zweidrittel-Demokratie“ verfestigt sich weiter, wenn man nach der Beteiligung an Wahlen fragt. Der Aussage „Mit meiner Stimme kann ich bei Wahlen die Zukunft Österreichs mitbestimmen“ können 50 Prozent des stärksten ökonomischen Drittels zustimmen, aber nur 28 Prozent des schwächsten. Das ärmste Drittel der Bevölkerung nehmen 41 Prozent nicht an Wahlen in Österreich teil, beim reichsten Drittel sind es nur 17 Prozent (Zandonella 2020).

Des Weiteren sind Menschen ausgeschlossen, die nicht oder nur eingeschränkt wählen dürfen, obwohl sie in Österreich geboren sind und dort ihren Lebensmittelpunkt haben und arbeiten. Darunter fallen viele, die – zum Beispiel beschäftigt am Bau, in der Reinigungsbranche oder im Handel – sich auch im untersten Drittel der Bevölkerung wiederfinden. Daher sind im Parlament vor allem die Interessen des oberen und mittleren Drittels vertreten, tendenziell werden die Gesetze für sie gemacht. Eine Studie des Max-Planck-Instituts (Elsässer 2018) zeigt für Deutschland, dass die Entscheidungen des Bundestages seit den 1980er Jahren systematisch zugunsten oberer Berufs- und Einkommensgruppen verzerrt sind. Dementsprechend vertrauen die Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel in Österreich der Demokratie am wenigsten und haben den Eindruck, dass ihre Stimme nicht zählt, so der SORA-Demokratiemonitor (SORA 2019). Zunehmende soziale Ungleichheit führt so zu einer tiefen sozialen Kluft in der Gesellschaft und zu einem sich selbst verstärkenden Ausgrenzungsmechanismus in den demokratischen Organisationen (Die Armutskonferenz 2020).

7.5 Armut, Diskriminierung und Beschämung

Gunnar Myrdal verwendete als erster 1962 den Begriff „underclass“, um die gemeinsame Betroffenheit von gekündigten Arbeitern der aussterbenden Industrien in den USA, die von sinkendem Lebensstandard bedroht und an den Rand gedrängt wurden, zu beschreiben. Ihm galt „underclass“ als eine soziologische Kategorie – ohne moralisierende Beiklänge, ohne rassistische Untertöne und kulturelle Zuschreibungen. Jedoch wurde der Begriff bald von politischen und ökonomischen Eliten moralisch aufgeladen und erfuhr so eine stigmatisierende Umdeutung. Er wurde dann zum einen dazu verwendet, um soziale Unterstützung für die untersten Einkommensschichten zu denunzieren und zu kürzen, zum anderen griffen ihn Interessengruppen auf, um die Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings, die immer stärker auch soziale Rechte einforderte, zu delegitimieren. Am Schluss blieb von dem soziologischen Begriff der „underclass“ die Karikatur einer angeblich „faulen“ afroamerikanischen Person über (siehe auch Wacquant 2022). Obwohl Sozialwissenschaftler wie William J. Wilson (1987)

versuchten, den Begriff „underclass“ als empirische und realistische Beschreibung zu retten und durch die Begriffe „ghetto poor“ oder „new urban poor“ ergänzten, verfestigte sich die stigmatisierte Bedeutung des Begriffs im öffentlichen Diskurs. Damit wird die Abwertung dieses Begriffes Teil eines sich seit mehr als hundert Jahren stets wiederholenden Prozess, „bei dem die jeweilige soziale Verlierergruppe eines grundlegenden sozialen Wandels für ihre verschlechterte soziale Lage selbst verantwortlich gemacht, beschimpft und herabgewürdigt wird“ (Mayerhofer/Barlösius 2001, S. 37). Diesem „kulturellen Kampf“ in den Armutsdiskursen um die Bedeutung von Armut und Armen, die ihre legitimatorische Basis in einem kruden Klassismus findet, widmen sich aktuell auch verschiedene österreichische Untersuchungen (Seeck/Theißl 2020, siehe auch Hofmann/Walter 2021).

Eine Analyse der Regierungsperiode der Koalition von ÖVP und FPÖ zwischen Dezember 2017 und 2019 (Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020) zeigt, wie der Missbrauchsdiskurs politisch eingesetzt wird: Während sich die Kampagnen vor der österreichischen Nationalratswahl 2017 vor allem gegen Asylsuchende und ihre angebliche „Einwanderung in die Sozialsysteme“ gewendet haben, wendeten sich die Kampagnen der dann regierenden rechtspopulistischen Parteien (siehe auch Strobl 2021) nach der Wahl auch gegen Menschen der Mehrheitsbevölkerung, die sich angeblich mit „Ausreden beim AMS durchschummeln“, „sich durchtragen lassen“ und „immer weniger in der Früh aufstehen, um zu arbeiten“ (zit. n. Knecht/Atzmüller 2021, S. 14; Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020). Die daraufhin erfolgte Sozialhilfereform führte dementsprechend zu geringeren Leistungen für alle Empfänger*innen-Gruppen, wobei nach den Erkenntnissen der Armutskonferenz insbesondere auch Menschen in teilbetreuten Wohngemeinschaften, im Übergangswohnen sowie in psychosozialen Wohnheimen betroffen sind (Die Armutskonferenz 2022).

Verwerfungen in der medialen Berichterstattung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zeigten sich auch in einer Untersuchung (Pernegger/Schenk 2018) zur Darstellung von Armut betroffener Kinder in den reichweitenstärksten Medien Österreichs: Die Kinder werden dort fast nur dargestellt als Kriminelle oder als Objekte von Spendenaktionen, also als „brutale Täter“ oder „arme Opfer“, was zu einem stark polarisieren und einseitigem, verzerrenden Bild in der Öffentlichkeit führt (ebd.). Echte Lebenssituationen, Perspektiven und Aussagen betroffener Kinder finden keinen Platz in dieser Berichterstattung. Zu zwei Drittel geht es um Burschen, nur ein Drittel sind Mädchen. In nur drei Prozent der Fälle berichten diese Medien über die Potenziale und Talente von Kindern und Jugendlichen. Andere Themen wie etwa Kinder in der Jugendhilfe, solche, die Angehörige pflegen oder Jugendarbeitslosigkeit werden kaum beleuchtet.

Die medialen Missbrauchsdiskurse, die zuletzt auch in Österreich ein größeres Gewicht bekommen haben (Knecht 2018), geben einen Hinweis darauf,

mit welchen diskriminierenden Bildern die heterogene Gruppe der Armutsbetroffenen permanent konfrontiert werden. Die stereotypen Bilder, in denen Armutsbetroffenen als unwillig, unfähig und hinterhältig darstellen werden, stellen eine Schablone der Identitätsstiftung dar, von der sich abzugrenzen eine stetige Herausforderung der Betroffenen für sich selbst und gegenüber anderen darstellt (Becker/Gulyas 2016). Der Umgang mit diesen homogenisierenden Bildern kostet die Betroffenen gerade deshalb so viel Kraft, weil die Fremddarstellung der eigenen Person bedeutsamer für die Konzeption der eignen Identität ist, als die Eigendarstellung (Morf/Koole 2014; Glassl 2008).

In einem Projekt der Armutskonferenz zu Beschämungserfahrungen von Armutsbetroffenen in Österreich konnten bei Befragungen die genannten Reaktionen auf erlebte Beschämung grob unterteilt werden in nach innen gerichtete Reaktionen (z.B. Starre, Sprachlosigkeit, Rückzug), nach außen gerichtete Reaktionen (z.B. Wut, Ärger, Konfrontation) und stärker politisch orientierte Reaktionen wie Forderungen nach politischer Veränderungen (Knecht 2019). In den durchgeführten Befragungen berichteten die Armutserfahrenen auch von gesundheitlichen Belastungen und Krankheiten, sowohl in physischer als auch psychischer Dimension, wobei Depression besonders häufig erwähnt wurden (Weinberger 2018, S. 17). Diese Ergebnisse ergänzen andere Untersuchungen, die aufzeigen, wie die Kombination von schwierigen Lebenssituationen, ihren Ursachen und die Konfrontation mit beschämenden Fremdbildern das Selbstbild und den Selbstwert angreifen (siehe auch Globisch 2017; Gurr/Jungbauer-Gans 2017). Eine häufige Folge ist sozialer Rückzug.

In diesem Projekt wurden auch verschiedene Gegenstrategien entwickelt (Knecht 2019): Auf der Ebene des individuellen Zugangs können die individuelle Auseinandersetzung und Reflexion wie auch Trainings helfen, besser mit Beschämungssituationen umzugehen bzw. herauszufinden, wie diese vermieden werden können. Für Betroffene kann es zudem hilfreich sein, die Mechanismen von Stigmatisierung, Vorurteilen und Stereotypen zu verstehen, da sie dann Beschämungssituationen erkennen können und verstehen können, dass zum Beispiel verbale Übergriffe in gewisser Weise nicht ihnen persönlich gilt, sondern sie sozusagen in Gruppenhaft einer Vorurteilszuschreibung genommen werden. In Gruppen und Gemeinschaften können sich Betroffene über ihre Lebenssituation austauschen. Erfahrungsgemäß führt die Einsicht, dass man nicht allein betroffen ist, zu Erleichterung (ebd.). Gleichzeitig wird über das Erzählen, Vergleichen und Sammeln beschämender Erlebnisse auch die strukturelle Funktion von Beschämung klarer: Die Beschämung führt dazu, dass Menschen sich zurückziehen und (auch gesellschaftlich) verstummen. Das ist auch der Grund, weshalb Beschämung zur (politischen) Machtausübung und Unterdrückung genutzt werden kann (Frevert 2017).

Musik, Gedichte, Theaterstück und ähnliches, die sich thematisch mit Beschämung (und ggf. Unterdrückung, Vernachlässigung etc.) beschäftigen, können als

kulturelle Identifikationspunkte helfen, Beschämungssituationen zu thematisieren und sich über gemeinsame Positionen zu verständigen. Projekte wie „Das Leben erzählen“ des französischen Philosoph Pierre Rosanvallon (2015), in dem Menschen ihre Lebensgeschichten erzählten und veröffentlichten, können zu einer differenzierteren Sicht in der Öffentlichkeit führen (siehe auch: #IchBinArmutsbetroffen). Darüber hinaus kann durch Methoden des Community Organizing und der Gemeinwesenarbeit gemeinsame Handlungsfähigkeit hergestellt werden. Als ein erster Schritt gegen beschämende Situationen auf Ämtern können Begleitprojekte dienen. Bekannte oder Fachkräfte begleiten dabei Antragsteller als Beistände. Diejenigen, die begleitet werden, fühlen sich vor allem weniger der Willkür der Ämter ausgeliefert. Auf struktureller Ebene sind Strategien gefragt, um öffentliche Diskurse zu beeinflussen. Des Weiteren kann versucht werden, Einfluss auf die politischen Prozesse und damit auch auf die Gesetzgebungsprozesse zu nehmen. Zum einen kann über Antidiskriminierungsgesetze, EU-Behinderten- sowie Kinderrechtskonvention und Beschwerdeinstitutionen aufgeklärt werden. Betroffene bzw. Klientinnen und Klienten können darin unterstützt werden, Grundsatzurteile in gerichtlichen Verfahren zu erlangen, die sie allein nicht bewältigen könnten (z.B. Sozialrechtsnetz der Armutskonferenz). Von der Armutskonferenz liegen zum Thema Beschämung Leitfäden für Betroffenen und für Organisationen vor (Die Armutskonferenz 2019a; 2019b).

7.6 Armut, Armutsbekämpfung und ihre Interventionen

Henriette Gschwendtner, engagiert in dem Netzwerk Armutsbetroffener „Plattform Sichtbar Werden“ und Interessensvertreterin bei Exit Sozial, hält fest, an welchen Stellen es brennt: „Es gibt viel zu wenig Therapieplätze für Menschen mit chronischen Erkrankungen. Alleinerziehende Mütter können die immer höher steigenden Mieten nicht mehr zahlen. Oder wenn jemand in einer teilbetreuten WG wohnt, geht sich das mit der gekürzten Mindestsicherung und dem Wohnkostenbeitrag nicht mehr aus. Würde mich nicht wundern, wenn da viele in die Obdachlosigkeit abrutschen“ (zit. n. Fabris/Schenk 2020). Was Gschwendtner sich von einer Demokratie erwartet: „Politiker müssen uns mehr zuhören und unseren Alltag ernst nehmen. Nicht drüberfahren und uns ignorieren“. Silvia Gangl, die sich wie Henriette Gschwendtner in der „Plattform Sichtbar Werden“ engagiert, bestärkt ihre Kollegin: „Demokratie bedeutet mitbestimmen und mitgestalten können. Aber dazu muss man auch ernst genommen werden, egal ob man viel Geld hat, ob man kein Geld hat, ob man krank ist, ob man gesund ist, ob man alt ist, ob man jung ist, dick, dünn, welche Hautfarbe, ethnische Ausrichtung, gleichwertig“ (zit. n. ebd.).

Prekarität und „working poor“ stellen ein verschwiegenes Thema hinter der Mindestsicherung dar: In 57 Prozent der Familien mit Kindern in der

Mindestsicherung hat zumindest ein Familienmitglied eine bezahlte Beschäftigung (Statistik Austria 2020). Gemäß Statistik Austria (2021) sind insbesondere Kinder, Frauen im Alter, Alleinerzieherinnen, „working poor“ und Langzeitarbeitslose besonders gefährdet von Armut betroffen zu sei. Darüber hinaus sind insbesondere Menschen mit chronischer Erkrankung mit großen Problemen konfrontiert. Eine bessere Versorgung mit psychosozialen Notdiensten – gerade im ländlichen Bereich – sowie leist- und erreichbare Psychotherapie-Angebote für Kinder und Erwachsene und eine qualitative Verbesserung der Situation chronisch Kranker bzw. der Gutachtersituation sind von Nöten (Schenk/Rümmele 2017). Hohe und steigende Wohnkosten bringen besonders ärmere Haushalte schnell in Bedrängnis (Statistik Austria 2020). Als „neuestes“ Risiko kommen die allmählich spürbaren Folgen des Klimawandels und die damit gekoppelte überproportionale Belastung der ärmsten Haushalte hinzu (Die Armutskonferenz 2021).

Betrachtet man die Umverteilungswirkung des Wohlfahrtsstaats, so zeigt sich, dass insbesondere monetäre Transfers entscheidend zum sozialen Ausgleich betragen und armutspräventiv wirken. Die Transfers (Sozialleistungen und Pensionen) reduzieren die Armutsgefährdung von 45 Prozent auf 15 Prozent (Statistik Austria 2022). Neben der Pension sind klassische Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Notstands- und Sozialhilfe sowie Wohnbeihilfe am hilfreichsten. Dabei erfolgt die staatliche Umverteilung in Österreich fast ausschließlich über die Ausgabenseite: Auch ohne Berücksichtigung der Haushaltgröße fließen fast 75 Prozent der Arbeitslosenversicherungen, der Notstands- und Sozialhilfen sowie 51 Prozent der Wohnbauförderung dem untersten Einkommensdrittel zu. Deutlich weniger umverteilend wirken die wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Familienförderung, die im Wesentlichen nach der Anzahl der kranken Personen bzw. Kinder, Schüler und Studenten verteilt werden. Aber auch sie wirken progressiv, das heißt ihre Bedeutung in Relation zum Einkommen nimmt in den höheren Einkommensschichten ab (WIFO 2019). Dem entgegengesetzt hat der neue steuerliche Familienbonus als Absetzbetrag eine progressive Wirkung, weil nur diejenigen, die mehr Steuern zahlen, diese Leistung voll ausschöpfen können. Die ärmsten Familien und Kinder haben vom steuerlichen Familienbonus nichts (Fink/Rocha-Akis 2021).

Zu den Schwächen des Sozialstaats konservativer Prägung wie Österreich oder Deutschland gehört, dass sich prekäre Arbeitsverhältnisse und nicht durchgängige Erwerbsbiografien ungebrochen in den Systemen sozialer Sicherung fortsetzen (siehe auch den Beitrag von Bettina Leibetseder in diesem Band). Dem stark am Versicherungsprinzip und am männlichen Ernährerhaushalt ausgerichteten Sozialstaatsmodell fehlen wirksame Mindestsicherungselemente sowie universelle Leistungen. Es mangelt an Bildungschancen unabhängig von sozialer Herkunft, eigenständiger Existenzsicherung für Frauen, sozialen Dienstleistungen und einer Demokratisierung des Wohlfahrtsmodells mit stärkeren partizipativen Elementen. Die neuen sozialen Risiken liegen quer zu den klassischen Risiken

sozialstaatlicher Sicherungssysteme: neue Selbstständige, prekäre Beschäftigung, Lebensrisiko Pflege, chronische Krankheiten.

Grundsätzlich helfen einkommensarmen Menschen Investitionen in Dienstleistungen, die sie im Alltag unterstützen, sehr gut: von der Kinderbetreuung, der Frühförderung, Beratungsangebote für Menschen in sozialen Notlagen, Wohnangeboten für Jugendliche mit (familiären) Problemen, Schuldenberatung bis hin zu Pflegehilfen. Hier entstehen Win-win-Situationen zwischen neuen Möglichkeiten der Einkommenserzielung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Frühförderung von Kindern und der (Pflege-)Entlastung Angehöriger. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass an die Inanspruchnahme solcher Leistungen zunehmend Bedingungen geknüpft werden, mit denen die Bevölkerung „gesteuert“ wird bzw. ihr Verhalten in eine bestimmte Richtung getrimmt wird (siehe auch: Atzmüller/Décieux/Knecht 2019).

7.7 Anregungen für neue Wege der Armutsforschung

Obwohl sich die Armutsforschung in Österreich in den letzten 20 Jahren intensiviert und ausdifferenziert hat, sind noch viele Fragen offen. Als Ergänzung zur einkommensdominierten Armutsforschung gilt es auch die Ausgabenseite in den Blick zu nehmen. Hohe Miet- und Energiekosten betonen die Bedeutung der Ausgabenseite. Mit der Konzeption der sogenannten Referenzbudgets konnten für verschiedenste Haushaltstypen Ausgabenraster empirisch erforscht werden; diese Daten könnten weiter differenziert werden, sodass Unterschiede zwischen bestimmte Regionen, Bezirken und betroffenen Gruppen berücksichtigt werden können.

Die bisherigen Erhebungen zur Nicht-Inanspruchnahme von Mindestsicherung (Fuchs et al. 2020) und zu Personen ohne Krankenversicherung (Fuchs et al. 2018) geben bereits einen Einblick in das Ausmaß, die Betroffenheit und Gründe des sogenannten Non-Take-Up. Über weitere vertiefende Untersuchungen kann neues Wissen über das Funktionieren von sozialstaatlichen Organisationen und über Barrieren und Hürden ihrer Inanspruchnahme geschaffen werden.

Bildung kann dem individuellen Aufstieg dienen. Daher bleibt die Frage, wie Bildungssysteme durchlässiger und wenig selektiv gestaltet werden können (siehe auch den Beitrag von Karina Fernandez in diesem Band). Durch die sozialindexierte Mittelverteilung werden Schulen in einkommensschwachen Vierteln oder Regionen stärker gefördert. Dennoch darf nicht davon ausgegangen werden, dass über ein Mehr an Bildung die gesellschaftliche Stratifikation insgesamt erheblich verändert werden kann (Solga 2014; Langer 2018). Sozialinvestitionsansätze erfüllen daher auch eine Feigenblattfunktion (Atzmüller/Knecht 2017). Mehr Beachtung benötigt auch die Frage, über welches Wissen Pädagog*innen in Kinderkrippe, Kindergarten, Schule und Berufsberatung verfügen müssen, um

im Sinne armutssensibler Pädagogik betroffene Kinder, Jugendliche und Eltern nicht-diskriminierend unterstützen zu können (Arztmann 2021).

In vielen sozial(-politischen) Bereichen wird die Ungleichheits-Dimension bisher zu wenig beachtet: So wird in der Pflegedebatte die Bedeutung von sozialer Ungleichheit und Armut unzureichend berücksichtigt. Es gibt kaum Wissen dazu, wie viele Pflegebedürftige betroffen sind, mit welchen Belastungen und Einschränkungen Angehörige konfrontiert sind, wie der Zugang zu Pflege(dienst)leistungen gestaltet ist und wie hoch die Inanspruchnahme ist. Auch die Folgen der Klimakrise müssen stärker unter dem Vorzeichen von sozialer Ungleichheit erforscht und diskutiert werden. Faktoren, wie die Belastung durch Hitze, Lärm, Luftverschmutzung und die Betroffenheit durch Emissionen oder Verkehr haben einen sozialen Gradienten. Die Armuts- und Ungleichheitsforschung kann hier für die in Europa bereits verstärkt diskutierte Umweltgerechtigkeit (*environmental justice*) die relevanten Daten liefern.

Die fehlende Berücksichtigung von Armuts- und Ungleichheitsaspekten hat sich auch in der Corona-Krise wieder gezeigt: Es gibt kaum Daten zu Einkommen, Bildung, Wohnort oder dem sozialen Status von Corona-Infizierten und -Toten. Forschung entlang der sozialen Determinanten von Gesundheit und Sterblichkeit können neue Erkenntnisse für die Pandemiebekämpfung sowie für die Verbesserung von Krankheitsprävention und Lebenserwartung bringen.

Die in Österreich bereits erreichte Berücksichtigung der Perspektive Armutsbetroffener sollte weiter ausgebaut werden und sich prominenter in den Fragestellungen der Forschung wiederfinden. Dabei kann an die bisherige Forschung zu Freiheiten, Handlungsspielräumen, Verwirklichungschancen, „begrenzter Autonomiegewinnen“, und dem „weniger abhängigen“ bzw. „gөгängelmten Leben“ angeschlossen werden (siehe oben). Stärker untersucht werden sollten die Fragen, wie sich Benachteiligung, Ausschließung und Partizipationsdefizite aus Sicht der Betroffenen bzw. Akteur*innen darstellt, was die Betroffenen über ihren Umgang mit solchen Situationen sagen können, wo sich Hinweise auf subkulturelle, nachbarschaftliche, familiäre und sonstige informellen Netzwerke zeigen und welchen Stellenwert solche Netzwerke für die Bewältigung schwieriger Situation haben. Welche Instrumente des Coping werden ergriffen? Wie erklären sich Armutsbetroffene ihre Situation? Bei der Beantwortung dieser Fragen sollte ein besonderes Augenmerk auf Initiativen der Selbstorganisation und des *community building* (z. B. Eberle 2020) sowie auf Formen der Entstehung von Gegenmacht gelegt werden.

Neben der Einbeziehung der Betroffenen wird auch die Frage wichtiger, wie wissenschaftliches Wissen, aber auch die Sicht der Betroffenen, in einer Öffentlichkeit kommuniziert werden kann, die stark durch Lobbyismus, formierte Interessen und immer mehr auch durch verbreitete Falschinformationen geprägt ist. Der Finanzierung von praxisrelevanter Datenerhebung und Forschung, die unabhängig agieren kann und nicht am Gängelband der Politik hängt, kommt dabei eine zentrale Funktion zu.

Literatur

- Arbeiterkammer (2014): Sozialinvestitionen haben eine Mehrfachdividende. Wien: Arbeiterkammer.
- Arztmann, Claudia (2021): Kinderarmut in der elementarpädagogischen Einrichtung verstehen und begleiten. Masterarbeit. Klagenfurt: Universität Klagenfurt. <https://digital.obvsg.at/urn:nbn:at:at-ubk:1-41732> (Abfrage: 17.05.2022).
- Atzmüller, Roland/Décieux, Fabienne/Knecht, Alban (2019): Transforming Children and Adolescents in Human Capital. Changes of Youth Policies in Post-Crisis Austria. In: Grimm, Marc/Ertugrul, Baris/Bauer, Ullrich (Hrsg.): Children and Adolescents in Times of Crises in Europe. Berlin, Heidelberg: Springer VS, S. 107–123.
- Atzmüller, Roland / Knecht, Alban (2017): Die Legitimation von Aktivierung und social investment und die Pathologisierung jugendlicher Subjektivität. Ausbildungspolitik und Beschäftigungsförderung für ‚benachteiligte‘ Jugendliche in der Krise. In: Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria/Dörre, Klaus/Menz, Wolfgang/Riegraf, Birgit/Wolf, Harald (Hrsg.): Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 118–135.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban/Bodenstein, Michael (2020): Punishing the Poor and Fighting „Immigration into the Social System“ – Welfare Reforms by the Conservative and Far-right Government in Austria 2017–2019. In: Zeitschrift für Sozialreform 66 (4), S. 525–522. <https://doi.org/10.1515/zsr-2020-0022> (Abfrage: 21.09.2022).
- Becker, Jens/Gulyas, Jennifer (2016): Armut und Scham – Über die emotionale Verarbeitung sozialer Ungleichheit. In: Zeitschrift für Sozialreform 58 (1), S. 83–99. <https://doi.org/10.1515/zsr-2012-0104> (Abfrage: 21.09.2022).
- Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) (2016): Bildung als Privileg? Wiesbaden: Springer VS.
- Beham-Rabanser, Martina/Zartler, Ulrike (2016): Der Capability Ansatz in der Alleinerziehendenforschung. In: Staubmann, Helmut (Hrsg.): Soziologie in Österreich – Internationale Verflechtungen. Innsbruck: Innsbruck University Press, S. 411–436.
- Beigewum/Attac/Die Armutskonferenz (2021): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books.
- Bourdieu, Pierre (1992): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Bourdieu, Pierre (Hrsg.): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg: VSA, S. 49–79.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales & Konsumentenschutz (1999): Einbinden statt Ausgrenzen. Neue Strategien gegen die Armut. Bericht einer ExpertInnenarbeitsgruppe. Wien: BMASK.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Die Armutskonferenz (2019a): Tu was gegen Beschämung – Strategien zu mehr Anerkennung und besserer Gesundheit. www.armutskonferenz.at/media/leitfaden_tu-was-gegen-beschaemung.pdf (Abfrage: 05.03.2022).
- Die Armutskonferenz (2019b): Auf Augenhöhe. Wertschätzender Umgang im beruflichen Alltag der Gesundheits- und Sozialberufe. www.armutskonferenz.at/media/leitfaden_auf-augenhoehe.pdf (Abfrage: 05.03.2022).
- Die Armutskonferenz (2020): Stimmen gegen Armut. Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden. Norderstedt: BoD. <https://www.armutskonferenz.at/publikationen/publikationen-der-armutskonferenz/inhaltsverzeichnis-stimmen-gegen-armut.html> (Abfrage: 21.09.2022).
- Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.) (2017): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag.
- Dimmel, Nikolaus/Schenk, Martin/Stelzer-Orthofer, Christine (Hrsg.) (2014): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck: Studienverlag.
- Eberle, Hannah (2020): Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie. In: Die Armutskonferenz (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden. Norderstedt: BoD, S. 115–127. https://www.armutskonferenz.at/media/eberle_partizipation-statt-teilhabe_2020.pdf (Abfrage: 21.09.2022).
- Elsässer, Lea (2018): Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt am Main, New York: Campus.

- Fabris, Verena/Schenk, Martin (2020): Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise. In: Die Armutskonferenz (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden. Norderstedt: BoD, S. 247–256. https://www.armutskonferenz.at/media/fabris-schenk_forderungen-12-armutskonferenz_2020.pdf (Abfrage: 21.09.2022).
- Fink, Marian/Rocha-Akis, Silvia (2021): Monetäre Familienleistungen für unterschiedliche Haushaltskonstellationen. Wien: WIFO.
- Frevert, Ute (2017): Die Politik der Demütigung. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Fuchs, Michael/Gasior, Katrin/Premrov, Tamara/Hollan, Katharina/Scoppetta, Annette (2020): Falling through the social safety net? Analysing non-take-up of minimum income benefit and monetary social assistance in Austria. In: Social Policy & Administration 54 (5), S. 827–843.
- Fuchs, Michael/Hollan, Katarina/Schenk, Martin (2018): Analyse der Nicht-Krankenversicherten Personen in Österreich. Endbericht. Wien: European Center for Social Welfare Policy and Research.
- Geisberger, Tamara (2021): Entwicklung und Verteilung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich und in der EU. In: Statistische Nachrichten (9), S. 680–697.
- Georg Vobruba (2000): Alternativen zur Vollbeschäftigung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony (1995): Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Glassl, Stephanie (2008): Diskriminierung aus Sicht der Betroffenen: Individuelle Bewältigung und soziale Identität. Dissertation Universität Bielefeld. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:361-13499> (Abfrage: 05.03.2022).
- Globisch, Claudia (2017): „Er hat gesagt, er hat längere Hände als wie ich ...“. In: AK Salzburg/Zentrum für Ethik und Armutsforschung (Hrsg.): Lesebuch Soziale Ausgrenzung III. Wien: Mandelbaum, S. 65–70.
- Globisch, Claudia/Madlung, Fabian (2017): Aktivierende Sozialpolitik zwischen Systemimperativ und Eigensinn: Eine Untersuchung der Effekte und Aneignungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 42 (4), S. 321–343.
- Graf, Gunter/Kapferer, Elisabeth/Sedmak, Clemens (2013): Der Capability Approach und seine Anwendung. Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen erkennen und fördern. Wiesbaden: Springer VS.
- Gurr, Thomas/Jungbauer-Gans, Monika (2017): Eine Untersuchung zu Erfahrungen Betroffener mit dem Stigma Arbeitslosigkeit. In: Soziale Probleme 28 (1), S. 25–50.
- Hofmann, Julia/Walter, Julia (2021): Klassismus – „nur“ eine weitere Diskriminierungsform oder Ausdruck sozialer Ungleichheitsverhältnisse? [Sammelrezension] In: Wirtschaft und Gesellschaft 47 (4), S. 575–585. https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2021_47_4/2021_47_4_0575.pdf (Abfrage: 21.09.2022)
- Klammer, Uta (2012): Rush Hours of Life – Die Ressource Zeit im Lebenslauf aus Gender- und Familienperspektive. In: Knecht, Alban/Schubert, Franz-Christian (Hrsg.): Ressourcen im Sozialstaat und in der Sozialen Arbeit. Zuteilung – Förderung – Aktivierung. Stuttgart: Kohlhammer, S. 117–131.
- Knecht, Alban (2010): Lebensqualität produzieren. Ressourcentheorie und Machtanalyse des Wohlfahrtsstaats. Wiesbaden: Springer VS.
- Knecht, Alban (2011): Befähigungsstaat und Frühförderstaat als Leitbilder des 21. Jahrhunderts. In: Wirtschaft und Gesellschaft 37 (4), S. 589–611.
- Knecht, Alban (2012): Understanding and Fighting Poverty – Amartya Sen's Capability Approach and Related Theories. In: Social Change Review 10 (2), S. 153–176.
- Knecht, Alban (2016): Die Bedeutung von psychischen Ressourcen für benachteiligte Jugendliche am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf. In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis 48 (4), S. 847–860.
- Knecht, Alban (2018): Sozialmissbrauch als Aufhänger (erschieden in der Zeitschrift „Augustin“). www.albanknecht.de/publikationen/2019-AMS-Beschaemung-Diskriminierung.pdf (Abfrage: 12.07.2021).
- Knecht, Alban (2019): Beschämung von Armutsbetroffenen – Erfahrungen und Gegenstrategien. In: Soziale Arbeit 68 (9), S. 342–349

- Knecht, Alban/Atzmüller, Roland (2021): Lumping Asylum Seekers, Migration and the Poor together – Media Discourses and Welfare-Policy Dispositives in Austria After 2015. Ljubljana. www.albanknecht.de/vortraege/2021-Atzmueller-Knecht-Lumping-Asylum-Seekers-Migrants-and-the-Poor-together.pdf (Abfrage: 05.03.2022).
- Knecht, Alban/Schubert, Franz-Christian (2012a): Einführung. In: Knecht, Alban/Schubert, Franz-Christian (Hrsg.): Ressourcen im Sozialstaat und in der Sozialen Arbeit. Zuteilung – Förderung – Aktivierung. Stuttgart: Kohlhammer, S. 9–12.
- Knecht, Alban/Schubert, Franz-Christian (2020): Konzeptualisierung einer transdisziplinären Ressourcentheorie für die Soziale Arbeit. In: Neue Praxis 50 (4), S. 310–320.
- Knecht, Alban/Schubert, Franz-Christian (Hrsg.) (2012b): Ressourcen im Sozialstaat und in der Sozialen Arbeit. Zuteilung – Förderung – Aktivierung. Stuttgart: Kohlhammer.
- Knittler, Käthe (2019): Einkommen und atypische Beschäftigung 2018. In: Statistische Nachrichten (9), S. 681–690 und (10), S. 757.
- Kreckel, Reinhard (1982): Class, status & power? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34 (4), S. 617–648.
- Kreckel, Reinhard (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Kronauer, Martin (2006): Drinnen und Draußen, Oben und Unten. In: Die Armutskonferenz (Hrsg.): Mut zum Möglichen! Armut ist vermeidbar. Publikation zur 6. Österreichischen Armutskonferenz, Wien: Die Armutskonferenz, S. 41–45.
- Langer, Roman (2020): Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein. In: Die Armutskonferenz (2020): Stimmen gegen Armut. Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden. Norderstedt: BoD, S. 167–175. https://www.armutskonferenz.at/media/langer_individuelle-bildung-kein-ausweg_2020.pdf (Abfrage: 21.09.2022)
- Morf, Carolyn/Koole, Sander (2014): Das Selbst. In: Jonas, Klaus/Stroebe, Wolfgang/Hewstone, Miles (Hrsg.): Sozialpsychologie. Berlin, Heidelberg: Springer VS, S. 141–195.
- Moser, Michaela/Schenk, Martin (2014): Armutsbetroffene als Akteure – Partizipation und Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrungen. In: Dimmel, Nikolaus/Schenk, Martin/Stelzer-Orthofer, Christine (Hrsg.): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck: Studienverlag, S. 554–567.
- Muckenhuber, Johanna (2014): Arbeit ohne Ende? Zur Arbeitsrealität der „neuen“ Selbstständigen. Konstanz, München: UVK.
- Myrdal, Gunnar (1962): Challenge to Affluence. New York: Pantheon.
- Pernegger, Maria/Schenk, Martin (2018): Kinderarmut – Darstellung und Wirklichkeit. Über sozial benachteiligte Kinder & Jugendliche und Kinderarmut in österreichischen Massenmedien. www.armutskonferenz.at/news/news-2017/kinderarmut-darstellung-und-wirklichkeit.html (Abfrage: 16.05.2022).
- Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2009): Gleichheit ist Glück. Berlin: Tolkmitt/Zweitausendeins.
- Richter, Lukas (2019): Lebenslagen und Altersarmut. Über die Lebenssituation von als arm und alt adressierten Menschen. Wiesbaden: Springer VS.
- Rosanvallon, Pierre (2015): Das Parlament der Unsichtbaren. Wien: edition import/export.
- Schenk, Martin/Rümmele, Martin (2017): Genug gejamert! Warum wir gerade jetzt ein starkes soziales Netz brauchen. Mit Karikaturen von Gerhard Haderer. Unteraichwald: AmPuls.
- Schultheiß, Jana/Feigl, Georg/Pirklbauer, Sybille/Wukovitsch, Florian (2021): AK-Wohlstandsbericht. AK Wien. <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/99485917403343> (Abfrage: 21.09.2022).
- Sedmak, Clemens/Babic, Bernhard/Bauer, Reinhold/Posch, Christian (2011): Der Capability-Approach in sozialwissenschaftlichen Kontexten. Überlegungen zur Anschlussfähigkeit eines entwicklungspolitischen Konzepts. Wiesbaden: Springer VS.
- Seeck, Francis/Theißl, Brigitte (Hrsg.) (2020): Solidarisch gegen Klassismus. Organisieren, intervenieren, umverteilen. Münster: Unrast.
- Sen, Amartya (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München: Hanser.
- Solga, Heike (2014): Education, economic inequality and the promises of the social investment state. In: Socio-Economic Review 12 (2), S. 269–297.
- SORA (2019): Österreichischer Demokratiemonitor. Wien. www.demokratiemonitor.at (Abfrage: 05.03.2022).

- Statistik Austria (2020): Lebensbedingungen von Mindestsicherungsbeziehenden und ihren Haushalten. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2022): Tabellenband. EU SILC 2021. Wien: Statistik Austria.
- Steinert, Heinz/Pilgram, Arno (2003): *Welfare Policy from Below. Struggles against Social Exclusion in Europe. Towards a Dynamic Understanding of Participation*. Ashgate: Aldershot.
- Strobl, Natascha (2021): *Radikalisierte Konservatismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Therborn, Göran (2013): *The Killing Fields of Inequality*. Cambridge, UK, Malden, USA: Polity Press.
- Verwiebe, Roland/Fritsch, Nina-Sophie (2018): Die Entwicklung des Niedriglohnssektors zwischen 1996 und 2015 – Österreich, Deutschland und die Schweiz im Vergleich. <https://awblog.at/entwicklung-niedriglohnsektor> (Abfrage: 05.03.2022).
- Wacquant, Loïc (2022): *The Invention of the „Underclass“: A Study in the Politics of Knowledge*. Cambridge, UK, Medford, MA (USA): Polity Press.
- Weinberger, Anna (2018): Projekt Gesundheitsförderung zwischen Wertschätzung und Beschämung. Zwischenbericht. Wien: Die Armutskonferenz. https://www.armutskonferenz.at/media/zwischenbericht_projekt_gesundheit_beschaemung.pdf (Abfrage: 21.09.2022).
- WIFO (2019): Umverteilung durch den Staat in Österreich. Wien: WIFO.
- Wilson, William Julius (1987): *The Truly Disadvantaged: The Inner City, the Underclass, and Public Policy*. Chicago: University of Chicago Press.
- Wogawa, Diane (2000): Missbrauch im Sozialstaat. Eine Analyse des Missbrauchsarguments im politischen Diskurs. Habil.-Schr. Universität Osnabrück. Wiesbaden: Westdeutscher.
- Zandonella, Martina (2017): Auswirkungen prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 43 (2), S. 263–296.
- Zandonella, Martina (2020): Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie. Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden. In: *Die Armutskonferenz* (Hrsg.): *Stimmen gegen Armut. Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden*. Norderstedt: BoD, S. 83–93. https://www.armutskonferenz.at/media/zandonella_ungleichheit-zerstoert-demokratie_2020.pdf (Abfrage: 21.09.2022).

8. Reichtum und soziale Ungleichheit

Julia Hofmann

8.1 Einleitung

Seit Anfang der 2000er Jahre mehren sich die Befunde, dass die soziale Ungleichheit weltweit zunimmt. Der berühmte Verteilungsforscher Branko Milanović (2016) hat dies unter anderem anhand des Bildes eines Elefanten illustriert: Ganz hinten beim Schwanz des Elefanten befindet sich der arme, abgehangene Teil der Weltbevölkerung, auf dem Rücken werden die städtischen Mittelschichten im globalen Süden (v. a. aus China) abgebildet. Beim unteren Teil des Kopfes befinden sich die Mittelschichten des globalen Nordens (Europa, USA) und ganz an der Spitze eines aufgerichteten Rüssels sind die Reichsten dieser Welt, die mehrheitlich aus dem globalen Norden kommen. Dieser Elefantenrüssel wurde in den letzten Jahrzehnten immer länger und richtete sich immer höher auf, das heißt, die weltweit Reichsten wurden immer reicher und reicher. Dies vergrößert die (globale) Ungleichheit weiter (siehe auch den Beitrag von Karin Fischer in diesem Band). Der französische Verteilungsforscher Thomas Piketty (2014) hat in seinem Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ sogar davon gesprochen, dass das Ausmaß der sozialen Ungleichheit heutzutage eher dem Ausmaß des abklingenden 19. Jahrhunderts bzw. beginnenden 20. Jahrhunderts – also der Epoche eines kaum regulierten Kapitalismus – als dem Ausmaß der Ungleichheit Mitte des 20. Jahrhunderts entspricht (ebd.).

Die politökonomische Forschung nennt eine Vielzahl an Gründen für die zunehmende Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger (u. a. die neoliberale Globalisierung, die zunehmende Finanzialisierung oder die Dominanz einer Politik des Laissez-Faire). Sie weist darauf hin, dass diese Entwicklung keineswegs naturgegeben ist, dass es in der Geschichte also nicht „automatisch“ Phasen mit einem höheren und einem niedrigeren Ausmaß sozialer Ungleichheit gibt. Das Ausmaß der Ungleichheit ist hingegen stets ein Ausdruck einer spezifischen Form von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und damit einhergehend von bewusst gewählten politischen Entscheidungen (Atkinson 2015; Piketty 2020). Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass die aktuelle Zunahme sozialer Ungleichheit nicht notgedrungen so weitergehen muss, sondern dass sich über gesellschaftliche Kämpfe Ideologien wie Politiken und damit einhergehend auch materielle Verhältnisse (in Richtung einer Reduktion sozialer Ungleichheit) verändern können.

Der Forschung kommt bei den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen rund um das Thema „Reichtum und Vermögenskonzentration“ eine besondere

Stellung zu. Schließlich liefert sie nicht nur die Daten und Fakten zum konkreten Ausmaß der Ungleichheit, sondern weist auch auf deren gesellschaftliche Implikationen hin. Im Gegensatz zur allgemeinen Ungleichheits- und Sozialstrukturforschung ist die (empirische) Reichtums- und Vermögensforschung in der Soziologie, wie ich weiter unten näher zeigen werde, derzeit allerdings noch ein „Forschungsfeld im Aufbau“. Dies liegt unter anderem daran, dass es bis vor kurzem nur wenige (quantitative) Daten zur Vermögensungleichheit gegeben hat und die Forschungslandschaft derzeit vor allem von Ökonom*innen dominiert wird. Wie Korom (2019) gezeigt hat, gab es vor dem Bestseller von Piketty (2014) zudem auch wenig interdisziplinären Austausch zu Fragen der Vermögensverteilung zwischen den beiden Disziplinen der Ökonomie und der Soziologie. Umfassende soziologische Arbeiten, die den Blick „nach oben“ wenden, sind allerdings in einer Reihe angrenzender soziologischer Forschungsfelder (wie z. B. der Elitenforschung) zu finden. Diese sind bereits seit mehreren Jahrzehnten fixer Bestandteil soziologischer Ungleichheitsforschung. Auf einige ihrer zentralen Erkenntnisse werde ich im Folgenden daher auch etwas näher eingehen.

Anliegen dieses Beitrags ist es, einen kurzen Überblick über die Geschichte und den derzeitigen Stand der soziologischen Reichtums- und Vermögensforschung mit besonderer Berücksichtigung empirischer Forschungen mit Österreichbezug zu geben. Des Weiteren werde ich auf einige meiner Ansicht nach spannende (zukünftige) Themenfelder der soziologischen Reichtums- und Vermögensforschung eingehen und bestehende Erkenntnisse dazu – auch auf Basis meiner eigenen Forschungen – kurz vorstellen.

8.2 Geschichte der Reichtums- und Vermögensforschung

Zur Definition von Reichtum und Vermögen

Beschäftigt man sich mit Reichtum und Vermögen, so stellt sich gleich zu Beginn die Frage ihrer Definition: Was ist eigentlich Reichtum und ab wann ist man reich? Und was unterscheidet Reichtum von Vermögen? Der Ungleichheitsforscher Martin Schürz (2009; 2019) plädiert dafür, Reichtum als Teil eines gesellschaftlichen Verhältnisses zu denken: Reichtum steht stets in Verhältnis zu Armut; privates Vermögen ist stets im Verhältnis zu öffentlichem Vermögen zu betrachten. Während es bei Armut allerdings eine absolute Untergrenze (wenn die unmittelbaren Bedürfnisse, um zu überleben nicht mehr gestillt werden können) sowie eine statistische Definition (60 Prozent des Medianeinkommens, siehe auch den Beitrag von Alban Knecht und Martin Schenk in diesem Band) gibt, ist eine solche Grenze beim Reichtum seiner Ansicht nach schwierig zu setzen: Ist man ab einer Millionen Euro reich, ab 10 Millionen Euro oder erst ab 100 Millionen Euro? Eine solche Grenzziehung bleibt notgedrungen willkürlich, da

Menschen einerseits abhängig von ihrem eigenen sozialen Status höchst unterschiedliche Vorstellungen von Reichtum haben. Für manche ist es etwas Geld als „Puffer“ am Konto, für andere ein abbezahltes Einfamilienhaus, für wieder andere der Besitz mehrerer Ferienhäuser oder gar einer Yacht (Glatzer et al. 2008; Schmidbauer/Schürz 2009). Andererseits werden Geldsummen ab einer gewissen Höhe (was sind 100 Millionen, 200 Millionen oder 300 Millionen Euro?) für viele Menschen schlicht unvorstellbar und damit willkürlich.

Vermögen ist demgegenüber etwas leichter zu definieren: Man versteht darunter alles, was ein Haushalt besitzt, also sogenanntes Sachvermögen (z. B. Immobilien oder Grundbesitz), Gebrauchsvermögen (z. B. Schmuck oder Autos), Geldvermögen (z. B. Geld am Konto, Sparbücher, Aktien, Anleihen) oder Betriebsvermögen (z. B. die Beteiligung an Unternehmen). Diesem „Bruttovermögen“ stehen noch Verbindlichkeiten aller Art (z. B. über Wohn- oder Konsumkredite) gegenüber. Das „Bruttovermögen“ minus die Verbindlichkeiten bildet dann das sogenannte „Nettovermögen“ eines Haushaltes. Vermögensverhältnisse in einer Gesellschaft lassen sich daher durch diverse Maßzahlen (wie den Gini- oder den Theil-Index oder diverse Perzentilsvergleiche) auch relativ gut abbilden (zur Bestandaufnahme und Kritik dieser einzelnen Maßzahlen siehe: Humer/Moser 2017). Sie sagen aber noch nichts über die gesellschaftliche Bewertung dieser Verhältnisse aus.

Von den philosophischen und politökonomischen Grundüberlegungen ...

Das Verhältnis von Armut und Reichtum beschäftigte Denker*innen schon seit der Antike: Wie groß darf es sein? Wann ist viel zu viel? So warnte schon Platon vor den negativen Folgen zu großen privaten Reichtums, da dieser zu einer starken Konzentration von ökonomischer, in Folge aber auch politischer Macht führen würde. Korruption und Tyrannei wären die Folge. Ein besonderer Dorn im Auge waren Platon die „Überreichen“, also jene Personen, die reich, aber nicht „tugendhaft“ wären. Um deren moralischem Verfall sowie den gesellschaftlichen und demokratischen Problemen von zu großer Ungleichheit etwas entgegenzusetzen, schlug Platon daher ein maximales Verhältnis von 1:4 vor (Platon 1862, siehe auch: Schürz 2019).

Auch in der klassischen politischen Ökonomie wurde privater Reichtum noch recht ambivalent beurteilt. So war Adam Smith (1999 [1776]) zwar durchaus der Meinung, dass wohlhabende Kapitaleigner¹ durch Sparen und Investieren ökonomisches Wachstum ermöglichen können und somit zum Wohlstand aller beitragen. Allerdings betrachtete er die Möglichkeit eines unproduktiven

1 Da diese zu jener Zeit fast nur Männer waren, wurde an dieser Stelle bewusst auf eine Genderisierung verzichtet.

Luxuskonsums durchaus kritisch. Auch John Stuart Mill (2016 [1848]) trat klar für gleiche Startchancen für alle ein und wollte mithilfe einer annähernd 100 prozentigen Erbschaftssteuer jeder Generation die Chance geben, sich aneinander zu messen. Schlussendlich erachteten auch sozialistische Zugänge Privateigentum (an Produktionsmitteln) und privaten Reichtum nicht nur als moralisch verwerflich, sondern auch als aus sozialer Gerechtigkeitsperspektive hinterfragenswert (Krämer 2017).

Durch den Siegeszug der Neoklassik gerieten Fragen der Verteilung und der Gerechtigkeit allerdings ins Hintertreffen ökonomischer Überlegungen; man beschäftigte sich in der Ökonomie mehr mit Fragen der Knappheit der Güter und Produktionsfaktoren. Weiters setzte sich ein affirmativerer Zugang zu Reichtum durch. So betonte beispielsweise Simon Kuznets (1955), dass wachsender Reichtum eine notwendige Begleiterscheinung ökonomischen Wachstums sei. Er betrachtete die extreme Ungleichheit im Zuge von wirtschaftlichen Wachstumsprozessen allerdings als vorübergehend. Demgegenüber vertrat Friedrich Hajek (1981) die These, dass großer, privater Reichtum etwas Gutes wäre, da er in weiterer Folge reinvestiert werde und damit Arbeitsplätze und allgemeinen Wohlstand schaffe. Dieser sogenannte Trickle-Down-Effekt galt in der Ökonomie lange Zeit als gesetzt. Eine Kritik an Ungleichheit und privatem Reichtum wurde und wird weiterhin vielfach als „Neiddebatte“ geframed (Schürz 2019). Und das, trotz vieler, nicht zuletzt datengetriebener Gegenbeweise aus der ökonomischen Verteilungsforschung (Stiglitz 2012).

... zu den Anfängen des Forschungsfeldes in der Soziologie

Die frühe Soziologie näherte sich dem Thema des Reichtums und privaten Vermögens aus einer etwas anderen Perspektive als die Wirtschaftswissenschaft: Fragen des ökonomischen Wachstums oder des gesellschaftlichen Wohlstands standen nicht so sehr im Zentrum ihrer Überlegungen, sondern – ähnlich wie auch bei den frühen Denkern der Antike – die Legitimationen, Funktionen und gesellschaftlichen Folgen von privatem Reichtum.

Einer der ersten Soziologen, der sich mit Reichtum auseinandersetzte, war Torsten Veblen. Veblen (2007 [1899]) interessierten insbesondere die Ausdrucksformen und kulturellen Bedeutungen von Reichtum. In seiner „Theorie der feinen Leute“ zeigte er, dass Privateigentum und Besitz nicht nur mit Macht, sondern auch mit einem Leben in Luxus und mit Müßiggang verbunden sind. Die von ihm als „müßige Klasse“ bezeichnete Gruppe zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass sie über viel Geld verfügt. Sie leistet sich auch demonstrativ den „Müßiggang“ – damit ist unter anderem das Nachgehen von auf den ersten Blick „unproduktiven“ Hobbies, wie dem Erlernen toter Sprachen, gemeint – oder konsumiert „frei und ungehemmt“. Veblen argumentiert, dass sich die ästhetischen

Geschmacksnormen der müßigen Klasse – schön ist, was teuer und „nutzlos“ ist –, auch bei anderen Bevölkerungsgruppen wiederfinden, was diese, in weiterer Folge, danach streben lässt, auch reich (und müßig) zu werden.

Neben Veblen beschäftigte sich auch Georg Simmel (1900 [1989]) mit dem Thema des Reichtums. In seiner „Philosophie des Geldes“ betonte er insbesondere die Verknüpfung der materiellen mit der symbolischen Dimension: Privater Reichtum wird, Simmel zufolge, in der Gesellschaft vielfach mit „moralischem Verdienst“ verknüpft, Wohlhabende als die „anständigeren“ und „besseren“ Menschen erachtet. Er argumentierte weiters, dass Reichtum mit Freiheit verbunden wird, denn wer Geld hat, kann sich aus den Abhängigkeiten gegenüber anderen Menschen herauslösen. Diese Tendenz zum „Bestaunen von Reichtum“ und die positive Besetzung von Reichen trägt zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung bei (siehe auch: Schürz 2021).

Auch die frühe Elitenforschung beschäftigte sich mit Fragen des Reichtums, da sie fragte, was diejenigen, die ganz oben in der Gesellschaft stehen, von dem Rest der Gesellschaft unterscheiden würde. Der „Eliten“-Begriff wurde als Gegensatz zum Begriff der „Masse“ eingeführt (Pareto 1955 [1916]; Mosca 1939). Eine Elite wird als kleine Gruppe definiert, die auf Basis bestimmter Selektionskriterien (z. B. qua Geburt in eine „wichtige“ Familie oder durch bestimmte Ausbildungen/spezifisches Wissen etc.) oder durch persönliche Eigenschaften (z. B. besonders „leistungswillig“) über die Möglichkeit verfügt, Macht über andere auszuüben. Während in marxistischen Ansätzen strukturelle Bedingungen für die Herausbildung der herrschenden bzw. der beherrschten Klasse (wie z. B. das Privateigentum an Produktionsmitteln) betont wurden, spielten in der frühen Elitenforschung auch psychologische und politisch-ideologische Merkmale eine zentrale Rolle bei der Begründung, warum jemand Teil der Elite sei (Hofstätter/Hohmann/Neckel 2018).

8.3 Die zeitgenössische soziologische Reichtums- und Vermögensforschung

In einer vergleichenden Analyse der (in internationalen Journals) publizierten ökonomischen und soziologischen Arbeiten zu Fragen der Vermögensverteilung in der Nachkriegszeit zeigt Korom (2019), dass sich die ökonomische Forschung schon relativ früh nach dem 2. Weltkrieg wieder dem Thema des Reichtums und der Vermögensungleichheit widmete (z. B. Menderhausen 1956; Lampman 1962). Demgegenüber findet Korom für die Soziologie erst relativ spät wieder Arbeiten, die sich explizit mit dem Thema beschäftigten (z. B. Henretta/Campbell 1978; Parcel 1982).

Breitet man die Suche begrifflich etwas aus, finden sich etwa im Bereich der kritischen Elitenforschung (z. B. Bottomore 1964; Mills 1962) oder in der

Klassenforschung (für frühe Wiederaanwendungen des Klassenbegriffs nach 1945 in Österreich siehe u. a. Hofmann/Weiss 2018) zwar durchaus noch weitere Anknüpfungspunkte. Dennoch: Das postulierte „Ende der Klassengesellschaft“ trug in der Soziologie eher dazu bei, dass Reichtum und Vermögen als Forschungsthemen in den Hintergrund traten. Während Armut als Thema nie wirklich aus der Forschungsagenda „verschwunden“ ist, war Reichtum – als der andere Pol sozialer Ungleichheit – in soziologischen Studien über mehrere Jahrzehnte hinweg wenig präsent.

Andreß und Kronauer (2006: S. 34) argumentieren dies unter anderem damit, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit „ostentativem Luxus und Reichtum verpönt gewesen“ sei. Hinzu kam meiner Einschätzung nach aber auch, dass in gut ausgebauten Wohlfahrtsstaaten privater Reichtum kaum als gesellschaftliches Problem und damit auch nicht als Teil der politischen Agenda erachtet wurden. Nicht nur konservative, auch sozialdemokratische Regierungen fokussierten bei ihren Umverteilungspolitiken vor allem auf die ökonomische Mitte. Die Sicherung des Lebensstandards für die breite Mitte war das zu erreichende gesellschaftliche Ziel (Hofmann 2017). Wer „mehr“ hatte, dem wurde dieses „mehr“ auch gegönnt. Dadurch wurden Reiche in sozial- und wirtschaftspolitischen Überlegungen eher außen vorgelassen, was unter anderem auch die äußerst geringe Besteuerung von Vermögen im Vergleich zur hohen Besteuerung des Faktor Arbeit zeigt (OECD 2018; Hofmann/Marterbauer/Schnitzer 2020).

Die zunehmende Sichtbarkeit von sozialen Ungleichheiten und Unsicherheiten insbesondere in der Arbeiter*innen- und Armutsklasse, aber auch in der Mitte der Gesellschaft (z. B. Castel/Dörre 2009; Vogel 2009) trugen ab den 2000er Jahren dazu bei, dass Verteilungsthemen generell wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerieten. Damit trafen auch die Themen Reichtum und Vermögen wieder auf ein breiteres Forschungsinteresse. So erschien 2001 in Deutschland der erste Armuts- und Reichtumsbericht und im selben Jahr fand in Österreich die erste, zivilgesellschaftlich organisierte Reichtumskonferenz als Pendant zur zweijährlich stattfindenden Armutskonferenz statt (Armutskonferenz/Attac/Beigewum 2004). Die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 f. und die daraus entstehenden sozialen Bewegungen (z. B. Occupy Wall Street) beförderten das wissenschaftliche wie öffentliche Interesse an den obersten 1 Prozent weiter. Ein Beispiel: Das Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ des Vermögensforschers Thomas Piketty (2014) wurde trotz seiner über 800 Seiten und des akademisch-methodischen Schreibstils sogar ein Massenbestseller. Besonders hilfreich für die wissenschaftliche Reichtums- und Vermögensforschung in Europa war auch die erstmalige Verfügbarkeit von quantitativen Daten über das Vermögen der EU-Bürger*innen durch die Zentralbanken ab 2009 (Datensatz: Household Finance and Consumption Survey).

Die Reichtums- und Vermögensforschung erlebte in den letzten Jahren also einen regelrechten „Boom“. Obwohl das Feld der Vermögensforschung weiterhin

von Ökonom*innen dominiert wird, findet auch Korom (2019) ab den 2000er Jahren immer mehr soziologische Veröffentlichungen zum Thema. Er teilt sie in seiner Analyse grob vier Forschungsbereichen zu: (1) Studien zu den Themen „Erben“ sowie „intergenerationelle Weitergabe von Vermögen und sozialem Status“ (darunter fallen bspw. die Arbeiten von Beckert 2008); (2) Studien zum „racial wealth gap“, das heißt zu unterschiedlichen ethnischen Vermögensausstattungen (dies ist v. a. ein Thema in den USA, bspw. Conley 1999), (3) Arbeiten, die die Theorien sozialer Ungleichheit mit Blick auf die Vermögensverhältnisse weiterentwickeln (bspw. Savage 2014) sowie (4) Analysen zur gespaltenen Gesellschaft (bspw. Lessenich/Nullmeier 2006).

Im Rahmen dieses Artikels ist es mir leider nicht möglich, die zentralen Erkenntnisse jedes dieser vier von Korom (2019) genannten Forschungsbereiche der soziologischen Reichtums- und Vermögensforschung wiederzugeben. Ich lege meinen Fokus im Folgenden daher auf diejenigen Publikationen der letzten Jahre, die einen „Österreichbezug“ aufweisen, das heißt entweder von Forscher*innen, die an österreichischen Forschungseinrichtungen tätig sind, durchgeführt wurden oder den österreichischen Kontext in der Forschung berücksichtigen. Weiters möchte ich einige meiner Ansicht nach spannende (zukünftige) Themenfelder der soziologischen Reichtums- und Vermögensforschung vorstellen und erste Erkenntnisse dazu (auch auf Basis meiner eigenen Forschungen) kurz vorstellen.

8.4 Aktuelle Fragestellungen und empirische Erkenntnisse der soziologischen Reichtums- und Vermögensforschung mit Österreichbezug

In Anlehnung an die Elitenforschung fragt sich auch die zeitgenössische soziologische Reichtums- und Vermögensforschung mit Österreichbezug, wer der oder die „typische Reiche“ ist und was ihn bzw. sie von dem Rest der Bevölkerung unterscheidet. Erstere sind in Österreich beispielsweise meistens eher Männer und oft älter als die Durchschnittsbevölkerung (Schneebaum et al. 2018; siehe auch: Penz 2017).

Viele Studien analysieren die Wege, welche zu individuellem Reichtum führen: Wer kann überhaupt reich werden und wer nicht? Ein besonderes Augenmerk wird hier auf die Rolle der sozialen Herkunft und damit auf die Reproduktion sozialer Ungleichheiten gelegt. Soziologische und sozialhistorische Studien zeigen, dass jenseits von einzelnen Selfmade-Milliardären reich ist und bleibt, wer in eine reiche Familie geboren wird. Während es beispielsweise für Italien (z. B. zu Florentiner Familien siehe: Barone/Mocetti 2016) spannende Analysen dazu gibt, wie Reichtum in Familien sogar über Jahrhunderte hinweg weitergegeben

wird, stehen solche für Österreich leider noch aus. Was es jedoch bereits gibt, sind Studien, die auch für Österreich zeigen, welche bedeutende Rolle das Erben für den eigenen sozialen Status hat (z. B. Korom 2018; Fessler/Schürz 2013). Mit Bezug auf den Kapitalansatz von Pierre Bourdieu wird weiters gezeigt, dass nicht nur materielles Kapital (also das Vermögen an sich) vererbt wird, sondern auch soziale Netzwerke und Kontakte (z. B. Buggler/Dimmel 2017; Quinz 2020).

Um Reichtum nicht als individuelles Phänomen, sondern, wie eingangs erwähnt, als soziales Verhältnis zu betrachten, wird vielfach auch die Verteilung von Vermögen über die gesamte Bevölkerung hinweg soziologisch analysiert: Wer hat und wer hat nicht in der Vermögensgesellschaft (Reinprecht/Paulinger 2014)?

Aus klassenanalytischer Perspektive zeigen beispielsweise Hilde Weiss und ich, dass es in Österreich eine deutliche und stabile Dreiteilung in der gesellschaftlichen Hierarchie gibt (Weiss/Hofmann 2014; Hofmann/Weiss 2019): Ganz oben in der Vermögensverteilung stehen die Klassenlagen der Manager*innen, der Unternehmer*innen mit Beschäftigten und der Landwirt*innen mit Beschäftigten. Unqualifizierte und qualifizierte manuell Arbeitende und Angestellte bzw. Beamt*innen mit Routinetätigkeiten bilden das untere Segment. In der Mitte befinden sich die beiden Dienstklassen mit mittleren und höheren Qualifikationen; aber auch die Selbstständigen ohne Beschäftigte. Letztere Klassenlage weist aber eine hohe interne Polarisierung auf und schließt zum Teil auch deutlich an die Spitzenvermögen der wohlhabenderen Unternehmer*innen mit Beschäftigten an.

Anhand der Verteilung des privaten Vermögens zeigen unsere Analysen weiters, dass zwischen der Kategorie der Reichen und jener der Armen keine breite, „wohlstandsgesättigte Mitte“ liegt. Zur „Vermögensmitte“ zählen weder die qualifizierten manuell Arbeitenden noch die Angestellten mit Routinetätigkeiten. Das sind aber beides soziale Gruppen, die man aus Einkommensungleichheitsperspektive doch eher der Mitte der Gesellschaft zuordnen würde (ebd.). Passend dazu weisen auch die beiden Vermögensforscher Pirmin Fessler und Martin Schürz (2017) daraufhin, dass in Österreich ein „Vermögensriss“ durch die Mitte der Gesellschaft geht, sodass bei näherer Betrachtung eigentlich „zwei Mitten“ entstehen. Zentrales Kriterium hierfür ist ihrer Ansicht nach der Immobilienbesitz: Jene, die die Immobilie, in der sie wohnen besitzen (geerbt haben) gehören zu einem relativ vermögenden und jene, die zur Miete wohnen, zu einem relativ vermögensarmen Segment. Dies ist insbesondere für potenziell schwierige Lebensphasen relevant, denn wer (Immobilien) erbt, hat auch Vermögensreserven für Krisenzeiten.

Ein weiterer Forschungsstrang widmet sich – in Anlehnung an die oben erwähnten Überlegungen aus der Antike – den individuellen und gesellschaftlichen Folgen einer zu starken Vermögenskonzentration. Hier wird einerseits aufgezeigt, wie sehr materielle Privilegien die Möglichkeit, ein „gutes Leben“ zu führen, erhöhen. Ein höherer sozialer Status geht in der Regel mit einer höheren

Lebenserwartung, einem besseren Gesundheitszustand oder viel mehr Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung einher (AK Wien 2021; Schultheiß et al. 2021). Andererseits weist eine wachsende Zahl an Studien auch daraufhin, dass dieses individuelle „gute Leben“ – zumindest aus ökologischer Perspektive – auf Kosten der anderen gelebt wird: Berechnungen zufolge verursacht das oberste 1 Prozent beispielsweise rund 17 Prozent aller CO₂-Emissionen in Österreich (Greenpeace 2020; Theine et al. 2022)

Auf gesellschaftlicher Ebene wird, wie schon von Platon vermutet, gezeigt, dass eine hohe Vermögenskonzentration auch mit einer Konzentration von Macht einhergeht (Krysmanski 2015; Cagé 2020). Empirische Netzwerkanalysen weisen für Österreich auf enge (persönliche) Verknüpfungen zwischen Politik, Wirtschaft, aber auch Wissenschaft und Medien hin (Korom 2013; Schlögl/Plehwe 2015; Pühringer/Stelzer Orthofer 2016). Zwar wird diese Macht mitunter zum „Wohle der Menschheit“ eingesetzt, wie die philanthropischen Bemühungen vieler Reicher dieser Welt zeigen sollen. Allerdings offenbaren sich hierdurch, wie unter anderem Michaela Neumayr (2017) argumentiert, demokratiepolitische Dilemmata: Die Grundfesten demokratischer Entscheidungsfindung werden untergraben, wenn Einzelne entscheiden können, welche gesellschaftlich notwendigen Projekte in welcher Weise unterstützt und welche nicht unterstützt werden.

Interessant in diesem Zusammenhang sind weiters Studien, die zeigen, dass auch politische Entscheidungen, die in nationalen Parlamenten getroffen werden, eher den Interessen der Reichen als jenen der Armen folgen (Elsässer/Schäfer 2017; Hartmann 2018). Für Österreich steht eine solche Untersuchung zwar noch aus, wird aber gegenwärtig vom Momentum-Institut in Kooperation mit dem Forschungsinstitut SORA geplant (Stand Mai 2022). Michael Ertl, Matthias Schnetzer und ich können aber auf Basis von Auswertungen des European Social Survey zeigen, dass nur rund acht Prozent der Angehörigen der oberen Dienstklasse in Österreich das Gefühl haben, nicht „gehört“ zu werden. Demgegenüber sind es bei den unqualifizierten manuell Arbeitenden und Arbeitslosen weit mehr als 20 Prozent (Ertl/Hofmann/Schnetzer 2020).

Zunehmende Radikalisierung auf der einen bzw. Politikverdrossenheit und Apathie auf der anderen Seite werden vielfach als Folgen dieser zunehmenden sozialen Ungleichheit und dem Leben in einer „Postdemokratie“ interpretiert. Die Soziologin Martina Zandonella (2020) argumentiert etwa, dass die Gefahr besteht, dass das Gleichheitsversprechen liberaler Demokratien verletzt wird, da nicht (mehr) alle sozialen Gruppen dieselbe Chance auf Berücksichtigung ihrer Anliegen im politischen Prozess haben. In Österreich gehen einkommensschwache Gruppen viel seltener zur Wahl als einkommensstarke Gruppen: Im ökonomisch stärksten Drittel verzichten ihren Berechnungen zufolge nur 17 Prozent auf ihr Wahlrecht, im ökonomisch schwächsten Drittel sind es aber bereits 41 Prozent, die nicht zur Wahlurne gehen (ebd., siehe auch Zandonella/Ehs 2021 und den Beitrag von Jakob Hartl in diesem Band).

8.5 Zukunftsthemen der soziologischen Reichtums- und Vermögensforschung?

Als besonders spannend und zukunftssträchtig erachte ich wissenschaftliche Arbeiten, die sich in Anlehnung an die Überlegungen von Veblen und Simmel mit Fragen der Legitimation von sozialer Ungleichheit und privatem Reichtum auseinandersetzen (Gaisbauer 2017; siehe auch den Beitrag von Michael Parzer in diesem Band): Wie kann es sein, dass eine so hohe Vermögenskonzentration gesellschaftlich überhaupt geduldet wird?

Es gibt Studien aus dem Bereich der Gerechtigkeitsforschung, die zeigen, dass in modernen Gesellschaften, wie Österreich, das Leistungs- und das Bedarfsprinzip befürwortet wird, während das Statusprinzip, das einzelnen Familien aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position Privilegien sichert, klar abgelehnt wird (für Österreich siehe auch: Hofmann/Marterbauer/Schnetzer 2020). Obwohl das Leistungsprinzip bei hohen Einkommen und Vermögen nur bedingt greift, wird privater Reichtum interessanterweise teils über dieses Leistungsprinzip legitimiert: In einer Auswertung der Einstellungsdaten des österreichischen HFCS zeigten Hilde Weiss und ich, dass als Erklärungen für privaten Reichtum in der Bevölkerung sowohl individuelle Fähigkeiten als auch strukturelle Privilegien herangezogen werden (Weiss/Hofmann 2016; Hofmann/Weiss 2017).

Woher rührt diese weite Verbreitung des Leistungsprinzips? Zu dieser Frage gibt es bereits einige wichtige Befunde aus der Forschung; weitere Forschung wäre meines Erachtens nach hier aber durchaus lohnenswert: So weisen Studien etwa darauf hin, dass in einer meritokratischen Gesellschaft viele Menschen nach Wohlstand streben und es sich zum Lebensziel machen, durch „harte Arbeit“ aufzusteigen (Hofmann/Weiss 2017). Das steigert die generelle Akzeptanz gegenüber jenen, die es – so lautet jedenfalls die Erzählung – über „harte Arbeit“ und „gute Ideen“ geschafft haben. Hannah Quinz (2020) zeigt in einer Arbeit, dass reiche Menschen das Narrativ, es „selbst geschafft“ und daher ihren Reichtum „verdient“ zu haben, gezielt weiter schüren, in dem sie im Rückblick auf ihren eigenen Lebensweg besonders diese Aspekte betonen, während sie strukturelle Vorteile oder soziale Netzwerke in den Hintergrund rücken.

Weiters zeigen Forschungen, dass „rationale“ Begründungen nur eine Erklärung für die Akzeptanz von privatem Reichtum darstellen. Wie bereits Veblen betont hat, ist Reichtum in der Vorstellung auch mit einer Vielzahl an – oft positiven – Gefühlen verbunden. Reiche sind faszinierend und werden bewundert (Penz 2017). Sie gelten als die „besseren“ Menschen; wer sie kritisiert, wird oft als „neidisch“ beschrieben. Martin Schürz (2021) argumentiert, dass Reiche dieses positiv aufgeladene Bild von sich selbst weiter schüren, indem sie stets darauf hinweisen, was sie der Gesellschaft alles zurückgeben (schaffen Arbeitsplätze, fördern gesellschaftliche notwendige Projekte, spenden einen Teil ihres Vermögens, etc. ...).

Schlussendlich wird in der Forschung aber auch schlicht auf die Tatsache hingewiesen, dass die Vermögenskonzentration und das private Vermögen einiger Weniger mittlerweile so groß geworden ist, dass es für viele Menschen nicht mehr greifbar ist und unvorstellbar wurde (Schürz/Schmidbauer 2009; Melchior/Schürz 2015): Was bedeutet es denn, wenn ein/e Einzelne/r über so viel Geld verfügt, dass es dem BIP eines ganzen Landes entspricht? Diese schlichte Unvorstellbarkeit von Reichtum unterstützt auch die Stabilität des Ungleichheitsregimes.

Anschließend an die Überlegungen zu den Legitimationen erachte ich weiters wissenschaftliche Forschungen als besonders interessant und zukunftssträchtig, die sich mit gesellschaftlichen Bruchlinien und Kippunkten in Bezug auf eine große Vermögenskonzentration auseinandersetzen: Wann und warum greifen die Legitimationen großer Ungleichheit und hoher Vermögenskonzentration nicht (mehr)? Befragungen für Österreich zeigen, dass insbesondere die gesellschaftlichen Folgen großen privaten Reichtums kritisiert werden (Hofmann/Weiss 2017)². Vermögensungleichheit wird in der Regel auch stärker kritisiert als Einkommensungleichheit (Hofmann/Marterbauer/Schnetzer 2020). Unklar bleibt (mir) jedoch, unter welchen Bedingungen dieses hohe Ausmaß an Kritik handlungsrelevant wird. Führen beispielsweise „Aufklärungskampagnen“ über die Vermögenskonzentration zu einer größeren Ungleichheitskritik? Hier wären sowohl Vergleiche zwischen Ländern als auch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen lohnenswert und stehen meines Wissens nach noch aus.

In Österreich gab es in den letzten Jahren einige zivilgesellschaftliche Projekte, die versucht haben, „Reichtumsmythen aufzudecken“: 2014 veröffentlichte zum Beispiel der Beigewum in Kooperation mit der Armutskonferenz und Attac beispielsweise das Buch „Mythen des Reichtums. Warum Ungleichheit unsere Gesellschaft gefährdet“, auf dessen Basis auch eine Homepage (www.reichtumsmythen.at) entstanden ist. Auch die weiter oben bereits erwähnten Reichtumskonferenzen sollen dazu dienen die tatsächlichen Vermögensverhältnisse, ihre Ursachen und Folgen in den Blick der öffentlichen Aufmerksamkeit zu bringen. Wie unter anderem Dammerer und Hubmann (2021) allerdings am Beispiel der Vermögenssteuer-Debatte in österreichischen Zeitungen gezeigt haben, schaffen es diese „Entmystifizierungen“ nur unter sehr spezifischen Konstellationen (wirtschaftliche Krisen, innenpolitische Auseinandersetzungen) auch in die mediale Öffentlichkeit.

2 Im HFCS werden die folgenden Items abgefragt: „Zu großer Reichtum einiger weniger führt zu Problemen in der Gesellschaft“ bzw. „Reiche Menschen genießen im Leben Vorteile, die ungerechtfertigt sind“ (jeweils über 60 % Zustimmung in Österreich).

Literatur

- AK Wien (2021): Ungerechte Verteilung. Wie Ungleichheit unser Leben prägt. www.arbeiterkammer.at/ungerechte-verteilung (Abfrage: 02.02.2022).
- Andreß, Hans Jürgen/Kronauer, Martin (2006): Arm Reich. In: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland – eine gesplante Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus, S. 28–52.
- Armutskonferenz/Attac/Beigewum (Hrsg.) (2004): Was Reichtümer vermögen. Wien: Mandelbaum.
- Atkinson, Anthony (2015): Inequality. What can be done? Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Barone, Guglielmo/Mocetti, Sauro (2016): Intergenerational Mobility in the Very Long Run: Florence 1427–2011. www.dx.doi.org/10.2139/ssrn.2856359 (Abfrage: 02.02.2022).
- Beckert, Jens (2008): Inherited Wealth. Princeton: Princeton University Press.
- Beigewum/Die Armutskonferenz/Attac (Hrsg.) (2014): Mythen des Reichtums. Warum Ungleichheit unsere Gesellschaft gefährdet. Hamburg: VSA.
- Bottomore, Tom (1964): Elites and Society. London: Penguin Books.
- Bugger, Robert/Dimmel, Nikolaus (2017): Eliten und Reichtum in Salzburg. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag, S. 377–392.
- Cagé, Julia (2020): The Price of Democracy. How Money Shapes Politics and What to Do about It. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus.
- Conley, Dalton (1999): Being Black, Living in the Red. Race, Wealth, and Social Policy in America. California: University of California Press.
- Dammerer, Quirin/Hubmann, Georg (2021): Die Vermögenssteuer-Debatte in österreichischen Tageszeitungen. www.momentum-institut.at/system/files/2021-05/vermoegenssteuer_medien.pdf (Abfrage: 19.05.2022).
- Elsässer, Lea/Schäfer, Armin (2017): Nur wer wählt, zählt? Die politischen Entscheidungen des Bundes sind zulasten der Armen verzerrt. In: Gesellschaftsforschung (1), S. 8–12.
- Ertl, Michael/Hofmann, Julia/Schnetzer, Matthias (2020): NichtwählerInnen – eine Frage der Klasse. www.awblog.at/nichtwaehlerinnen-eine-frage-der-klasse (Abfrage: 25.05.2022).
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2013): Reich bleiben in Österreich. In: Wirtschaft und Gesellschaft 39 (3), S. 343–360.
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2017): Zur Mitte in Österreich. In: BMASK (Hrsg.): Österreichischer Sozialbericht 2015–2016. Wien: BMASK, S. 269–292.
- Gaisbauer, Helmut P. (2017): Legitimation und Repräsentation von Reichtum in wohlhabenden Gesellschaften. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag, S. 206–117.
- Glatzer, Wolfgang/Becker, Jens/Bieraugel, Roland/Hallein-Benze, Geraldine/Nüchter, Oliver/Schmid, Alfons (2008): Einstellungen zum Reichtum. Wahrnehmung und Beurteilung sozio-ökonomischer Ungleichheit und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen in Deutschland. www.iwak-frankfurt.de/documents/a381-forschungsprojekt.pdf (Abfrage: 25.05.2022).
- Greenpeace (2020): Klimaungerechtigkeit in Österreich. www.mobilitaet.greenpeace.at/assets/uploads/assets/uploads/GP_ReportKlimaungerechtigkeitAT.pdf (Abfrage: 02.02.2022).
- Hajek, Friedrich (1981): Ungleichheit ist nötig. In: Wirtschaftswoche 35 (11), S. 36–40.
- Hartmann, Michael (2018): Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden. Frankfurt am Main: Campus.
- Henretta, John/Campbell, Richard T. (1978): Net Worth as an Aspect of Status. In: American Journal of Sociology 83 (5), S. 1204–1223.
- Hofmann, Julia (2017): Mehr Mitte, wie bitte? www.awblog.at/mehr-mitte-wie-bitte (Abfrage: 18.05.2022).
- Hofmann, Julia/Marterbauer, Markus/Schnetzer, Matthias (2020): Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Neue Erkenntnisse aus dem European Social Survey (ESS). In: Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft 201. www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/wirtschaftkompakt/vermoegensverteilung/W-St_PolicyBrief_Gerechtigkeits-Check_Oktober2020_PRINT.pdf (Abfrage: 02.02.2022).

- Hofmann, Julia/Weiss, Hilde (2017): Klassenlagen, Vermögen und Einstellungen zum Reichtum. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag, S. 92–104.
- Hofmann, Julia/Weiss, Hilde (2018): Klassen messen, „Soziale Klassen“ in der empirischen Forschung in Österreich (1945–1990). In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 43 (3), S. 231–250.
- Hofmann, Julia/Weiss, Hilde (2019): Wie stabil sind die Klassen- und Vermögensverhältnisse? Empirische Analysen der ersten und zweiten Welle des Household Finance and Consumption Survey für Österreich. In: SWS-Rundschau 59 (1), S. 24–45.
- Hofstätter, Lukas/Hohmann, Marco/Neckel, Sighard (2018): Die globale Finanzklasse. Business, Karriere, Kultur in Frankfurt und Sydney. Frankfurt am Main: Campus.
- Humer, Stefan/Moser, Mathias (2017): Messung von Reichtum. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag, S. 16–34.
- Korom, Philipp (2013): Die Wirtschaftseliten Österreichs: Verflechtungen von Großunternehmen, Parteinähe und Adel. Konstanz: UVK.
- Korom, Philipp (2018): Inherited advantage: Comparing households that receive gifts and bequests with non-receiving households across the distribution of household wealth in 11 European countries. In: European Sociological Review 34 (1), S. 79–91.
- Korom, Philipp (2019): A bibliometric visualization of the economics and sociology of wealth inequality: a world apart? In: Scientometrics 118, S. 849–868.
- Krämer, Hagen (2017): Reichtum in den ökonomischen Theorien. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag, S. 118–137.
- Krysmanski, Harald (2012): 0,1 % – Das Imperium der Milliardäre. Frankfurt am Main: Westend.
- Kuznets, Simon (1955): Economic Growth and Income Inequality. In: The American Economic Review 45 (1), S. 1–28.
- Lampman, Robert J. (1962): The Share of Top Wealth-Holders in National Wealth, 1922–1956. Princeton: Princeton University Press.
- Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland – eine gesplante Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus.
- Melchior, Josef/Schürz, Martin (2015): Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich – Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung von Ungleichheit. In: Wirtschaft und Gesellschaft 41 (2), S. 199–234.
- Menderhausen, Horst (1956): Introduction. In Goldsmith, Raymond W. (Hrsg.): A study of savings in the United States. New York: Greenwood Press, S. 277–381.
- Milanović, Branko (2016): Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Mill, John S. (1848/2016): Grundsätze der Politischen Ökonomie. Marburg: Metropolis.
- Mills, Charles W. (1956): The Power Elite. New York: Oxford University Press.
- Mosca, Gaetano (1939): The Ruling Class. Osmania: McGraw-Hill Book Company.
- Neumayr, Michaela (2017): Super Rich & Super Generous. Spenden von Superreichen versus demokratische Ideale. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag, S. 308–318.
- OECD (2018): The Role and Design of Net Wealth Taxes in the OECD. In: OECD Tax Policy Studies 26. Paris: OECD Publishing.
- Parcel, Toby L. (1982): Wealth accumulation of Black and White men: The case of housing equity. In: Social Problems 30 (2), S. 199–211.
- Pareto, Vilfredo (1916/1955): Allgemeine Soziologie. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Penz, Otto (2017): Zur ästhetischen Symbolisierung von Reichtum. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag, S. 423–434.
- Piketty, Thomas (2014): Capital in the 21. Century. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Piketty, Thomas (2020): Kapital und Ideologie. München: C. H. Beck.
- Platon (1862): Nomoi. 5. Buch. www.opera-platonis.de/Nomoi.pdf (Abfrage: 02.02.2022).

- Pühringer, Stephan/Stelzer-Orthofer, Christine (2016): Neoliberale Think Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen. In: SWS-Rundschau 56 (1), S. 75–96.
- Quinz, Hannah (2020): Subjektive Wahrnehmung und Legitimierungsstrategien von VermögensberInnen. In: Wirtschaft und Gesellschaft 46 (1), S. 63–93.
- Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias (2015): Property and power: lessons from Piketty and new insights from the HFCS. In: European Journal of Economics and Economic Policies 12 (2), S. 204–219.
- Reinprecht, Christoph/Paulinger, Gerhard (2014): Haben und Nichthaben in der Vermögensgesellschaft – Vermögensarten und Vermögentypen: Eine Auswertung des European Household Finance and Consumption Survey (HFCS). In: Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft 139. www.emedien.arbeiterkammer.at/viewer/fulltext/AC12247442/63 (Abfrage: 02.02.2022).
- Savage, Mike (2014): Piketty's challenge for sociology: Piketty's challenge for sociology. In: The British Journal of Sociology 65 (4), S. 591–606.
- Schlögl, Matthias/Plehwe, Dieter (2015): Schlagseite programmiert. Eine neue Generation parteiischer Think Tanks in Österreich. In: Kurswechsel (2), S. 28–43.
- Schmidbauer, Ingrid/Schürz, Martin (2009): Paris Hilton oder Christl Stürmer: Ergebnisse von Gruppendiskussionen zu Bildern des Reichtums. In: Mooslechner, Peter/Redak, Vanessa/Schürz, Martin/Springler, Elisabeth (Hrsg.): Auf der Suche nach dem Selbst, Finanzmärkte, Individuum und Gesellschaft. Wien: Metropolis, S. 163–180.
- Schneebaum, Alyssa/Rehm, Miriam/Mader, Katharina/Hollan, Katarina (2018): The Gender Wealth Gap Across European Countries. In: Review of Income and Wealth 64 (2), S. 295–331.
- Schultheiß, Jana/Feigl, Georg/Pirklbauer, Sybille/Wukovitsch, Florian (2021): AK-Wohlstandsbericht. AK Wien. www.arbeiterkammer.at/wohlstandsbericht (Abfrage: 05.03.2022).
- Schürz, Martin (2009): Reichtum – Spuren im Nebel. In: WISO 32 (2), S. 53–69.
- Schürz, Martin (2019) Überreichtum. Frankfurt am Main: Campus.
- Schürz, Martin (2021): Zum Labyrinth moralischer Gefühle zu Reichtum. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. [www.doi.org/10.1007/s41358-021-00276-1](https://doi.org/10.1007/s41358-021-00276-1) (Abfrage: 02.02.2022).
- Simmel, Georg (1900/1989): Philosophie des Geldes. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Smith, Adam (1776/1999): Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker. Düsseldorf: Mohr Siebeck.
- Stiglitz, Joseph (2012): Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. München: Siedler.
- Theine, Henrik/Humer, Stefan/Moser, Mathias/Schnetzer, Matthias (2022): Emissions inequality: Disparities in income, expenditure, and the carbon footprint in Austria. In: Ecological Economics 197 (107435), S. 1–18.
- Veblen, Thorstein (1899/2007): Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen. Frankfurt am Main: Fischer.
- Vogel, Berthold (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Hamburg: Hamburger Edition.
- Walter, Florian (2012): Von Teilhabe ausgeschlossen? Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Österreich. In: Kurswechsel (3), S. 40–48.
- Weiss, Hilde/Hofmann, Julia (2014): Klassenlagen und Vermögensbildung. In: Wirtschaft und Gesellschaft 40 (4), S. 559–578.
- Weiss, Hilde/Hofmann, Julia (2016): Reichtum: Legitimation und Kritik. Der Einfluss von Klassenlagen, Vermögen und subjektiven Einschätzungen auf Einstellungen zum Reichtum in Österreich. Working Paper-Reihe der Arbeiterkammer Wien 153. Arbeiterkammer Wien: Wien.
- Zandonella, Martina (2020): Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie. Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden. In: Die Armutskonferenz (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden. Norderstedt: BoD, S. 83–93.
- Zandonella, Martina/Ehs, Tamara (2021): Demokratie der Reichen? In: Wirtschaft und Gesellschaft 47 (1), S. 63–102.

9. Stadt und soziale Ungleichheit

Cornelia Dlabaja

9.1 Einleitung

Schon die Klassiker der Soziologie wie Max Weber (1903) und Georg Simmel (1903) haben sich mit Mechanismen und Figurationen sozialer Ungleichheiten in der Stadt beschäftigt. Auch die Wiege der Stadtforschung, die School of Chicago, hat sich diesen Themenfeldern der Stadtforschung verschrieben, sowohl auf Ebene von Nachbarschaften, aber auch auf Ebene der Stadtstrukturen (Lindner 1990). Bei der historischen Perspektivierung von Stadt und Ungleichheit sind ein zentraler Topos soziale Bewegungen in der Stadt, wie die Frauen- und Arbeiterbewegung und später die Bürgerrechtsbewegung in den USA. Die raumtheoretisch fundierte Analyse von Ungleichheit – als Produktionsmodus der Gesellschaft – nimmt ihren Ausgangspunkt mit den Arbeiten von Henri Lefebvre (1974; 1991), der Impulsgeber für die kritische Stadtforschung war. Ungefähr zur selben Zeit hat die Gentrificationforschung ihren Ursprung mit den Arbeiten der englischen Stadtforscherin Ruth Glass (1964), die Verdrängungsprozesse im Stadtraum untersucht und damit sowohl die englischsprachige Debatte als auch die deutschsprachige Ungleichheitsforschung stark beeinflusst hat.

Anders als in Beiträgen zu Stadt und Ungleichheit, wie beispielsweise von Martin Kronauer (2020), der das Thema aus der Perspektive der Ungleichheitsforschung aus bearbeitet, widmet sich dieser Beitrag dem Thema „Stadt und soziale Ungleichheit“ aus der Perspektive der Stadtforschung. Er geht der Frage nach, welche Befunde die Stadtforschung zu Ungleichheit in urbanen Kontexten hat. Er führt in damit verknüpfte Themenfelder der Stadtsoziologie und der interdisziplinären Stadtforschung ein: ungleich verteilte Ressourcen, Möglichkeiten sich in Entscheidungsprozesse einzubringen sowie jene sozialen Bewegungen, die diese Rechte einfordern. Damit nimmt er nicht nur die Ungleichheit strukturierenden Aspekte in den Blick, sondern auch jene Akteur*innen, die Stadt in Entscheidungsprozessen aushandeln, wie Planer*innen, Stadtpolitik (Adam/Vonderau 2014; Binder 2009; Kaschuba 2015) als auch soziale Bewegungen (Aigner/Kunig 2018; Dlabaja 2021; Holm 2014; Mayer 2013). Im Verlauf der Zeit hat sich die Betrachtungsweise und Art, wie diese Phänomene erforscht werden, gewandelt, was zum einen mit der Herausbildung der speziellen Soziologien und disziplinärer Entwicklungen in den Feldern der Stadtforschung und zum anderen mit gesellschaftlichen Transformationen verknüpft ist.

Im Beitrag arbeite ich folgende Aspekte der stadtsoziologischen Ungleichheitsforschung auf:

1. Historische Perspektivierungen von Stadt und Ungleichheit und sozialer Bewegungen in der Stadt
2. Urbane Ungleichheiten im Wandel der Arbeitsgesellschaft und Klimakrise
3. Raumtheoretisch fundierte Analyse sozialer Ungleichheiten
4. Aktuelle Debatten der ungleichheitsbezogenen Raum-, Stadt- und Wohnbauforschung
5. Lösungswege und Ausblick auf soziale Ungleichheiten in Zeiten der Klimakrise

9.2 Historische Perspektivierungen von Stadt und Ungleichheit und sozialer Bewegungen in der Stadt

Die Stadt – und insbesondere der darin situierte öffentliche Raum – war schon immer jener Ort, an dem demokratische Rechte erkämpft wurden. Der Terminus „Stadtluft macht frei“ ist mit der mittelalterlichen Stadt und ihren Stadtrechten verknüpft, wo ehemals unfreie Landarbeiter*innen zu Bürger*innen wurden, so sie ein Jahr in der Stadt als Bürger*innen verblieben. Spätestens mit der französischen Revolution wurde der Protest der Straße zum symbolträchtigen Ort.

Das Recht auf Stadt (Lefebvre 1968) wird vor allem seit Beginn der Industrialisierung von sozialen Bewegungen eingefordert. In Wien war dies ab der Jahrhundertwende eine breite soziale Bewegung, die sich aus Arbeiter*innen und Intellektuellen zusammenschloss. Eine zentrale Figur ist in diesem Zusammenhang der Arzt und Gründer der österreichischen sozialdemokratischen Partei Viktor Adler, der mit seiner investigativen Arbeit in den Wienerberger Ziegelwerken dazu beitrug, dass diese verbessert wurden. 1888 veröffentlichte er einen Text in der sozialistischen Zeitung „Gleichheit“ über „die Lage der Ziegelerbeiter“ (Adler 1888). Daraus geht hervor, dass die Arbeiter*innen unter sklavenähnlichen Bedingungen ihrer Arbeit nachgehen mussten. Sie wurden nicht mit Geld, sondern dem sogenannten Blech bezahlt, also Münzen, die nur in der Fabrikskantine eingelöst werden konnten, wo zu Wucherpreisen Essen verkauft wurde (Mistik 2017). Die Arbeiter*innenschaft schloß zum Teil in den Produktionsstätten neben den Hochöfen, wo Frauen ihre Kinder gebären. Diese unsäglichen Arbeits- und Wohnverhältnisse der Arbeiter*innenschaft in den Gründerzeit Mietskasernen (Maderthaler/Musner 2000) waren ebenso Auslöser für die Proteste und Herausbildung einer Bewegung, die in der Sozialdemokratie als auch kommunistischen Bewegungen mündete. In der Zeit der Industrialisierung entstanden eine Reihe von sozialen Bewegungen, die sich für Arbeitnehmer*innenrechte, Frauenrechte und demokratische Rechte einsetzten und diese zum Großteil auch durchsetzen, wie das allgemeine Wahlrecht, Arbeitnehmer*innenrechte und Arbeitszeitregulierung, Kinderrechte (wie das Verbot von Kinderarbeit), sozialstaatliche und sozialregulative Sicherungssysteme wie das Pensionsversicherungs- und

Krankenversicherungsgesetz im Falle von Österreich (Misik 2017). All diese Bewegungen entstanden in den Vorwehen der Herausbildung der europäischen Demokratiebewegungen gegen Ende der Monarchie.

Den Begriff der sozialen Bewegungen gibt es seit der Französischen Revolution, er bezieht sich auf gesellschaftliche Kräfte, die in den sozialen Wandel mit dem Ziel eingreifen, bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen zu verhindern, zu forcieren oder zu verändern (Lahusen 2013, S. 717). „Wir sprechen [...] von sozialen Bewegungen, wenn ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität sichert“ und eine „Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels“ anstrebt, wodurch sie sich abgrenzen lässt von „Protestepisoden, Modeströmungen und Zufallskonstellationen“ (Roth/Rucht 2008, S. 13). Internationale Beispiele sind der arabische Frühling (Gawharyel 2020), die Occupy Wallstreet Bewegung, aber auch Protestbewegungen, die sich gegen die Touristifizierung von Städten richten wie in Barcelona (Russo 2018) oder Venedig (vgl. Dlabaja 2021).

Auch in Wien wurden Räume durch soziale Bewegungen erkämpft, in der jüngeren Vergangenheit waren dies das Naherholungsgebiet Steinhofgründe, das WUK 1980 oder die Arena 1977 bis 1981, aber auch Proteste gegen den Bau des Atomkraftwerks Zwentendorf (1976–1979), die Besetzung der Hainburger Au 1984 oder die Besetzung des EKH (Foltin 2011; Nußbaumer, Schwarz 2012; Dlabaja 2020). Beispiele der jüngeren Vergangenheit für Protestbewegungen sind unter anderem die Votivkirchen-Bewegung, bei der das Recht auf Aufenthalt für Asylsuchende unter dem Motto „Kein Mensch ist illegal“ eingefordert wurde. Aktuell seit 2019 sind „Fridays for Future“ und „Black lives matter“ soziale Bewegungen, die virulente Fragen unserer Zeit sichtbar machen und sich beispielsweise gegen den Klimawandel einsetzen (Daniel et al. 2020).

9.3 Urbane Ungleichheiten im Wandel der Arbeitsgesellschaft und Klimakrise

Figurationen sozialer Ungleichheiten sind eng mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen und Entwicklungen verknüpft. Mit Lefèbvre gesprochen, bringt jede gesellschaftliche Praxis ihren Raum hervor und formt ihn (Lefèbvre 1991, S. 48). Daher transformiert sich Ungleichheit mit den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen, aber auch Arbeitsbedingungen und Produktionsmodi in anderen gesellschaftlichen Bereichen (Häußermann/Siebel 2008, S. 90). So wie heute zeigte sich in der Phase der Industrialisierung soziale Ungleichheit in den Städten insbesondere entlang der Wohnverhältnisse, dem Zugang zu Bildung und den Arbeitsbedingungen. In Divergenz zu heute herrschte damals aber in den Städten unter der Arbeiter*innenschaft Pauperismus, also Massenarmut, vor (Maderthaner/Musner 2000). Die Arbeiterschaft musste unter mangelnden

hygienischen Bedingungen arbeiten und leben und litt an Nahrungsmittelknappheit. Sie hatte kaum Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung. Mit der Herausbildung der Lohnarbeitsgesellschaft wandelten sich diese Verhältnisse (siehe Abb. 1). In Ländern wie Österreich wurden die Wohnverhältnisse für die breiten Massen mittels kommunaler Wohnbauprogramme verbessert, Gewerkschaften erkämpften Arbeitnehmerrechte, wie Arbeitszeitbestimmungen, Pensionen, Krankenversicherung und Urlaubsansprüche. Signifikante Ungleichheiten in der Verteilung privater Vermögen (siehe auch den Beitrag von Julia Hofmann in diesem Band) und Immobilien gab es jedoch weiterhin.

Abbildung 1: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen des Wandels



Ankerpunkte, entlang derer sich soziale Ungleichheiten multidimensional manifestieren, sind die Inklusion oder Exklusion in den Arbeitsmarkt (Dangschat/Hamedinger 2007, S. 4) und in weiterer Folge die Form der Teilhabe am Arbeitsmarkt, also in Form von Normalarbeitsverhältnissen oder prekären befristeten Arbeitsverträgen, wie sie Castel in seinem Zonenmodell darstellt (Castel 2000; Castel/Dörre 2009). Weitere Merkmale der Strukturierung von Ungleichheit ist der Zugang zu Bildung, Wohnraum, medizinischen Einrichtungen, Kultur und auf Ebene des Stadtquartiers die Ausstattung mit barrierefreien, verkehrsberuhigten, kinderfreundlichen Grün- und Freiräumen, Sport- und Kulturstätten, die nicht kommerziell sind, sowie Zonen, die Schutz vor Stadthitze bieten. Belastende Faktoren sind auf Ebene des Stadtquartiers die Belastung mit Hitze, Lärm sowie mangelnden wohnungsnahen Grün- und Freiflächen und Überbelag in den Wohnungen bzw. beengte Wohnverhältnisse.

Spätestens seit dem 11. September 2001 haben sich die geopolitischen und ökonomischen Lagen unwiderruflich transformiert. Wir leben in einer globalisierten Welt, die von politischen wie ökonomischen Krisen geprägt ist und vom Klimawandel und der damit einhergehenden Klimakatastrophen zunehmend gezeichnet wird. Daher transformiert sich der Forschungsgegenstand von Stadt und Ungleichheit massiv und verlagert sich sowohl inhaltlich als auch disziplinär. Es rücken damit verknüpft Themenfelder in das Blickfeld wie die klimaresiliente

und gerechte Stadt. Damit einhergehend ist zum einen die Suche nach technischen und ökologischen Lösungen, wie der Kühlung von Stadtsystemen mittels Vertikalbegrünung, intensiver, wie exzessiver Dachbegrünung sowie Gebäudetechnik, die Ansätze der Energie Autarkie und Niedrigenergie verfolgt. Zum anderen wird in der Stadtforschung der Frage nachgegangen, wer Zugang zu diesen technologischen Innovationen hat und wie diese für möglichst breite Teile der Bevölkerung zugänglich gemacht werden können. Aber auch die imperiale Lebensweise des Westens (Brand 2019) und globale Ungleichheiten (Fischer 2018) rücken stärker in den Blick.

Französische und deutsche Tradition der Stadt- und Ungleichheitsforschung

Die französische Ungleichheitsforschung ist vor allem durch die Arbeiten Pierre Bourdieus quer über alle Disziplinen der Stadtforschung bekannt. Dabei werden nicht nur Werke wie „Die feinen Unterschiede“ (1982) und sein Konzept des sozialen Raums sowie das Habituskonzept breit rezipiert, sondern auch seine Überlegungen zu Stadt und Ungleichheit (Bourdieu 1991).

Bourdieu geht in seinen Analysen von einer ungleichen Verteilung von Ressourcen im Stadtraum aus. Das bezieht sich auch auf die Möglichkeiten, sich Räume auf materieller und symbolischer Ebene anzueignen (Bourdieu 1991, S. 30). Bei seinen Überlegungen greift er auf seine Theorie der Kapitalsorten zurück und legt diese über den Stadtraum. Dieser Theorie zufolge verorten sich in den zentralen Lagen der Stadt verschiedene Kapitalsorten (ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital) in hoher Konzentration. Das betrifft sowohl die Verortung von Finanzzentren, Eigentumswerten wie auch urbanen Eliten. Er erläutert dies am Beispiel von Paris.

„So manifestiert sich etwa im Raum der Stadt Paris neben den vorrangigen ökonomischen (und wirtschaftlichen) Unterschieden in Form der räumlichen Verteilung der Wohnungen zwischen den zentralen Vierteln und denen an der Peripherie und der Banlieue ein sekundärer, aber sehr ausgeprägter Gegensatz zwischen der ‚Rive gauche‘ und der ‚Rive droite‘, der der fundamentalen Teilung des Macht-Feldes zwischen, grosso modo, Kunst und Geschäft entspricht“ (Bourdieu 1991, S. 26).

Seine Schlussfolgerung bezüglich der Konstitution des Stadtraumes ist, dass die Verortung der Akteur*innen und ihrer Wohnstandorte im Stadtraum ein Spiegel für ihre Positionierung im sozialen Raum ist. Diese Analyse lässt sich auch auf andere europäische Städte wie Wien umlegen. Die Zentren der Macht (im Bereich der Finanz, der Verwaltung, der politischen Institutionen und der Rechtsprechung) konzentrieren sich auch gegenwärtig zu großen Teilen auf den ersten Bezirk.

9.4 Raumtheoretisch fundierte Analyse sozialer Ungleichheiten

Die Perspektive auf Raum und soziale Ungleichheit transformierte sich in der deutschsprachigen Debatte ab den 1990er Jahren durch den sogenannten *spatial turn* (Belina/Michel 2008). In den Jahrzehnten zuvor war die Debatte um räumliche Ungleichheit von einem Containerraumverständnis geprägt. Das Konzept des Containerraums bezeichnet eine euklidische Raumvorstellung, in der Raum als absolutes dreidimensionales Bezugskonzept, als physischer Raum gedacht wird. Insbesondere die deutschsprachige Segregationsforschung agiert mit diesem Containerraumkonzept und basiert diesem folgend auf der Analyse von Sozialstrukturdaten auf Baublockebene, um sozioökonomische Ungleichheitsstrukturen räumlich zu verorten.

Sowohl Vertreter*innen der School of Chicago als auch später der deutschen Segregationsforschung fungieren mit dem Containerraumverständnis (Dangschat/Friedrichs 1988). Mit dem 1991 einsetzenden *spatial turn* in den Sozial- und Kulturwissenschaften wandelt sich auch der Blick auf Ungleichheit in der Stadt, die Vorstellung vom absoluten Raum wird durch ein sogenanntes relationales Raumverständnis abgelöst (Lefèbvre 1991; Bourdieu 1991). Bei relationalen Raumtheorien rücken die Akteur*innen der Raumproduktion sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Produktionsprozesse und Ungleichheitsverhältnisse ins Blickfeld. Dieser Aspekt wurde vom französischen Theoretiker Henri Lefèbvre in seinen Überlegungen zur Produktion des Raums herausgearbeitet (Lefèbvre 1974). Er untersucht die hierarchisch ungleichverteilten Möglichkeiten der Raumproduktion aus einer neo-marxistischen Perspektive. Ein zentrales Werk, das von Henri Lefèbvre 1991 ins Englische übersetzt wurde, ist „The Production of Space“ (1991; original 1974). Seine Überlegungen zur Produktion des Raums, die er als Triade des konzipierten, imaginierten und gelebten Raums fasst, bildet in Folge den Anknüpfungspunkt für raumbezogene Forschung in der kritischen Stadtforschung (Belina/Michel 2008).

Der Schweizer Soziologe Christian Schmidt (2005) transformiert Lefèbvres Überlegungen in die Gegenwart. Gemeinsam mit Neil Brenner arbeitet er an dem Ansatz des planetary urbanization (Brenner 2014), der Urbanisierung über die städtischen Grenzen hinaus betrachtet und Städte als Stadt-Umland-Relationen begreift. Um die Jahrtausendwende befasst sich eine Reihe von Forscher*innen mit relationalen Raumkonzepten, die akteurszentrierte Analysen auf mikrosozialer Handlungsebene ermöglichen, wie Sabine Thabe (1999), Gabriele Sturm (2000) und jene der Soziologin Martina Löw, die mit der Publikation der Raumsoziologie (2001) die interdisziplinäre Stadtforschung seit den letzten zwanzig Jahren prägt und auch in den Planungswissenschaften und der Sozialarbeit im Kontext der Analyse Sozialer Ungleichheiten im Stadtraum mittels der Methoden der Sozialraumanalysen als raumtheoretische Grundlage herangezogen wird (Riege/Schubert 2002; Kessler et al. 2005).

Martina Löw konzipiert eine relationale Raumtheorie, die für die Analyse von Raumkonstitutionen vielfältig angewendet wird. Löw definiert Raum als „relationale (An)Ordnung von Lebewesen an Orten“ (Löw 2001, S. 212). Diese werden im Prozess des *spacing*, also der Platzierung sozialer Güter, und der Syntheseleistung, also der Wahrnehmung des Prozesses der Raumproduktion, gleichzeitig generiert. Ein weiterer Aspekt ist die zunehmende akteurszentrierte Analyse von Planungsprozessen, die zum einen an die Arbeiten von Burkhard anknüpft und von einer jüngeren Generation unter anderem in der open access-Zeitschrift „sub/urban“ weiterverfolgt wird (Gribat et al. 2017). Zum anderen etabliert sich mit der Stadtethnografie ein kulturwissenschaftlicher Strang der Stadtforschung, der Prozesse der Aushandlung und Raumproduktion untersucht (vgl. Binder 2009).

Die Kritische Stadtforschung und das Recht auf Stadt

Wie Lefèbvre in seinen Werken „Le droit à la ville“ (1968) und „The Production of Space“ (1991) verdeutlicht, sind Stadtbewohner*innen im Prozess der urbanen Raumproduktion immer mit ungleichverteilten Ressourcen ausgestattet. Sie haben demnach ungleichverteilte Möglichkeiten bei der Entscheidung von Gestaltungsprozessen. Daher kann Urbanität nur durch breite soziale Bewegung eingefordert werden, wie auch David Harvey in seinem Werk „Rebellische Städte: Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution“ (2013) feststellt. Vor allem die Bürgerrechtsbewegung in den USA wird mit der demokratiepolitischen Bedeutung sozialer Bewegungen verknüpft, die sich für die Durchsetzung der Bürgerrechte auch für Afroamerikaner*innen einsetzt. Mit der 1968er-Bewegung nehmen Umweltbewegungen an Bedeutung zu, die sich später mit der postfordistischen Stadt weiter differenzieren, ebenso wie Frauenbewegungen und Schwulen- und Lesbenbewegungen.

Die Auseinandersetzung mit der Frage nach dem „Recht auf Stadt“ verortet sich theoretisch in der kritischen Stadtforschung, die an die Arbeiten von Henri Lefèbvre anknüpfen (vgl. Lefèbvre 1968; 1991). Dieser Strang der Stadtforschung verortet sich zuerst vor allem im interdisziplinären Feld (vgl. Belina/Michel 2008) der Soziologie (Brenner 2014) und Geografie (Harvey 2013). Das Recht auf Stadt einzufordern, meint im Kontext der kritischen Stadtforschung, „grundsätzlich und radikal die Macht einzufordern, Urbanisierungsprozesse zu gestalten und mitzuentcheiden, wenn es darum geht, auf welche Art und Weise unsere Städte erschaffen und erneuert werden sollen“ (Harvey 2013, S. 29). Damit wird also erstens das Recht auf Gestaltung gefordert. Zweitens fordert Harvey anknüpfend an Henri Lefèbvre die kritische Analyse von Herrschaftsstrukturen ein, wenn er schreibt: „Seit ihren Anfängen sind Städte durch die geographische und gesellschaftliche Konzentration von Mehrprodukten entstanden. Die Urbanisierung

war also schon immer gewissermaßen ein Klassenphänomen, die Überschüsse irgendwo entzogen wurden“ (Harvey 2013, S. 29–30).

Das „Recht auf Stadt“ wird in weiterer Folge auf verschiedenen Ebenen eingefordert:

- Auf der Ebene der Aneignung des öffentlichen Raums
- Recht auf Einschluss und Sichtbarkeit
- Auf der Ebene der Gestaltung des Stadtraums
- Forderung nach leistbarem Wohnraum
- Recht auf Land und Nahrungsmittelproduktion

9.5 Aktuelle Debatten der ungleichheitsbezogenen Stadt- und Wohnbauforschung

Die kritische Stadtforschung nimmt gegenwärtig sowohl Fragen von Recht auf Stadt und leistbarem Wohnraum und damit verknüpft Prozesse der Finanzialisierung von Wohnen als auch Gentrification in den Blick (Kadi 2021), aber auch sozialen Ungleichheiten im Stadtraum, die mit dem Ausschluss von Menschen in prekären Lebenslagen einhergehen, sei es durch Regulative wie das Bettelverbot oder Gestaltmechanismen. Die Gentrificationdebatte erweitert sich um Konzepte wie die Commercial Gentrification (Zukin 2010), aber auch Touristification (siehe nächster Abschnitt). Einen zentralen Beitrag für urbane Ungleichheitsforschung verfasste Saskia Sassen mit ihrer Publikation „The global city“ (1991), in der sie den globalen Wettbewerb im Städteranking und die damit verbundenen Auswirkungen auf Städte sowie die Fragmentierung und zunehmende Ungleichheiten in selbigen beleuchtet. In diesem Kontext werden auch Stadtkonzepte wie die „neoliberalen Stadt“ versus die „just city“ (Fainstein 2010) diskutiert. Ein weiterer Strang, der aktuell viel diskutiert wird, ist jener der kritischen Stadtforschung, die sich mit Akteur*innen und Politiken der Planung befasst. Dabei werden Akteurskonstellationen und Planungsmodi analysiert (Kaschuba 2015; Lange 2016).

Gentrifizierung, Aufwertung und Umdeutung von Stadtquartieren

Ein weiterer wichtiger Aspekt, wenn es um Prozesse der sozialen Abschottung geht, ist die Aufwertung und kommerzielle Gentrifizierung von Stadtteilen. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass in Wien ein „Kuscheldiskurs“ seitens der Stadtverwaltung forciert wird, es wird von Prozessen der Aufwertung gesprochen, aber nicht von Gentrifizierung (Dlabaja 2016; 2020). Kommerzielle Gentrifizierung, oder „domestication through a Cappuccino“, wie es Sharon Zukin (2010,

S. 4) nennt, ist ein Phänomen, das sich sowohl in amerikanischen Städten wie New York als auch in europäischen Städten wie London, Berlin und Wien auf Ebene des Stadtteils zeigt. Dabei handelt es sich nicht um Gentrifizierung im klassischen Sinne, also den Austausch ökonomisch schlechter gestellter Bevölkerungsgruppen durch jüngere ökonomisch besser gestellte Bewohner*innen-gruppen (Dangschat 1991, S. 32). Vielmehr bezeichnet es die symbolische Umdeutung und Inwertsetzung des Stadtraums und seiner Erdgeschosszonen. Diese Erdgeschosszonen werden von Designer*innen und gastronomischen Einrichtungen angeeignet und nach dem Geschmack von konsumaffinen kaufkräftigen Nutzer*innen gestaltet. Sie bedienen mit ihrem Angebot den Geschmack bestimmter urbaner Milieus und hauchen dem Stadtteil ein spezifisches „kosmopolitisches“ Flair ein, das variabel und austauschbar wirkt (Hofstätter/Hohmann/Neckel 2018). Die lokal konnotierte Textur der Stadt geht verloren. Gleichzeitig kommt es durch die gestiegene Preisstruktur und das veränderte Warenangebot zur Verdrängung weniger kaufkräftiger Nutzer*innen- und Bewohner*innen-gruppen. Der Prozess der Verdrängung findet aber auch auf Ebene des milieuspezifischen des Geschmacks und der Gestaltung der Lokale statt und ist eng mit dem Habitus und in weiterer Folge mit dem Habitus der Orte (Dangschat 2009, S. 311) verbunden. Im Diskurs des Stadtmarketings werden Orte, die von Prozessen der „commercial gentrification“ (Zukin 1995) betroffen sind, oftmals als „urbanes Wohnzimmer“ (Dlabaja 2011) beworben und mit Attributen wie lebendig, urban, multikulturell und „place to be“ versehen. Gleichzeitig wird der Stadtraum zur Bühne der Selbstdarstellung und Ort des demonstrativen Konsums, an dem die Ökonomie der Symbolik zählt.

Die Finanzialisierung des Wohnens

Im Vergleich zu anderen europäischen Städten galt Wien als Paradebeispiel des kommunalen Wohnbaus. Mit seinen 220.000 Gemeindewohnungen und weiteren 200.000 sozial geförderten Wohnungen (Schantl 2016, S. 21) verfügt die Stadt über einen großen Bestand an kommunalem Wohnraum. Internationale Delegationen pilgern in regelmäßigen Abständen in die österreichische Hauptstadt, um sich in Fragen der aktuellen „Wohnungsfrage“ inspirieren zu lassen. Europaweit zeichnet sich der Trend zur Re-Kommodifizierung des Wohnbausektors (Heeg 2015, S. 4; Kadi/Verlič 2013) ab, welcher mit dem Rückzug des Staates aus der Förderung und Errichtung von sozialem Wohnbau einhergeht (Häußermann/Siebel 2008, S. 133).

In Deutschland wurde beispielsweise ab den 1970er Jahren immer mehr in Subjekt- statt in Objektförderung investiert, wodurch die nachhaltige Errichtung von Wohnraum als öffentliches Gut abnahm. Die Politik, sozialen Wohnbau für breite Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen, wandelte sich hin

zur Förderung für von Armut betroffene Bewohner*innen (Schmitt/Selle 2008, S. 10). 2021 gab es massive Proteste während der Kommunalwahlen in Berlin gegen diese Finanzialisierung des Wohnens unter anderem durch das börsennotierte Unternehmen „Deutsche Wohnen“. Im Zuge des Protests formierte sich die Bewegung „deutsche Wohnen enteignen“ mit der Forderung, dass diese enteignet werden sollte. 59,1 Prozent der Wähler*innen stimmten dem 2021 zu, was in einem Volksentscheid mündet, der nun umgesetzt werden muss.

In Wien hängt diese Entwicklung der Kommodifizierung des Wohnbaus zum einen mit dem rasanten Bevölkerungswachstum und dem damit steigenden Wohnbedarf zusammen (MA 23 2014). Zum anderen ist sie mit der Transformation der gemeinnützigen Bauträger hin zu Investoren verknüpft, aber auch den Nachwirkungen der Finanzkrise 2008, die das Wohnen zum Investitionsgut machen und damit die Boden- und Immobilienpreise hinauftreiben. Ein weiterer Aspekt ist die Touristifizierung des Wohnens via AirBnB auch in Wien (Kadi 2021). In Städten wie Venedig die von Overtourism betroffenen sind führt die Kommodifizierung kommunaler Infrastrukturen und der Touristifizierung des Wohnsektors zu mannigfaltigen Protesten lokaler Initiativen (Dlabaja 2021). Christoph Reinprecht analysiert, dass auch Wien sich vom Modell der gerechten Stadt hin zu einer postsozialen Stadt entwickelt (Reinprecht 2019). Es zeichnet sich zudem eine Vertikalisierung sozialer Ungleichheiten im Wohnbau ab (Dlabaja 2017) und eine soziale Homogenisierung bestimmter Stadtteile (Molina Xaca/Quinz/Reinprecht 2020), wobei hier nicht von einer räumlichen Segregation, sondern einer Konzentration sozialer Lagen im Stadtraum gesprochen wird (Friesenecker/Kazepov 2021).

Der öffentliche Raum als umkämpftes Terrain

Schlagwörter wie Partizipation, Recht auf Stadt, Stadt der kurzen Wege, Smart City, „Straße fair teilen“ und Diversität prägen den aktuellen Planungsdiskurs. Sie werden aber aktuell vom Thema Klimawandel und Stadthitze überrollt, die mit der Forderung der Reduktion des Individualverkehrs durch Bürgerinitiativen verknüpft ist wie 2022 um den Stopp des Lobau Tunnels. Dabei werden die Stellflächen der als autogerechte geplante Städte von den Bewohner*innen zurückgefordert. Initiativen wie die 2009 gegründete Rasen am Ring sind Pionier*innen in diesem Bereich. Aktuell kämpft vor allem die Initiative Platz für Wien für eine Umverteilung des öffentlichen Raums, weg von Stellflächen, hin zu für die Bewohner*innen nutzbaren Aufenthaltsräumen und der Implementierung von flächendeckenden Fahrradwegen. Der Gestaltung öffentlicher Orte wurde in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Gleichzeitig kommt es zu einer zunehmenden Exklusion und Verdrängung sozialer Randgruppen von den zentralen Plätzen in der Stadt, wie dem Karlsplatz, bei dem im

Zuge der Umgestaltung eine Schutzzone errichtet wurde, um den Ort für den Tourismus zu attraktiveren (Dlabaja 2017). Bei der Gestaltung von Stadträumen werden aber nicht nur Randgruppen des Platzes verwiesen, sondern auch Kinder und Jugendliche werden oftmals bei Platzgestaltungen ausgeblendet, das betrifft Fußgänger*innen zonen wie die Mariahilfer Straße, in der keine Spielflächen implementiert wurden, sondern alles auf Konsum ausgerichtet ist und für Jugendliche vor allem die wohnungsbezogenen Freiräume. Henri Lefebvre fordert ein Recht auf Nicht-Ausschluss von den Räumen und Ressourcen in der urbanisierten Gesellschaft für alle Bewohner*innen. Darüber hinaus fordert er ein Recht auf Zentralität, womit der Zugang zu Orten gesellschaftlicher Gemeingüter sowie der städtischen Infrastruktur und des Wissens gemeint ist. Der Stadtraum ist ein Spiegelbild dafür wie zugänglich, hierarchisiert oder reguliert Gesellschaften sind. In Wien lässt sich in den letzten Jahren vermehrt eine Tendenz zu harten Kanten im Stadtraum ablesen (Dlabaja 2017), wie ich im folgenden Abschnitt erläutere.

Exklusion vulnerabler Gruppen aus dem öffentlichen Raum

Bei der Analyse sozialer Ungleichheit im Stadtraum muss der Blick auf Aspekte wie Zugänglichkeit, Sichtbarkeit und Wissen um Räume gerichtet werden. Aus mannigfaltigen empirischen Befunden geht hervor, dass das Wissen über Räume ungleich verteilt ist. Besonders problematisch ist die Situation von Jugendlichen aus sozial benachteiligten Milieus, die kaum ihr Wohnquartier verlassen (Häußermann 2012, S. 383) und daher die zentralen historischen Orte der Stadt kaum kennen, was wiederum zu ungleichverteiltem Wissen über die eigene Stadt führt. Ein weiterer zentraler Faktor ist die Zugänglichkeit zu Räumen. Diese ist einerseits durch Gebote und Verhaltensregulative gekennzeichnet, darüber hinaus führt die zunehmende Privatisierung von Stadträumen zu einem systematischen Ausschluss von sozialen Randgruppen. Im Kontext der Ungleichheitsforschung muss die Frage gestellt werden, welche Funktion eine Parkbank im Stadtraum erfüllt. Für die einen ist es eine Sitzgelegenheit zum Verweilen, für die anderen die letzte Bastion, um nicht am Boden schlafen zu müssen, zumindest in den warmen Sommermonaten. Augenfällig ist, dass bei der Neugestaltung von Plätzen meist Parkbänke so designt werden, dass sie nicht als Schlafgelegenheit genutzt werden können (Dlabaja 2017). Diese Form der baulichen Exklusion wird aktuell unter dem Begriff der hostile Architecture (Petty 2014) diskutiert.

Besonders angewiesen auf den öffentlichen Raum sind sogenannte vulnerable Gruppen wie beispielsweise Obdachlose, Bettler*innen, aber auch Menschen, die sich in rechtlichen Übergangsphasen befinden, wie Asylsuchende. Eben jene Menschen werden oftmals mittels rechtlicher Barrieren vom „Platz verwiesen“. Für die Rechte von Bettler*innen setzt sich in österreichischen Städten wie Graz,

Linz und Wien seit einigen Jahren die sogenannte „Bettelloby“ ein, ein Netzwerk aus Expert*innen, Multiplikator*innen und Betroffenen (Rauchberger 2018). Prozesse der sozialen Schließung und der Kommodifizierung lassen sich gerade im Stadtraum ablesen. Diese Prozesse können in Form von regulativen Normen, wie Gesetzen oder Verordnungen, ausgehandelt werden (Dlabaja 2016, S. 126), etwa mittels Bettelverboten, oder wie am Wiener Karlsplatz mit der Einführung von sogenannten „Schutzzonen“, bei denen sozial deviante Gruppen aus dem öffentlichen Raum systematisch ausgeschlossen werden. Damit wird ihnen das von Harvey eingeforderte Recht auf Einschluss und Sichtbarkeit in der Stadt verwehrt (Harvey 2013). Im Falle des Karlsplatzes geht die Verhaltensregulation mit einer baulichen Veränderung und Umgestaltung des Ortes einher, um diesen für zahlungskräftige Kund*innen und Tourist*innen zu attraktiveren. Das Design der Orte und seine Umgestaltung führen aber auch auf der symbolischen Ebene zur Verdrängung von sozial unerwünschten Gruppen (Dlabaja 2011, S. 150; Dangschat 2009, S. 325) und gleichzeitig zur Homogenisierung der sozialen Nutzer*innenstruktur.

9.6 Lösungswege und Ausblick auf soziale Ungleichheiten in Zeiten der Klimakrise

Für die Zukunft der Städte stellt sich die Frage, wie sich der Klimawandel auf soziale Ungleichheiten im urbanen Raum auswirken wird. Schon gegenwärtig differenzieren die Auswirkungen der Stadthitze nach Lage der Wohnung in der Stadt und technischer Infrastrukturen (Reinprecht et al. 2019). Dachgeschosswohnungen sind aktuell noch ein begehrtes Gut (Dlabaja 2017), das allerdings mit den steigenden Temperaturen in der Stadt bald eine rückläufige Entwicklung erfahren könnte. Gefragt sind technische und ökologische bauliche Lösungen zur Kühlung wie Vertikalbegrünung und lokale nachhaltige Energieproduktion in den Quartieren, wie sie mittels Fotovoltaik möglich ist.

Aber auch das Thema Nahrungsmittelproduktion in der Stadt wird virulenter denn je. Die Covid-19-Krise und der Ukrainekrieg verdeutlichen, dass lange Lieferketten nicht nur ökologisch bedenklich sind, sondern aufgrund der Krisen vermehrt auf lokale Nahrungsmittelproduktion gesetzt werden sollte. Mit Blick auf die globale Perspektive der Erderwärmung und der Hitzesommer in Ländern wie Indien – die 2022 schon 50 Grad Celsius erreichen – stellt sich die Frage, wie Menschen in bestimmten Bereichen der Erde überhaupt noch überleben werden können. Daher wird die Perspektivierung globaler Ungleichheiten wichtiger denn je. Das führen uns auch Krisenregionen und implementierte totale Regime wie in Afghanistan oder der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine vor Augen, dazu bedarf es ein Umdenken im Umgang mit Flüchtlingen und ein Ende der Grenzregimepolitik Europas (siehe auch den Beitrag von Clara Holzinger in diesem Band).

Eines meiner Forschungsfelder sind Recht-auf-Stadtbewegungen in Venedig, welches zeigt, dass die durch Overtourism und Klimawandel forcierte Ungleichverteilung und Verknappung von leistbarem Wohnraum nicht einfach hingenommen werden darf, sondern es soziale Bewegungen braucht, die für ihr Recht auf Wohnen kämpfen. Ein weiteres prominentes Beispiel ist in diesem Kontext die lokale Initiative NoGrandiNavi welche die großen Kreuzschiffe erfolgreich aus dem Giudecca Canal verbannt haben (Dlabaja 2021). Allerdings kämpft die Bewegung nun dafür, dass große Kreuzschiffe überhaupt nicht mehr in die Lagune einfahren dürfen, um das fragile Ökosystem des Archipelago zu schützen. Der aktuelle Ukrainekrieg zeigt auch, dass eine geopolitische Perspektive auf Ungleichheiten notwendig ist, geht es etwa um das Thema Nahrungsmittelversorgung zeigt sich, dass der Krieg Auswirkungen auf die Versorgung afrikanischer Länder mit Getreide hat, da die Ukraine als die Kornkammer Europas bezeichnet werden und aufgrund der gesperrten Häfen ihre Ware nicht exportieren kann. Daher können politische Entscheidungen in Zukunft nicht mehr nur mit Blick auf die nationalen Grenzen und Interessen getroffen werden. Selbiges gilt für die Klimaziele und die CO²-Emissionen – auch diese Aspekte können nur transnational gelöst werden, nicht nur um soziale Ungleichheiten nicht noch mehr zu verstärken zwischen den nördlichen und den südlichen Regionen, sondern weil wir in Wechselbeziehung stehen und nur kooperativ eine Lösung auf all diese Probleme finden werden.

Literatur

- Adam, Jens/Vonderau, Asta (Hrsg.) (2014): Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder. Bielefeld: Transcript.
- Adler, Victor (1888): Die Lage der Ziegelarbeiter. In: „Gleichheit“, Nr. 51 vom 22. Dezember 1888.
- Aigner, Heidrun/Kumnig, Sarah (Hrsg.) (2018): Stadt für alle! Analysen und Aneignungen. Wien: Mandelbaum.
- Belina, Bernd/Michel, Boris (2008): Raumproduktionen: Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Binder, Beate (2009): Streitfall Stadtmitte: Der Berliner Schloßplatz. Köln, Wien: Böhlau.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (1979): Struktur, Habitus, Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadt-Räume. Frankfurt am Main: Campus, S. 25–34.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Brenner, Neil (2014): Implosions/explosions: towards a study of planetary urbanization. Berlin: Jovis.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus.
- Dangschat, Jens S. (1991): Gentrification – Indikator und Folge globaler ökonomischer Umgestaltung, des sozialen Wandels, politischer Handlungen und von Verschiebungen auf dem Wohnungsmarkt in innenstadtnahen Wohngebieten. Universität Hamburg: unveröffentlichte Habilitationsschrift.

- Dangschat, Jens S. (2009): Symbolische Macht und Habitus des Ortes. In: Die Architektur der Gesellschaft. Bielefeld: Transcript, S. 311–342.
- Dangschat, Jens S./Friedrichs, Jürgen (1988): Gentrification in Hamburg. Hamburg: GSS-Band 8.
- Dangschat, Jens S./Hamedinger, Alexander (Hrsg.) (2007): Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
- Daniel, Anna/Deuschmann, Anna/Buzogány, Aron/Scherhauser, Patrick (2020): Die Klimakrise deuten und Veränderungen einfordern: Eine Framing-Analyse der Fridays for Future. In: Sozialwissenschaftliche Rundschau 60 (4), S. 226–245.
- Drabaja, Cornelia (2011): Symbolische Markierungen im Stadtraum. In: Frey, Oliver/Koch, Florian: Positionen Der Urbanistik. Wien: Lit, S. 147–166.
- Drabaja, Cornelia (2016): Das Wiener Brunnenviertel: Urbane Raumproduktion. Eine Analyse des Wandels von Stadträumen. Wien: New Academic Press.
- Drabaja, Cornelia (2017): Soziale Ungleichheit im Stadtraum – Über harte Kanten der Möblierung, Sichtbarkeit und Zugänglichkeiten im Stadtraum. Wien: Zeitschrift Zoll, S. 29–32.
- Drabaja, Cornelia (2020): Stadtplanung von unten: Das Wiener Brunnenviertel. In: Protest. Dérive: Zeitschrift für Stadtforschung. Wien: Dérive, Verein für Stadtforschung.
- Drabaja, Cornelia (2021): The Right to the Island – Venetians reclaiming the city in times of overtourism. Contested representations, narrations and infrastructures. In: SHIMA Journal. Special issue: Living, Narrating and Representing Venice and its Lagoon (15), S. 166–185.
- Fainstein, Susan (2010): The Just City. New York: Cornell University Press.
- Foltin, Robert (2011): Und wir bewegen uns noch: Zur jüngeren Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich. Wien: Mandelbaum.
- Friesenecker, Michael/Kazepov, Yuri (2021): Housing Vienna: The Socio-Spatial Effects of Inclusionary and Exclusionary Mechanisms of Housing Provision. In: Social Inclusion 9 (2), S. 77–90.
- Gawharyel, Karim (2020): Repression und Rebellion: arabische Revolution – was nun? Wien: Kremayr & Scheriau Verlag.
- Glass, Ruth (1964): London: aspects of change. University College, London. Centre for Urban Studies. London: MacGibbon & Kee.
- Gribat, Nina/Kadi, Justin/Lange, Jan/Meubrink, Yuca/Müller, Jonas (2017): Planung als politische Praxis. In: sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 5 (1/2), S. 7–20.
- Harvey, David (2013): Rebellenstädte: Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin: Suhrkamp.
- Häußerman, Hartmut (2012): Wohnen und Quartier: Ursachen sozialräumlicher Segregation. In: Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 335–349.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2008): Stadtsoziologie: Eine Einführung. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Heeg, Susanne (2015): Wohnungen als Anlagegut im Zeitalter der urbanen Renaissance? In: Prenner, Peter (2015): Wien wächst – Wien wohnt. Gutes Wohnen in einer wachsenden Stadt. AK Wien, S. 1–10.
- Holm, Andrej (Hrsg.) (2014): Reclaim Berlin. Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Kadi, Justin (2021): Das Wiener Wohnungssystem jenseits des sozialen Wohnbaus – Die Transformation des privaten Mietsektors seit den 1990er-Jahren und die Folgen für die gesamtstädtische Wohnraumversorgung. In: Arch+ – Zeitschrift für Architektur und Städtebau 244, S. 88–91.
- Kadi, Justin/Verlić, Mara (2013): Die neue Wiener Wohnungsfrage? Zur fortschreitenden Neoliberalisierung des Wohnungsmarktes. In: Malmö 64, S. 3–4.
- Kaschuba, Wolfgang (Hrsg.) (2015): Urbane Aushandlungen: Die Stadt als Aktionsraum. Berlin: Panama.
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: Springer VS.
- Kronauer, Martin (2020): Ungleichheit und Polarisierung in der Stadt. In: Breckner, Ingrid/Göschel, Albrecht/Matthiesen, Ulf (Hrsg.): Stadtsoziologie und Stadtentwicklung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, S. 195–206.
- Lahusen, Christian (2013): Soziale Bewegungen. In: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Wiesbaden: Springer VS, S. 717–729.
- Lange, Jan/Müller, Jonas (Hrsg.) (2016): Wie plant die Planung? Kultur- und planungswissenschaftliche Perspektiven auf die Praxis räumlicher Planungen. Berlin: Panama.

- Lefèbvre, Henri (1968): *Le droit à la ville*. Collection Société et Urbanisme. Paris: Anthropos.
- Lefèbvre, Henri (1974): *La production de l'espace*. Paris: Gallimard, Collection „Idées“.
- Lefèbvre, Henri (1991): *The Production of Space*. Oxford: Blackwell.
- Lindner, Rolf (1990): *Die Entdeckung der Stadtkultur: Soziologie aus der Erfahrung der Reportage*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- MA23 (2014): *WIEN WÄCHST ... Bevölkerungsentwicklung in Wien und den 23 Gemeinde- und 250 Zählbezirken*. Wien: Stadt Wien: MA 23.
- Maderthaner, Wolfgang/Musner, Lutz (2000): *Die Anarchie der Vorstadt: das andere Wien um 1900*. Frankfurt am Main: Campus.
- Mayer, Margit (2013): *Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt*. In: *sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* (1), S. 155–168.
- Misik, Robert (2017): *Ein seltsamer Held: der grandiose, unbekannte Victor Adler*. Wien: Picus Verlag.
- Molina Xaca, Camillo/Quinz, Hanna/Reinprecht, Christoph (2020): *Sozialraum Monitoring: Durchmischung und Polarisierung in Wien*. Stadtpunkte Bd. 34. Wien: Arbeiterkammer Wien.
- Neckel, Sighard/Hofstätter, Lukas/Hohmann, Marco (2018): *Die globale Finanzklasse: Business, Karriere, Kultur in Frankfurt und Sydney*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Nußbaumer, Martina/Schwarz, Werner (2012): *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern*. Wien: Czernin.
- Petty, James (2016): *The London spikes controversy: homelessness, urban securitisation and the question of ‚hostile architecture‘* Brisbane: Queensland University of Technology. In: *International Journal for Crime, Justice and Social Democracy* 5 (1), S. 67–81.
- Rauchberger, Annika (2018): *Stadt für Alle? Bettelverbote als Instrumente städtischer Kontrolle über den öffentlichen Raum*. In: Heidrun Aigner, Heidrun/Kumnig, Sarah (Hrsg.): *Stadt für alle!* Wien: Mandelbaum, S. 191–207.
- Reinprecht, Christoph (2019): *Wohnen und die Fragmentierung des Sozialen*. In: Kadi, Justin/Verlic, Mara (Hrsg.): *Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis*. Stadtpunkte Bd. 27. Wien: Arbeiterkammer Wien, S. 25–34.
- Riege, Mario/Schubert, Herbert (Hrsg.) (2002): *Sozialraumanalyse: Grundlagen, Methoden, Praxis*. Opladen: Leske + Budrich.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (2008): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Russo, Antonio/Scarnato, Alessandro (2018): *„Barcelona in common“: A new urban regime for the 21st century tourist city?* In: *Journal of Urban Affairs*, S. 455–474.
- Sassen, Saskia (1991): *The global city*. New York, London, Tokyo. Princeton: Princeton University Press.
- Schantl, Christian (2016): *Gemeindebau WIKI*. In: Dlabaja, Cornelia (Hrsg.): *Gemeinde Bau Kunst #GBK015*. Wien: Neue Arbeit, S. 20.
- Schmidt-Lauber, Brigitta (2018): *Andere Urbanitäten: Zur Pluralität des Städtischen*. Ethnographien des Alltags. Bd. 3. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Schmitt, Gisela/Selle, Klaus (Hrsg.) (2008): *Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt*. Dortmund, Rohn: Edition Stadt/Entwicklung.
- Simmel, Georg (1995 [1903]): *Die Großstädte und das Geistesleben*. In Rammstedt, Otthein (Hrsg.): *Georg Simmel Gesamtausgabe. Bd. 7: Aufsätze und Abhandlungen 1901–1908*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 116–131.
- Sturm, Gabriele (2000): *Wege zum Raum: methodologische Annäherungen an ein Basiskonzept raumbezogener Wissenschaften*. Opladen: Leske + Budrich.
- Thabe, Sabine (Hrsg.) (1999): *Räume der Identität – Identität der Räume*. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 98. Dortmund: Technische Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung, Institut für Raumplanung (IRPUD).
- Weber, Max (2000 [1903]): *Studienausgabe der Max-Weber-Gesamtausgabe. Schriften und Reden. Bd. 22. Wirtschaft und Gesellschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte; Teilband 5. Die Stadt*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Zukin, Sharon (2010): *Naked city: the death and life of authentic urban places*. Oxford: Oxford University Press.

10. Migration und soziale Ungleichheit

Clara Holzinger

10.1 Einleitung

Grenzüberschreitende Migration ist ein Forschungsfeld, das „Konflikte um Normen der Gleichheit und die fortwährende Aufdeckung von Ungleichheiten wie in einem Brennglas erscheinen“ (Faist 2020, S. 21) lässt und uns gravierende Unterschiede in Bezug auf individuelle und kollektive Lebensbedingungen und -chancen vor Augen führt. Dennoch beschäftigt sich migrationssoziologische Forschung selten explizit mit sozialer Ungleichheit, sondern thematisiert diese meist eher indirekt. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, die Erforschung von Ungleichheiten aus Perspektive der Migrationssoziologie in den Blick zu nehmen.

Bei der Betrachtung des Nexus von Migration¹ und sozialer Ungleichheit können drei Ebenen (global, national und transnational) analytisch unterschieden werden. Zunächst muss beachtet werden, dass Migration im Kontext globaler Ungleichheiten stattfindet (siehe auch den Beitrag von Karin Fischer in diesem Band). Faist (2019) etwa argumentiert, dass in Bezug auf globale Ungleichheit Wohnort bzw. Staatsbürgerschaft gegenüber Klasse an Bedeutung gewonnen haben, da empirische Daten zeigen, dass heute Einkommensungleichheiten zwischen den Ländern größer als solche innerhalb von Nationalstaaten sind. Sowohl in Hinsicht auf die Ursachen als auch Konsequenzen von Migrationen sind globale Ungleichheiten von großer Relevanz. Während Migration jedoch aufgrund von wachsenden ökonomischen Ungleichheiten, politischen Machtasymmetrien sowie medial globalisierten Vorstellungen eines besseren Lebens eine zunehmend attraktive Option für die Verbesserung von individuellen Lebenschancen zu sein scheint, sehen sich immer größere Teile der Weltbevölkerung (vor allem des globalen Südens) mit strengen Mobilitätseinschränkungen konfrontiert. Globale Ungleichheit in Bezug auf Mobilität veranschaulicht beispielhaft die Tatsache, dass mit einem Reisepass aus ökonomisch starken Ländern wie beispielsweise Japan, den USA oder Österreich im Jahr 2021 über 180 Länder ohne (zuvor beantragtes) Visum bereist werden konnten (Statista 2022a), wohingegen ein Pass aus ökonomisch schwachen und politisch instabilen Staaten wie Afghanistan, Irak oder Syrien visumfreies Reisen

1 Der Beitrag fokussiert Phänomene internationaler Migration. Unter „Migrant*in“ wird im Folgenden eine Person verstanden, die (temporär oder langfristig) ihren Lebensmittelpunkt in ein anderes Land verlegt.

in weniger als 30 Länder ermöglichte (Statista 2022b)². Nicht außer Acht zu lassen ist folglich bei der Untersuchung von Migration und sozialen Ungleichheiten, dass grenzüberschreitende Migration ein Phänomen ist, dass vor allem die einkommensstärksten 20 Prozent der Weltbevölkerung betrifft (Faist 2016, S. 338) – und weltweit insgesamt weit weniger als vier Prozent der Menschen internationale Migrant*innen sind (United Nations 2017).

Auch auf nationaler Ebene sind soziale Ungleichheiten in Zusammenhang mit Migration zu beachten: Migration und eine Pluralisierung der Gesellschaft sind heute in zahlreichen Ländern Normalität – und dennoch sind Migrationsgesellschaften, wie auch Österreich, von strukturellen Teilhabedefiziten auf materieller und symbolischer Ebene charakterisiert. Ressourcen und Möglichkeiten sind zwischen Migrant*innen (sowie deren Nachkommen) und Nicht-Migrant*innen ebenso wie zwischen einzelnen Zuwanderungsgruppen ungleich verteilt. Marginalisierung, Diskriminierung und Rassismus führen zu Unterschieden in Bezug auf Bildungspartizipation, Arbeitsmarktteilhabe, Einkommen, Vermögen, Gesundheit, Wohnbedingungen sowie politische und öffentliche Repräsentation (Reinprecht 2006; Verwiebe et al. 2015; Verwiebe et al. 2018; Dlabaja 2016). In Österreich beenden beispielsweise Schüler*innen mit nicht-deutscher Erstsprache überproportional häufig nach Ende der Schulpflicht ihre Ausbildung und Migrant*innen sind häufiger von Arbeitslosigkeit, prekären Beschäftigungsbedingungen oder Dequalifizierung betroffen als Nicht-Migrant*innen (Statistik Austria 2021).

Nicht zuletzt ist auch eine transnationale Perspektive auf soziale Ungleichheiten relevant, da durch die verschiedensten Formen der Internationalisierung sozialer Phänomene und Prozesse sich einerseits die nationalen Dynamiken sozialer Ungleichheit verändern und andererseits neue, grenzüberschreitende sozialräumliche Bezugseinheiten sozialer Ungleichheit entstehen, die nicht mehr im Rahmen nationaler ‚Container-Gesellschaften‘ analysiert werden können (Pries 2008, S. 41).

Der vorliegende Beitrag beschreibt eine migrationssoziologische Perspektive auf die Erforschung sozialer Ungleichheiten. Dazu skizziere ich zunächst in groben Zügen die historische Entwicklung der Migrationssoziologie mit einem besonderen Fokus auf die Thematisierung von sozialen Ungleichheiten. Anschließend gehe ich auf ausgewählte Forschungsansätze, Theorien und Themenfelder in der aktuellen Migrationssoziologie ein, die für die Erforschung sozialer Ungleichheiten relevant sind. Zwei Beispiele aus meiner eigenen Forschungspraxis sollen danach die konkrete Anwendung aktueller Ansätze und Konzepte

2 In diesem Zusammenhang interessant sind die Arbeiten von Manuela Boatacă (2017), die zum Verkauf von Staatsbürgerschaften mit Blick auf die (Re)Produktion globaler Ungleichheiten forsch.

illustrieren. Abschließend behandle ich die Frage, welchen Beitrag die Migrationsforschung im Kampf gegen soziale Ungleichheiten leisten kann.

10.2 Migrationssoziologie und soziale Ungleichheiten: Die historische Entwicklung eines Forschungsfeldes

Klassische Migrationstheorien am Anfang des 20. Jahrhunderts (für einen Überblick siehe: Aigner 2017; Han 2016) konzentrierten sich vorrangig auf die Integration von einzelnen Immigrant*innen in die Aufnahmegesellschaft und Dynamiken zwischen Etablierten und Außenseitern – ohne dabei Aspekte gesellschaftlicher Ungleichheit zentral zu behandeln. Autoren wie Georg Simmel (1908), Alfred Schütz (1944/1972) und Robert E. Park (1928) etwa legten Analysen zur Situation von einzelnen Migrant*innen als Fremde und zu deren Integration in eine bestehende Kultur vor.

Bedeutend für die frühe Migrationssoziologie waren Assimilationsmodelle, die von der Erwartung einer absoluten Anpassung an die Aufnahmegesellschaft ausgingen³. Das einflussreiche (und heute stark kritisierte) Race-Relation-Cycle-Modell von Robert E. Park und Ernest W. Burgess (1924) beruht auf der Annahme, dass immigrierte ethnische Gruppen verschiedene Phasen sozialer Interaktion durchlaufen, bevor sie vollständig integriert sind und soziale Ungleichheiten (die sich u. a. in sozialräumlicher Segregation manifestieren) verschwinden.

Eine erste systematische Verknüpfung der Migrations- und Ungleichheitsforschung findet sich im deutschsprachigen Raum bei Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (1973). Er bezog in seine Analysen sowohl Entsende- als auch Aufnahmegesellschaft ein⁴ und sah Migration als Strategie des Spannungsabbaus im sozialen Gefüge der Herkunftsgesellschaft. Im Aufnahmeland wiederum entstünden neofeudale Tendenzen, welche der Integration von Migrant*innen entgegenwirken: Eine ‚Unterschichtung‘ finde statt, indem Migrant*innen in die untersten Positionen in der Gesellschaft einnehmen, während „Fahrstuhleffekte“ bewirken, dass Nicht-Migrant*innen (beispielsweise am Arbeitsmarkt) sozial aufsteigen.

Ebenfalls von großer Relevanz für die Erforschung sozialer Ungleichheiten in der Migrationssoziologie war die neomarxistische Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein (1974), die ein weltweites kapitalistisches System, bestehend aus Zentrum, Semiperipherien und Peripherien, beschreibt. Vor dem Hintergrund globaler Ungleichheit sind Migrationsprozesse Teil des Austausches zwischen diesen Regionen. Mit der Weltsystemtheorie hängen Ansätze zusammen, die

3 Wirkmächtig für die deutschsprachige Forschung weiterentwickelt wurden diese Theorien von Hartmut Esser (1980).

4 Während migrationssoziologische Analysen bisher meist auf das Aufnahmeland und Assimilations- und Integrationsprozesse beschränkt blieben, fanden Herkunftsgesellschaften seit den 1970ern eine größere Beachtung.

politisch, sozial, ökonomisch, historisch und kulturell eingebettete Migrationssysteme zwischen Regionen oder Ländern beschreiben. Prominent weiterentwickelt wurden diese von Saskia Sassen (1991), die Migration als Prozess zwischen ökonomisch ungleichen und zugleich verbundenen und voneinander abhängigen Regionen und Staaten analysiert (wobei den sogenannten ‚Global Cities‘ als Finanzzentren eine besondere Rolle zukommt).

Für die Betrachtung sozialer Ungleichheiten ebenso relevant sind Theorien zu „Brain-Drain“ und „Brain-Gain“ in der Migrationsforschung: Diese beschreiben die Emigration von Hochqualifizierten (Brain-Drain), zumeist aus Ländern des globalen Südens, in ökonomisch besser gestellte Länder des globalen Nordens, die von dem Wissen der gut ausgebildeten Immigrant*innen profitieren (Brain-Gain). Ob „Brain-Circulation“ auch auf Herkunftsländer einen positiven Effekt haben kann, wurde vor allem seit den 1990ern diskutiert (siehe bspw. Skeldon 2009), wobei eindeutige empirische Belege dazu fehlen. Neben Brain-Drain (definiert als Verlust von Humankapital) dienen „Remittances“ als wichtiger Indikator bei der Analyse der Auswirkungen von Migration auf Makroebene. Remittances werden meist als finanzielle Rücküberweisungen von Migrant*innen definiert, wobei in der Migrationsforschung inzwischen auch soziale Remittances (etwa in Form von Werten, Wissen oder Qualifikationen) zunehmend Beachtung finden (siehe bspw. Levitt/Lamba-Nieves 2011).

In den 1990ern gewann eine transnationale Forschungsperspektive an Einfluss. Sie wurde maßgeblich von Nina Glick Schiller, Linda Basch und Christina Szanton Blanc (1995) entwickelt, um die Lebensrealität jener Migrant*innen zu erfassen, die Teil der ‚global workforce‘ in einem globalisierten kapitalistischen System sind. Diese oft von sozialer und rechtlicher Exklusion betroffenen vulnerablen Migrant*innen bilden soziale Netzwerke, die Herkunfts- und Ankunftsregion verbinden. In den sich so entwickelnden transnationalen Räumen sind Transmigrant*innen auf unterschiedliche Weise mobil und halten zugleich (soziale, politische, ökonomische, familiäre) Bindungen zu Herkunfts- und Aufnahmeland. Transnationale Forschungsperspektiven beziehen (im Gegensatz zur Weltsystemtheorie) stärker die Mikroebene in ihre Analysen ein und fokussieren die Agency von Transmigrant*innen und deren soziale Praktiken. Das Konzept des Transnationalismus erfuhr eine breite Rezeption in der Migrationsforschung, wurde aufgegriffen und weiterentwickelt und spielt, wie ich noch zeigen werde, in der aktuellen migrationssoziologischen Forschung nach wie vor eine wichtige Rolle.

10.3 Aktuelle Forschungsansätze und Themenfelder in der Migrationsforschung

In der aktuellen Forschung wird meist die Komplexität von Migration betont, was sich auch in der relativ verbreiteten Inter- und Transdisziplinität in der

Migrationsforschung widerspiegelt. Auch bei der Erforschung von sozialen Ungleichheiten im Migrationskontext ist eine zunehmende Differenzierung festzustellen. So werden in der aktuellen Forschung nicht nur Einkommensunterschiede, sondern auch Ungleichheiten in Bezug auf politische Teilhabe und kulturelle Anerkennung in den Blick genommen (Foroutan 2019; Faist 2019). Im Folgenden werden ausgewählte Forschungsansätze, Theorien und Themenfelder vorgestellt, die in der heutigen Forschungslandschaft für den Nexus Migration/Ungleichheit von Bedeutung sind.

Transnationale Forschungsansätze

An Migrationsprozessen beteiligt sind neben den Migrant*innen selbst eine Vielzahl von Akteur*innen, wie Nationalstaaten, Migrationsnetzwerke, inter- und supranationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Religionsgemeinschaften. Um die Komplexität von Migrationsphänomenen zu erfassen, ist eine transnationale Perspektive daher nach wie vor von großer Bedeutung in der aktuellen Forschung.

Ein transnationaler Ansatz „berücksichtigt die vielschichtigen und grenzübergreifenden Bindungen von Individuen, Gruppen und Organisationen und deren mitunter simultanes Engagement über die Grenzen von Staaten hinweg“ (Faist 2020, S. 10). Transnationale Praktiken sind nicht nur als Strategie der sozialen Absicherung von prekären Arbeitsmigrant*innen zu sehen, sondern auch Migrant*innen mit einem rechtlich und sozioökonomisch gesicherten Status ebenso wie Nicht-Migrant*innen und relativ immobile Personen können an grenzübergreifenden Aktivitäten beteiligt sein und beispielsweise transnationale familiäre Beziehungen in mehreren Ländern und Regionen unterhalten, Geld überweisen oder an kulturellen und politischen Ereignissen im Herkunftsland Anteil nehmen.

Die Entstehung von sozialen Ungleichheiten reicht ebenso wie Ursachen und Regulierung von Migration, soziale Integrationsprozesse und Beziehungen von Migrant*innen oft über nationalstaatliche Grenzen hinaus. Eine zentrale Forderung des transnationalen Forschungsansatzes ist es daher, einen „methodologischen Nationalismus“ (Wimmer/Glick/Schiller 2003) zu überwinden (siehe auch Amelina 2012). Die konventionelle Migrationsforschung erforschte ihre Untersuchungsgegenstände meist innerhalb nationalstaatlicher Grenzen. Auch die Ungleichheitsforschung des 20. Jahrhunderts blieb größtenteils auf den Bezugsrahmen von Nationalgesellschaften beschränkt, innerhalb dessen sie soziale Klassen und Schichten untersuchte und miteinander verglich (Pries 2008, S. 46). Transnationale Analysen gehen über den konzeptionellen Rahmen des Nationalstaates hinaus und fokussieren auch andere ‚Scales‘, wie beispielsweise Städte (Glick Schiller/Çağlar 2010). Damit einher geht auch die Forderung, ein essentialistisches Raumkonzept zu überwinden, da Sozial- und Flächenräume in

transnationalen Kontexten nicht deckungsgleich sind. Pries (2008, S. 43) plädiert für ein relationales Raumkonzept, um transnationale Sozialräume, wie beispielsweise polnische Arbeitsmigrant*innen oder die islamische Umma, erfassen zu können. Demnach können sich „Sozialräume auch über unterschiedliche Flächenräume hinweg pluri-lokal aufspannen (und umgekehrt innerhalb eines Flächenraumes unterschiedliche Sozialräume ‚aufstapeln‘)“.

Eine weitere Forderung formulierten Glick Schiller und Çağlar (2013) als Kritik an problematischen essentialistischen Konzeptionen von ethnischen Gemeinschaften: Transnationale Analysen sollten eine ‚ethnic lens‘ vermeiden und ethnische Gemeinschaften nicht einfach unhinterfragt als gegebene, klar abgrenzbare Einheiten annehmen, sondern vielmehr analysieren, wann unter welchen Umständen ethnische Zugehörigkeit bedeutsam gemacht wird (in Bezug etwa auf *ethnic businesses* siehe Parzer 2016).

Bei der Erforschung von sozialen Ungleichheiten gilt es zu beachten, dass Migrant*innen über Grenzen hinweg an verschiedenen Orten unterschiedliche soziale Positionen einnehmen. Eine rumänische Migrantin kann in Österreich eine vollkommen andere, mitunter widersprüchliche soziale Positionierung erfahren als in Rumänien, wenn sie dort auf Besuch ist oder dorthin zurückkehrt (erwähnt sei hier die Arbeit von Laura Wiesböck (2017), die den Nexus Transnationalismus/Ungleichheit am Beispiel von Pendler*innen im Osten Österreichs untersucht). In Bezug auf Macht- und Prestige orientieren sich transnationale Migrant*innen folglich nicht nur am Referenzsystem des Ankunftslandes, sondern auch an jenem des Herkunftslandes – diese beiden werden zudem durch ein neues transnationales Referenzsystem ergänzt, wodurch es „zu einer neuen Unübersichtlichkeit und zu neuen räumlichen, zeitlichen und dimensional differenzierungen sozialer Ungleichheit“ kommt (Pries 2008, S. 60).

Empirisch sind unterschiedliche diskursive Bewertungen von Transnationalität beobachtbar, die mit der sozialen Positionierung der Migrant*innen zusammenhängen: Während die Bindungen zum Herkunftsland bei ‚Arbeitsmigrant*innen‘ meist in politischen und medialen Diskursen als problematisch und hinderlich für Integration angesehen werden, wird Transnationalität bei hochqualifizierten „Mobilen“ oft sogar als wirtschaftlich und sozial erwünscht dargestellt (Faist 2020). Diese Unterschiede in der Bewertung von Transnationalität verdeutlicht das Zusammenspiel von verschiedenen Heterogenitäten (hier etwa Klasse und Transnationalität). Transnationale Forschungsansätze betonen dementsprechend häufig auch die Wichtigkeit einer intersektionalen Perspektive.

Intersektionalität in der Migrationsforschung

Während Geschlechterverhältnisse in vielen klassischen Theorien der Migrationsforschung unthematisiert bleiben (Amelina 2017), so finden in der aktuellen

migrationssoziologischen Forschung multiple soziale Ungleichheiten und deren Wechselwirkung zunehmend Beachtung. Empirisch zeigt sich beispielsweise, dass Migrantinnen oft mehrfache Diskriminierungen erfahren und der Arbeitsmarktzugang von niedrigqualifizierten Migrantinnen oft auf schlecht bezahlte prekäre Dienstleistungsbereiche beschränkt ist, die als ‚typisch weiblich‘ gelten (wie Reinigung oder Pflege) (Faist 2016, S. 340).

Wenngleich auch heute nach wie vor ‚Klasse‘ und ‚Ethnizität‘ im Fokus vieler migrationssoziologischer Studien zu sozialer Ungleichheit stehen, so gewinnen doch intersektionale Ansätze (siehe auch den Beitrag von Johanna Neuhauser in diesem Band) an Bedeutung, die weitere soziale Heterogenitäten wie Geschlecht in den Blick nehmen. Die sozialkonstruktivistische Intersektionalitätsanalyse bietet Methoden, um das Zusammenspiel von Gender, Ethnizität, Klasse, Nationalität, Sexualität und anderen sozialen Kategorien zu untersuchen: Analog zur Beschreibung des ‚Doing Gender‘ (der beständigen Herstellung von Männlichkeit und Weiblichkeit), welches zweigeschlechtliche Ordnungen (re-)produziert, kann beispielsweise untersucht werden, wie Ethnizität mittels ‚Doing Ethnicity‘ in hierarchischen Gesellschaftsordnungen hergestellt wird (Lutz 2017, S. 43).

Ungleiche superdiverse (Post-)Migrationsgesellschaften

Viele klassische Migrationstheorien fokussierten sich auf die nach der eigentlichen Migration stattfindenden Niederlassungs- bzw. Inkorporierungsprozesse von Einwander*innen (Amelina 2017, S. 46). Auch heute noch beschäftigen sich viele Migrationssoziolog*innen mit der Lebensrealität und Fragen sozialer Ungleichheit in Migrationsgesellschaften.

Wie andere westeuropäische Gesellschaften ist auch Österreich seit Mitte des letzten Jahrhunderts in Hinblick auf Religionen, Sprachen und transnationale Bindungen migrationsbedingt deutlich vielfältiger geworden⁵. Zugleich zeigen sich auch in der österreichischen Migrationsgesellschaft für Migrant*innen Teilnahmeungleichheiten am Arbeitsmarkt und an Bildungsinstitutionen, niedrigere Einkommen und schlechtere Wohnbedingungen, politische Ausschlüsse und geringe politische Vertretung (Rosenberger/Gruber 2020). Heterogenität ist dabei jedoch nicht mit sozialer Ungleichheit gleichzusetzen, sondern bezeichnet zunächst einmal lediglich Verschiedenheit (Faist 2020, S. 5). Es gilt folglich zu erforschen, durch welche politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Prozesse Differenz in Ungleichheit transformiert wird (Brubaker 2014, S. 3). An klassischen Assimilations- und Integrationsmodellen wird in der heutigen

5 Vertovec (2007) prägte das Konzept der „Superdiversität“, um neue soziale Komplexitäten zu erfassen und soziale Strukturen, Differenzierungen und Identitäten im Kontext migrationsbedingter Diversifizierung zu analysieren (Vertovec 2019: 125).

Migrationssoziologie dabei meist kritisiert, dass sie auf eine „Bringschuld der Migrant*innen“ verweisen (Foroutan 2019, S. 74) und „mangelnde kulturelle Anpassungsstrategien, fehlende Ressourcenausstattung und ideologische Vorbehalte gegenüber emanzipativen Wertvorstellungen“ als zentralen Grund für strukturelle Ungleichheiten nennen (Foroutan 2019, S. 84). Vielmehr gelte es jedoch nach strukturellen Teilhabedefiziten zu fragen, die Migrant*innen und andere Minderheiten behindern.

Die Migrationsforschung richtet den Blick zunehmend auf Mechanismen der systematischen, strukturellen und institutionellen Diskriminierung als Ursache für soziale Ungleichheiten (siehe bspw. Scherr/El-Mafaalani/Yüksel 2017). Erforscht werden dabei unter anderem Diskriminierungen im Bildungssystem (siehe auch den Beitrag von Karina Fernandez in diesem Band), Barrieren beim Arbeitsmarktzugang (siehe auch den Beitrag von Carina Altreiter und Roland Atzmüller in diesem Band) oder auch die Wirkung von Integrationspolitiken (Rosenberger/Gruber 2020). Ein in diesem Zusammenhang mitunter angewandtes (und in der Migrationssoziologie generell einflussreiches) Konzept ist das des „Regimes“, welches als Ensemble von Diskursen, Praktiken, Normen und Materialitäten definiert werden kann, das gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen unterliegt. Die inter- und transdisziplinäre Migrations- und Grenzregimeforschung etwa „untersucht, wie Migration und Grenzen als Phänomene konstruiert, beforscht und regierbar gemacht werden“ (Hess et al. 2015, S. 5).

Ein postmigrantischer Ansatz, wie ihn Naika Foroutan (2019) vorschlägt, fordert, nicht nur auf Migrant*innen zu fokussieren, sondern auch andere marginalisierte Gruppen (wie beispielsweise Frauen, Transmenschen oder Menschen mit Behinderung) einzubeziehen. Migration wird dabei als Prozess verstanden, der gesellschaftliche Aushandlungs- und Anerkennungsprozesse auslöst, da in den meisten westeuropäischen Staaten die „empirische Faktizität der Ungleichheit“ im Widerspruch zum „Versprechen der pluralen Demokratie, alle Menschen gleichermaßen an den zentralen Ressourcen dieser Gesellschaft teilhaben zu lassen“, steht. Aushandlungs- und Anerkennungsprozesse, so Foroutans durchaus optimistischer Ansatz, werden also angestoßen, weil das „gesellschaftliche Selbstbild einer modernen und aufgeklärten Demokratie, wonach kein Mensch aufgrund seiner Herkunft, seiner Religion, seines Geschlechts etc. benachteiligt werden darf“ (Foroutan 2019, S. 109), nicht mit der Realität existierender Ungleichheiten vereinbar ist.

Um bestehende soziale Ungleichheiten in einer Gesellschaft zu rechtfertigen, die von der prinzipiellen Gleichheit der Menschen ausgeht, werden unter anderem rassistische Legitimationsstrukturen angewandt. Rassismusforschung ist daher für die Migrationssoziologie von großer Bedeutung. Rassismus wird dabei nicht als „Anhäufung von Irrtümern und Ausnahmen im Betrieb der Moderne“ verstanden, sondern als „ein hoch komplizierter Bestandteil von deren Funktionieren“ (Terkessidis 2004, S. 100), welcher der Legitimation von Ungleichheiten dient (für einen Überblick siehe El-Mafaalani 2021).

Stereotypen und Vorstellungen über Heterogenitäten wie Rasse oder Ethnizität, die auch heute noch auf bestimmte, meist statusniedrige Migrant*innen angewandt werden, wurden ebenso wie aktuelle Migrationsdynamiken (vor allem vom globalen Süden Richtung Norden) durch Kolonialismus und Imperialismus entscheidend geprägt (Faist 2020, S. 18). Postkoloniale Theorien waren und sind in der migrationssoziologischen Forschung einflussreich, vor allem indem sie materielle Machtasymmetrien um symbolische Dimensionen ungleicher kultureller Anerkennungsverhältnisse erweitern. Fraser (2000) betont, dass es dabei gelte, Fragen von ökonomischer Ungleichheit nicht auszublenden, sondern mit Fragen nach kultureller Dominanz zu verbinden.

Fluchtmigration

Wenn es um Themenfelder geht, die in den letzten Jahren in der Migrationsforschung an Bedeutung gewonnen haben, so ist allen voran auf einen starken Anstieg der Zahl an Studien, die sich mit Flucht und Asyl beschäftigen, hinzuweisen. Dies korreliert mit einem starken Anstieg der Anzahl von geflüchteten Personen weltweit im letzten Jahrzehnt⁶ – und es ist zu erwarten, dass Klimakatastrophen noch weitaus größere Fluchtdynamiken in Gang setzen werden. Muster globaler Ungleichheit spiegeln sich in diesen Zahlen wider, da es meist ärmere Länder (wie Afghanistan, Somalia und Syrien) sind, in denen kein effektives Gewaltmonopol herrscht und Bürger*innen großen Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind. Deutlich wird hier, dass Staatsbürgerschaft nicht nur in Bezug auf materielle Ungleichheiten, sondern auch hinsichtlich körperlicher Sicherheit ein äußerst relevantes Merkmal ist (Faist 2020, S. 10; Paul 2020).

Während in der englischsprachigen Forschung „refugee and forced migration studies“ schon seit einiger Zeit eine gewisse Systematisierung und Institutionalisierung erfahren haben, ist Fluchtforschung im deutschsprachigen Raum ein relativ neues Forschungsfeld, dem vor allem seit den Fluchtbewegung 2015 viel Aufmerksamkeit von verschiedenen Disziplinen und auch der Politik geschenkt wurde. Um die Vielfalt an Vertreibungsprozessen fassen zu können, wird in der heutigen Forschung oft von „erzwungener Migration“ oder „Zwangsmigration“ gesprochen. Dieser Begriff schließt verschiedene Personengruppen, wie Geflüchtete, Asylsuchende und Binnenmigrant*innen, die von Konflikten, Hungersnöten oder Umweltkatastrophen vertrieben wurden, mit ein (Paul 2020, S. 74–75.)

Behrens und Westphal (2019) schlagen den Begriff der Fluchtmigrationsforschung vor, um komplexe Dynamiken globaler Fluchtmigrationsbewegungen zu erforschen. Auf der Annahme eines wechselseitigen Verhältnisses zur

6 Ende 2020 erreichte die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen über 82 Millionen weltweit (<https://www.unhcr.org/refugee-statistics/>, Zugriff am 30.10.2021).

Herstellung von sozialen Ungleichheiten und Machtasymmetrien aufbauend, umfasst Fluchtmigrationsforschung dabei sowohl die Erforschung der Lebenswelten von Geflüchteten als auch von Nicht-Geflüchteten.

Wie dieser Abschnitt gezeigt hat, sind Theorien, Forschungsansätze und Themengebiete in der aktuellen migrationssoziologischen Forschung, die sich mit sozialen Ungleichheiten beschäftigen, mannigfaltig. Im Folgenden werden zwei Studien vorgestellt, in die ich involviert war und die veranschaulichen sollen, wie konkrete Forschungsprojekte im Bereich der Migrationssoziologie aussehen können.

10.4 Migrationssoziologische Ungleichheitsforschung in der Praxis

Als Beispiel für eine klar transnational orientierte Forschung zu sozialen Ungleichheiten kann auf das internationale und interdisziplinäre Projekt TRANSWEL (Laufzeit 2015–2018, <https://transwel.org>) verwiesen werden. Sozialwissenschaftler*innen in Österreich, Deutschland, Schweden und Großbritannien untersuchten darin den Zugang mobiler EU-Bürger*innen zu Sozialrechten (in den Bereichen Arbeitslosigkeit, Familienleistungen, Pensionen und Gesundheit), wobei vier Länderpaare verglichen wurden (Ungarn – Österreich, Bulgarien – Deutschland, Polen – Großbritannien und Estland – Schweden). Es wurden sowohl qualitative (Policy analysis, Interviews, Beobachtungen, Diskursanalyse) als auch quantitative (Survey) Methoden angewandt. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass innereuropäische Migrant*innen mit einer Vielzahl von Hürden zu kämpfen haben und ihnen der Zugang zu Sozialleistungen trotz rechtlichem Anspruch in der Praxis oft verwehrt bleibt (im Detail siehe Amelina et al. 2020; Scheibelhofer/Holzinger 2018).

Für Österreich (Regös/Holzinger/Scheibelhofer 2020; Holzinger 2020) zeigte sich im Bereich der Arbeitslosenleistungen, dass im Umgang mit sprachlicher Diversität für Kund*innen des Arbeitsmarktservices (AMS) Schwierigkeiten bestehen, die sich unter anderem in Sprachbarrieren und Ungleichheitserfahrungen manifestieren. Auf diesen Ergebnissen aufbauend wurde ein weiteres Forschungsprojekt (AMIGS, Laufzeit 2019–2021, <https://demico.univie.ac.at/prior-research>) konzipiert, das den Einfluss sprachlicher Diversität auf soziale Ungleichheit im migrationsgesellschaftlichen Kontext (Piller 2012) fokussiert. Ausgehend von der Annahme, dass der institutionelle Umgang mit sprachlicher Diversität entscheidend für soziale Gerechtigkeit in „super-diversen“ Migrationsgesellschaften ist, erforschte das qualitative Forschungsprojekt sprachliche Praktiken aus der Perspektive von AMS-Berater*innen. Dabei wurde deutlich, dass eine einheitliche institutionelle Strategie im Umgang mit sprachlicher Heterogenität fehlt und sprachliche Verständigung in einem von New Public Management und knappen

Ressourcen geprägten Kontext als individuelle Aufgabe von Berater*innen und Migrant*innen konstruiert wird – was wiederum zu Problemen beim Zugang zu Leistungen und einer erhöhten Arbeitsbelastung führt (Holzinger 2020; Scheibelhofer/Holzinger/Draxl 2021). Die Ergebnisse illustrieren, wie Sprachregime in öffentlichen Institutionen individuelle Lebenschancen beeinflussen und Heterogenität in soziale Ungleichheit transformieren können.

Diese zwei beschriebenen Projekte sollen beispielhaft zeigen, wie die oben ausführlicher dargestellten theoretischen Ansätze in konkreten empirischen Arbeiten angewendet werden können. Im Folgenden widme ich mich der Frage, wie soziale Ungleichheiten im Zusammenhang mit Migration nicht nur erforscht werden können, sondern inwieweit die Migrationsforschung auch einen Beitrag im Kampf gegen soziale Ungleichheiten leisten kann.

10.5 Lösungsansätze gegen soziale Ungleichheiten

Eine klare analytische Trennung von Heterogenität und sozialen Ungleichheiten ist zentral, um die Ungleichheitsforschung voranzutreiben (Faist 2016, S. 333). Zugleich zeigt sie, dass der Kampf gegen soziale Ungleichheiten immer ein politischer ist, da Heterogenitäten immer erst durch gesellschaftliche Prozesse zu Ungleichheiten gemacht werden.

Auch Wissenschaftler*innen sind in soziale und politische Machtkonstellationen eingebettet. Nicht unwesentlich ist es daher, die wissenschaftlichen Praktiken der Produktion und Zirkulation von Wissen über Migration selbst kritisch zu reflektieren – und danach zu fragen, wer für wen spricht bzw. sprechen kann. So weist Foroutan (2019, S. 84) etwa darauf hin, dass die Zunahme an Studien, die auf systematische Diskriminierung als Ursache für strukturelle Ungleichheit hinweisen, möglicherweise „auch auf Aushandlungsprozesse zurück[geht], die durch Aufstiege von migrantischen Akteur*innen in den öffentlichen und wissenschaftlichen Raum ermöglicht wurden. Ihre Sichtbarwerdung und Positionierung hat die Erfahrung der Diskriminierung in einen theoretischen Sprechakt umgewandelt und im öffentlichen Diskurs platziert, von wo aus er wieder in die wissenschaftlich-empirische Überprüfung eingespeist wurde“.

Ein zentraler Beitrag, den die Wissenschaft jedenfalls im Kampf gegen soziale Ungleichheiten beitragen kann, ist, die Wichtigkeit zu betonen, migrationsbedingte Diversität und Heterogenität nicht zu verleugnen, sondern als Normalität anzuerkennen. Zugleich gilt es nach strukturellen Diskriminierungen und den konkreten Mechanismen, die systematische Anerkennungs- und Teilhabedefizite bedingen, und nach Deutungsmustern und (rassistischen) Legitimationsstrukturen zu fragen. In den Worten von Lutz (2017, S. 43): Es geht um „die De-dramatisierung von Differenzen und die Re-dramatisierung sozialer Ungleichheit“.

Literatur

- Aigner, Petra (2017): *Migrationssoziologie: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer.
- Amelina, Anna (2012): *Beyond methodological nationalism. Research methodologies for cross-border studies*. New York: Routledge.
- Amelina, Anna (2017): Migration und Geschlecht. Der Forschungsstand zur Analyse der Migrationsprozesse im nationalen, globalen und transnationalen Bezugsrahmen. In: Lutz, Helma/Amelina, Anna (Hrsg.): *Gender, Migration, Transnationalisierung: Eine intersektionelle Einführung*. Bielefeld: Transcript.
- Amelina, Anna/Carmel, Emma/Runfors, Ann/Scheibelhofer, Elisabeth (Hrsg.) (2020): *Boundaries of European social citizenship. EU citizens' transnational social security in regulations, discourses and experiences*. London: Routledge.
- Behrens, Birgit/Westphal, Manuela (2019): *Fluchtmigrationsforschung im Aufbruch – Etablierung neuer Konzepte in der qualitativen Forschung*. In: Behrens, Birgit/Westphal, Manuela (Hrsg.): *Fluchtmigrationsforschung im Aufbruch: Methodologische und methodische Reflexionen*. Wiesbaden: Springer Wiesbaden, S. 3–8.
- Boatacă, Manuela (2017): Staatsbürgerschaft und die globale Strukturierung des Nationalen. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): *Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung*. Wien: Studienverlag, S. 330–342.
- Brubaker, Rogers (2014): Linguistic and Religious Pluralism: Between Difference and Inequality. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41, S. 3–32.
- Dlabaja, Cornelia (2016): *Das Wiener Brunnenviertel. Urbane Raumproduktionen – Eine Analyse des Wandels*. Wien: New Academic Press.
- El-Mafaalani, Aladin (2021): *Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistismuskritischen Widerstand*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Esser, Hartmut (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wandernern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*. Darmstadt: Luchterhand.
- Faist, Thomas (2016): Cross-Border Migration and Social Inequalities. In: *Annual Review of Sociology* 42, S. 323–46.
- Faist, Thomas (2019): *The transnationalized social question. Migration and the politics of social inequalities in the twenty-first century*. Oxford: Oxford University Press.
- Faist, Thomas (2020): Annäherungen an eine Soziologie der Migration. In: Faist, Thomas (Hrsg.): *Soziologie der Migration. Eine systematische Einführung*. Berlin: de Gruyter Oldenbourg, S. 3–34.
- Foroutan, Naika (2019): *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: Transcript.
- Fraser, Nancy (2000): Rethinking recognition. In: *New Left review* 3, S. 118.
- Glick Schiller, Nina/Çağlar, Ayse (2010): *Locating Migration: Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca: Cornell University Press.
- Glick Schiller, Nina/Çağlar, Ayse (2013): Locating migrant pathways of economic emplacement: Thinking beyond the ethnic lens. In: *Ethnicities* 13 (4), S. 494–514.
- Han, Petrus (2016): *Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle, Fakten, politische Konsequenzen, Perspektiven*. Konstanz: UVK.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (2015): Europäisches Grenzregime. Einleitung zur ersten Ausgabe. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 1 (1), S. 1–8.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1973): *Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz*. Stuttgart: Enke.
- Holzinger, Clara (2020): „We don't worry that much about language“. Street-level bureaucracy in the context of linguistic diversity. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 46 (1), S. 1792–808.
- Levitt, Peggy/Lamba-Nieves, Deepak (2011): Social Remittances Revisited. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 37 (1), S. 1–22.
- Lutz, Helma (2017): Geschlechterverhältnisse und Migration. Einführung in den Stand der Diskussion. In: Lutz, Helma/Amelina, Anna (Hrsg.): *Gender, Migration, Transnationalisierung. Eine intersektionelle Einführung*. Bielefeld: Transcript, S. 13–44.

- Park, Robert Ezra (1928): Human Migration and the Marginal Man. In: *American Journal of Sociology* 33 (6), S. 881–93.
- Park, Robert Ezra/Burgess, Ernest Watson (1924): *Introduction to the science of sociology*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Parzer, Michael (2016): ‚Staying-In‘ or ‚Breaking-Out‘? How Immigrant Entrepreneurs (do not) Enter Mainstream Markets. In: *Sociologus* 66 (2), S. 159–82.
- Paul, Johanna (2020): Formen und Kategorisierungen von erzwungener Migration. In: Faist, Thomas (Hrsg.): *Soziologie der Migration. Eine systematische Einführung*. Berlin: de Gruyter, S. 73–96.
- Piller, Ingrid (2012): Multilingualism and social exclusion. In: Martin-Jones, Marilyn/Blackledge, Adrian/Creese, Angela (Hrsg.): *The Routledge handbook of multilingualism*. London: Routledge, S. 281–296.
- Pries, Ludger (2008): Transnationalisierung und soziale Ungleichheit. In: Berger, Peter A./Weiß, Anja (Hrsg.): *Transnationalisierung sozialer Ungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS, S. 41–64.
- Regös, Erika N./Holzinger, Clara/Scheibelhofer, Elisabeth (2020): When vicinity divides: Transnational social security in the cross-border region of Hungary and Austria. In: Amelina, Anna/Carmel, Emma/Runfors, Ann/Scheibelhofer, Elisabeth (Hrsg.): *Boundaries of European Social Citizenship. EU Citizens' Transnational Social Security in Regulations, Discourses and Experiences*. New York: Routledge, S. 113–142.
- Reinprecht, Christoph (2006): *Nach der Gastarbeit. Prekäres Altern in der Einwanderungsgesellschaft*. Wien: Braumüller.
- Rosenberger, Sieglinde/Gruber, Oliver (2020): *Integration erwünscht? Österreichs Integrationspolitik zwischen Fördern, Fordern und Verhindern*. Wien: Czernin.
- Sassen, Saskia (1991): *The global city*. New York, London, Tokyo. Princeton: Princeton University Press.
- Scheibelhofer, Elisabeth/Holzinger, Clara (2018): „Damn It, I Am a Miserable Eastern European in the Eyes of the Administrator“. *EU Migrants' Experiences with (Transnational) Social Security*. In: *Social Inclusion* 6 (3), S. 201–209.
- Scheibelhofer, Elisabeth/Holzinger, Clara/Draxl, Anna-Katharina (2021): Linguistic Diversity as a Challenge for Street-Level Bureaucrats in a Monolingually-Oriented Organisation. In: *Social Inclusion* 9 (1), S. 24–34.
- Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (2017): *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden: Springer.
- Schiller, Nina Glick/Basch, Linda/Szanton Blanc, Christina (1995): From Immigrant to Transmigrant. *Theorizing Transnational Migration*. In: *Anthropological Quarterly* 68 (1), S. 48–63.
- Schütz, Alfred (1944/1972): *Der Fremde. Ein sozialpsychologischer Versuch*. In: Schütz, Alfred (Hrsg.): *Gesammelte Aufsätze II. Studien zur Soziologischen Theorie*. Den Haag: Nijhoff.
- Simmel, Georg (1908): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Skeldon, Ronald (2009): Of Skilled Migration, Brain Drains and Policy Responses. In: *International Migration* 47 (4), S. 3–29.
- Statista (2022a): *Passport Index. Die mächtigsten Pässe weltweit 2021*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/610321/umfrage/passport-index-die-maechstigsten-paesae-weltweit> (Abfrage: 12.02.2022).
- Statista (2022b): *Passport Index: Die am wenigsten mächtigen Pässe weltweit 2021*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/610331/umfrage/passport-index-die-am-wenigsten-maechtigen-paesae-weltweit> (Abfrage: 12.02.2022).
- Statistik Austria (2021): *Statistisches Jahrbuch. Migration und Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren*. Wien: Statistik Austria.
- Terkessidis, Mark (2004): *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*. Bielefeld: Transcript.
- United Nations (2017): *International Migration Report 2017. Highlights*. www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/migrationreport/index.asp (Abfrage: 22.02.2022).
- Vertovec, Steven (2007): Super-diversity and its implications. In: *Ethnic and Racial Studies* 30 (6), S. 1024–54.
- Vertovec, Steven (2019): Talking around super-diversity. In: *Ethnic and Racial Studies* 42 (2), S. 125–139.

- Verwiebe, Roland/Haindorfer, Raimund/Dlabaja, Cornelia/Lipp, Sina (2015): Zusammenleben in Wien. Einstellungen zu Zuwanderung und Integration. Wien: Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung.
- Verwiebe, Roland/Kittel, Bernhard/Dellinger, Fanny/Liebhart, Christina/Schiestl, David/Haindorfer, Raimund/Liedl, Bernd (2018): Finding your way into employment against all odds? Successful job search of refugees in Austria. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 45 (9), S. 1–18.
- Wallerstein, Immanuel Maurice (1974): *The modern world-system. I. Capitalist agriculture and the origins of the European world-economy in the sixteenth century.* New York: Academic Press.
- Wiesböck, Laura (2017): *Facets of cross-border commuting in the Central European Region and the (re)production of inequalities.* Dissertation. Wien: Universität Wien.
- Wimmer, Andreas/Glick Schiller, Nina (2003): Methodological Nationalism, the Social Sciences, and the Study of Migration. An Essay in Historical Epistemology. In: *The International migration review* 37 (3), S. 576–610.

11. Kultur und soziale Ungleichheit

Michael Parzer

11.1 Einleitung

Langzeitarbeitslose als „faul“ und in der „sozialen Hängematte liegend“ darzustellen, Geflüchtete pauschal als religiös fundamentalistisch oder gar terroristisch zu verunglimpfen, sozialen Aufsteiger*innen aus Migrant*innenmilieus kriminelle Machenschaften zu unterstellen, Frauen in Führungspositionen als Rabenmütter zu bezeichnen oder sich über den „schlechten Geschmack“ der „einfachen“ Leute lustig zu machen – all das sind abwertende Zuschreibungen, die nicht nur gängige Vorurteile und Stereotype über bestimmte soziale Gruppen verstärken, sondern auch maßgeblich Einfluss auf die Entstehung und Aufrechterhaltung von sozialer Ungleichheit in der Gegenwartsgesellschaft haben. Es sind Klassifizierungen, die in alltäglichen Interaktionen und gesellschaftlichen Diskursen zur Anwendung kommen und die Aushandlung von Zugehörigkeiten maßgeblich prägen. Dabei geht es stets auch um Macht, denn welche Klassifikationen mehrheitstauglich werden, als legitim erscheinen und sich durchsetzen, ist immer auch abhängig davon, welche sozialen Gruppen sie forcieren und verbreiten – und auch, wie sehr sich die jeweils adressierten Gruppen dagegen wehren (können).

Um diese kulturelle Dimension sozialer Ungleichheitsverhältnisse angemessen in den Blick zu nehmen, bietet die Kulturosoziologie eine ganze Reihe von begrifflichen und theoretischen Konzepten sowie methodischen Instrumentarien. Bereits die Begründer*innen der Soziologie haben zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Zusammenhang von Kultur und (Sozial-)Struktur anhand verschiedener Gegenstandsbereiche herausgearbeitet. Spätestens seit Pierre Bourdieu (1979/1987) wissen wir um die Bedeutung der „feinen Unterschiede“, und damit der Kultur, für die Verschleierung und Reproduktion sozialer Ungleichheit. Zudem gibt es heute kaum noch Sozialstrukturanalysen, in denen nicht auch die jeweilige Ausstattung mit kulturellem Kapital – neben ökonomischen und sozialen Ressourcen – Berücksichtigung findet. Eine weitere Dimension der kulturellen Verfasstheit sozialer Ordnung wird sichtbar, wenn zudem ein bedeutungsorientierter Kulturbegriff in Anschlag gebracht wird¹: In den Blick geraten die „meaning making processes“ (Spillman 2002) und damit jene

1 In seiner Typologie unterscheidet Reckwitz (2006, S. 64–90) den normativen, differenztheoretischen, totalitätsorientierten sowie den bedeutungsorientierten Kulturbegriff. Letzterer zielt auf die symbolische Dimension des Sozialen ab: Kultur bezieht sich in dieser Definition auf die Bedeutungen und Wissensbestände, die unser soziales Handeln ermöglichen und anleiten, aber auch beschränken, und die sich in unserem Handeln manifestieren.

Klassifikationen, Kategorisierungen und Bewertungen, die den allgegenwärtigen Inklusions- und Exklusionsprozessen zugrunde liegen. Zwar finden diese Prozesse der Bedeutungszuschreibung auf einer Mikroebene statt – bevorzugt im Rahmen der „soziologisch stets schwer fassbaren Sphäre flüchtiger Begegnungen und alltäglicher Interaktionen, privater Gespräche und symbolischer Zeichen“ (Neckel 2003, S. 162). Ihre Wirkung entfalten sie jedoch auf einer Makro-Ebene, indem sie maßgeblich dazu beitragen, das vorherrschende Koordinatensystem sozialer Ordnung mithervorzubringen, zu stabilisieren oder auch zu verändern (Lamont/Beljeau/Clair 2014). Es ist ein zentrales Kennzeichen der (neuen) kultursoziologischen Ungleichheitsforschung, dass sie die Aufsplittung in entweder Mikro oder Makro zu relativieren trachtet, indem der wechselseitigen Beeinflussung dieser beiden Ebenen Rechnung getragen wird. Dies gilt auch für eine weitere Polarisierung, die das Feld der Ungleichheitsforschung immer wieder (produktiv) herausfordert, nämlich jene zwischen „Kultur“ und „Struktur“.

Wie antagonistisch sich diese Begriffe gegenüberstehen und wie umkämpft deren Erklärungskraft im soziologischen Diskurs ist, zeigen eine Reihe von teilweise recht heftig geführten Debatten. Dazu zählt etwa die ab Ende der 1970er Jahre vorangetriebene Erneuerung der deutschen Kulturosoziologie, die sich – nicht zuletzt in Abgrenzung zum Strukturfunktionalismus – gegen die Dominanz des Strukturbegriffs in der damaligen Soziologie richtete (Tenbruck 1979; Rehberg 1986). Auch der Streit zwischen Lebensstilforschung und Sozialstrukturanalyse in den 1990er Jahren verhandelte unter anderem die Frage, ob nun eher die kulturelle oder aber die strukturelle Dimension zur adäquaten Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft herangezogen werden soll (Eickelpasch 1998). Neuerlich befeuert wurde der Konflikt im Zuge der „kulturtheoretischen Wende“ („Cultural Turn“), die von den einen als willkommene Renaissance des Kulturbegriffs gesehen wurde (Alexander 2006; Back 2012), von den anderen dagegen als problematische „Verkulturwissenschaftlichung der Soziologie“ (Rojek/Turner 2000; Gerhards 2008). Die aktuelle kultursoziologische Ungleichheitsforschung arbeitet an der Überwindung dieser Dichotomie, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass Kultur und Struktur in einem engen Zusammenhang stehen (Anthias 2001; Lamont/Beljeau/Clair 2014). Damit schließt sie an die klassischen Schriften der frühen Soziologie an, denen Kultur als unverzichtbarer Bestandteil jedweder Gesellschaftsanalyse galt (Albrecht/Moebius 2014).

Ziel dieses Beitrags ist es, einen Einblick in das soziologische Forschungsfeld „Kultur und soziale Ungleichheit“ zu geben. Ein solches Vorhaben weist einige Limitationen und Lücken auf. So impliziert der für diesen Beitrag gewählte bedeutungs- und wissensorientierte Kulturbegriff eine kultursoziologische

Für einen Überblick über die unterschiedlichen Kulturbegriffe und deren soziologische Relevanz siehe auch Schmidt-Lux/Wohlrab-Sahr/Leistner (2016, S. 15–25) sowie Moebius (2008).

Perspektive, die sich als „cultural sociology“ und nicht als „sociology of culture“ versteht: Im Vordergrund steht Kultur als Analyseperspektive, die prinzipiell jedwedes Phänomen in den Blick nehmen kann (z. B. soziale Ungleichheit) und nicht „Kultur“ zum Gegenstand macht (wie z. B. in der auf Kunst fokussierten Kultursociologie). Damit geht auch die Einschränkung einher, dass ein kultursoziologischer Blick auf soziale Ungleichheit gelegt wird und nicht (auch) Kultur aus der Perspektive der Ungleichheitsforschung betrachtet wird. Eine weitere Limitation betrifft die Auswahl der hier vorgestellten und diskutierten Ansätze, die notwendigerweise unvollständig bleiben muss. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf jenen Zugängen kultursoziologischer Ungleichheitsforschung, die auf folgenden drei zentralen Grundannahmen beruhen:

1. *Symbolische Dimension sozialer Strukturierung*: Die Sozialstruktur einer Gesellschaft repräsentiert nicht nur die Verteilung sozioökonomischer Charakteristika, vielmehr ist sie auch Ausdruck und Ergebnis gesellschaftlicher Bewertungskämpfe, in denen soziale Klassifikationen und evaluative Praktiken eine zentrale Rolle spielen.
2. *Wechselwirkung von Struktur und Kultur*: Kultur wird nicht nur als abhängige Variable betrachtet, sondern auch als unabhängige Variable, die maßgeblich an der Entstehung und Aufrechterhaltung von sozialen Strukturen mitwirkt.
3. *Kultur, Klassifikation und Macht*: Kultur ist nicht losgelöst von Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu denken, zumal sowohl Definitionsmacht als auch Ressourcenausstattung ungleich verteilt sind, woraus sich unterschiedliche Chancen der Einflussnahme auf die Durchsetzung und Legitimation von Klassifikationen und evaluativen Praktiken ergeben.

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Überlegungen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Ungleichheit werde ich im Folgenden zunächst einen Überblick über die historische Entwicklung einer kultursoziologischen Betrachtung sozialer Ungleichheit geben, bevor ich aktuelle theoretische Ansätze der gegenwärtigen Forschung vorstelle. In einem weiteren Abschnitt möchte ich anhand meiner eigenen empirischen Arbeiten exemplarisch eine kultursoziologische Perspektive auf soziale Ungleichheit skizzieren. Mit kultursoziologischen Überlegungen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit soll dieser Beitrag geschlossen werden.

11.2 Historische Entwicklung

Die soziologische Beschäftigung mit der kulturellen Dimension sozialer Ungleichheit ist keineswegs so neu, wie sie auf den ersten Blick scheint; vielmehr reicht sie zurück an den Anfang des 20. Jahrhunderts. Insbesondere die Frage, welche Rolle

Kategorisierungen und Klassifikationen in der Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Ordnung spielen, galt vielen Denker*innen als spannendes sozial- und kulturwissenschaftliches Forschungsfeld. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang unter anderem die Arbeiten von Émile Durkheim (z. B. 1912/1994), Marcel Mauss (1923/1924/1968) und Mary Douglas (1966/2003), die sich unter Bezugnahme auf ethnografische Forschungsbefunde vor allem der religiösen Sphäre als fundamentaler Klassifikationspraxis widmen.

In Bezug auf die kulturelle Dimension klassenspezifischer Ungleichheit werden wir bei Max Weber (1922/1980) fündig, der zusätzlich zu einer materiellen Bestimmung sozialer Klassen auch die Lebensführung berücksichtigt und damit die Weichen für die später entwickelte Lebensstilforschung stellt.

Fragen rund um Stigmatisierung thematisiert Howard Becker (1963) in seiner Labelling-Theorie ebenso wie Erving Goffman (1967/1975) in seinem Werk „Stigma“. Als Wegbereiter einer kultursoziologischen Ungleichheitsforschung nicht zu unterschätzen sind die Arbeiten von Norbert Elias, darunter auch sein zweibändiges Werk über den Prozess der Zivilisation (1939/1969) sowie die gemeinsam mit John L. Scotson verfasste Studie „Etablierte und Außenseiter“ (Elias/Scotson 1965).

Richtig Fahrt nimmt die kultursoziologische Ungleichheitsforschung dann ab den 1970er Jahren auf. Maßgeblich dafür verantwortlich ist ein Werk, das aufgrund seiner bis heute (fast) ungebrochenen Wirkung ausführlich besprochen werden soll: Pierre Bourdieus „Die feinen Unterschiede“ (1987). In dieser 1979 erstmals erschienenen Studie entwirft der französische Soziologe auf der Grundlage umfangreicher empirischer Erhebungen ein kulturtheoretisch fundiertes Gesellschaftsmodell, das der kulturellen Dimension sozialer Ordnung einen besonderen Platz einräumt. Konkret geht Bourdieu davon aus, dass sich soziale Klassen nicht nur hinsichtlich ihrer Ausstattung mit materiellen Mitteln unterscheiden, sondern auch durch ihren Geschmack. Ob musikalische Vorlieben, kulinarische Präferenzen, Wohnzimmereinrichtung oder Urlaubsdestination – für Bourdieu gibt es keinen Bereich, in dem unsere ästhetischen Vorstellungen nicht unsere jeweilige soziale Position zum Ausdruck brächten.

Wo aber entsteht Geschmack? Bourdieu macht dafür die jeweilige soziale Herkunft verantwortlich. Der Geschmack der Herkunftsfamilie würde, so Bourdieu, ganz maßgeblich auf die Ausprägung des jeweiligen Geschmacks Einfluss nehmen. Hier kommt ein weiteres Element der Bourdieuschen Theorie hinzu, nämlich die ästhetische Hierarchie, denn die grundlegende Idee der „feinen Unterschiede“ besteht gerade darin, dass in der Gegenwartsgesellschaft verschiedene Geschmäcker unterschiedlich bewertet werden. Ganz oben rangiert der legitime Geschmack, der im Bereich der Musik vor allem in der Präferenz für kanonisierte Werke der europäischen Musikgeschichte sichtbar wird; Bourdieu nennt unter anderem Johann Sebastian Bachs Zyklus „Das Wohltemperierte Klavier“ als Beispiel. Demgegenüber steht der „populäre Geschmack“, der unter

anderem in der Vorliebe für Schlager Ausdruck findet. Zwischen dem legitimen und dem populären Geschmack liegt der sogenannte „mittlere Geschmack“, für den Bourdieu eine Präferenz für französische Chansons als Beispiel anführt. Diese – für das Frankreich der 1970er Jahre diagnostizierte – ästhetische Hierarchie deckt sich bei Bourdieu weitgehend mit der sozialen Hierarchie sozialer Klassen. Während der legitime Geschmack vor allem in großbürgerlichen Milieus und der mittlere Geschmack im Kleinbürgertum zu finden ist, gilt der populäre Geschmack als typisch für die Arbeiter*innenklasse. Damit wird Geschmack auch relevant für soziale Distinktion. Durch die unterschiedlichen Wertigkeiten, die bestimmten Geschmäckern (bzw. bestimmten Gegenständen, z.B. bestimmter Musik) beigemessen werden, eignet sich insbesondere der legitime Geschmack zur Abgrenzung gegenüber den als minder bedachten Ausdrucksformen. Dies kommt nicht nur in Vorlieben zum Ausdruck, sondern, wie Bourdieu explizit betont, in den Aversionen: „Und nichts dürfte schwerer zu ertragen sein als anderer Leute ‚schlechter‘ Geschmack: Ästhetische Intoleranz kann eine furchtbare Gewalt entwickeln. [...] Die Abneigung gegenüber anderen Lebensstilen dürfte eine der stärksten Klassenschranken sein“ (Bourdieu 2014, S. 148).

Zugleich bildet Geschmack einen zentralen Bestandteil dessen, was Bourdieu (1983) als „kulturelles Kapital“ bezeichnet. Darunter versteht er die insbesondere in frühkindlicher Sozialisation erworbenen Wissensbestände und Praktiken, die – ergänzend zu materieller Ausstattung (ökonomisches Kapital) und mit Vorteilen verbundenen sozialen Kontakten (soziales Kapital) – ganz maßgeblich zur Aufrechterhaltung und/oder Verbesserung der jeweiligen sozialen Position herangezogen werden. In inkorporierter Form findet kulturelles Kapital im Habitus seinen Ausdruck, jener Schnittstelle in Bourdieus Theorie, an der eine spezifische strukturelle Ausgangslage (= Position in der Sozialstruktur) durch spezifische Praktiken (= Lebensstil) reproduziert wird. In Hinblick auf den Zusammenhang von Geschmack und sozialer Ungleichheit ist das der Clou der Bourdieu'schen Argumentation: Bourdieu geht nämlich nicht nur davon aus, dass Vorlieben und Aversionen ein Resultat herkunfts- und klassenspezifischer Sozialisation sind, sondern auch umgekehrt, dass die Vorlieben und Aversionen zurückwirken auf die Strukturen, indem Geschmack von Generation zu Generation weitergegeben und damit klassenspezifisch perpetuiert wird. Geschmack, so natürlich und individuell er auf den ersten Blick erscheinen mag, wird zu einem zentralen Mittel der Verschleierung und Reproduktion sozialer Ungleichheit. Kein Wunder, dass diese These sowohl in der Sozialstrukturanalyse als auch in der Kulturosoziologie gewohnte Perspektiven grundlegend herausgefordert und schließlich auch weiterentwickelt hat. In der Sozialstrukturanalyse wurden Aspekte des Lebensstils zunehmend in die Modelle integriert (Rössel/Otte 2012; Savage et al. 2013); in der Kulturosoziologie war es die Erkenntnis der Wirkmächtigkeit von Kultur (und auch Kunst) in Hinblick auf die Reproduktion (oder auch Modifikation) von sozialen Strukturen.

Wenngleich Bourdieus „feine Unterschiede“ aus der zeitgenössischen Ungleichheitsforschung nicht mehr wegzudenken sind, gab und gibt es freilich auch jede Menge Einspruch. Kritisiert wird die Absenz populärkultureller Ästhetiken ebenso wie seine tendenziell strukturdeterministische Argumentation. In Hinblick auf das zeitdiagnostische Potenzial stellt sich zurecht die Frage nach der Aktualität und Gültigkeit einer Gesellschaftsanalyse, die vor mittlerweile mehr als vierzig Jahren entwickelt wurde. Vor allem Ulrich Becks einflussreiche Individualisierungsthese (Beck 1986) war die Inspiration für eine Reihe von Diagnosen, die von einer zunehmenden Entkopplung von sozialer Lage und kulturellen Präferenzen ausgingen (z. B. Schulze 1992), und in postmodernen Theorieentwürfen sowie in den Cultural Studies wurde Bourdieus Annahme einer ästhetischen Hierarchie von Hoch- versus Populärkultur für obsolet erklärt (z. B. Willis 1990).

Einer kritischen Auseinandersetzung mit Bourdieus Befunden widmen sich eine Reihe von US-amerikanischen musiksoziologischen Studien (Peterson/Simkus 1992; Bryson 1996). Auf Basis von quantitativen Daten wird gezeigt, dass Angehörige privilegierter Milieus nicht mehr länger eine exklusive Vorliebe für klassische Musik haben, sondern neben Werken der Hochkultur auch populäre Genres in ihr Geschmacksrepertoire integrieren. Diese Rezipient*innen, die sich durch ihren breitgefächerten Musikgeschmack auszeichnen, werden auch „Omnivores“ (dt. Allesfresser*innen) genannt – im Gegensatz zu den sogenannten „Univores“, also jenen vorwiegend aus bildungsbenachteiligten Milieus stammenden Gesellschaftsmitgliedern, die lediglich an einem Genre Gefallen finden. Vieles deutet darauf hin, dass es sich dabei um eine neue Logik sozialer Distinktion handelt, die den Umfang kultureller Vorlieben sowie eine prinzipielle Offenheit gegenüber vielen kulturellen Ausdruckformen zum grundlegenden Maßstab der Bewertung macht (Parzer 2011).

11.3 Aktuelle Theorien und Fragestellungen

Aufbauend auf den Arbeiten von Pierre Bourdieu hat sich in der US-amerikanischen Soziologie, maßgeblich vorangetrieben von Michèle Lamont, ein Forschungsprogramm entwickelt, das sogenannte symbolische Grenzziehungen („symbolic boundaries“) zum zentralen Gegenstand einer kultursoziologisch orientierten Sozialstrukturanalyse macht. Symbolische Grenzen definieren, wer „dazugehört“ und wer nicht, und tragen in Form von sozialen Klassifikationen, Deutungen und evaluativen Praktiken zur (Re-)Produktion von sozialer Ungleichheit bei. Im Fokus der Forschung stehen dabei sowohl gesellschaftliche Inklusions- und Exklusionsprozesse als auch soziale und kulturelle Mobilität(en); in den Blick genommen werden vor allem klassenspezifische, ethnische und geschlechtsspezifische Grenzen sowie deren Interdependenzen.

Den Grundstein dafür legte Lamont in ihrer 1992 erschienenen Studie „Money, Morals, and Manners“, einer qualitativ-empirischen Analyse der „Grenzziehungsarbeit“ der oberen Mittelschichten in Frankreich und den USA. Mit diesem Buch erweitert sie Bourdieus Theorie kulturellen Kapitals in zweierlei Hinsicht. Erstens zeigt sie auf, dass symbolische Grenzen nicht nur mittels „Kultur“ (im Sinne von Geschmack, Manieren, Intelligenz etc.) gezogen werden, sondern auch auf Basis sozioökonomischer (Reichtum, Macht, beruflicher Erfolg) und moralischer (Ehrlichkeit, Integrität, Arbeitsethik etc.) Kriterien. Zweitens weist sie mit ihren Befunden auf die nationalstaatlichen Unterschiede von Grenzziehungsprozessen hin. In ihrem systematischen Vergleich der USA und Frankreich zeigt Lamont, dass die von Bourdieu herausgearbeitete Relevanz von kulturellem Kapital nicht universell gültig, sondern etwas für Frankreich Typisches ist. Dagegen spielen kulturelle Grenzziehungen in den USA eine tendenziell untergeordnete Rolle, allerdings erweisen sich dort sozioökonomische Grenzziehungen von großer Bedeutung in der Abgrenzung gegenüber weniger privilegierten Klassen.

Auf Basis dieser und weiterer Analysen symbolischer Grenzen (Lamont/Fournier 1992; Lamont 2000) entwickelte Lamont ein heuristisches Konzept, das ab Mitte der 1990er Jahren zu einem der zentralen Ansätze in der kultursoziologischen Ungleichheitsforschung avancieren sollte. Was aber wird unter „symbolischen Grenzen“ verstanden? In einem gemeinsam mit Virág Molnár verfassten Artikel definieren die Autorinnen symbolische Grenzziehungen als „conceptual distinctions made by social actors to categorize objects, people, practices, and even time and space. They are tools by which individuals and groups struggle over and come to agree upon definitions of reality“ (Lamont/Molnár 2002, S. 168). Zu betonen ist, dass sich dieses Konzept nicht allein auf das Symbolische beschränkt, sondern das Zusammenspiel von symbolischer und sozialer Grenzziehung in den Blick nimmt. „Social boundaries are objectified forms of social differences manifested in unequal access to and unequal distribution of resources (material and nonmaterial) and social opportunities“ (Lamont/Molnár 2002, S. 168). Indem symbolische Grenzen zwar nicht als hinreichende, sehr wohl aber als notwendige Bedingung für soziale Grenzen gesehen werden (Lamont 1992, S. 174f.), erweist sich die Beschreibung von symbolischen Grenzen zur Erklärung von sozialen Grenzen als bedeutsam. Zu analysieren gilt, wo und in welcher Weise symbolische Grenzen bei der Entstehung, Aufrechterhaltung oder auch Transformation von sozialer Ungleichheit mitwirken: Wie symbolische Grenzen dazu beitragen, soziale Grenzen herzustellen, zu verstärken, zu perpetuieren, zu verschleiern, zu legitimieren, zu normalisieren und/oder zu rationalisieren; aber auch wie symbolische Grenzen eingesetzt werden, um die Bedeutung von sozialen Grenzen infrage zu stellen, neu zu rahmen oder auch zum Verschwinden zu bringen (Lamont/Molnár 2002, S. 186).

Mittlerweile findet Lamonts Konzept symbolischer Grenzziehung auch in der deutschsprachigen Ungleichheitsforschung Anwendung, zu den prominentesten

Beispielen zählt die von Patrick Sachweh vorgeschlagene subjektorientierte Sozialstrukturanalyse (Sachweh 2013; Sachweh/Lenz/Eicher 2018). Dieser in Abgrenzung sowohl zur klassischen Sozialstrukturanalyse als auch zur Lebensstilforschung entwickelte Ansatz fokussiert auf die subjektiven Abgrenzungen zwischen unterschiedlichen sozialen Klassen². Exemplarisch sei seine gemeinsam mit Sarah Lenz verfasste Studie zu Selbstbildern und Abgrenzungen unter Bedingungen sozioökonomischer Unsicherheit in der unteren Mittelschicht (Sachweh/Lenz 2018) genannt.

Ein mit Lamonts Theorie symbolischer Grenzziehung eng verwandter Ansatz stammt von Sighard Neckel, der sich in zahlreichen Arbeiten mit der Rolle von Klassifikationen in symbolischen Kämpfen um Zugehörigkeit beschäftigt hat (Neckel 2003; Neckel/Sutterlüty 2010; Neckel/Sutterlüty 2008; Sutterlüty/Neckel/Walter 2008). Ähnlich wie bei Lamont geht es dabei nicht nur um die Frage, wie die in alltäglichen und wechselseitigen Interaktionssituationen zur Anwendung gebrachten Klassifikationen zwischen sozialen Gruppen eine spezifische symbolische Ordnung begründen, sondern auch um die Analyse, welchen Einfluss diese Klassifikationen in Hinblick auf soziale Inklusion und Exklusion haben. Der zentrale Begriff bei Neckel lautet „Zugehörigkeiten“, die nicht als etwas Natürliches oder objektiv Gegebenes betrachtet werden, sondern als Ergebnis sozialer Interaktionen, in dem sich die zwischen Akteur*innen ausgehandelten Beziehungskategorien widerspiegeln (Neckel 2003, S. 161).

Zwar können Zugehörigkeiten zu bestimmten Gruppen nicht automatisch Ungleichheiten generieren, allerdings sehr wohl soziale Ungleichverteilungen begünstigen, vor allem, wenn damit ein verwehrter Zugang zu ökonomischem und kulturellem Kapital verbunden ist (Neckel 2003, S. 160). Zudem hängt die soziale Position in der gesellschaftlichen Hierarchie nicht nur von objektiv verfügbaren Ressourcen ab, sondern auch von der damit verbundenen Bewertung (Neckel/Sutterlüty 2010, S. 218). Diese Bewertung wiederum ist Teil der jeweiligen Klassifikationen, die in alltäglichen Interaktionen ebenso wie in gesellschaftlichen Diskursen Anwendung finden (ebd., S. 162) und die soziale Ordnung einer Gesellschaft maßgeblich prägen.

In Hinblick auf das Wechselspiel von Selbst- und Fremdzuschreibung (siehe dazu auch Jenkins 1994) spielen Machtverhältnisse eine zentrale Rolle, denn freilich haben Klassifikationen, die von der machts stärkeren Seite mobilisiert werden, größere Wirksamkeit. Zudem fällt es machtschwächeren Akteur*innen schwerer,

2 Der Fokus der subjektorientierten Sozialstrukturanalyse liegt auf der Innenperspektive: Wie nehmen Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen ihre Lage selbst wahr und wie klassifizieren sie sich selbst und andere? Dieser Blickwinkel geht über die traditionelle Lebensstilforschung hinaus: Dort werden zwar subjektive Merkmale wie Einstellungen, kulturelle Präferenzen und Konsummuster stärker berücksichtigt, allerdings erfolgt die Klassifizierung aus Sicht der Forschenden (Sachweh/Lenz/Eicher 2018). Ein vergleichbarer Ansatz findet sich bei Jarness (2018).

unerwünschte Fremdzuschreibungen abzuweisen: „Von der jeweiligen Machtstärke hängt ab, in welchem Ausmaß Zugehörigkeiten gewählt oder auferlegt sind und welche gesellschaftlichen Folgen sie haben“ (Neckel 2003, S. 162).³

Gemeinsam mit Ferdinand Sutterlüty und Ina Walter entwickelt Neckel (Neckel/Sutterlüty/Walter 2008) die Theorie „negativer Klassifikationen“, die vor allem abwertende Zuschreibungen in den Blick nimmt.

„Negative Klassifikationen [...] sind als die stigmatisierenden Elemente der symbolischen Ordnung sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft zu verstehen. Mit der Erforschung ihrer alltäglichen Erzeugung im wechselseitigen Bezug sozialer Gruppen erschließen wir uns die diskriminierenden Aspekte der symbolischen Ungleichheitsordnung – jene Bewertungsmuster also, die einen restriktiven Einfluss auf die Handlungschancen und die Bedürfnisverwirklichung von Sozialgruppen haben“ (Neckel/Sutterlüty 2010, S. 218).⁴

Während Lamonts Konzept symbolischer Grenzziehung im Kontext von klassenspezifischen Verortungen und Abgrenzungen entwickelt wurde, entstand die Theorie negativer Klassifikationen aus einer empirischen Studie zu ethnischen Klassifikationen. Ebenfalls zu ethnischen Grenzziehungen forscht Andreas Wimmer, der mit seinem „ethnic boundary approach“ maßgebliche Impulse für ein konstruktivistisches Verständnis von Ethnizität gesetzt hat und eine Reihe von konzeptionellen und empirischen Beiträgen zur Analyse von Inklusions- und Exklusionsprozessen im Zusammenhang mit Ethnizität, Rasse, Nationalität, Religion und Sprache vorgelegt hat (Wimmer 2013). In Hinblick auf symbolische Grenzziehungen im Kontext von geschlechtsspezifischer Ungleichheit sind die Arbeiten von Cecilia Ridgeway wegweisend. Insbesondere ihre Theorie der „gender frames“ zeigt die Allgegenwärtigkeit von geschlechtsspezifischen Stereotypen und deren Einfluss auf Ungleichheitsverhältnisse in der Gegenwartsgesellschaft (Ridgeway 2013). Neuere Ansätze interessieren sich vor allem für die Verwobenheit und Überlagerung von unterschiedlichen symbolischen Grenzen insbesondere entlang von Klasse, Geschlecht, Ethnizität und Religion (u. a. Anthias 2001; Duemmler 2014; Mijić/Parzer 2017; Mijić 2020; Mijić/Parzer 2021) und schließen damit an aktuelle Intersektionalitäts- und Interdependenzdiskurse (Winker/Degele 2009; hooks 2020) an (siehe auch den Beitrag von Johanna Neuhauser in diesem Band).

3 Zu den Gegenstrategien der machtschwächeren Akteur*innen siehe Hartmann (2011).

4 Untersucht wurden negative Zuschreibungen, die unterschiedliche Gruppen in benachteiligten Stadtteilen zweier deutscher Städte aneinander richten; dabei zeigte sich, dass v. a. soziale Aufsteiger*innen (z. B. Gewerbetreibenden) mit türkischer Migrationserfahrung von alteingesessenen Bewohner*innen in die Nähe „krimineller Machenschaften“ gerückt werden bzw. ihnen ein „expansiver Übernahmewille“ sowie eine „protestantische Ethik im türkischen Gewand“ zugeschrieben wird (Neckel/Sutterlüty/Walter 2008, S. 66).

11.4 Exemplarische kultursoziologische Forschung

Anhand von zwei ausgewählten eigenen Forschungsprojekten möchte ich im Folgenden die Anwendung einer kultursoziologischen Perspektive auf Phänomene sozialer Ungleichheit zeigen. In einem an der Universität Wien durchgeführten Projekt zu Konsumpraktiken im migrantischen Lebensmittelhandel galt das Interesse der Frage, wie alteingesessene Österreicher*innen migrantisch konnotierte Lebensmittelgeschäfte nutzen. Qualitative Interviews und Einkaufsbegleitungen („Go-Alongs“) gaben Aufschluss darüber, wie insbesondere Konsument*innen aus bildungsprivilegierten Milieus ihren Einkauf nutzen, um ihre Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber Migrant*innen und „fremden“ Welten demonstrativ zur Schau zu stellen. „Kosmopolitisches kulturelles Kapital“ fungiert dabei als Mittel zur sozialen Distinktion gegenüber jenen, denen diese Offenheit abgesprochen wird (Parzer/Astleithner 2018; Parzer 2018). Ein weiteres Projekt widmete sich geflüchteten Kulturschaffenden aus Syrien, konkret dem Prozess des Wiederfußfassens als Künstler*innen in Österreich. Von besonderem Interesse hat sich dabei erwiesen, wie diese Kulturschaffenden nicht nur mit ethnischen Zuschreibungen, sondern auch mit Deklassierungen entlang der Kategorisierung als „Flüchtlinge“ konfrontiert sind. In Anlehnung an Kobena Mercer (1994) habe ich diese Mehrfahrkategorisierung als „doppelte Last der Repräsentation“ bezeichnet (Parzer 2021). Das Beispiel zeigt, wie sehr gesellschaftliche Teilhabe auch von den Klassifizierungs- und Kategorisierungsprozessen in einer Gesellschaft abhängig ist.

Narrative der Hoffnung als Mittel zur Bekämpfung von sozialer Ungleichheit

Ausgehend von der Prämisse, dass Kultur eine wichtige Rolle in der Entstehung und Aufrechterhaltung von sozialer Ungleichheit spielt, richten sich Lösungsansätze zu deren Überwindung (auch) auf die Transformation der kollektiven kulturellen Sinngehalte. Exemplarisch möchte ich mich auf die jüngsten Arbeiten von Michèle Lamont (Lamont 2019; Lamont/Pierson 2019) stützen, in denen sie der Frage nachgeht, inwiefern alternative (und neue) kulturelle Narrative einen Beitrag zur Verringerung von sozialer Ungleichheit leisten können.

Ausgangspunkt sind Beobachtungen der US-amerikanischen Gesellschaft, die auf eine Verschärfung sozialer Ungleichheit hindeuten und die im Zusammenhang mit der Ausbreitung und Persistenz neoliberaler Ideologien gesehen werden. Dazu zählen unter anderem die extrem ungleiche Vermögensverteilung sowie die Abnahme sozialer Aufstiegsmobilität, die in krassem Widerspruch zu der weit verbreiteten Überzeugung stehen, wonach sozialer Aufstieg jederzeit und jeder*m – bei entsprechender individueller Anstrengung – möglich sei. Dadurch entstehe

unter anderem ein enormer Druck auf die (obere) Mittelklasse, die mit Angst vor sozialem Abstieg sowie zunehmendem Wettbewerb konfrontiert ist und zunehmend Überforderungs- und Erschöpfungsanzeichen aufweist. Als weiteres Problemfeld nennt Lamont die zunehmende Stigmatisierung von armen Menschen sowie Grenzziehungen gegenüber Minderheiten und Migrant*innen (siehe ausführlich: Lamont 2019, S. 668–682). Mitverantwortlich für diese desaströse Lage seien etablierte Narrative, in deren Zentrum der Mythos des „American Dream“ – als Inbegriff meritokratischer Vorstellungen im Neoliberalismus – steht. Lamont plädiert nun dafür, dieses Narrativ nicht nur infrage zu stellen, sondern durch alternative Narrative zu ersetzen, den sogenannten „narratives of hope“. Angestrebt wird die Etablierung von pluralen Kriterien des Wertvollen, wobei darauf geachtet wird, dass unterschiedliche Arten von Wert im Sinne eines „ordinary universalism“ für alle zugänglich sind – unabhängig von ihrer Ausstattung mit Ressourcen (Lamont 2019, S. 686). Darüber hinaus geht es um die De-Stigmatisierung stigmatisierter Gruppen: „Changing the frames through which such groups are perceived is crucial to a broadening of cultural membership. What is at stake here is not to raise awareness about implicit racism for the majority group, but to transform how groups are framed“ (Lamont 2019, S. 688).

Ziel dieser Narrative der Hoffnung ist es, zu einer Gesellschaftskonzeption zu finden, die auf größerer Solidarität, Inklusivität und Diversität beruht und eine erweiterte kulturelle Zugehörigkeit herstellt (Lamont 2019, S. 660). Essenziell dafür ist eine entsprechende Verbreitung und Legitimation. Das Potenzial dafür sieht Lamont in Institutionen wie z. B. Universitäten, kulturellen Organisationen und Medien, zumal diese eine zentrale Rolle als „engines of hope“ spielen (ebd., S. 684).

Lamonts Ansatz wird im aktuellen kultursoziologischen Diskurs rege diskutiert, neben Anklang stößt er auch auf Kritik, unter anderem in Hinblick auf seine Normativität (Kuipers 2019), seine empirischen Grundlagen (Fischer 2019) sowie die Vernachlässigung von Wut und Unbehagen benachteiligter Gruppen als zentrale Faktoren sozialen Wandels (Illouz 2019). Zudem wird die Gefahr gesehen, dass mit der Fokussierung auf kulturelle Narrative eine Trennung von Anerkennung und Redistribution vorgenommen wird, die hinter bisherige Errungenschaften in der Betrachtung von sozialer Ungleichheit zurückfällt (Savage 2019). Klar ist – und damit wird auch eine grundlegende Limitation kultursoziologischer Kritik und Intervention deutlich – dass die Transformation von kulturellen Narrativen allein nicht ausreicht, um soziale Ungleichheit(en) zu überwinden. Das weiß auch Michèle Lamont, die ihren Ansatz nicht statt, sondern zusätzlich zu politischen Ansätzen der Verteilung materieller Ressourcen verstanden wissen will (Lamont 2019, S. 661). Das Verdienst der Kultursoziologie liegt denn auch in der Erkenntnis, dass es sich bei sozialer Ungleichheit um ein multidimensionales Phänomen handelt, das sowohl eine sozialstrukturelle als auch eine kulturelle Dimension beinhaltet, die nicht nebeneinander und unabhängig voneinander

bestehen, sondern sich wechselseitig beeinflussen und eng miteinander verwoben sind. Diese Verwobenheit freizulegen und in Hinblick auf ihre Ursachen sowie ihre Folgen für soziale Inklusion und Exklusion zu untersuchen, ist die zentrale Aufgabe einer kultursoziologischen Ungleichheitsforschung.

Literatur

- Albrecht, Clemens/Moebius, Stephan (2014): Die Rückkehr der Kultur in die Soziologie. Zur Gründungsgeschichte einer Sektion. In: Albrecht, Clemens/Moebius, Stephan (Hrsg.): Kultur-Soziologie. Klassische Texte der Neueren deutschen Kultursoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 9–22.
- Alexander, Jeffrey C. (2006): *The Meanings of Social Life: A Cultural Sociology*. Oxford: Oxford University Press.
- Anthias, Floya (2001): The material and the symbolic in theorizing social stratification: issues of gender, ethnicity and class. In: *British Journal of Sociology* 52 (3), S. 367–390.
- Back, Les (Hrsg.) (2012): *Cultural Sociology: An Introduction*. Chichester, West Sussex: Wiley-Blackwell.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, Howard (1963): *Outsiders. Studies in the Sociology of Deviance*. New York: The Free Press.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Otto Schwartz & Co., S. 183–198.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik Der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2014): *Soziologische Fragen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bryson, Bethany (1996): „Anything but Heavy Metal“: Symbolic exclusion and musical dislikes. In: *American Sociological Review* 61 (5), S. 884–899.
- Douglas, Mary (1966/2003): *Purity and Danger. An Analysis of Concepts of Pollution and Taboo*. London, New York: Routledge.
- Duemmler, Kerstin (2014): *Symbolische Grenzen. Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit durch ethnische und religiöse Zuschreibungen*. Bielefeld: Transcript.
- Durkheim, Émile (1912/1994): *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eickelpasch, Rolf (1998): Struktur oder Kultur? Konzeptionelle Probleme der soziologischen Lebensstilanalyse. In: Hillebrandt, Frank/Kneer, Georg/Kraemer, Klaus (Hrsg.): *Verlust der Sicherheit. Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 9–25.
- Elias, Norbert (1939/1969): *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, Norbert/Scotson, John (1965): *The established and the outsiders. A sociological enquiry into community problems*. London: F. Cass.
- Fischer, Claude S. (2019): A second opinion: diagnosis and prescription of the American case. In: *The British Journal of Sociology* 70 (3), S. 761–768.
- Gerhards, Jürgen (2008): Kultursoziologie diesseits des „Cultural Turn“. In: Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.): *Kultursoziologie. Paradigmen, Methoden, Fragestellungen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 277–308.
- Goffman, Erving (1963/1975): *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hartmann, Eddie (2011): *Strategien des Gegenhandels. Zur Soziodynamik symbolischer Kämpfe um Zugehörigkeit*. Konstanz: UVK.
- hooks, bell (2020): *Die Bedeutung von Klasse: Warum die Verhältnisse nicht auf Rassismus und Sexismus zu reduzieren sind*. Münster: Unrast.
- Illouz, Eva (2019): Is self-worth crucial for the reproduction of inequality? A response to Michèle Lamont's Lecture. In: *The British Journal of Sociology* 70 (3), S. 739–746.

- Jarness, Vegard (2018): Viewpoints and points of view: situating symbolic boundary drawing in social space. In: *European Societies* 20 (3), S. 503–524.
- Jenkins, Richard (1994): Rethinking ethnicity: Identity, categorization and power. In: *Ethnic and Racial Studies* 17 (2), S. 197–223.
- Kuipers, Giseline (2019): Cultural narratives and their social supports, or: sociology as a team sport. In: *The British Journal of Sociology* 70 (3), S. 708–720.
- Lamont, Michèle (1992): *Money, Morals & Manners. The Culture of the French and the American Upper-Middle Class*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Lamont, Michèle (2000): *The Dignity of Working Men. Morality and the Boundaries of Race, Class, and Immigration*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Lamont, Michèle (2019): From ‚having‘ to ‚being‘: self-worth and the current crisis of American society. In: *British Journal of Sociology* 70 (3), S. 660–707.
- Lamont, Michèle/Beljean, Stefan/Clair, Matthew (2014): What is missing? Cultural processes and causal pathways to inequality. In: *Socio-Economic Review* 12 (3), S. 573–608.
- Lamont, Michèle/Fournier, Marcel (Hrsg.) (1992): *Cultivating Differences. Symbolic Boundaries and the Making of Inequality*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Lamont, Michèle/Molnár, Virág (2002): The Study of Boundaries in the Social Sciences. In: *Annual Review of Sociology* 28 (1), S. 167–195.
- Lamont, Michèle/Pierson, Paul (2019): Inequality Generation & Persistence as Multidimensional Processes: An Interdisciplinary Agenda. In: *Daedalus. Journal of the American Academy of Arts and Science* 148 (3), S. 5–18.
- Mauss, Marcel (1923/1924/1968): *Die Gabe. Die Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mercer, Kobena (1994): *Welcome to the Jungle: New Positions in Black Cultural Studies*. New York: Routledge.
- Mijić, Ana (2020): Together divided – divided together: Intersections of symbolic boundaries in the context of ex-Yugoslavian immigrant communities in Vienna. In: *Ethnicities* 20 (6), S. 1071–1092.
- Mijić, Ana/Parzer, Michael (2017): „Symbolic Boundaries“ als Konzept zur Analyse ethnischer und klassenspezifischer Ungleichheit in der Gegenwartsgesellschaft. In: Lessenich, Stephan (Hrsg.): *Geschlossene Gesellschaften. Kongressband zum 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016*. www.publikationen.sozilogie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/577 (Abfrage: 18.12.2022).
- Mijić, Ana/Parzer, Michael (2021): Um/Brüche symbolischer Ordnungen – Negative Klassifikationen im Zuge Alma Zadićs Angelobung als österreichische Justizministerin. In: Hasenfratz, Martina/Lenz, Sarah (Hrsg.): *Capitalism Unbound: Ökonomie, Ökologie, Kultur*. Frankfurt am Main: Campus, S. 311–326.
- Moebius, Stephan (2008): *Kultur*. Bielefeld: Transcript, UTB.
- Neckel, Sighard (2003): Kampf um Zugehörigkeit: Die Macht der Klassifikation. In: *Leviathan* 31 (2), S. 159–167.
- Neckel, Sighard/Sutterlüty, Ferdinand (2008): Negative Klassifikationen und die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Neckel, Sighard/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): *Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext*. Wiesbaden: Springer VS, S. 15–25.
- Neckel, Sighard/Sutterlüty, Ferdinand (2010): Negative Klassifikationen und ethnische Ungleichheit. In: Müller, Marion/Zifonun, Dariuš (Hrsg.): *Ethnowissen. Soziologische Beiträge zu ethnischer Differenzierung und Migration*. Wiesbaden: Springer VS, S. 217–235.
- Parzer, Michael (2011): *Der gute Musikgeschmack: Zur sozialen Praxis ästhetischer Bewertung in der Populärkultur*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Parzer, Michael (2018): Offenheit als kulturelles Kapital. Kosmopolitischer Konsum in migrantischen Ökonomien. In: Carvill Schellenbacher, Jennifer/Dahlvik, Julia/Reinprecht, Christoph (Hrsg.): *Migration Und Integration – Wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich. Jahrbuch 4/2018*. Göttingen: Vienna University Press, S. 96–118.
- Parzer, Michael (2021): Double burdens of representation: How ethnic and refugee categorisation shapes Syrian migrants' artistic practices in Austria. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 47 (3), S. 2459–2476.

- Parzer, Michael/Astleithner, Franz (2018): More than just shopping: Ethnic majority consumers and cosmopolitanism in immigrant grocery shops. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 44 (7), S. 1117–1135.
- Peterson, Richard A./Simkus, Albert (1992): How Musical Tastes Mark Occupational Status Groups. In: Lamont, Michèle/Fournier, Marcel (Hrsg.): *Cultivating Differences. Symbolic Boundaries and the Making of Inequality*. Chicago: The University of Chicago Press, S. 152–186.
- Reckwitz, Andreas (2006): Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms. Weilerswist: Velbrück Wiss.
- Rehberg, Karl-Siebert (1986): Kultur versus Gesellschaft? Anmerkungen zu einer Streitfrage in der deutschen Soziologie. In: Neidhardt, Friedhelm/Lepsius, Rainer M./Weiß, Johann (Hrsg.): *Kultur und Gesellschaft*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 92–115.
- Ridgeway, Cecilia L. (2009): Framed Before We Know It: How Gender Shapes Social Relations. In: *Gender & Society* 23 (2), S. 145–160.
- Rojek, Chris/Turner, Bryan (2000): Decorative Sociology: Towards a Critique of the Cultural Turn. *The Sociological Review* 48 (4), S. 629–648.
- Rössel, Jörg/Otte, Gunnar (Hrsg.) (2012): *Lebensstilforschung*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 51. Wiesbaden: Springer VS.
- Sachweh, Patrick (2013): Symbolische Grenzziehungen und subjektorientierte Sozialstrukturanalyse. Eine empirische Untersuchung aus einer Mixed-Methods-Perspektive. In: *Zeitschrift für Soziologie* 42 (1), S. 7–27.
- Sachweh, Patrick/Lenz, Sarah (2018): Maß und Mitte symbolische Grenzziehungen in der unteren Mittelschicht. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70 (3), S. 361–389.
- Sachweh, Patrick/Lenz, Sarah/Eicher, Debora (2018): Klassen und Klassifikationen: Symbolische Grenzziehungen in der deutschen Ungleichheitsstruktur. In: Ritter, Sabine/Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): *Die Mitte als Kampfzone Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten*. Bielefeld: Transcript, S. 243–260.
- Savage, Mike (2019): The challenge of inequality in US society. In: *The British Journal of Sociology* 70 (3), S. 755–760.
- Savage, Mike (2021): *The return of inequality: Social change and the weight of the past*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Savage, Mike/Devine, Fiona/Cunningham, Niall/Taylor, Mark/Li, Yaojun/Hjellbrekke, Johs/Le Roux, Brigitte/Friedman, Sam/Miles, Andrew (2013): A New Model of Social Class? Findings from the BBC's Great British Class Survey Experiment. In: *Sociology* 47 (2), S. 219–250.
- Schmidt-Lux, Thomas/Wohlrab-Sahr, Monika/Leistner, Alexander (2016): *Kultursociologie – eine problemorientierte Einführung*. *Grundlagentexte Soziologie*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Schulze, Gerhard (1992): *Die Erlebnisgesellschaft: Kultursociologie der Gegenwart*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Spillman, Lynn (Hrsg.) (2002): *Cultural Sociology*. Hoboken, New Jersey: Wiley-Blackwell.
- Sutterlüty, Ferdinand/Neckel, Sighard/Walter, Ina (2008): Klassifikationen im Kampf um Abgrenzung und Zugehörigkeit. In: Neckel, Sighard/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): *Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext*. Wiesbaden: Springer VS, S. 27–89.
- Tenbruck, Friedrich H. (1979): Die Aufgaben der Kultursociologie. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 31 (3), S. 399–421.
- Weber, Max (1922/1980): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr.
- Willis, Paul E. (1990): *Common Culture: Symbolic Work at Play in the Everyday Cultures of the Young*. Boulder, Colorado: Westview Press.
- Wimmer, Andreas (2013): *Ethnic Boundary Making. Institutions, Power, Networks*. Oxford: Oxford University Press.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): *Intersektionalität: Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. Bielefeld: Transcript.

12. Intersektionalität und soziale Ungleichheit

Johanna Neuhauser

12.1 Einleitung

Intersektionalität ist gegenwärtig eines der wichtigsten Konzepte in den Gender Studies und findet auch darüber hinaus immer mehr Beachtung. Für eine Soziologie sozialer Ungleichheit ist eine intersektionale Perspektivierung insofern besonders gewinnbringend, als sie den Blick auf die Mehrdimensionalität und Verwobenheit sozialer Kategorien bzw. Ungleichheitsachsen richtet. Eine Schwierigkeit intersektionaler Ansätze besteht jedoch darin, dass diese theoretisch und methodologisch meist unzureichend ausgearbeitet sind und sich häufig auf sehr unterschiedlichen Analyse- und damit Abstraktionsebenen bewegen (Anthias 2012, S. 127). Insbesondere aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive wird kritisiert, dass sich die meisten Studien auf die Mikro- bis Mesoebene und damit auf Identitätskonstruktionen oder Fragen von Diskriminierung konzentrieren, während die strukturellen Dimensionen von Intersektionalität vernachlässigt werden (Knapp 2012; McKinzie/Richards 2019).

In dem Beitrag wird nach einer historischen Einführung und einem Überblick über verschiedene Intersektionalitätsansätze eine Konzeption vorgeschlagen, in der die gesellschaftliche Arbeitsteilung als Dreh- und Angelpunkt herangezogen wird, da über diese Grundmuster gesellschaftlich relevanter Ungleichheiten erzeugt werden. Zugleich soll Intersektionalität aber auch den Blick auf die alltäglichen Erfahrungen gesellschaftlicher Ungleichheit schärfen. Anhand eigener empirischer Forschungen zu migrantischer Arbeit in Spanien und Österreich wird gezeigt, dass eine intersektionale Analyse eine differenzierte Analyse von Arbeitsausbeutung ermöglicht, indem die strukturellen Mechanismen und die subjektive Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungleichheit wechselseitig aufeinander bezogen werden.

12.2 Entstehungskontext von Intersektionalität

Der Begriff „Intersektionalität“ wurde erstmals 1989 von der US-amerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw in ihrem rechtswissenschaftlichen Text „Demarginalizing the intersection of Race and Sex“ verwendet (Crenshaw 1989). Die Aktivistin des Critical Race Movements benutzte die Metapher, um die Überkreuzung von verschiedenen Diskriminierungsachsen zu thematisieren, durch die Schwarze Frauen

in gerichtlichen Prozessen in den USA benachteiligt wurden. Denn in der damaligen Rechtsprechung wurde zwar die Diskriminierung aufgrund von Gender und Race berücksichtigt, jedoch konnten die Spezifika der Benachteiligung Schwarzer Frauen nicht erfasst werden. Intersektionalität steht daher im Kontext des Black Feminism und damit in einer Gesellschaftskritik, die das Ziel verfolgt, miteinander verbundene Strukturen der Unterdrückung jenseits einer weißen Mittelschicht zu dechiffrieren und das Empowerment Schwarzer Frauen voranzutreiben (Collins 2002; Collins/Bilge 2016). Intersektionalität ist als „travelling theory“ erst mit deutlicher Verspätung im hiesigen Feminismus bzw. der Frauen- und Geschlechterforschung angekommen (Knapp 2012, S. 98). Dabei waren es in der deutschsprachigen Soziologie vor allem Wissenschaftler*innen mit Migrationshintergrund oder aus der Subdisziplin der Migrationsforschung, die bereits in den 1990er Jahren die Verschränkung von Gender und Race bzw. Sexismus und Rassismus thematisierten (z. B. Gümen 1998; Gutiérrez-Rodríguez 1996; Kalpaka/Räthzel 1991).

Eine weitere Schwierigkeit in der Rezeption von Intersektionalität stellte die Übertragung der Begriffe Class und Race von US-amerikanischen Texten auf die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse dar. So erlangte Intersektionalität auf ihrer transatlantischen Reise von ihrem US-amerikanischen Ursprungs-kontext stark divergierende Bedeutungen (Knapp 2012, S. 99f.). Vor allem die Irritation, die der Rassebegriff hierzulande auslöst(e), die zweifelsfrei auf die Vergangenheit des Nationalsozialismus zurückzuführen ist, verkompliziert den Bezug auf Intersektionalität und schließt eine einfache Übersetzung und affirmative Verwendung des Begriffs im deutschsprachigen Kontext aus (ebd., S. 100). Schwierig ist auch die Übertragung von Class. Insbesondere in der feministischen Forschung wurde der Klassenbegriff unzureichend theoretisiert – wie auch umgekehrt in den großen klassentheoretischen Werken Geschlechterverhältnisse vernachlässigt wurden (siehe dazu ausführlich: Gottschall 2000). Wenngleich mit der Notwendigkeit, die verschiedenen Ungleichheitsachsen kontextspezifisch zu reflektieren und zu theoretisieren, folglich große Herausforderungen verbunden sind, avancierte Intersektionalität in den letzten zwanzig Jahren zu einem Konzept, das nicht nur für die Frauen- und Geschlechterforschung von zunehmender theoretischer und methodologischer Bedeutung ist. Im Folgenden möchte ich – vor dem hier nur kurz angerissenen historischen Hintergrund – Fallstricke wie Potenziale des Intersektionalitätsansatzes – unter Bezug auf die Ungleichheitsforschung reflektieren, um darauf aufbauend eine intersektionale Perspektivierung auf gesellschaftliche Arbeitsteilung zu entwickeln.

12.3 Diversität, Fallstricke und Potenziale von Intersektionalität

Wissenschaftliche Arbeiten, die sich Intersektionalität auf die Fahnen heften, stimmen grundlegend darin überein, den Blick auf die Mehrdimensionalität und

Verwobenheit sozialer Kategorien bzw. Ungleichheitsachsen zu richten. Intersektionale Analysen wenden sich damit gegen die häufig anzutreffende Tendenz, eine soziale Ungleichheit gegen eine andere auszuspielen oder Rangfolgen zu formulieren. Die Hinwendung zu Intersektionalität bedeutet damit grundsätzlich die Abkehr von soziologischen Ansätzen, die eine Masterkategorie gesellschaftlicher Ungleichheit – meist Klasse/Schicht – definieren. Ebenso wird immer wieder konstatiert, dass die meisten bedeutsamen Beiträge von Intersektionalität „einem emanzipatorisch motivierten, kritisch-transformativen Anspruch verpflichtet [sind]“ (Meyer 2019). Neben dieser Gemeinsamkeit gibt es jedoch wenig, das als Grundkonsens der mittlerweile vielzähligen Forschungsarbeiten verschiedener Fachdisziplinen gilt, die sich eines intersektionalen Ansatzes bedienen. Dabei unterliegen den Forschungen häufig sehr unterschiedliche theoretische und methodologische Konzeptionen von Intersektionalität. Zu nennen sind vor allem sozialkonstruktivistische Theorien, aber auch praxeologische Ansätze (z. B. Degele/Winker 2015) oder stärker auf die Analyse struktureller Ungleichheiten ausgerichtete Methodologien (z. B. Klinger/Knapp 2008).

Die Beliebtheit des Intersektionalitätsbegriffs liegt Kathy Davis (2013) zufolge nicht zuletzt in genau dieser Mehrdeutigkeit und Unvollständigkeit. Intersektionalität verspreche universelle Anwendbarkeit, sowohl für empirische Forschung als auch für Theorie. Die Bezeichnung von Intersektionalität als „Buzzword“ wurde zwar vorrangig als Kritik am Intersektionalitätskonzept aufgegriffen, ursprünglich war diese von Davis aber deutlich positiver konnotiert. Denn das Konzept Intersektionalität ist Davis zufolge „keine normative Zwangsjacke, macht keine Vorgaben darüber, wie feministische Forschung ‚korrekt‘ zu betreiben ist; vielmehr ermutigt es jede einzelne feministische Wissenschaftlerin, die eigenen Annahmen im Interesse einer reflexiven, kritischen und verantwortungsbewussten feministischen Forschung zu hinterfragen. [...] Es ermutigt zu komplexem Denken, vermeidet voreilige Schlüsse, reizt feministische Wissenschaftlerinnen, neue Fragen zu stellen und in unerforschtes Gebiet vorzudringen“ (Davis 2013, S. 70). Auch wenn diesem positiven Plädoyer grundsätzlich zuzustimmen ist, liegen im „Buzzword Intersektionalität“ aber auch Fallstricke, durch die – so meine Argumentation – die intellektuelle wie politische Schlagkraft des Konzepts beschränkt wird.

Eine Schwierigkeit intersektionaler Ansätze besteht zunächst darin, dass sich diese häufig auf sehr unterschiedlichen Analyse- und damit Abstraktionsebenen bewegen (Anthias 2012, S. 127). Zur Systematisierung der unterschiedlichen Ebenen, die durch intersektionale Analysen adressiert werden, machen Winker und Degele (2009) gesellschaftliche Strukturen, interpersonale Subjektivierungen und symbolische Repräsentationen aus und konzipieren darauf aufbauend ihren intersektionalen Mehrebenenansatz. In ähnlicher Weise unterscheidet Ina Kerner (2009) verschiedene Fokusse auf Intersektionalität, nämlich epistemische (Ebene des Wissens, der Diskurse und Symbole), institutionelle (Ebene der

strukturellen Hierarchisierung und Diskriminierung) und personale Zugänge (Ebene der Subjektivität und Interaktionen). Die am häufigsten verwendete Systematisierung verschiedener Herangehensweisen von Intersektionalität ist mit Sicherheit die Differenzierung in intra-, inter- und anti-kategoriale Ansätze von McCall (2005). Während anti-kategoriale Ansätze vor allem in poststrukturalistischen und dekonstruktivistischen Zugängen vorherrschend sind, fokussieren intra-kategoriale Ansätze Ungleichheiten bzw. Differenzen innerhalb einer Kategorie, während inter-kategoriale Zugänge vor allem auf die Wechselwirkungen zwischen den Ungleichheitsachsen bzw. Kategorien abzielen (ebd.). Zeigt sich in diesen Systematisierungen die große Vielfalt und Reichweite des Intersektionalitätskonzepts, wird häufig kritisch festgehalten, dass sich die meisten Studien auf die Mikro- bis Mesoebene und damit auf Identitätskonstruktionen oder Fragen von Diskriminierung konzentrieren, während die strukturellen Dimensionen von Intersektionalität kaum ausgeleuchtet werden (Knapp 2012; McKinzie/Richards 2019). Vertreter*innen gesellschaftstheoretischer Intersektionalitätsansätze sind sich darin einig, dass es einer „Vorstellung vom gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang“ (Klinger 2003, S. 249) bedürfe. Denn nur so könnten sowohl die Spezifika als auch die Verschränkung gesellschaftlicher Ungleichheitsachsen bestimmt werden. Ich teile diese Einschätzung, es braucht dafür aber einen Zugang, der die empirische Untersuchung von alltäglichen Erfahrungen nicht vernachlässigt, sondern nach Anschlussstellen zwischen subjektiven und objektiven Dimensionen gesellschaftlicher Ungleichheit sucht (Neuhausser 2020, S. 431).

Eine ebenso umstrittene Frage in Debatten über Intersektionalität ist jene nach der zu bestimmenden Anzahl von Ungleichheitsachsen bzw. Differenzkategorien. Hierbei findet die ursprüngliche Triade Gender-Class-Race mit Sicherheit am meisten Anwendung. Insbesondere im europäischen Kontext wird diese aber häufig durch andere Dimensionen wie Alter, Sexualität und Nation erweitert (Davis 2008). Wie Judith Butler prominent kritisierte, können solche Aufzählungen relevanter Kategorien jedoch nur durch ein „embarrassed etc. at the end of the list“ (Butler 2008, S. 143) abgeschlossen werden. Nach Anthias (2013) läuft insbesondere ein identitätsbezogener Ansatz Gefahr, unendlich interferierende Kategorien einzubeziehen, was schließlich nur in der Untersuchung individueller Differenzen münden kann. Auch wenn dies der Komplexität sozialer Realitäten vieler Menschen Rechnung tragen mag, kommt hierbei der Fokus auf die Frage nach sozialer Ungleichheit tendenziell abhandeln.

Um dies zu verhindern, scheint es mir sinnvoll, bei der Trias Gender-Class-Race zu bleiben, um den Blick auf Strukturen zu richten, die nicht nur partikular, sondern – wenngleich kontextspezifisch – raumübergreifend Gesellschaften durchziehen. Ich folge dabei dem Vorschlag von Cornelia Klinger (2003), die gesellschaftliche Arbeitsteilung als Dreh- und Angelpunkt heranzuziehen, da über diese Grundmuster gesellschaftlich relevanter Ungleichheiten erzeugt werden.

Nach Klinger stimmen unter Bezug auf Arbeit die drei Achsen Klasse, Geschlecht und Race/Ethnizität/Citizenship mehr als andere Kategorien darin überein, dass über sie „ein Ungleichheit begründender und legitimierender Fremdheitseffekt, das heißt eine Ausgrenzung (Externalisierung) erzeugt wird, mit dem Ziel oder mindestens mit dem Resultat, eine Reduzierung des für die geleistete Arbeit zu entrichtenden Preises herbeizuführen, das heißt Ausbeutung stattfinden zu lassen“ (ebd., S. 26). Das bedeutet beispielsweise, dass über die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, die Inanspruchnahme von (unbezahlter) Reproduktionsarbeit oder die Hierarchisierung von Arbeitsrechten entlang des Migrationsstatus kontinuierlich kostengünstige Arbeitskraft für besonders prekäre, sozial abgewertete und niedrig entlohnte Arbeiten mobilisiert wird (Dörre et al. 2009, S. 562 f.).

Zu erarbeiten, wie dies genau geschieht und wie dabei unterschiedliche Abwertungsmechanismen ineinandergreifen, erachte ich als vorderstes Ziel einer intersektionalen Analyse von Arbeitsteilung. Will man intersektionale Herrschaftsverhältnisse aber nicht nur auf einer Metaebene theoretisieren, sondern auch zeigen, wie sich diese auf das subjektive Erleben, Handeln und das gesellschaftliche Zusammenleben auswirken, genauso wie wiederum diese subjektive/interaktive Ebene auch auf institutionelle und strukturelle Ungleichheiten rückwirkt, bedarf es allerdings zudem eines Ansatzes, der zwischen der Fallhöhe von strukturellen und subjektiven Dimensionen von Intersektionalität vermittelt. Wie sich ein solcher Zugang von Intersektionalität nicht nur theoretisch fassen, sondern auch empirisch ausbuchstabieren lässt, steht im Zentrum der beiden nachfolgenden Kapitel.

12.4 Intersektionale Perspektive auf Arbeitsteilung

Bevor ich anhand empirischer Beispiele meiner Forschung den analytischen Mehrwert einer intersektionalen Perspektivierung veranschauliche, möchte ich eine Konzeption von Intersektionalität vorschlagen, die es erlaubt, gesellschaftstheoretische und polit-ökonomische Ansätze mit der Analyse der subjektiven Sichtweisen von Interviewten zu verbinden. Diese Verknüpfung ist unter anderem deshalb herausfordernd, da im subjekttheoretischen Horizont „die ‚Achsen der Differenz‘ potenziell anders aufeinander bezogen [sind] als im Horizont einer gesellschaftstheoretischen Analyse sozialer Strukturzusammenhänge“ (Knapp 2012, S. 210). Um zu untersuchen, wie sich makrosoziologische Ungleichheitsverhältnisse entlang von Geschlecht, Klasse und Ethnizität in die alltäglichen Erfahrungen und das Handeln der Subjekte übersetzen sowie sie auch umgekehrt durch diese reproduziert, aber auch herausgefordert werden, bedarf es einer dynamischen Analyse, in der ein Wechselspiel von deduktiven und induktiven Verfahren vollzogen wird. Ich schlage daher vor, die Ungleichheitsachsen einerseits als

gesellschaftstheoretischen Horizont vorauszusetzen, vor dessen Hintergrund das empirische Material untersucht und eingeordnet wird. Andererseits gilt es, die ungleichheitsrelevanten Kategorien induktiv aus dem empirischen Material herauszuarbeiten und in Zusammenhang mit dem gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmen zu bringen (Neuhauser 2019).

Als gewinnbringend hierfür sehe ich den Begriff der „intersektionalen Unsichtbarkeit“ von Gudrun Axeli Knapp (2013), den ich als Heuristik für meine empirische Analyse produktiv mache. In Anknüpfung an Marx geht es Knapp in ihrer Konzeption von „intersectional invisibility“ darum, die Mechanismen aufzuzeigen, die ein „Unsichtbarwerden und Unsichtbarmachen sozialer Zusammenhänge von Macht, Herrschaft und Ungleichheit“ (Knapp 2013, S. 252) erzeugen. Dabei nennt sie vor allem Prozesse der Naturalisierung, Normalisierung und Reifizierung des Gesellschaftlichen. In all diesen Fällen geht es darum, ein unmittelbar Gegebenes herzustellen, das den gesellschaftlichen Charakter der Zusammenhänge verdeckt (ebd., S. 252). In ihrer Analyse von Klasse rückt Knapp bezugnehmend auf Marx die Mechanismen ins Zentrum, durch die die ungleichen Tauschbeziehungen im Verhältnis von Arbeit und Kapital für die Arbeiter*innen bzw. die Arbeiter*innenklasse verdeckt werden. In der Frage der Geschlechterverhältnisse greift sie auf gesellschaftstheoretische Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung – wie jenen von Regina Becker-Schmidt – zurück, die zeigen, dass in modernen Gesellschaften Produktion und Reproduktion bzw. bezahlte und unbezahlte Arbeit in einer Weise verknüpft sind, „dass soziale Unstimmigkeiten im Modus des Zusammenschlusses unsichtbar werden und die damit verbundenen sozialen Zumutungen verborgen bleiben“ (Becker-Schmidt 2009; zitiert in Knapp 2013, S. 237).

Am wenigsten theoretisch ausdifferenziert sind bei Knapp Verdeckungszusammenhänge im Verhältnis von Race bzw. Ethnizität. Hierfür greife ich vor allem auf postkoloniale und migrationssoziologische Ansätze zurück, die zeigen, dass die globale Arbeitsteilung nur vor dem Hintergrund des Kolonialismus und seinen sich bis in die Gegenwart fortschreibenden rassistischen Strukturen verstanden werden kann (Quijano 2016). Dabei dienen Migrationspolitiken nicht zuletzt dazu, sich im Sinne einer „globalen Arbeitsmarktpolitik“ (Gutiérrez Rodríguez 2005, S. 74) die Ausbeutung von Arbeitskraft in der Peripherie zunutze zu machen. Die Stratifizierung von Rechten durch die Migrations- und Grenzregime sowie auch rassistische Hierarchisierungen sind zentrale, aber oftmals verschleierte Mechanismen, durch die migrantische Arbeit abgewertet wird und damit Unterschichtung bzw. Deklassierung stattfindet.

Um diese makrosoziologischen Strukturen auch auf der Subjektebene – und damit beispielweise anhand von Interviewdaten – ausfindig zu machen, sind nach Knapp (2013) Verallgemeinerungen, Naturalisierungen oder auch die Darstellung von Selbstverständlichkeiten aufschlussreich, da sie den Subjekten häufig als Erklärungen und Rechtfertigungen für Ungleichheitslagen dienen und diese

dadurch unsichtbar machen. Zudem erscheint auch der Fokus auf Widersprüche und Ambivalenzen methodisch erkenntnisreich, da diese Hinweise auf (kriseninduzierte) Veränderungen von Arbeitsverhältnissen für die Betroffenen geben können. Drittens kann auch die singuläre Hervorhebung bzw. Überbelichtung einer Kategorie intersektionale Unsichtbarkeit erzeugen, da sie ebenfalls Zusammenhänge ausblendet. Um dieser Überbelichtung entgegenzuwirken und die Mehrdimensionalität von Herrschaftsverhältnissen herauszuarbeiten, ist es analytisch aufschlussreich – wie Mari Matsuda (1991) es nennt – „die andere Frage zu stellen“, indem Aufmerksamkeit auf die jeweils andere, unterbelichtete Kategorie gelenkt wird. Wahrscheinlich klingen diese theoretischen Ausführungen für die Leser*innen an dieser Stelle noch etwas abstrakt. Ich möchte daher im Folgenden den Mehrwert einer intersektionalen Perspektive auf Arbeitsteilung anhand von zwei Beispielen aus meinen beiden letzten Forschungsprojekten veranschaulichen.

12.5 Beispiele aus der Forschung zu migrantischer Arbeit

In meinen Feldforschungen zu lateinamerikanischer Arbeitsmigration in Spanien in den Jahren 2014 und 2017 ging es mir vor allem darum, die geschlechts- und ethnizitätsspezifischen Langzeitauswirkungen der Krise 2008/2009 auf weibliche und männliche Arbeitsmigrant*innen aus Lateinamerika, die in den Sektoren Baugewerbe, Hotellerie und haushaltsnahe Dienstleistungen tätig waren, aus der Perspektive der Interviewten zu untersuchen.

In den subjektiven Wahrnehmungen der befragten Migrant*innen changierte der Eindruck der Krisenbetroffenheit aufgrund von Ethnizität und es kam zum Teil innerhalb einzelner Interviews zu ambivalenten Äußerungen. Zum einen wurde von einer größeren Betroffenheit von Migrierten von Arbeitslosigkeit ausgegangen, die damit begründet wurde, dass Arbeitgeber*innen in Krisenzeiten nicht-migrierte Arbeiter*innen bevorzugten. Zum anderen konstatierten die Interviewten ebenfalls wiederholt, Migrant*innen hätten immer Arbeit, weil sie im Gegensatz zu Spanier*innen „alles“ machen würden. Dieses „migrantische Arbeitsvermögen“ schütze sie vor krisenbedingter Arbeitslosigkeit. Während es daher zur Betroffenheit von Migrierten ambivalente Einschätzungen gab, waren sich alle Befragten – sowohl Frauen als auch Männer – einig, dass es für Frauen einfacher wäre, auch in der Krise Arbeit zu finden („Für Frauen gibt es immer Arbeit“). Wie ich an anderer Stelle ausführlich gezeigt habe (Neuhauser 2019), verweisen diese widersprüchlichen Deutungen der Betroffenheit aufgrund von Ethnizität einerseits und die Generalisierung der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit aufgrund von Geschlecht andererseits sowohl auf strukturelle Ungleichzeitigkeiten als auch intersektionale Unsichtbarkeiten. So wird aus einer makrosoziologischen Perspektive deutlich, dass die unterschiedlichen Aussagen vor

dem Hintergrund einer branchen- und geschlechtsspezifischen Differenzierung eingeordnet werden müssen. Sektoren mit einem sehr hohen Männeranteil – wie zum Beispiel die Baubranche oder die Industrie – wurden aufgrund ihrer hohen Volatilität insbesondere in der ersten Phase der Krise stärker von der ökonomischen Krise getroffen als feminisierte Bereiche im Dienstleistungssektor (Gil-Alonso/Vidal-Coso 2015). Allerdings lässt die verbreitete Generalisierung der Interviewten, für Frauen gebe es immer Arbeit, außer Acht, dass sich die geringere Krisenbetroffenheit feminisierter Arbeitsfelder im Zuge der durch Austeritätspolitik betroffenen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben – aufgrund der größeren Konzentration von Frauen im öffentlichen Sektor – sukzessive aufhob (Rubery 2015) und in einer fortgeschrittenen Phase auch migrantische Frauen zunehmend von den Auswirkungen der Krise betroffen waren (Gil-Alonso/Vidal-Coso 2015). Das Konzept der „intersektionalen Unsichtbarkeit“, die „als eine Art des Verschwundenseins der für das Konstituierte konstitutiven Verhältnisse“ (Knapp 2012, S. 259) verstanden werden kann, sensibilisiert dafür, dass durch häufig getätigte Aussagen wie „für migrantische Frauen gibt es immer Arbeit“ die strukturellen Zusammenhänge, die – auch in krisenfreien Zeiten – zu einer dauerhaften Abwertung von feminisierter und ethnisierter Reproduktionsarbeit führen, ausgeblendet werden.

In der aktuellen Covid-19-Krise habe ich gemeinsam mit Marwa El-Roumy und Yannic Wexenberger anhand von qualitativen Interviews mit migrantischen Leiharbeiter*innen bei Hygiene Austria und im Postverteilerzentrum Inzersdorf in Wien die prekären und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen in der Maskenproduktion und bei den Paketdiensten untersucht. Insgesamt wurde deutlich, dass alle Interviewten die willkürlichen und oft sehr spontanen Schichteinteilungen, den Druck zu Überstunden und (bei Hygiene Austria) auch Doppelschichten, die Versäumnisse bei der Entlohnung (fehlende Auszahlungen von Zulagen bis ganzen Gehältern), die Hire-und-Fire-Kündigungspolitik sowie das von (teilweise ethniserten) Hierarchisierungen geprägte Betriebsklima als extrem belastend erlebt haben. Trotz dieser negativen Erfahrungen von zum Teil extremer Arbeitsausbeutung und Prekarität betonten die interviewten Leiharbeiter*innen wiederholt, gute Arbeiter*innen zu sein, indem sie zum Beispiel ihre Leistung, möglichst schnell und effizient Container auszuladen oder Maskenproduktionsmaschinen zu bedienen, herausstrichen (Neuhauser/El-Roumy/Wexenberger 2021). Der Topos vom „guten Arbeiter“ steht dabei nicht im Widerspruch zur Schilderung extremer Prekarität, sondern in den Interviews findet sich meist beides nebeneinander. Die hohe Arbeitsmotivation in einem Arbeitsumfeld, das kaum bis keinen Gestaltungsfreiraum lässt, sondern im Gegenteil als freiheitsberaubend und unterdrückend erfahren wurde, erscheint auf den ersten Blick widersprüchlich. Arbeitslosigkeit war für die interviewten Leiharbeiter*innen ein großes Thema, da ihre Erwerbsbiografien von extremer Brüchigkeit geprägt sind. Die Befragten erzählten von wechselnden, meist kurzfristigen

Arbeitsverhältnissen, die sich immer wieder mit zum Teil längeren Phasen der Erwerbslosigkeit abwechselten. Die Pandemie verstärkte diesen Effekt, da die Interviewten beispielweise in der Gastronomie gekündigt wurden und zum Teil über Monate hinweg arbeitslos waren. Es ist naheliegend, dass die zentrale Bedeutung, die viele Interviewte – trotz ihrer prekären Arbeitserfahrungen – der Möglichkeit zusprechen, überhaupt Arbeit zu haben, nicht zuletzt durch einen gesellschaftlichen Diskurs forciert wird, der den Topos „Hauptsache Arbeit“ an die vorderste Front der politischen Agenda setzt. Das Muster des „guten Arbeiters“ kann daher auch als eine Strategie gelesen werden, mit der die Betroffenen durch die Übernahme der Leistungsideologie den Klassismus und den – insbesondere nach dem zweiten Lockdown ab dem Frühjahr 2021 – Empfänger*innen von Versicherungsleistungen diskursiv verstärkt vermittelten Vorwurf, in der „sozialen Hängematte“ zu liegen, abwehren.

Die Überbetonung der eigenen Arbeitsleistung kann aber nicht allein mit dem Druck, der auf Arbeitslose ausgeübt wird, erklärt werden. Im Sinne einer intersektionalen Heuristik gilt es ebenso nach den auf den ersten Blick unterbelichteten Aspekten von Ethnizität/Migration und Geschlecht zu fragen. In Bezug auf Migration muss das narrative Muster des guten bzw. fleißigen Arbeiters auch in Verbindung mit der ihren Arbeitserfahrungen vorausgegangenen, häufig langen Phase der erzwungenen Untätigkeit aufgrund des defacto Beschäftigungsverbots für Asylwerbende gesetzt werden. So relativierten viele Befragte prekäre Beschäftigung vor dem Hintergrund der als noch schlimmer erlebten Arbeitslosigkeit vor ihrer Aufenthaltsbewilligung („Ich wollte nur arbeiten“). Da sie in der Regel über wenig bis keine finanziellen Rücklagen verfügen, ist der ökonomische Druck für Geflüchtete besonders hoch. Die Erfahrung, von Mindestsicherung leben zu müssen, drängt sie dazu, extrem prekäre Arbeitsverhältnisse – häufig stillschweigend – zu ertragen. Ebenso spielen aufenthaltsrechtliche Fragen eine Rolle, wenn zum Beispiel – wie bei einem Interviewten ohne Asylberechtigung der Fall – ein gültiger Arbeitsvertrag benötigt wird, um einen Daueraufenthalt (in dem konkreten Fall über die Rot-Weiß-Rot-Karte) zu beantragen. Ebenso spielen Geschlechteraspekte eine Rolle, wenn Interviewte beispielweise zum Ausdruck bringen, dass Arbeitslosigkeit insbesondere für Männer enormen psychischen Druck verursachen kann: „Ich will arbeiten, weil ich der Überzeugung bin, dass ein Mann arbeiten muss und nicht zu Hause sitzen soll, weil das krank macht und Stress macht“ (Interview 08.06.2021). Geschlechternormen vom Mann als Ernährer der Familie werden durch die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse der Leiharbeit kontinuierlich infrage gestellt. Insgesamt wird deutlich, dass sich die überschüssige Betonung der eigenen Arbeitsleistung trotz extremer Prekarität aus verschiedenen Quellen speist. Eine intersektionale Heuristik verhindert einseitige Erklärungen, indem der Fokus auch auf unterbelichtete Kategorien bzw. Ungleichheitsachsen gerichtet wird.

12.6 Schlussfolgerungen

In dem Beitrag habe ich nach einem kurzen historischen Rückblick auf den Entstehungskontext von Intersektionalität, die Fallstricke intersektionaler Analysen offengelegt, um danach – anhand von Beispielen aus der eigenen Forschung – für eine intersektionale Heuristik in empirischen Untersuchungen zu plädieren. In Bezug auf gesellschaftstheoretische Autorinnen habe ich argumentiert, dass es zunächst sinnvoll ist, den Fokus auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Frage, wie durch diese intersektionale Ungleichheiten erzeugt werden, zu legen. Um die Fallhöhe zwischen dieser gesellschaftstheoretischen Perspektive und den subjektiven Erfahrungen zu vermitteln, braucht es jedoch einen dynamischen Ansatz, in dem ein Wechselspiel von deduktiven und induktiven Herangehensweisen vollzogen wird. In Orientierung am Mehrebenenansatz von Degele und Winker (2011) wird hierfür ein gleichzeitiges Offenhalten der Kategorien auf der Identitäts- und Repräsentationsebene und Festlegen der gesellschaftlich relevanten Herrschaftsverhältnisse auf der Strukturebene vorgeschlagen. Für empirische Analysen bedeutet das, immer wieder zwischen den induktiv aus dem Material herausgearbeiteten Erfahrungen und der strukturellen Ebene gesellschaftlicher Ungleichheit hin- und herzuwechseln.

Konkret hilft eine solche intersektionale Heuristik beispielweise Überbelichtungen einzelner Ungleichheitsachsen in den Interviews nicht zu affirmieren. Dem Begriff der „intersektionalen Unsichtbarkeit“ folgend ist es hierfür sinnvoll, besonderes Augenmerk auf im empirischen Material wiederholt auftauchende Ambivalenzen, Generalisierungen oder Reifizierungen zu legen, da diese Hinweise auf unsichtbar gemachte gesellschaftliche Strukturen geben können. In meiner Forschung zur Krisenbetroffenheit von lateinamerikanischen Arbeitsmigrant*innen in Spanien sensibilisierte das Konzept vor allem dafür, dass jene strukturellen Zusammenhänge, die zu einer dauerhaften Abwertung von feminisierter und ethnisierter Reproduktionsarbeit führen, ausgeblendet werden. Während die Betroffenheit der von Männern dominierten Arbeitsfelder im Vordergrund stand, blieben die Prekarisierung sowohl der bezahlten Haushaltsarbeit als auch der unbezahlten, in den Familien geleisteten sozialen Reproduktion tendenziell im Verborgenen – und das obwohl die Krisendynamiken die Auslagerung von Kosten auf den reproduktiven Bereich verstärkt haben und hierbei Migrierte besonders betroffen waren.

Der große Vorteil einer intersektionalen Perspektivierung liegt daher darin, die Mehrdimensionalität von Herrschaftsverhältnissen zu erkennen, indem die Aufmerksamkeit auf das jeweils andere, Unterbelichtete gelenkt wird. In meiner jüngsten Forschung zu migrantischen Leiharbeiter*innen in Österreich zeigte sich, dass eine intersektionale Heuristik unter anderem hilfreich war, um einseitige Erklärungen in der Interpretation des überschüssigen Narrativs vom

„guten Arbeiter“ in den Interviews zu vermeiden. Insgesamt bedeutet eine intersektionale Heuristik auf die Auswirkungen von Krisen auf Arbeitsverhältnisse: wo die Kriseneffekte auf den ersten Blick vor allem qua Klasse ungleich verteilt erscheinen nach den ethnisierten Unterschiede zu fragen, die aufgrund der Stratifizierung von Rechten durch die Migrationsregime und die Stereotypisierung „migrantisierten Arbeitsvermögens“ entstehen. Um gleichzeitig die ethnisierten Unterschiede nicht zu generalisieren, braucht es wiederum eine Perspektive auf die klassen- und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten. Es handelt sich daher um eine potenziell unabgeschlossene Analyse, was eine intersektionale Vorgehensweise besonders herausfordernd macht. Wie ich in dem kurzen historischen Rückblick dargelegt habe, stellt die Übertragung des aus der politischen Bewegung des Black Feminism stammenden Konzeptes auf hiesige gesellschaftliche Verhältnisse eine Herausforderung dar. Hierfür hilft der vorgeschlagene empirische Ansatz, die aus dem Material herausgearbeiteten Ungleichheitsachsen kontextspezifisch zu reflektieren. Indem der intersektionale Blick auf Arbeitsteilung gleichzeitig darauf abzielt, jene sozialen Prozesse zu dechiffrieren, die zur Abwertung feminisierter und migrantisierter Arbeit führen, bleibt auch der grundlegende politische Anspruch erhalten, Ungleichheitsverhältnisse sichtbar und damit kritisierbar zu machen.

Literatur

- Allsopp, Jennifer (2017): Agent, victim, soldier, son: Intersecting masculinities in the European „refugee crisis“. In: Freedman, Jane/Kivlicim, Zeynep/Baklacioğlu, Nurcan Ö. (Hrsg.): A gendered approach to the Syrian refugee crisis. Oxfordshire: Routledge, S. 165–184.
- Anthias, Floya (2012): Hierarchies of social location, class and intersectionality: Towards a translocational frame. In: *International Sociology* 28 (1), S. 121–138.
- Becker-Schmidt, Regina (2009): Vortragsmanuskript Kassel. In: Knapp, Gudrun-Axeli (2013): „Intersectional Invisibility“: Anknüpfungen und Rückfragen an ein Konzept der Intersektionalitätsforschung. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hrsg.): Fokus Intersektionalität. Wiesbaden: Springer VS, S. 243–264.
- Butler, Judith (2008): Gender trouble. Feminism and the subversion of identity. London: Routledge.
- Collins, Patricia H. (2002): Black feminist thought: Knowledge, consciousness, and the politics of empowerment. London: Routledge.
- Collins, Patricia H./Bilge, Sirma (2016): Intersectionality. Cambridge: Polity Press.
- Crenshaw, Kimberlé (1989): Demarginalizing the intersection of race and sex: A black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics. www.heinonline.org/HOL/LandingPage?handle=hein.journals/uchclf1989&div=10&id=&page= (Abfrage: 02.09.2021).
- Davis, Kathy (2008): Intersectionality in Transatlantic Perspective. In: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Über Kreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 19–35.
- Davis, Kathy (2013): Intersektionalität als „Buzzword“. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hrsg.): Fokus Intersektionalität. Wiesbaden: Springer VS, S. 59–73.
- Degele, Nina/Winker, Gabriele (2011): Intersektionalität als Beitrag zu einer gesellschaftstheoretisch informierten Ungleichheitsforschung. In: *Berliner Journal für Soziologie* 21 (1), S. 69–90.
- Denninger, Tina/Schütze, Lea (2017): Alter (n) und Geschlecht. Neuverhandlungen eines sozialen Zusammenhangs. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Dörre, Klaus/Behr, Michael/Eversberg, Dennis/Schierhorn, Karen (2009): Krise ohne Krisenbewusstsein? In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 39 (157), S. 559–576.
- Enßle, Friederike/Helbrecht, Ilse (2018): Ungleichheit, Intersektionalität und Alter(n) – für eine räumliche Methodologie in der Ungleichheitsforschung. In: *Geographica Helvetica* 73 (3), S. 227–239.
- Gil-Alonso, Fernando/Vidal-Coso, Elena (2015): Inmigrantes extranjeros en el mercado de trabajo español: ¿Más resilientes o más vulnerables al impacto de la crisis? In: *Migraciones* 37, S. 97–123.
- Gottschall, Karin (2000): Soziale Ungleichheit und Geschlecht Kontinuitäten und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs. Wiesbaden: Springer VS.
- Gümen, Sedef (1998): Das Soziale des Geschlechts. Frauenforschung und die Kategorie „Ethnizität“. In: *Das Argument* 224, S. 187–201.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1996): Frau ist nicht gleich Frau, nicht gleich Frau, nicht gleich Frau ... Über die Notwendigkeit einer kritischen Dekonstruktion in der feministischen Forschung. In: Fischer, Ute Luise/Kampshoff, Marita/Keil, Susanne/Schmitt, Mathilde (Hrsg.): *Kategorie: Geschlecht? Empirische Analysen und feministische Theorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 163–190.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2005): Das postkoloniale Europa dekonstruieren. Zur Prekarisierung, Migration und Arbeit. In: *Widerspruch* 48 (5), S. 71–84.
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (1991): Im Netz der Herrschaft. In: *Feministische Studien* 9 (2), S. 21–40.
- Kerner, Ina (2009): Alles intersektional? Zum Verhältnis von Rassismus und Sexismus. In: *Feministische Studien* 27 (1), S. 36–50.
- King, Vera (2009): „Weil ich mich sehr lange Zeit allein gefühlt hab' mit meiner Bildung. Bildungserfolg und soziale Ungleichheiten unter Berücksichtigung von class, gender, ethnicity. In: Budde, Jürgen (Hrsg.): *Bildung als sozialer Prozess. Heterogenitäten, Interaktionen, Ungleichheiten*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 53–72.
- Klinger, Cornelia (2003): Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hrsg.): *Achsen der Differenz: Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 14–48.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (2008): *Überkreuzungen: Fremdheit, Ungleichheit, Differenz*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2012): *Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Matsuda, Mari J. (1991): *Beside My Sister, Facing the Enemy: Legal Theory out of Coalition*. In: *Stanford Law Review* 43 (6), S. 1183–1192.
- McBride, Anne/Hebson, Gail/Holgate, Jane (2015): Intersectionality: are we taking enough notice in the field of work and employment relations? In: *Work, employment and society* 29 (2), S. 331–341.
- McCall, Leslie (2005): The complexity of intersectionality. In: *Signs: Journal of women in culture and society* 30 (3), S. 1771–1800.
- McKinzie, Ashleigh/Richards, Patricia (2019): An argument for context-driven intersectionality. In: *Sociology Compass* 13 (1), S. 1–14.
- Meyer, Katrin (2019): *Theorien der Intersektionalität zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Myrtilinen, Henri/Khattab, Lana/Naujoks, Jana (2017): Re-thinking hegemonic masculinities in conflict-affected contexts. In: *Critical Military Studies* 3 (2), S. 103–119.
- Neuhauser, Johanna (2020): „Für Frauen gibt es immer Arbeit!“ – Eine intersektionale Analyse migrantischer Arbeit in Spanien. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 45 (4), S. 427–446.
- Neuhauser, Johanna/El-Roumy, Marwa/Wexenberger, Yannic (2021): Als ich diese Halle betreten habe, war ich wieder im Irak: Migrantische Systemerhalter_innen bei Hygiene Austria und der Post-AG. Webpublikation, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. www.emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16357630/1/#topDocAnchor (Abfrage: 01.11.2021).
- Peyrl, Johannes (2018): Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Personen. In: Schratlbauer, Birgit/Pfeil, Walter-Josef/Mosler, Rudolf (Hrsg.): *Migration, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik*. Wien: Manz, S. 101–120.
- Quijano, Aníbal (2016): *Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika*. Wien: Turia und Kant.
- Riegel, Christine/Geisen, Thomas (Hrsg.) (2007): *Jugend, Zugehörigkeit und Migration*.

- Rubery, Jill (2015): Austerity and the future for gender equality in Europe. In ILR Review 6 (4), S. 715–741.
- Schulz, Miklas (2020): Kategorien in Bewegung(en). Intersektionalität im Kontext von Subversion und Disability Studies. In: Biele Mefebue, Astrid/Bührmann, Andrea/Grenz, Sabine (Hrsg.): Handbuch Intersektionalitätsforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–15.
- Subjektpositionierung im Kontext von Jugendkultur, Ethnizitäts- und Geschlechterkonstruktionen. Wiesbaden: Springer VS.
- Waldschmidt, Anne (2014): Macht der Differenz: Perspektiven der Disability Studies auf Diversität, Intersektionalität und soziale Ungleichheit. In: Soziale Probleme 25 (2), S. 173–193.
- Weber, Martina (2009): Das Konzept Intersektionalität zur Untersuchung von Hierarchisierungsprozessen in schulischen Interaktionen. In: Budde, Jürgen (Hrsg.): Bildung als sozialer Prozess. Heterogenitäten, Interaktionen, Ungleichheiten. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 73–91.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2015): Intersektionalität. Bielefeld: Transcript.

13. Psychologisierung sozialer Ungleichheiten

Barbara Rothmüller, Nora Ruck

13.1 Einleitung

Soziologische Theorien der späten Moderne haben sich seit den 1970er Jahren intensiv mit dem Phänomen einer zunehmenden Individualisierung in westlichen Gesellschaften beschäftigt. Im Prozess der Modernisierung rücken das Ich und seine Selbstbestimmung gegenüber der Fremdbestimmung durch größere soziale Gruppen und traditionelle Verbände in den Vordergrund. Soziolog*innen wie Anthony Giddens, Ulrich Beck (Beck/Giddens/Lash 1994), Richard Sennett (1983), Zygmunt Bauman (2001) oder Eva Illouz (2011) haben diese Individualisierungsthese (weiter)entwickelt und den Aufstieg eines neuen emotionalen Regimes in westlichen Gesellschaften herausgearbeitet, welches Reflexivität und einen veränderten Umgang mit Emotionen und dem Selbst beinhaltet. Autonomie, Selbstbeobachtung und individuelle Entscheidungen stiegen zu den Leitwerten der liberalen Moderne auf und bereiteten damit auch den Boden für eine umfassende Individualisierung sozialer Ungleichheiten. An diesem Prozess der Individualisierung waren verschiedene humanwissenschaftliche Disziplinen, ganz besonders aber die Psychologie beteiligt, die Mitte des 20. Jahrhunderts nicht zuletzt durch die Massenmedien einen regelrechten Psychoboom erlebte. Im Zuge ihrer gesellschaftlichen Verbreitung wurden zentrale psychologische Begriffe weiten Teilen der Bevölkerung bekannt und zunehmend auch von Menschen zur Selbstreflexion und Steuerung ihrer sozialen Beziehungen eingesetzt.

Mit „Psychologisierung“ bezeichnen wir diese Ausdehnung „psychologischer Diskurse und Praktiken in andere wissenschaftliche Felder, Kultur, Politik und Subjektivität“ (de Vos 2014, S. 1547). Der Einsatz psychologischer Konzepte und Techniken sollte nicht nur eine „humanere“ Form der Menschenführung und mehr Effizienz in der Fabrik, im Militär, in der Schule und in der Familie garantieren, sondern erschien auch vielen linken Akteur*innen als hoffnungsvolle Strategie der Gesellschaftstransformation, um über die Menschen die Welt zu verändern. Eine Hochzeit erlebte die Psychologisierung sozialer Ungleichheiten nicht zuletzt im Kontext Neuer Sozialer Bewegungen und der Frauenbewegung in den 1970er Jahren, nachdem es aufgrund der desillusionierenden Erfahrungen mit dem realexistierenden Sozialismus und dem Fokus auf „neue“ soziale Ungleichheiten zu einer Abkehr vom Kollektiven kam. Dass emotionaler

Zusammenhalt, Zärtlichkeit und Authentizität in den 1970er Jahren als politische Leitwerte so einen Aufschwung erlebten, wird von Historiker*innen wie Tändler (2016, S. 298) als Gegenbewegung innerhalb der radikalen Linken gegen die „entemotionalisierte Theorie- und Organisationsfixierung der K-Gruppen“ gesehen. Ernüchtert von den gescheiterten Revolutionen suchten alternative und linke Milieus in der „Psychoszene“ nach Mitteln, wie Gesellschafts- und Selbstveränderung zu vermitteln sei (ebd., S. 23). Trotz aller Bemühungen kippte die Vermittlung unter dem Einfluss des gesellschaftlichen Psychobooms zum Pol der Individualisierung und stärkte damit die Seite einer psychologisierenden Selbstreflexion von Ungleichheitsverhältnissen, ohne tatsächlich nachhaltige Strukturveränderungen zu erreichen. Psychologische Erklärungsmodelle verdrängten in der Folge schrittweise sozialstrukturelle Theorien zu Ungleichheiten wie auch sozialstrukturelle Lösungsansätze für soziale Probleme.

Der Beitrag rekonstruiert den Prozess der Psychologisierung von Ungleichheiten, weil sie eine einflussreiche Gegenspielerin zu strukturellen Betrachtungsweisen von Ungleichheiten ist. Eine Psychologisierung sozialer Probleme ist für Prozesse der Gesellschaftstransformation besonders attraktiv, weil sie dem Individuum unmittelbare Handlungsmacht verspricht. Neben der Geschichte der Psychologisierung werden in dem Beitrag zentrale Theorien, Ansätze und Kritik einer Psychologisierung von Ungleichheiten in der Gegenwartsgesellschaft vorgestellt.

13.2 Historische Entwicklung: Politische Hoffnungen und Enttäuschungen des Psychobooms

Seit den 1970er Jahren beobachten Historiker*innen einen fortschrittsoptimistischen Modernisierungsschub, einen Wertewandel und die Entstehung eines linken, gegenkulturellen Milieus, das Authentizität, Kreativität, Selbstentfaltung und Ganzheitlichkeit als Teil einer kapitalismuskritischen Gegenkultur forcierte (Tändler 2016). Neue Soziale Bewegungen verstanden den Alltag als bevorzugten Ort der Emanzipation, bevor diese Werte sukzessive auch zu Leitwerten der Arbeitswelt wie der Konsumgesellschaft aufstiegen. Nicht zufällig konnte die Psychologie sich in dieser Zeit als wichtige wissenschaftliche Disziplin im deutschsprachigen Raum etablieren, ja es wurde sogar ein regelrechter Psychoboom ausgelöst, während die Soziologie an Deutungshoheit und gesellschaftspolitischer Relevanz einbüßte. Therapie und eine Arbeit am Selbst sollte die Gesellschaftsveränderung, von der die Student*innenbewegung wie die Frauenbewegung gleichermaßen träumten, in der Praxis herstellen.

Für Psychologisierungsprozesse im deutschsprachigen Raum hat Maik Tändler (2016, S. 17) drei Merkmale einer therapeutischen Diskurs- und Praxiskonstellation herausgearbeitet: Sie brach erstens eruptiv in den 1970er Jahren aus,

vermischte zweitens Wissenschaft und Populärkultur und ging, drittens, mit einer intensiven politischen Aufladung sowie mit Demokratisierungs- und Emanzipationsverheißungen einher. In seiner Geschichte der Expansion psychologischer Diskurse und Praktiken in Deutschland in den 1970er Jahren hebt Tändler die hybriden und oft widersprüchlichen Wege hervor, auf denen sich gesellschaftspolitisches Engagement mit psychologischer Emanzipation verschränkte. Am Aufstieg der Psychologie und am Psychoboom in Deutschland waren Feministinnen, die Student*innenbewegung und linke Intellektuelle maßgeblich beteiligt. Es kam zu einer Psychologisierung der Gesellschaftsanalyse – und umgekehrt zu einer Politisierung psychischer Gesundheit, des Privaten und von Intimität. Neue soziale und politische Bewegungen, wie linke Kadergruppen, Kommunen, aber auch feministische Gruppen, zielten darauf ab, eine soziale und sexuelle Emanzipation durch die Einbeziehung psychologischer Praktiken der Selbstemanzipation zu realisieren (Aubry/Travis 2015, S. 21). Psychologische Reflexivität erschien als ein vielversprechendes Werkzeug des politischen Engagements: Die Transformation sozialer und intimer Beziehungen sollte der Ausgangspunkt für einen groß angelegten sozialen Wandel sein; mit den Menschen würde sich schließlich auch die Welt ändern, und vermittelt darüber auch strukturelle Ungleichheiten, so die Hoffnung.

Bald darauf folgte allerdings bereits eine Desillusionierung des emanzipatorischen Potenzials von Psychologie und Psychotherapie in der Neuen Linken. Anstatt gegen gesellschaftspolitische Missstände zu kämpfen, wurde die Energie von Aktivist*innen mehr und mehr in langwierigen Reflexionsrunden aufgezehrt, in denen es darum ging, die eigenen Erfahrungen zu teilen und diese sowie die der politischen Genoss*innen kritisch zu deuten. Nicht nur, aber sehr ausgeprägt, sei die Ambivalenz der psycho-politischen Technologien des Selbst in der feministischen Bewegung zu spüren gewesen, deren radikaler Strang in den USA ab den späten 1960er Jahren und im deutschsprachigen Raum ab Mitte der 1970er Jahre nicht zuletzt in sogenannten Consciousness-Raising-Gruppen (verkürzt zumeist als „Selbsterfahrungsgruppen“ übersetzt) organisiert war (Ruck et al. 2022). Für das Wiener autonom-feministische Kollektiv AUF (Aktion Unabhängiger Frauen) konstatierten Brigitte Geiger und Hanna Hacker ab Mitte der 1970er Jahre eine „Ideologie der Selbsterfahrung“ (1989, S. 40), die allerdings, wie auch andernorts, heftig umkämpft war (Echols 2009). Durchaus bereits aus der Distanz einer sich professionalisierenden migrantischen Frauenberatungsstelle beschrieb eine unserer Interviewpartner*innen etwa die kräftezehrenden Gesprächsrunden im Plenum des, im Wiener alternativen Kulturzentrums WUK angesiedelten, aktivistischen Frauenzentrums FZ, mit dem sich die Beratungsstelle die Räumlichkeiten teilte, als „sehr mühsam für mich, sehr sehr sehr mühsam weil offenes Ende“ und da „alle so persönlich“ bis spät in die Nacht über „dieses Detail oder jenes Detail“ (Ongan 2020, Z. 301–305) sowie über „Gott und die Welt“ (Z. 320) diskutierten.

Wie Tändler (2016, S. 144 f.) beschreibt, wurde die Psychologisierung politischer Aktivitäten und Beziehungen in den 1980er Jahren auch für ihre undifferenzierte Wertschätzung von Emotionen kritisiert. So wies die feministische deutsche Psychologin Brigitte Dorst in der Zeitschrift *Gruppendynamik* (12/1981) darauf hin, dass die Normen und Werte von Frauengruppen zunehmend von einer spezifischen Form von Sentimentalität („Gefühligkeit“) dominiert seien. Dorst stellte eine solche Emotionalisierung sozialer Interaktionen in diesen Gruppen kritisch infrage und schlug stattdessen eine Rationalisierung vor – überraschenderweise durch (neues bzw. anderes) psychologisches Wissen, nämlich die Praxis der Gruppendynamik (Tändler 2016, S. 146). Die Kritik an der Psychologisierung von Bewusstseinsbildungsgruppen führte zur Weiterentwicklung und Etablierung von Gruppentechniken wie Gruppendynamik, Gruppentherapie und Coaching in den 1980er Jahren. Die Kritik an einer Emotionalisierung politischer Beziehungen beschleunigte damit selbst die Überbietungslogik psychologischer Techniken und ihre Weiterentwicklung in den deutschsprachigen Ländern.

Die Entstehung des Konzepts der Psychologisierung hat enge Verbindungen zur Kritik an einer sogenannten „therapeutischen Kultur“, die sich ab Ende der 1970er Jahren auch ausgehend von den USA entwickelte. In *The Culture of Narcissism* kritisierte Christopher Lasch (1978) beispielsweise, Psychotherapie habe Religion als übergreifenden kulturellen Rahmen ersetzt und sah darin die Gefahr, dass kollektives Leiden als individuelles Problem behandelt werde (de Vos 2013). Dazu hätten antirassistische und feministische Bewegungen beigetragen, indem sie eine antiautoritäre Egozentrik forcierten und dadurch den sozialen Zusammenhalt in Gemeinschaft und Familie unterminierten.

In den USA erfolgte die Kritik an einer Psychologisierung und Therapeutisierung anfangs somit unter konservativen Vorzeichen, die vor allem den Wandel traditioneller Gemeinschaften bedauerte. Dies hat sich in der zeitgenössischen angelsächsischen Debatte deutlich verschoben, in der kritische, diskurstheoretische und feministische Ansätze dominieren.

13.3 Aktuelle Theorien: Psychologisierung und Psychologisierungskritik in der Gegenwartsgesellschaft

In der kritischen Auseinandersetzung mit den psychologischen Implikationen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen beziehen sich gegenwärtig viele Ansätze der Psychologisierungskritik auf die Arbeiten von Michel Foucault (1978), der bereits in seinen Schriften zu Biopolitik und Gouvernementalität darauf hingewiesen hatte, dass im ausgehenden 20. Jahrhundert die Regierung der Bevölkerung zunehmend auf neuen Formen der Regierung des Selbst aufbaue. Psychologisierung wird hier in Zusammenhang gebracht mit einer Reihe von anderen gesellschaftlichen Transformationsprozessen, unter anderem einer

Ökonomisierung sozialer Beziehungen. Mit Foucault lässt sich im Sinne einer kritischen Geschichte der Gegenwart (siehe auch: Rose 1989) danach fragen, wie wir eigentlich dazu kommen, von sozialen Ungleichheiten als Problem zu sprechen? Was gilt als die Ursache – und was als Lösung – des Problems sozialer Ungleichheit?

Insbesondere Nikolas Roses Foucauldianisch angelegte Arbeiten wie „Governing the Soul“ (1989) fungieren als zentrale Bezugspunkte heutiger Psychologisierungsforschung. Rose unternimmt darin eine historische Soziologie des Selbst, eine „Genealogie der Subjektivität“, indem er danach fragt, wie die Menschen der Gegenwart geworden sind, wie sie sind. Seiner These zufolge ist die Art und Weise, wie wir uns selbst verstehen und handeln, fundamental vom Aufstieg der Humanwissenschaften und vor allem den psychologischen Wissenschaften geprägt. Seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts verbreitete sich zunehmend psychologische Expertise in die Gesellschaft und beeinflusste vermehrt das Alltagshandeln und gegenwärtige Formen politischer Macht. Die Psychologie entwickelte Wissen und Praktiken, die die menschliche Fähigkeit fördern, individuell autonome Entscheidungen zu treffen – und machte persönliche Freiheit damit zum Ausgangspunkt des Regierens. Gemeinsam mit anderen Psy-Disziplinen wie der Psychotherapie oder der Psychiatrie entwickelte die Psychologie Menschenführungstechniken, die Menschen (in positiver wie in negativer Hinsicht) zu Autonomie und Freiheit zwingen, indem sie als Wert setzen, dass Menschen ihr Leben selbstbestimmt leben. Dabei sollen sie sich selbst und ihre Potenziale verwirklichen. Diesen paradoxen Zwang zur Selbstbestimmung beschreibt Rose letztlich als Kern des modernen Selbst.

Nikolas Rose grenzt sich von Subjektivierungstheoretiker*innen wie Anthony Giddens und Ulrich Beck ab, weil sie ihm zu homogene Entwicklungen von Tradition, Moderne und reflexiver Modernisierung zeichnen (Rose 1989, S. xvii; Beck/Giddens/Lash 1994). Rose betont demgegenüber, dass historische Verschiebungen komplexer sind und teils auch parallel zu einem aktuell hegemonialen, autonomen Subjekt der freien Wahl und Selbstverwirklichung verlaufen. Seine Psychologisierungskritik richtet sich dabei nicht darauf, dass die Psychologie das Individuum als isolierten ‚Automaten‘, den man kontrollieren kann und muss, behandle, sondern genau umgekehrt darauf, dass die freien Bürger*innen sich selbst regulieren (sollen). Psychologisierung entfaltet also Machtwirkungen, aber nicht durch Zwang und Isolation, sondern durch und in der Arbeit an der Selbstentfaltung und Selbstbestimmung des eigenen Lebens.

Eine eigenständige Perspektive auf die gegenwärtige Psychologisierung von Ungleichheiten hat Eva Illouz entwickelt. In *Die Errettung der modernen Seele. Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe* kritisiert Illouz (2011) den Ansatz von Foucaults Biopolitik. Foucault hatte in seinen Arbeiten zu Gouvernementalität die historische Entwicklung moderner Machttechniken herausgearbeitet, die Individuen durch „Technologien des Selbst“ wie etwa Selbstdisziplin

oder Selbsthilfe regieren. Gouvernamentalität als Konzept sei allerdings zu breit und übersehe die kontextspezifische Unterschiedlichkeit von Psychologisierungs- und Therapeutisierungsprozessen, je nachdem, ob man an die Therapie von Paarproblemen, Coaching für Führungskräfte oder die Beratung militärischer Operationen denke, so Illouz Kritik. Die israelische Soziologin spricht im Zusammenhang mit Psychologisierung von einem neuen emotionalen Stil, der besonders deutlich in einem kulturellen Modell der Intimität zum Ausdruck komme, das auf Gleichberechtigung von Frauen, Praktiken der Selbstoptimierung und emotionaler Beziehungsarbeit basiert.

Autor*innen wie Eva Illouz vertreten die These, dass es gerade die zweite Frauenbewegung war, die die therapeutische Kultur stark gemacht hat (Aubry/Travis 2015), weil sie in Ehe und Familie nicht das Heil, sondern das Übel aller Probleme sah. Illouz spricht in ihrem Buch von einer Allianz zweier mächtiger kultureller Gebilde (2011, S. 183) in der Psychologisierung sozialer Probleme, nämlich der Psychologie und der zweiten Frauenbewegung. Feministinnen kritisierten die Psychologie dafür, dass sie „kollektive politische Probleme in individuelle psychische Probleme übersetzt und somit die Möglichkeit einer echten strukturellen Veränderung blockiert“. Tatsächlich wurde die Psychologie genau in dem Moment für die Familie zuständig, als diese zu kriseln begann. Die Familie sollte zunehmend weniger der ökonomischen Absicherung als vielmehr dem emotionalen Wohlergehen dienen. Diese brüchige Intimität zu heilen, versprachen Psycholog*innen – aber auch Feministinnen, wenn auch in gegensätzlicher Art und Weise. Illouz behauptet, dass sich eine, auf geteilten Schemata basierende, diskursive Allianz zwischen Psychologie und Frauenbewegung bildete: Wünsche und Bedürfnisse der Frauen sollten ernstgenommen und ihre Autonomie gestärkt werden, Konfliktmanagement in der Partnerschaft geübt und Verantwortung für eine schlechte Beziehung beidseitig übernommen werden. Es galt, mangelnde Bindungsfähigkeit und Kindheitserlebnisse zu bearbeiten, um die Paarbeziehung zu vertiefen. Psychologie und Feminismus bedienten sich dabei aneinander, an Begriffen, an Problematisierungen und an Techniken. Zum Beispiel wurde die Emanzipation von Frauen mit Techniken der Bewusstwerdung angestrebt, die in Selbsterfahrungsgruppen (*Consciousness-raising-groups*) eingesetzt und von psychotherapeutischen Zugängen zum Menschen übernommen wurde. Intimität im Speziellen fungierte als kulturelles Konzept, das Psychologie und Feminismus teilten: Es ging um den authentischen Ausdruck von Gefühlen, um emotionale oder sexuelle Nähe und die Fähigkeit, diese Intimität auszuhalten bzw. sich darauf einzulassen. Interessanterweise hat diese Verbindung von Feminismus und Psychologie romantische Beziehungen in der Konsequenz sowohl emotionalisiert als auch rationalisiert.

Selbstsorge, Selbsthilfe und Selbstverwirklichung sind für Illouz die zentralen Bestandteile einer therapeutischen Kultur, die in Form von Selbsthilfegruppen, Meditationsgruppen, Selbstbehauptungstrainings, Konfliktmanagement,

Gruppendynamik, Gruppen für Alkoholiker*innen, Traumatisierte, Gewaltbetroffene, Magersüchtige und Singles und vielen anderen mehr institutionalisiert wurde. Therapeutisches Wissen wurde zunehmend über Massenmedien, in Radiosendungen, Ratgebern, Talkshows, Zeitschriften, Filmen und Ausbildungsmaßnahmen verbreitet. So konnte sich, Illouz zufolge, eine neue kulturelle Struktur etablieren, die besonders von Frauen und der Mittelschicht getragen wird. Diese kulturelle Matrix hat Individualismus und eine therapeutische Gefühlskultur mit einem neuen emotionalen Stil etabliert. In Arbeitsbeziehungen zeigt sich der neue Führungsstil etwa darin, dass Kommunikation und Emotionen mehr und mehr als Ressource zur Produktivitätssteigerung verwendet werden. Dabei wurde der Arbeitsplatz analog zur Familie konzipiert und von Psycholog*innen auch Begriffe der Familiensoziologie auf den Arbeitsbereich übertragen (Illouz 2011, S. 128 f.): Anstatt Konflikte im Job als Interessenskonflikte zu sehen, die mit der Produktionsweise und den strukturellen Ungleichheiten einer Gesellschaft artikuliert sind, wurden diese vielmehr auf einen emotionalen Ursprung zurückgeführt und etwa in psychischen Problemen der Mitarbeiter*innen oder Persönlichkeitsmerkmalen der Vorgesetzten verortet. Als Folge dieser Psychologisierung von Arbeitsverhältnissen wurden Interessensgegensätze zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen in der neuen Managementtheorie versöhnt, indem Mitarbeiter*innenbeschwerden etwa von einem „verständnisvollen Manager“ aufgefangen und damit ihres kritischen Stachels beraubt werden sollten. Illouz spricht davon, dass hier eine ‚weibliche‘ Gefühlskultur durch die Psychologie in der Arbeitswelt stark gemacht wurde. Wie sie argumentiert, wurden damit Interessensgegensätze befriedet und Ungleichheiten verschleiert.

Kritik am Individualismus der Psychologie richtet sich in jüngster Zeit auch vermehrt gegen ein individualisiertes Verständnis von Resilienz und Glücklichkeit. Angela McRobbie (2020) zeigt in ihrem jüngsten Buch „Feminism and The Politics of Resilience“, wie in der zeitgenössischen Populärkultur Glücklichkeit entgegen allen widrigen Umständen zum kulturellen Leitwert aufgestiegen ist. Werte wie Perfektionismus werden demgegenüber zunehmend kritisiert: Frauen sollen sich nicht zu viel stressen, sondern besser ihre kleinen Fehler lieben lernen und selbstbewusst unsichere Zeiten mit adäquaten Resilienztechniken bewältigen. Resilienz ist ein Angebot geworden, soziale Ungleichheit weniger in politischem Ärger zu ertränken als vielmehr ihre psychologischen Folgen (wie etwa Unsicherheit und mangelndes Selbstbewusstsein) zu bearbeiten, die aus Geschlechterungleichheit resultieren können. Damit ersetzt Resilienz tatsächlich frühere kollektive, feministische Projekte und Sorge-Gemeinschaften (McRobbie 2020, S. 62). Die feministische Wissenschaftlerin Sara Ahmed spricht ebenfalls in ihrem 2018 auf Deutsch erschienen Buch *Das Glücksversprechen* von einer „Glücksindustrie“, die in Selbsthilfe-Ratgebern Glücksrezepte anbietet. Das Wohlbefinden von Menschen werde in der Psychologie ins Zentrum

gesetzt, messbar gemacht, und „Lebensqualität“ als Teil von sozialen Ungleichheiten untersucht. In der sogenannten ‚Positiven Psychologie‘ hat sich eine eigene Glücksforschung und Forschung zu Lebensqualität etabliert, die die Verteilung von Glücklichkeit und subjektivem Wohlbefinden in verschiedenen Bevölkerungsgruppen erforscht. Forschungen zur Lebensqualität fokussieren häufig darauf, wie sich individuelle Faktoren (bspw. der Beziehungsstatus) auf die Lebensqualität auswirken. Die Positive Psychologie betont dabei, dass man sich auf die positiven Aspekte des Lebens und den eigenen Selbstwert konzentrieren sollte, um schwierige Lebensphasen zu meistern. Individuen sollen beispielsweise an ihren Gefühlen arbeiten (Ahmed 2018, S. 17). Ahmed kritisiert daran, dass gerade in der Messung von Glück und Leid Ungleichheiten psychologisiert werden, weil angenommen wird, dass sich ungleiche Verhältnisse unter anderem dadurch auszeichnen, dass sich Menschen nicht gut *fühlen*, sie also leiden. Ein Mangel an bewusstem Leid ist aber noch kein Hinweis für mehr gesellschaftliche Gleichheit.

Selbst wenn Soziolog*innen, wie Pierre Bourdieu in seinem epochalen Werk „Das Elend der Welt“ (1997), dem Leiden an Ungleichheiten mehr und mehr Aufmerksamkeit eingeräumt haben, sollten strukturelle Ungleichheitsverhältnisse in der Gesellschaft nicht aus dem Blick geraten, weil sie unabhängig von ihrer subjektiven Wahrnehmung als ‚leidenswerte‘ Umstände ihre Wirkung entfalten. Die Kritik an einer „toxischen Positivität“ der Psychologie mit ihren Glücksimperativen hat mittlerweile sogar ihren Weg in „The Journal of Positive Psychology“ gefunden: Humphrey, Szoka und Bastian (2021) zeigen, dass Menschen, für die Glücklichkeit ein hoher Wert ist, erst recht unglücklich sind, wenn sich das Glücklichkeit nicht wie erwartet einstellt, weil sie sich selbst die Schuld für ein Scheitern am Glücksversprechen geben. Psychologisierungskritik hat damit in der Mitte der Psychologie Verbreitung gefunden, nachdem sie schon lange in der kritischen und feministischen Psychologie vertreten war (z. B. Chesler 1972; Parker 2015).

13.4 Psychologisierung von Geschlechterungleichheiten?

Illouz und Ahmed waren keineswegs die ersten, die auf den Zusammenhang zwischen Psychologisierung und der Entwicklung der Frauenbewegung hingewiesen haben. Im Gegenteil ist eine Kritik an der Psychologisierung sozialer Ungleichheit stark an den Rändern der Psychologie selbst verankert und waren die psychologisierenden Tendenzen etwa des radikalen Feminismus jeweils auch innerhalb jener Kollektive, von denen Entwicklungen wie Consciousness-Raising-Gruppen bzw. Selbsterfahrungsgruppen ausgingen, heftig gerade für damit einhergehende Individualisierung und Entpolitisierung umstritten (Echols 2009; Geiger/Hacker 1989; Ruck et al. 2022). Wir plädieren in diesem Sinne für eine differenziertere Auseinandersetzung mit Psychologisierungsprozessen, die kritisch

bleibt gegenüber den Verheißungen individueller Emanzipation ohne Gesellschaftsveränderung – und gleichzeitig die Mobilisierung der Handlungsmacht sozialer Akteur*innen nicht aus dem Blick verliert. Die notwendige Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft in emanzipatorischen Praktiken wollen wir daher anhand der Ergebnisse unserer eigenen Forschung zu Psychologisierungsprozessen in Frauenbewegungen verdeutlichen. In dem Forschungsprojekt¹ betrachten wir die Psychologisierung und Politisierung von Geschlechterungleichheiten in Wien aus historischer Perspektive und anhand kritisch-partizipativer Methoden (Ruck et al. 2022). Consciousness-Raising-Gruppen radikaler Feministinnen waren ursprünglich nicht als Therapie, sondern als Instrument kollektiver Aktion gedacht, die letztlich zu einer Revolution führe, weil Frauen im Austausch in diesen Gruppen erkennen würden, dass ihre Probleme gar keine persönlichen seien, sondern vielmehr strukturelle, die in der patriarchalen Klassengesellschaft wurzeln (Ruck 2015). Interessanterweise waren – insbesondere zu Beginn – Selbsterfahrungsgruppen auch in der psychologischen Frauenberatung in Wien als regelmäßiges Angebot installiert. Aus der Entzauberung des emanzipatorischen Potenzials von Psychotherapie und Beratung entwickelte sich schließlich eine Professionalisierung und Ökonomisierung psychologischer Dienstleistungen, die bis heute anhält und die wir auch anhand der Entwicklung an Wiener Frauen*-Beratungsstellen beobachten konnten. Die lokale Geschichte der Psychologisierung ist komplexer und widersprüchlicher, als die Analysen von Rose und Illouz suggerieren, die in ihren Sozialtheorien stark vom Kontext abstrahieren. Denn die therapeutische Kultur in Österreich lässt sich nicht so einfach in eine lineare Fortschritts- oder Verfallsgeschichte einer umfassenden Individualisierung der Gesellschaft einordnen.

So zeigt unsere Analyse des lokalen Feldes Wiener Beratungsstellen, dass an feministischen und antirassistischen Frauenberatungsstellen auch Politisierungsprozesse stattgefunden haben. Seit den 1970er Jahren versuchten viele Frauenberatungsstellen, das Psychologische und das Politische zu vermitteln, indem sie eine ganze Reihe an Praktiken und Techniken entwickelten, die den psychischen Folgen von Geschlechterungleichheit wie Traumatisierung, Abhängigkeit, Selbstentwertung und Depression ebenso Rechnung trugen wie ihren strukturellen Bedingungen. Beratungsstellen für migrantische Frauen in Wien entwickelten in den 1980er Jahren Bildungsangebote, die gleichzeitig kollektive Räume der Vernetzung für Frauen schaffen wollten. Selbstkritisch reflektierten frühe feministische Beraterinnen nachträglich über ihren Paternalismus in der Gründungszeit der Frauen*-Beratung: Die Politisierung der ‚unterdrückten Migrantinnen‘

1 Das Projekt „The Psychological is Political: A recent history of feminist psychology in Vienna“ wird vom FWF gefördert, PI: Ass.-Prof. Dr. Nora Ruck, Fakultät für Psychologie, Sigmund Freud PrivatUniversität Wien. Von Mai 2022 bis Dezember 2023 wird das Folgeprojekt „The Psychological is Participatory: Feminist critical participatory action research with women’s counseling centers and their clients“ ebenfalls vom FWF finanziert.

in einem Kurs, der von weißen österreichischen Feministinnen geleitet wurde, brach sich an den Vorstellungen der migrantischen Kursteilnehmerinnen, die selbst bestimmen wollten, was und wie in den Gruppen bearbeitet wurde. Psychologische Beratung rief die Frauen nicht abstrakt zu individueller Selbstverwirklichung auf, sondern entwickelte Selfcare-Praktiken als Antwort auf jenen frühen Paternalismus im Feld, der einer Selbstbestimmung von Klientinnen performativ widersprochen hatte. Seither wird von vielen Beraterinnen an migrantischen Frauenberatungsstellen Selbstbestimmung als Standard einer emanzipatorischen Beratung unterdrückter Minderheiten geschildert. Viele feministische Psychologinnen sind überzeugt davon, dass der Kampf gegen Geschlechterungleichheiten nur über den Weg eines Empowerment migrantischer Frauen erfolgreich sein kann. Dazu setzen sich Beraterinnen oft einer umfassenden Supervision in der Gruppe aus, um ihr Verhältnis zu Klientinnen laufend zu reflektieren und an ihren eigenen Emotionen zu arbeiten, um für Frauen* eine gleichberechtigte Beziehung in der Beratung erfahrbar zu machen. In unserer Forschung hat sich gezeigt, dass die feministische psychologische Frauenberatung meist sehr präzise darin ist, dort psychologisches Leid zu lindern, wo es auch tatsächlich um psychische Erkrankungen und Belastungen geht, und andere Angebote zu setzen, wo es um strukturell bedingte Probleme der Geschlechterungleichheit, des Rassismus und der kapitalistischen Ausbeutung geht. Parallel zur psychologischen Beratung bieten Frauenberatungsstellen oft auch rechtliche Beratung, Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit und stehen dazu vielfach mit Politiker*innen und Aktivist*innen in engem Austausch. Davon, dass Psychologinnen und Psychotherapeutinnen an Frauen*beratungsstellen unreflektiert zentrale Akteur*innen einer Individualisierung sozialer Ungleichheiten sind, kann also kaum die Rede sein.

13.5 Wie umgehen mit den psychosozialen Bedingungen und Folgen sozialer Ungleichheit?

Das Verhältnis von Psychologie und Soziologie ist historisch kein einfaches: Psychologische Ansätze verdrängten teilweise sozialstrukturelle Theorien zu Armut, Rassismus und Geschlechterungleichheiten und versprachen individuelle Lösungsansätze für soziale Probleme, deren Analyse eigentlich im Kompetenzbereich der Soziologie angesiedelt war. Mit der Arbeit am Selbst kann vermeintlich jede*r etwas gegen gesellschaftliche Ungleichheit tun, etwa in seine Persönlichkeitsentwicklung investieren, sich am Arbeitsmarkt gut verkaufen und sich damit aus der Armut ziehen; in einer Liebesbeziehung sein Glück finden; rassistische Stereotype verlernen; mit positivem Denken und Achtsamkeit aus der negativen Gedankenspirale aussteigen – so einige der psychologischen Verheißungen. Und auch während der Covid-19-Pandemie bot die Psychologie Lösungen: Resiliente Menschen können für jede Krise eine zu ihren individuellen Ressourcen passende

Bewältigungsstrategie entwickeln; mit der Individualisierung pandemiebedingter Probleme rückt jedoch auch eine Veränderung von Ungleichheitsverhältnissen in den Hintergrund möglicher Krisenbewältigungsstrategien (Rothmüller 2021).

Kritiker*innen einer Psychologisierung sozialer Ungleichheiten kritisieren die zunehmende Ökonomisierung sozialer Beziehungen und Selbstverhältnisse und sprechen in diesem Zusammenhang von „psycho-economics“ (de Vos 2011, S. 106). Gefühle werden nur dann begrüßt, wenn sie sich kapitalisieren lassen. Die Empörung und Wut unterdrückter Gruppen hingegen, die für Gerechtigkeit und Umverteilung kämpfen, werden häufig als psychisches Problem delegitimiert (Mulvale/Teo 2020, S. 52). Antirassistische Psychotherapie betont gegen diese interessen geleitete Psychologisierung negativer Emotionen zu Ungleichheiten, Ausbeutung und Marginalisierung die Auswirkungen von Armut und Diskriminierung auf die Psyche sowie, in der Konsequenz, die Notwendigkeit sozialer Transformationen (Mendes 2015). Es ist kein Zufall, dass sich der Imperativ psychischer Gesundheit zu einer Zeit als moralische Verpflichtung etabliert hat, in der sich der Staat zurückzieht und die Normen der öffentlichen Verantwortung für die medizinische Versorgung erodieren (Epstein/Mamo 2017). Die Kritik an einer Individualisierung und Psychologisierung sozialer Ungleichheiten richtet sich insofern auch gegen jene soziologischen Theorien, die wie etwa Rational-Choice-Theorien weniger auf Macht und Herrschaftsverhältnisse fokussieren als individuelle Entscheidungsprozesse erforschen.

Die Psychologisierung sozialer Ungleichheiten tendiert im Allgemeinen dazu, sich in den Dualismus von Individuum und Gesellschaft zu verstricken, der die Soziologie seit ihren Anfängen begleitet. In konkreten politischen Projekten jedoch zeigt sich, dass emanzipatorische Praktiken vielfältige Überschreitungen und Unterwanderungen dieses Dualismus produzieren. Im Fall der konstatierten Verstrickung von Frauenbewegung und Frauenberatung in den Aufstieg einer therapeutischen Kultur lässt sich festhalten, dass das Psychologische und das Politische immer wieder unter Einbezug der konkreten historischen Bedingungen in die (Zivil-)Gesellschaft und in konkreten Communities of Care integriert werden muss – und auch wird: Feministische Beraterinnen haben nicht nur oft sehr umfassende Einblicke in strukturelle Ungleichheiten, die sie in ihre Arbeit mit Individuen einbeziehen, sondern ihre Tätigkeit erfordert auch eine Arbeit am Selbst, die wiederum selbst vielfach von strukturellen Ungleichheiten – unsichere Beschäftigungsverhältnisse, geringe Entlohnung, knappe Förderungen für die Beratungsstellen – geprägt ist. Sinnvoll erscheint es aus unserer Sicht deshalb, in der Forschung zur Psychologisierung von Ungleichheiten die kontextspezifischen Praktiken zu untersuchen, mit denen in Organisationen und Gemeinschaften Ungleichheitsanalysen mit konkreten emanzipatorischen Praktiken psychosozialer Hilfe verbunden werden. Nicht notwendigerweise müssen in einer Organisation dabei alle Aspekte integriert werden. Es ist schon viel damit getan, wenn es ein gutes Zusammenspiel, eine Abstimmung von verschiedenen Angeboten

in einem Feld gibt, sodass es im Endeffekt weder zu einem Überhang der Gesellschaftsstruktur mit ihren lähmenden Trägheitseffekten auf jene Akteur*innen kommt, die an der Veränderung sozialer Ungleichheit arbeiten, noch zu einem Überhang der individualistischen Selbstverwirklichung, die sich von ihren politischen Anliegen entfernt. Wie sich die beiden Perspektiven integrieren lassen, kann am Vorbild Sozialer Bewegungen nachgezeichnet werden. Zivilgesellschaftliche und politische Akteur*innen leisten häufig kollektive Sorgearbeit und empowern Individuen; psychosoziale Aktivitäten, die ebenso notwendig sind wie die Veränderung von Institutionen und ihren Organisationskulturen oder notwendige Strukturveränderungen. Die soziologische Bewegungsforschung könnte hier in Zukunft noch vertiefende Analysen zur Rolle psychologischer Emanzipationstechniken in der Transformation sozialer Ungleichheitsverhältnisse liefern.

Interessanterweise hat die Psychologie an ihren kritischen Rändern selbst eine Kritik an Psychologisierung und an dem Dualismus zwischen Individuum und Gesellschaft hervorgebracht. Gerade bei feministischen und kritischen Psycholog*innen besteht eine Ambivalenz in Bezug auf ihre Praxis, die weder durch Psychologisierung noch in Richtung einer Soziologisierung aufgelöst werden kann. Die klinische Psychologin Nancy Baker brachte dieses Unbehagen in einem Oral History Interview im Rahmen der kanadischen Forschungsinitiative Feminist Psychology's Voices (feministvoices.com) folgendermaßen auf den Punkt:

I had frankly always looked down at therapy as being passing out band-aids when society needs major surgery. Because so many of the changes that I think really need to be made are at the systemic level and therapy isn't a systemic activity, it's at the individual level. But I also came to realize that it was important for people not to bleed to death while we are trying to do major surgery on society (Baker 2013, S. 12).

Am Beispiel der Verstrickung von Frauenbewegung mit der Psychologisierung von Geschlechterungleichheiten wird deutlich, wie die Widersprüchlichkeit zwischen Individuum und Gesellschaft im Alltag der konkreten Beratungsarbeit mit Frauen vermittelt wird und werden muss. Unser Vorschlag zum Umgang mit dieser Ambivalenz ist ein Plädoyer dafür, die Widersprüche, die ja letztlich auf reale gesellschaftliche Konflikte verweisen, sichtbar und damit kritisierbar zu machen – und das damit einhergehende Unbehagen auszuhalten. Forschungsdesiderate für die Zukunft beziehen sich unseres Erachtens daher weniger auf spezifische Themen oder Perspektiven, sondern auf das Verhältnis von Forscher*innen, die sich für das Zusammenspiel zwischen Gesellschaft und Psyche interessieren, zu ihrem Gegenstand. Der Dualismus zwischen Individuum und Gesellschaft sowie die damit zusammenhängende disziplinäre Arbeitsteilung zwischen Psychologie und Soziologie hat nicht nur gesellschaftliche Bedingungen, sondern auch psychische: Die gegenseitige Konstitution von Individuum und Gesellschaft ist schwer auszuhalten, gerade weil sie so viel Leid produziert, an dem Forscher*innen nicht

unbeteiligt sind, sei es als Betroffene oder als Privilegierte bzw. Nutznießer*innen der bestehenden Ordnung. Bei Psycholog*innen und Therapeut*innen beobachten wir im Zusammenhang damit oftmals eine Überbetonung individueller Agency und psychologischer Hilfsangebote; bei Soziolog*innen gegengleich eine Ausblendung der psychischen Seite gesellschaftlicher Ungleichheiten. Wir plädieren daher im Sinne einer reflexiven Epistemologie der Ignoranz (Ruck et al. 2019) auch für eine verstärkte und systematische Erforschung der eigenen psychischen Verstrickung von Ungleichheitsforscher*innen in ihre jeweiligen Forschungsgegenstände.

Literatur

- Ahmed, Sara (2018): *Das Glücksversprechen. Eine feministische Kulturkritik*. Münster: Unrast.
- Aubry, Timothy/Travis, Trysh (2015): *Rethinking Therapeutic Culture*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Baker, Nancy (2013): *Psychology's Feminist Voices Oral History and Online Archive Project*. Interview with Nancy Baker. Interview by Alexandra Rutherford. Utah: Salt Lake City. www.XYZ.com (Abfrage: 10.06.2022).
- Bauman, Zygmunt (2001): *The Individualized Society*. Cambridge: Polity Press.
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (2001): *Individualization: Institutionalized Individualism and its Social and Political Consequences*. London: Sage.
- Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (Hrsg.) (1994): *Reflexive Modernization. Politics, Tradition, and Aesthetics in the Modern Social Order*. Cambridge: Polity Press.
- Bourdieu, Pierre (1997): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz: UVK.
- Chesler, Phyllis (1972): *Women and madness*. Garden City, NY: Doubleday.
- De Vos, Jan (2013): *Psychologization and the subject of late modernity*. Palgrave Macmillan.
- De Vos, Jan (2014): *Psychologization*. In: Teo, Thomas (Hrsg.): *Encyclopedia of Critical Psychology*. New York: Springer VS, S. 1547–1551.
- Echols, Alice (2009): *Daring to Be Bad: Radical Feminism in America 1967–1975*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Epstein, Steven/Mamo, Laura (2017): *The proliferation of sexual health: Diverse social problems and the legitimization of sexuality*. In: *Social Science & Medicine* 188, S. 176–190.
- Foucault, Michel (1978): *The history of sexuality. Volume 1: An Introduction*. New York: Vintage.
- Geiger, Brigitte/Hacker, Hanna (1989): *Donauwalzer Damenwahl: Frauenbewegte Zusammenhänge in Österreich*. Wien: Promedia.
- Hochschild, Arlie R. (1983): *The Managed Heart: Commercialization of Human Feeling*. Berkeley: University of California Press.
- Humphrey, Ashley/Szoka, Rebecca/Brock, Bastian (2021): *When the pursuit of happiness backfires: The role of negative emotion valuation*. In: *The Journal of Positive Psychology*. www.doi.org/10.1080/17439760.2021.1897869 (Abfrage: 13.06.2022).
- Illouz, Eva (2011): *Die Errettung der modernen Seele. Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lasch, Christopher (1978): *The Culture of Narcissism: American Life in an Age of Diminishing Expectations*. New York: Norton.
- Lunbeck, Elizabeth (2015): *The narcissism that worries social critics so much bears little resemblance to the one that interests psychoanalysts. Why is that?* In: Aubry, Timothy/Travis, Trysh (Hrsg.): *Rethinking Therapeutic Culture*. Chicago: The University of Chicago Press, S. 108–117.
- McRobbie, Angela (2020): *Feminism and the Politics of Resilience: Essays on Gender, Media and the End of Welfare*. Cambridge: Polity Press.

- Mendes, Gabriel (2015): Race. In: Aubry, Timothy/Travis, Trysh (Hrsg.): *Rethinking Therapeutic Culture*. Chicago: The University of Chicago Press, S. 59–71.
- Mulvale, Suzanna/Teo, Thomas (2020): Psychologization and its vicissitudes. In: Balz, Viola/Malich, Lisa (Hrsg.): *Psychologie und Kritik: Formen der Psychologisierung nach 1945*. Wiesbaden: Springer VS, S. 43–58.
- Ongan, Gamze (2020): Oral History Interview mit Barbara Rothmüller (10. Januar 2020). Transkript der Audioaufnahme.
- Parker, Ian (2015): *Psychology After Deconstruction. Erasure and social reconstruction*. Hove: Routledge.
- Rose, Nikolas (1989): *Governing the soul. The Shaping of the Private Self*. New York: Routledge.
- Rothmüller, Barbara (2021): Aufblühen trotz Corona? Intimitätsgewinne und andere positive, unintendierte Nebeneffekte pandemiebedingter Gesellschaftsveränderungen. In: *Psychosozial* 44 (4), S. 50–66.
- Ruck, Nora (2015): Liberating minds: Consciousness-raising as a bridge between feminism and psychology in 1970s Canada. In: *History of Psychology* 18 (3), S. 297–311.
- Ruck, Nora/Luckgei, Vera/Rothmüller, Barbara/Franke, Nina/Rack, Emelie (2022): Psychologization in and through the women's movement. A transnational history of the psychologization of consciousness-raising in the German speaking countries and the United States. In: *Journal of the History of the Behavioral Sciences*. 58, S. 269–290.
- Ruck, Nora/Rutherford, Alexandra/Brunner, Markus/Hametner, Katharina (2019): Psychologies of Not Knowing: Unpacking Standpoint Theory and Epistemological Ignorance from a Psychological Perspective. In: O'Doherty, Kieran/Osbeck, Lisa M./Schraube, Ernst/Yen, Jeffrey (Hrsg.): *Psychological Studies of Science and Technology*. London: Palgrave MacMillan, S. 127–148.
- Schmidt, Susanne (2020): *Midlife Crisis. The feminist origins of a chauvinist cliché*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Sennett, Richard (1983): *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Tändler, Maik (2016): *Das therapeutische Jahrzehnt. Der Psychoboom in den siebziger Jahren*. Göttingen: Wallstein.

Zu den Autor*innen

Carina Altreiter ist Soziologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Wirtschaftsuniversität Wien und als Referentin in der Arbeiterkammer Wien. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte umfassen Arbeit und sozialen Wandel, soziale Ungleichheit, Solidarität und sozialer Zusammenhalt.

Roland Atzmüller ist Assoz. Prof. am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität. Seine Forschungsgebiete umfassen die Veränderungen des Wohlfahrtsstaates sowie kritische Gesellschafts- und Kapitalismustheorien.

Kristina Binner ist Soziologin und aktuell Lektorin am Institut für Soziologie der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Sie forscht unter anderem zu sich wandelnden Geschlechter- und Wohlfahrtsregimen im Kontext des sozialen Raums, der Hochschule sowie Migration.

Fabienne Décieux ist Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Wien im FWF-Projekt „NorM – Normen rund um Mutterschaft“ und Universitätsassistentin in der Abteilung für Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen an der Johannes Kepler Universität Linz. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Care- und Geschlechterforschung, Kindheit, kritische Gesellschaftsanalyse und Arbeitssoziologie.

Cornelia Dlabaja ist Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Wien und hat zuvor sechs Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Ethnologie gearbeitet, wo sie auch ihre Dissertation über die Seestadt Aspern als Stadtteil im Werden verfasste. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Stadt- und Raumforschung, soziale Ungleichheiten, Gender- und Migrationsforschung. Sie ist Sprecherin der ÖGS Sektion Soziale Ungleichheit, die sie gemeinsam mit Julia Hofmann und Michael Parzer, Lukas Hofstätter und Florian Huber 2011 gründete.

Karina Fernandez ist als promovierte Soziologin derzeit an der Pädagogischen Hochschule Steiermark tätig. Sie forscht unter anderem zu Bildungsungleichheiten und Jugendsoziologie.

Karin Fischer ist historische Sozialwissenschaftlerin. Sie leitet die Abteilung Globale Soziologie und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz.

Jakob Hartl hat nach dem Studium der Soziologie an der Universität Wien an der University of Bristol promoviert und ist seit 2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) am Standort Halle (Saale).

Julia Hofmann ist promovierte Soziologin und arbeitet in der Arbeiterkammer Wien sowie als Lektorin an der Universität Wien und der FH Campus Wien. Ihre Schwerpunkte umfassen soziale Ungleichheit, Arbeit und Arbeitsbeziehungen.

Clara Holzinger ist Soziologin mit sprachwissenschaftlichem Hintergrund. Sie forscht an der Universität Wien zu Migration, sozialen Ungleichheiten und gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit.

Gerlinde Janschitz hat an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz im Fach Soziologie promoviert. Derzeit ist sie als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut in der Abteilung Familie und Familienpolitik tätig. Sie forscht zu den Themen soziale Ungleichheit, Bildungsungleichheit und Armut.

Alban Knecht forscht und lehrt an der Universität Klagenfurt zu den Themen Armut, Sozialpolitik, Soziale Arbeit und Arbeitsmarktpolitik für benachteiligte Jugendliche.

Bettina Leibetseder hat sich im Fach Sozialpolitik an der Johannes Kepler Universität Linz habilitiert und arbeitet als Professorin an der Hochschule Landshut, Fakultät Soziale Arbeit. Ihre Schwerpunkte sind in der Sozialpolitik Mindestsicherungssysteme, Aktivierungspolitik, Gender und Street-level Bureaucracy (im internationalen Vergleich).

Johanna Neuhauser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin (Post Doc) am Institut für Soziologie der Universität Wien. Sie forscht und lehrt zu Arbeit und Migration, Intersektionalität und sozialer Ungleichheit.

Michael Parzer studierte Soziologie und Musikwissenschaft an der Universität Wien und promovierte mit einer Dissertation zum Thema Musikgeschmack und soziale Ungleichheit. Seit 2019 ist er Assistenzprofessor am Institut für Soziologie der Universität Wien. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Kultur und soziale Ungleichheit, (Flucht-)Migration sowie Methoden der interpretativen Sozialforschung.

Barbara Rothmüller ist Soziologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin (Post Doc) an der Fakultät für Psychologie der Sigmund Freud Privatuniversität Wien. Aktuell leitet sie ein Forschungsprojekt zu Psychomedikalisierung

sexueller Lust in Österreich. Seit 2019 ist sie Mitarbeiterin im FWF-Projekt „The Psychological is Political“ und im Folgeprojekt „The Psychological is Participatory: Feminist critical participatory action research with women’s counseling centers and their clients“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlechter- und Sexualitätsforschung, Bildungsungleichheiten, partizipative Forschung sowie Praxis- und Diskurstheorien.

Nora Ruck ist Psychologin und arbeitet als Assistenzprofessorin und Vizedekanin für Forschung an der Fakultät für Psychologie der Sigmund Freud Privatuniversität Wien. Seit 2019 leitet sie das FWF-Projekt „The Psychological is Political“ und das Folgeprojekt „The Psychological is Participatory: Feminist critical participatory action research with women’s counseling centers and their clients“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind feministische Psychologie, Psychologiegeschichte, Sozialpsychologie und Gesellschaftskritik.

Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie und Mitbegründer der Armutskonferenz, Psychologe, Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Soziale Arbeit Campus Wien.